



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

„...jedoch ohne Nächtigung im Deutschen Reiche“ - Die politische Vorgeschichte der österreichischen Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen

verfasst von | submitted by

Philipp Ennser BA BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 500 529 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student record
sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach
Bewegung und Sport Unterrichtsfach Spanisch

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Rudolf Müllner

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen der Teilnahme Österreichs an den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen. Die politischen Entwicklungen in Österreich und Deutschland führten ab 1933 zu autoritären Machtübernahmen, weshalb im Rahmen dieser Arbeit das Feld des Sports mit den innen- und außenpolitischen Gegebenheiten verknüpft wird. Die Forschungsarbeit stützt sich auf Akten aus dem Turn- und Sportreferat der Ersten Republik, die im Österreichischen Staatsarchiv gesichtet wurden und auf den umfangreichen Zeitungskorpus der 1930er-Jahre, der von der Österreichischen Nationalbibliothek im System *AustriaN Newspaper Online* (ANNO) zur Verfügung gestellt wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Vorbereitungen zur Teilnahme an den Olympischen Spielen maßgeblich von innen- und außenpolitischen Gegebenheiten geprägt waren, da das austrofaschistische Regime gleichzeitig eine Annäherung und eine Abgrenzung zum Deutschen Reich versuchte. Die enge Beziehung zum faschistischen Italien wirkte auf allen für diese Arbeit relevanten Ebenen der österreichischen Politik. Mit der Teilnahme an den Olympischen Spielen wurde auch auf sportpolitischer Ebene endgültig eine Annäherung an das Deutsche Reich vollzogen. Die Arbeit zeigt anhand von politischen Akteuren, wie dem Vizekanzler und Obersten Sportführer Ernst Starhemberg und dem Präsidenten des Österreichischen Olympischen Comites Theodor Schmidt, die komplexen und vielschichtigen Verbindungen zwischen Sport und Politik und die damit einhergehenden Ambivalenzen im Spannungsfeld zwischen den autoritären Regimen. Diese spiegeln sich einerseits in den Handlungen und Aussagen der wirkenden Persönlichkeiten, als auch in Teilen der österreichischen Presse wider.

English

This paper examines the domestic and foreign policy circumstances surrounding Austria's participation in the 1936 Winter Olympics in Garmisch-Partenkirchen. Political developments in Austria and Germany from 1933 onwards led to authoritarian takeovers, which is why this paper links the field of sport to domestic and foreign policy issues. The research is based on files from the First Republic's *Turn- und Sportreferat*, which were examined in the Austrian State Archives, and on the extensive newspaper corpus from the 1930s, which is made available by the Austrian National Library in the *AustriaN Newspaper Online* (ANNO) system.

The findings show that preparations for participation in the Olympic Games were significantly shaped by domestic and foreign political conditions, as the Austrofascist regime simultaneously sought both rapprochement with and distancing from the German Reich. The close relationship with Fascist Italy influenced all levels of Austrian politics relevant to this study. With Austria's participation in the Olympic Games, rapprochement with the German Reich was ultimately also achieved on the level of sports policy. The thesis illustrates, through political actors such as Vice-Chancellor and Supreme Sports Leader Ernst Starhemberg and the President of the Austrian Olympic Committee Theodor Schmidt, the complex and multifaceted connections between sport and politics and the resulting ambivalences within the tensions between the authoritarian regimes. These are reflected both in the actions and statements of the key figures involved and in parts of the Austrian press.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Methode und Quellen	2
1.2	Aufbau der Arbeit.....	3
1.3	Forschungsstand.....	5
2	Österreich zu Beginn der 30er-Jahre	9
2.1	Begriffsdiskussion.....	9
2.2	Die innenpolitische Situation.....	13
2.2.1	Der Weg in die Krise.....	14
2.2.2	Heimwehren und Wehrtunten	15
2.2.3	Die Anbahnung des austrofaschistischen Regimes	17
2.2.4	Exkurs: Die wirtschaftliche Lage	18
2.2.5	Die autoritäre Machtübernahme	20
2.3	Die außenpolitische Situation 1933 – 1934.....	24
2.3.1	Das Verhältnis zu Italien	26
2.3.2	Das Verhältnis zu Deutschland	31
2.3.3	Österreich zwischen Deutschland und Italien	35
3	Turnen und Sport im Austrofaschismus.....	39
3.1	Der Griff nach dem Sport.....	41
3.1.1	Die Zerschlagung und versuchte Eingliederung des Arbeiter:innensports.....	47
3.2	Die Österreichische Sport- und Turnfront (ÖSTF).....	50
3.2.1	Der DTB und die ÖSTF	57
3.2.2	Der ÖSV in den Akten des Sport- und Turnreferats	69
4	Die Vorbereitungen auf die Olympischen Winterspiele.....	86
4.1	Die IOC-Tagung 1933 in Wien	87
4.2	Das Jahr 1935 – IOC Sitzung in Oslo und Baillet-Latour in Wien.....	92
4.3	Eine „kleine Olympiade“: Der außenpolitische Wind dreht sich.....	102
4.4	Organisatorische Vorbereitungen im Reiseverkehr.....	106
4.5	Die Finanzierung der Vorbereitungen und Teilnahme	111
4.6	Letzte Boykottaufrufe vor den Spielen	117
4.7	Die Olympischen Winterspielen 1936 in Österreichs Presse	125
4.8	Ein Ausblick: Das Juliabkommen und die Olympia-Feier in Wien	136
5	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	137
	Quellenverzeichnis	143
	Abbildungsverzeichnis	153
	Abkürzungsverzeichnis	153

Vorwort

Das Forschungsinteresse an der Schnittstelle von Olympischen Spielen und Politik entstand im Rahmen einer Seminararbeit bei ao. Univ-Prof. Mag. Dr. Rudolf Müllner, woraus sich die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld der Olympischen Spielen 1936 für meine Masterarbeit entwickelte. Die intensive Untersuchung der (Sport-)Politik Österreichs der 1930er-Jahre war bis zur Fertigstellung geprägt von zahlreichen Erkenntnismomenten und einem großen persönlichen Interesse an der Thematik. Nach einem langen Lern- und Schreibprozess bin ich sehr glücklich und zufrieden, die Arbeit abgeschlossen zu haben. Danke für die Betreuung und das Vertrauen.

Besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle meiner Familie aussprechen, die mich auf meinem gesamten Lebensweg unterstützt hat. Außerdem will ich allen danken, die mich auf meinem Weg bis zum Abschluss dieser Arbeit begleitet haben, auch wenn es nur ein kleines Stück davon war. Das größte Stück und die intensivste Phase hat meine Partnerin Bettina mitgetragen, die mir auch als Leserin eine große Unterstützung war. Danke dafür.

1 Einleitung

Die beinahe 130-jährige Geschichte der Olympischen Spiele der Moderne und ihr ständiges Wachstum sind für das Forschungsfeld der Sporthistorik ein ergiebiges Thema. Auch wenn die Spiele bereits ihrem Gründungsgedanken nach friedensstiftend gedacht¹ waren, wurde ihre Austragung regelmäßig durch kriegerische Konflikte beeinflusst: Es fiel bereits die sechste Ausgabe, welche 1916 hätten stattfinden sollen, dem Ersten Weltkrieg zum Opfer.

Nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen, auch gesellschaftliche und politische Fragen, wie Frauen im Sport, Professionalisierung oder Nationalitätenkonflikte wurden im Kontext Olympischer Spiele verhandelt.

Für die gebeutelte Erste Republik sind die Olympischen Spiele 1936 hervorzuheben, da sie im Nachbarland Deutschland ausgetragen wurden, das zu dieser Zeit schon fest in nationalsozialistischer Hand war. Österreich befand sich seit dem Beginn der Ersten Republik ständig in außen- und innenpolitischen Krisen, die 1933 zur Ausschaltung des Parlaments und in weiterer Folge in die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur führten. Die Unabhängigkeit Österreichs war von Beginn an durch verschiedenste Kräfte, wie zum Beispiel die aufstrebenden faschistischen Großmächte im Norden und im Süden gefährdet. Vor diesem politischen Hintergrund und mit dem Wissen, dass weniger als zwei Jahre nach der Austragung der Olympischen Spiele 1936 der Anschluss an das Deutsche Reich erfolgte, möchte ich in der vorliegenden Masterarbeit folgende Frage behandeln: *Welche innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen beeinflussten die österreichische Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen?*

Da alleine diese Fragestellung für den Umfang dieser Arbeit zu weit wäre, soll sie auf mehreren Ebenen eingegrenzt werden: Einerseits kommt den Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen im Februar 1936 in der vorliegenden Arbeit eine größere Aufmerksamkeit zu, da sie durch die Grenznähe zu Österreich und ihren Status als Generalprobe (Krüger & Murray, 2003, S. vii) für die Sommerspiele in Berlin besonders relevant sind. Daher wurde die Zeit nach dem März 1936 nicht eingehender untersucht und das Hauptaugenmerk auf den *Weg zu den Spielen* in Garmisch-Partenkirchen gelegt.

¹ Alkemeyer (1996, S. 192–193) schreibt dazu: „Die Spiele schienen die Forderungen der bürgerlichen Weltfriedensbewegung geradezu mustergültig zu verwirklichen: Unter der Kontrolle eines obersten nichtstaatlichen Schiedsgerichts (IOC) und reguliert durch internationale Statuten (olympische Charta), zeigen sie – dem Anspruch nach – einen friedlichen Wettstreit nationaler Repräsentanten. [...] So richteten sich die Anstrengungen der Konkurrenten im Sport nicht *unmittelbar* gegeneinander, sondern auf ein gemeinsames, übergeordnetes Drittes – den Rekord, die olympische Medaille, den Rang oder die hohe Bewertung – das auf diese Weise als neutrale Macht über den Parteien befestigt wird.“

Andererseits wurde die Arbeit auf Basis des Quellenmaterials limitiert, da in den untersuchten Akten nach Jänner 1936 keine Bezüge zu den Olympischen Spielen mehr zu finden waren.

Auf Grund dieser Überlegungen wurden folgende Unterfragestellungen formuliert:

- a. Welche Rolle spielten die Neuordnung des Sports in Österreich und die Sport- und Turnfront bezüglich innen- und außenpolitischer Fragen rund um die Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 1936?
- b. Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang das Internationale und Österreichische Olympische Komitee?
- c. Wie spiegelten sich die Vorbereitungen auf die Spiele und die internationale Boykottbewegung in den Akten und in der österreichischen Presse wider?
- d. Welchen Einfluss hatten die Beziehungen im politischen Dreieck Österreich – Deutschland – Italien?

1.1 Methode und Quellen

Die Fragestellungen sollen mit Hilfe einer Dokumentenanalyse in Kombination mit hermeneutischen Forschungsmethoden beziehungsweise hermeneutischem Erkenntnisgewinn beantwortet werden. Folgende drei Schritte, die Jordan (2009, S. 45) als Methoden zum „historischen Verstehen“ bezeichnet, sollen gegangen werden. Im ersten Schritt, der *Heuristik* (ebd., S. 46), wurde ein Thema ausgewählt und anhand von Recherche eine Fragestellung ausgearbeitet und begründet. Gleichzeitig wurden Quellen gesammelt und gesichtet, die für die Beantwortung der Fragestellung relevant sind. In der darauffolgenden *Quellenkritik* (ebd.) werden die Quellen aufbereitet und kontextualisiert, um eine *Interpretation* (ebd., S. 47) und somit einen Erkenntnisgewinn und die Beantwortung der Fragestellung möglich zu machen.

Als Primärquelle dienen die Akten des Österreichischen Staatsarchivs aus dem Sport- und Turnreferat im Bundeskanzleramt (AT-OeStA/AdR BKA BKA-I SL Sport- und Turnreferat²) aus den Jahren 1934 bis 1936. Der Bestand umfasst 10 Kartons, drei davon betreffen den Untersuchungszeitraum³. Diese wurden im Staatsarchiv gesichtet und relevante Akten gescannt, um sie für die Arbeit auszuwerten. Gescannt wurden all jene Akten, die Bezug zu den Olympischen Spielen oder außen- und innenpolitischen Themen hatten. Insgesamt wurden 47 relevante Einlagen mit einem Umfang von jeweils 2-15 Blättern gefunden.

² Im weiteren Verlauf wird statt „OeStA/AdR BKA BKA-I SL Sport- und Turnreferat“ folgende Quellenangabe verwendet werden, da die Zitate sonst, aufgrund des Zitierstils, zu viel Raum im Fließtext beanspruchen würden: BKA STR/Aktenzahl.

³ Kartonnummern 8129 (1934), 8130 (1935) und 8131 (1935, 1936).

Da es sich um ein Konvolut von Akten handelt, das viele Querverweise in andere Ministerien oder Referate enthält, muss als Limitation angemerkt werden, dass diesen Querverweisen im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgegangen und keine weiteren Akten im Österreichischen Staatsarchiv begutachtet wurden. Einige Akten, die die Außenpolitik betreffen, wurden nur im Rahmen der Reihe *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich* (ADÖ) gesichtet, die aber wenig Hinweise zu Sportpolitik enthält.

Eine weitere Primärquelle stellen die Presseberichte der Zeit dar, die im System von *AustriaN Newspaper Online* (ANNO) abgerufen wurden. ANNO bietet alleine für das Jahr 1936 Zugriff auf 162 Zeitungen und ermöglicht es, die Zeitungen des Untersuchungszeitraums auf Schlagworte hin zu untersuchen. Ereignisse rund um die Olympischen Spiele riefen Pressereaktionen hervor oder waren politische Reaktionen auf Berichterstattung der Presse, wie im Falle des Sportverbots (Wenn, 1989, S. 42). Limitierend müssen die Faktoren Kurrentschrift und Bildqualität angemerkt werden, sodass eventuelle relevante Inhalte nicht aufscheinen.

Weitere Publikationen, wie die *Bundesturnerzeitung* (BTZ) oder die *Verbandsturnzeitung* (VTZ) wurden in der Nationalbibliothek, sowie der Bibliothek für Sportwissenschaften gesichtet. Hinzu kommen die *Körpersport-Jahrbücher*, die im Untersuchungszeitraum von der ÖSTF herausgegeben wurden.

Punktuell werden noch andere Primärquellen miteinbezogen, wie Memoiren beteiligter Persönlichkeiten und Ministerratsprotokolle. Die wichtigste Grundlage für die vorliegende Arbeit stellen die Werke zur Zeit und Genese des Austrofaschismus (Schober, 2021; Tálos, 2014) dar. Zum Themenfeld „Sport im Austrofaschismus“ sollen Marschik (2005) und Matscheko (2000) genannt werden, während Praher (2022) äußerst umfangreiche Arbeit im Feld des Skisports leistet.

1.2 Aufbau der Arbeit

In einem ersten Schritt soll die innenpolitische Situation in Österreich in den Jahren vor den Olympischen Winterspielen 1936 beleuchtet werden. Einleitend wird aufgrund von immer wiederkehrenden Diskussionen in der Literatur auch die Frage der Bezeichnung des politischen Systems in Österreich ab 1933/34 gestellt.

Auf innenpolitischer Ebene werden die Krisen Ende der 20er-Jahre sowie die Verfassungsreform und die Entstehung der Regierungsdiktatur behandelt. So soll ein Verständnis dafür geschaffen werden, unter welchen Umständen die Neuordnung des Sports in Österreich geschah und vor welchen innenpolitischen Hintergründen, Entscheidungen in Außen- und Sportpolitik getroffen wurden.

Die Heimwehren und das Wehrturnen bekommen besondere Aufmerksamkeit in diesem Kapitel, da Ernst Rüdiger Starhemberg als Führer der Heimwehren ab 1934 das Amt des Vizekanzlers und des Führers der Österreichischen Sport- und Turnfront innehatte. Die Person Starhemberg taucht immer wieder in Innen-, Außen- und Sportpolitik auf, weshalb auch die Geschichte der Heimwehren und Starhembergs persönlicher Hintergrund in der Arbeit ihren Platz finden. Außerdem sind seine Memoiren eine relevante, wenn auch kritisch zu hinterfragende Quelle. Neben den Heimwehren wird Blick auf das Wehrturnen geworfen, da es die wichtigste Verbindung zwischen Turnen, Sport und den politischen Kämpfen dieser Zeit darstellt.

Nach der Innenpolitik folgt ein Blick auf die Außenpolitik des austrofaschistischen Regimes. Genauer ins Blickfeld genommen werden dabei die Beziehungen zwischen den Ländern Österreich, Deutschland und Italien. In Italien herrschte Benito Mussolini bereits seit 1925 als faschistischer Diktator und seine Beziehungen zu und reger Austausch mit Starhemberg, Dollfuß und später Schuschnigg sind eine wichtige Komponente in der österreichischen Politik und Entstehung des Austrofaschismus. Den Beziehungen zu Deutschland kommen als „feindliche Brudernation“ (Schober, 2021, S. 19) und Austragungsort der Olympischen Spiele eine besondere Rolle zu. Die Ambivalenz in der Auseinandersetzung mit dem Anschlussgedanken, die Machtübernahme Hitlers 1933 und dadurch steigende nationalsozialistische Aktivitäten zogen drastische politische Konsequenzen mit sich. Die heikle innen- und außenpolitische Situation hatte auch konkrete Auswirkungen auf die Sportpolitik und den Sportverkehr.

Deshalb wird im nächsten Abschnitt darauf eingegangen, in welchem sportpolitischen Kontext sich die Vorbereitung auf die Spiele abspielte, da die junge Regierungsdiktatur bald ihre autoritären Ideen im Sport auslebte. Weiters spiegeln sich die innen- und außenpolitischen Themenfelder in der Sportpolitik wider: einerseits der Umgang mit dem Nationalsozialismus anhand des Deutschen Turnerbundes (DTB) und des Österreichischen Skiverbands (ÖSV), andererseits der Umgang mit dem Austromarxismus und der Sozialdemokratie am Beispiel des Arbeiter:innensports⁴. Beide Themenkomplexe sind eng mit den außenpolitischen Interessen der Nachbarstaaten verbunden. Ab diesem Zeitpunkt fließen die Akten des Sport- und Turnreferats in die Arbeit ein, da sie in Bezug auf DTB und ÖSV einiges zutage fördern.

⁴ Der Einsatz von geschlechtergerechter Sprache in Rahmen dieser Arbeit stellt aufgrund der Zusammensetzung der handelnden Personen eine Herausforderung dar. Wenn weibliche Personen beteiligt waren, werden sprachliche Formen benutzt, die das abbilden sollen. Wenn keine Belege für weibliche Beteiligung gefunden wurden, wird die männliche Form gewählt. Dies soll auch die Geschlechterverhältnisse in den betroffenen Feldern (Politik, Vorstände, Funktionäre, Trainer, etc.) verdeutlichen (siehe auch Praher, 2022, S. 36–40). In Originalzitatzen, wurden alle sprachlichen Formen wie veraltete Rechtschreibung und Umschrift von Umlauten – beispielsweise *Oesterreich* – erhalten.

Abschließend wird der Weg zu den Olympischen Spielen nachgezeichnet, wobei zuerst die Rolle des Österreichischen Olympischen Comités im Rahmen von Sitzungen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) behandelt wird. Der Weg zu den Spielen wird anhand verschiedener Stationen, die im Rahmen der Literaturrecherche herausgearbeitet wurden, nachgezeichnet: unter anderem des IOC-Kongresses in Wien 1933 und eines Besuches des IOC-Präsidenten in Wien im Sommer 1935. Weiters sind in den Akten des Sport- und Turnreferats Verweise auf Vorbereitungen von Verbänden und auf organisatorischer Ebene zu den Olympischen Spielen zu finden. Eine wichtige Rolle spielen die Boykottbewegungen im In- und Ausland, bevor die Olympischen Winterspiele selbst betrachtet werden. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der Presse und Sekundärliteratur, da Informationen zu den Olympischen Winterspielen selbst nicht mehr in den Akten nachzuweisen waren.

1.3 Forschungsstand

Die Olympischen Sommerspiele des Jahres 1936 gehören wohl zu den am besten beforschten. Die Bezeichnung als *Nazi Olympics* (Krüger & Murray, 2003; Mandell, 1971) oder *Hitlers Spiele* (Fuhrer, 2011) lassen vermuten, warum das der Fall ist. Die Durchführung der Spiele im Dritten Reich, welche nur drei Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stattfand, ist Ausgangsbasis für ein breites Forschungsinteresse.

Trotz umfangreicher Sekundärliteratur tun sich bei genauerer Betrachtung Forschungslücken, insbesondere im Falle Österreichs, auf. Diese werden auch explizit angesprochen, wie beispielsweise bei Murray & Krüger (2003, S. viii). In ihrer Einleitung schreiben sie, dass sie eigentlich alle teilnehmenden Länder behandeln wollten, dies aber aufgrund fehlender Forschung nicht möglich war. Bezugnehmend auf Österreich stellen sie fest (ebd.): „*Austria is also missing. Scholarship has tended to ignore the Nazi Olympics, and it is only recently that scholars have been prepared to see Austria as a willing accomplice rather than a victim of the Anschluss of 1938.*”

Der Kommentar zur fehlenden Forschung in und zu Österreich ist vor dem Hintergrund interessant, dass Krüger im Jahr 2001 für das *Annual of CESH* (Anm.: *European Committee for Sports History*) an einer Reihe von Artikeln zum Thema *Nazi Olympics in foreign perspectives* gearbeitet hat und einer dieser Beiträge von Erwin Niedermann (2001) zu Österreich geschrieben wurde. Dazu ist anzumerken, dass Niedermann schon vor dem Anschluss Österreichs in der NSDAP aktiv war und später eine wichtige Rolle im Reichsgau Salzburg spielte. Praher (2018, S. 259–263) beschreibt in einem Beitrag mit dem Titel *SportlerInnen für den Krieg – KriegerInnen für den Sport* die deutsch-nationale Sozialisierung und das Wirken Niedermanns unter der Überschrift „Verführer der Jugend,

Demagoge und Beamter des NS-Sports“. Niedermann trat 1933 in Wien einer NSDAP-Ortsgruppe bei, war ab Juni 1938 Kreissportführerstellvertreter für Salzburg und wurde 1939 stellvertretender Leiter des Gausportamtes in Salzburg (Praher, 2018, S. 260). Weiters publizierte er einschlägige Artikel in der Salzburger Presse und in Fachzeitschriften. In seinem Entnazifizierungsakt ist zu lesen, dass er als überzeugter Nationalsozialist bekannt gewesen sei und in seinen Funktionen starken Einfluss auf die Jugend genommen hätte (Praher, 2018, S. 261). Niedermanns Aufsatz zur österreichischen Perspektive auf die Olympischen Spiele 1936 geht bei innen- und außenpolitischen Fragen nicht weiter in die Tiefe und enthält bis auf einige wenige Zeitungsausschnitte auch kein Quellenmaterial. Folgende Aussage wird ohne Quellenangabe gemacht (Niedermann, 2001, S. 85):

The government had looked to Italy for protection from Nazi Germany in 1934 but this was unpopular with the Austrian people who preferred the 'military brotherhood' they enjoyed with Germany in the First World War, and the commonality of the German language and culture. Italy, on the other hand, had been Austria's enemy in the recent war, and had seized South Tyrol, formerly a part of Austria, on its conclusion.

In weiterer Folge beschreibt Niedermann (2001, S. 85), dass die österreichische Presse sich in die drei Kategorien einteilen ließe: „*more or less official press [...] relatively independent papers [...] and papers which made no secret of their sympathy for the Nazi movement*“. Der Artikel zitiert aus Zeitungen mit Bezug zu verschiedenen Ereignissen rund um die Spiele, wie dem Fackellauf oder den Empfang der Österreicher:innen in Berlin und beschreibt dadurch die ambivalente Situation zwischen Deutschland und Österreich. Dennoch fehlt es an Details zu den politischen Hintergründen. Der Autor schreibt (ebd.) „*the press in Austria during the controversies regarding the 1936 Olympics was subjected to the usual restraints of an authoritarian government*“ und folgert aus den Beispielen (ebd., S. 87): „*In general, the majority of the Austrian press gave the impression that the Nazi propaganda successfully managed to subdue its political propaganda, apart from excluding the National Socialist flags, which were, of course, the state symbol.*“

Die beiden Zitate verdeutlichen, dass die Aussagen, die sich in der Presse finden, politisch beeinflusst waren und somit dem Willen der Regierungsdiktatur entsprachen. Die Frage, die hier offenbleibt, ist, welche Gründe diese mehrheitlich positive Berichterstattung hatte und welche Ziele das austrofaschistische System dadurch und mit der Teilnahme an den Spielen verfolgte.

Auch in diversen Diplomarbeiten, die sich mit dem Thema Olympische Spiele der Zwischenkriegszeit oder explizit mit 1936 beschäftigen, findet die Aufarbeitung der politischen Implikationen und der Kommunikation zwischen Deutschland und Österreich wenig Beachtung. Fischer (1994, S. 4) schreibt, dass die Recherchen zum Thema „offizielle Haltung der österreichischen Regierung“ sich als „weit schwieriger und ernüchternder als erwartet“ erwies und verweist auf eine dürftige Quellenlage. Es wird mit wenigen ausgewählten Zeitungsartikeln gearbeitet, um die politisch-gesellschaftliche Stimmungslage abzubilden. Dies geschieht auch wie im Artikel Niedermanns (2001) immer mit dem Hinweis, dass die Presse im Austrofaschismus einer Zensur unterlag (Lanegger, 2012, S. 81). Schratt (2020) vergleicht in ihrer Diplomarbeit die Berichterstattung über Österreicher:innen in Deutschland und Österreich während der Spiele und nimmt als Ausgangspunkt das Juliabkommen 1936. In dieser Arbeit fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit der Presse in Österreich und den politischen Zielen dahinter vollständig. Die Arbeiten übersehen auch, dass es schon im August 1935 zu einem gemeinsamen Kommuniqué der österreichischen und deutschen Regierung kam, welches eine Art Pressefrieden darstellte, um An- und Untergriffe durch die Medien zu unterbinden (Schober, 2021, S. 158).

Viele der Diplomarbeiten gehen nur oberflächlich auf die Situation zwischen Österreich und Deutschland ein, oder zitieren hauptsächlich Sekundärliteratur, die sich nicht tiefergehend mit der Thematik befasst. Kornmeier (2013, S. 37–38) zitiert nur Krüger (1972) und Bellers (1986), wobei es sich bei letzterem um eine Herausgabe des ausländischen Pressespiegels des Reichspropagandaministerium nach den Olympischen Spielen handelte. Ähnliche Aussagen und Quellen finden sich bei Klinger (1997, S. 79). In beiden Arbeiten bleibt unerwähnt, dass ihre einzige Quelle für österreichische Pressereaktionen ein Bericht des deutschen Reichspropagandaministerium⁵ ist.

In seinem Werk *Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung* thematisiert Krüger (1972) fast ausschließlich die USA. Die Österreichfrage wird nicht behandelt. Nur ein Artikel mit konkretem Österreichbezug wird erwähnt: ein Aufsatz von Westphal (1971) unter dem Titel *Die Rolle des Sportverkehrs bei der Annexion Österreichs*. Diese Arbeit stellte wohl lange Zeit die umfangreichste Abhandlung des Themas Olympische Spiele 1936 im Kontext der politischen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland dar. In seiner Zusammenfassung schreibt Westphal (1971, S. 1035):

⁵ Bellers (1986) stellt eigentlich nur eine fast unkommentierte Herausgabe des Pressespiegels des Ministeriums dar, wird aber häufig in der Sekundärliteratur, als Sekundärliteratur zitiert.

Die faschistische Diplomatie setzte durch, daß der Sportverkehr mit Österreich völlig in den Dienst der Annexionspolitik gestellt wurde. Österreich versuchte sich dagegen durch ein Verbot des Sportverkehrs mit dem faschistischen Deutschland zu schützen. Der von Hitler als Sonderbotschafter nach Wien geschickte Franz von Papen bediente sich aller diplomatischen Mittel, bis hin zur Methode der Erpressung, um die Aufhebung des Verbots im Interesse der Annexionspolitik zu erreichen. Vor allem ging es ihm um die Teilnahme von Österreichern an den Olympischen Spielen 1936. Die Faschisten verstärkten über die sportlichen Verbindungen die Wühlarbeit in Österreich.

In dieser Untersuchung wird zwar Aktenmaterial einbezogen, aber dieses hat den Nachteil, ausschließlich von deutscher Seite zu stammen. Außerdem kritisiert Krüger (1972, S. 19), dass die Arbeiten aus der DDR nicht frei von ideologischen Einflüssen waren und verweist darauf, dass Parallelen zwischen den Spielen 1936 und 1972 gezogen werden, die den „westdeutschen Imperialismus“ anprangerten. Österreich wird in diesem Artikel ebenfalls die Opferrolle zugewiesen, die von Krüger und Murray (2003, S. viii) kritisiert wurde.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass sich der Forschungsstand für Österreich als überschaubar darstellt und die Arbeiten von Niedermann (1995, 2001) und Westphal (1971) einer kritischen Betrachtung bedürfen.

2 Österreich zu Beginn der 30er-Jahre

Der Zeitraum, der im Rahmen dieser Arbeit behandelt wird, ist im kollektiven Gedächtnis Österreichs von den Jahren 1938 bis 1945 überschattet. Tálos (2014, S. 2) weist im Vorwort zum Sammelband *Austrofaschismus: Politik, Ökonomie, Kultur* darauf hin, dass die Tabuisierung dieser Epoche leichter gelang, „weil die österreichische Diktatur durch die Phase der anschließenden nationalsozialistischen Herrschaft überlagert wurde. Einstige politische Gegner fanden sich gemeinsam im nationalsozialistischen Konzentrationslager wieder.“

Im Feld der Sporthistorik könnte man den Jahren des Austrofaschismus ein Unterkapiteldasein attestieren: Relevante Forschung findet sich oft im Rahmen der Literatur, die eigentlich die Zeit des Nationalsozialismus fokussiert (Marschik, 2008; Praher, 2022). Bis heute gibt es kein Standardwerk zum Sport in Österreich während der Zeit des Austrofaschismus. Werke mit konkretem Bezug sind entweder Diplomarbeiten (Matscheko, 2000), Artikel in Sammelbänden (Marschik, 2005), betrachten ein spezielles Themenfeld (Größing, 2005) oder sind an eine Region gebunden (Peter, 2001).

Es fällt nicht nur auf, dass diese Zeit vor dem „Anschluss“ weniger präsent ist als die NS-Herrschaft und der Zweite Weltkrieg, sondern auch, wie über diesen Abschnitt österreichischer Geschichte gesprochen wird: Die Nomenklatur ist nicht einheitlich und wird kontrovers diskutiert. Beispiele für Begriffe, die in der Debatte verwendet werden, sind: Austrofaschismus, „Austrofaschismus“ (unter Anführungszeichen), Ständestaat, autoritärer Staat, Regierungsdiktatur, Kanzlerdiktatur, Halbfaschismus und Imitationsfaschismus (Tálos, 2013, S. 2).

Dass diese Frage nicht nur die vermeintlich richtige Wortwahl sondern auch ganz grundsätzliche Fragen zur Bedeutung des Systems und dessen Entstehung widerspiegelt, zeigte sich zum 90. Jahrestag der Februarkämpfe 1934 in der österreichischen Presse. Wenninger (2024, 11. Februar) umreißt drei großen ungeklärten Fragen: „die Motive hinter der Errichtung der Diktatur; die ‚wahren‘ Absichten der Sozialdemokratie; und schließlich, welchem Regimetyp die Diktatur [...] zuzurechnen ist.“

2.1 Begriffsdiskussion

Eine der aktuellsten Abhandlungen über die „Nebel der Begrifflichkeit“ (Kriechbaumer, 2005, S. 9) zur Bezeichnung und Abgrenzung des Herrschaftssystems in Österreich in den Jahren 1933-38 findet sich in zwei Artikeln von Simon (2021a, 2021b). Die Debatte wird darin als stark politisiert und moralisierend bezeichnet. Es ist von zwei „Interpretationsgemeinschaften“ die Rede und einer ideologischen beziehungsweise

politischen Zuordenbarkeit der Begrifflichkeiten, die einem „typischen Narrativ“ folgen (Simon, 2021b, S. 146).

Die Frage, die sich hinter der Kontroverse verbirgt, ist laut Simon (2021b, S. 146) jene nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen unterschiedlichen diktatorischen Herrschaftssystemen. Eine Argumentationslinie verweist auf Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus, wobei der *Austrofaschismus* aufgrund der „Totalität der Herrschaft und des Ausmaßes der Repression und deren Opfer“ (Simon, 2021b, S. 146) zur harmloseren Variante erklärt wird.

Tálos (2013, S. 2) bezeichnet das Regime als „Austrofaschismus“ und argumentiert dies einerseits mit Gemeinsamkeiten, andererseits mit Differenzen zu den Systemen in den Nachbarstaaten. „Aufgrund seiner Anleihen *beim* und Ähnlichkeiten *mit* dem italienischen Faschismus, teils auch mit dem deutschen Faschismus, zum einen, aufgrund seiner Eigenständigkeit und Besonderheiten zum anderen ist dafür der Begriff Austrofaschismus adäquat anwendbar“ (Tálos, 2013, S. 586; Hervorhebung im Original, Anm.). Das heißt, das System ähnelte sowohl dem deutschen und italienischen genug, um als Faschismus bezeichnet zu werden, hatte aber auch genug eigene Facetten, um als österreichische Version, also „Austro“-Faschismus bezeichnet zu werden.

Die Gegenseite versucht nicht die Gemeinsamkeiten, sondern die Abgrenzung zu faschistischen Systemen hervorzuheben und bezeichnet das österreichische Herrschaftssystem als autoritäreren Ständestaat. Dabei wird auf Diktionen zurückgegriffen, welche die Vertreter des Systems selbst verwendeten, weshalb Gegner dieser Namensgebung hierin eine Verharmlosung des Systems sehen (Simon, 2021b, S. 146).

Jagschitz (1983) bezeichnet die Jahre von 1934-38 als „Österreichischer Ständestaat“ und bezeichnet den Begriff des ‚Austrofaschismus‘ als „mitunter auch global und unreflektiert [angewandt]“ (1983, S. 498). Die Faschismuskritik charakterisiert er als „unüberschaubar“ (ebd.) und zählt eine Reihe von Personen und Publikationen auf, die das österreichische Herrschaftssystem von Faschismen abgrenzen beziehungsweise nur wenig Verbindungen oder faschistische Teilaspekte darin sehen. Weiters beschreibt Jagschitz (1983, S. 499) die seiner Meinung nach fehlenden Elemente, um das System als faschistisch zu bezeichnen:

„In Österreich fehlte die Identität von politischer und militanter Organisation, der Ständestaat verfügte über keine nennenswerten eigenen Kampftruppen [...]. Auch die Heimwehr war keine faschistische Miliz, sondern ein autonomer, wenn auch immer schwächer werdender Koalitionspartner [...]. Trotz einiger

imposanter Aufmärsche war die den Ständestaat tragende Bewegung niemals eine Massenbewegung [...] und es gelang ihr niemals [...] der Einbruch in die Arbeiterschaft.“

Bei anderen Autor:innen werden die Heimwehren sehr wohl mit dem Faschismusbegriff in Verbindung gebracht und zwar aufgrund einer Aussage des Heimwehrführers Starhemberg⁶ (Tálos, 2013, S. 194) und der Verfassungspläne von 1934, „die eindeutig faschistischen Zuschnitts waren“ (Wohnout, 1993, S. 145 zit. nach Tálos, 2013, S. 197). Simon (2021a, S. 172) meint dazu, dass sich die Heimwehren zwar selbst zum Faschismus bekannt haben, „allerdings nur in einer bestimmten Phase ihrer Geschichte“ und betont, dass es gewichtige Argumente dagegen gibt, wie zum Beispiel, dass die Heimwehren eine uneinheitliche und widerspruchsvolle Ansammlung von Gruppierungen waren, die nicht als Ganzes einer bestimmten Ideologie zuordenbar seien. Außerdem sei die Systembewegung trotz imposanter Aufmärsche keine Massenbewegung gewesen (Jagschitz, 1983, S. 499). Jagschitz (ebd.) verweist auf die „fehlende Einheit eines Führers“, da es für ihn ein „markantes Kriterium des Faschismus [ist], daß derselbe Führer den Kampf führt und die Herrschaft erlangt“. Weiters sieht er in den unterschiedlichen Persönlichkeiten und politischen Ansichten der damaligen Bundeskanzler Dollfuß und Schuschnigg einen Widerspruch zu faschistischen Systemen. Abschließend schreibt er:

Weder Dollfuß noch Schuschnigg verfügten schließlich auch nur annähernd über eine derartige Machtfülle wie Hitler oder Mussolini. Es lagen nicht nur mächtige, gut durchorganisierte politische Gegner außerhalb seines Zugriffs, sondern das Regime bestand aus einer Koalition von zum Teil einander widerstreitenden Gruppen und Interessenverbänden. [...] Auch der Begriff der Diktatur ist nur bedingt anwendbar, denn das System hatte keinen Diktator.

Die Versuche des Ständestaats, faschistische Vorbilder zu übernehmen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Art von Faschisierung nur an der Oberfläche blieb. (Jagschitz, 1983, S. 500)

⁶ So zum Beispiel folgendes Zitat aus dem *Süddeutschen Tagblatt (Graz)*: „Kompromißlos und radikal wollen wir nach wie vor alles über den Haufen werfen, was sich uns beim Wiederaufbau Österreichs, bei der Durchsetzung des österreichischen Faschismus in den Weg stellt. [...] Träger des faschistischen Gedankens in Österreich ist der österreichische Heimatschutz und niemand anderer.“ (SDTB, 17.01.1933, S. 11)

Jagschitz (ebd.) betont zwar, dass es Strukturen, Organisationen und Institutionen gab, die nationalsozialistische Vorbilder hatten, aber die Unterschiede in „Entwicklung, Inhalt und Selbstverständnis“ seien schlussendlich beträchtlich gewesen.

Simon (2021b, S. 157) argumentiert, dass das österreichische System in seiner Genese, Struktur und Zielsetzung mehr den osteuropäischen Diktaturen jener Zeit entspricht, als den faschistischen Systemen in Deutschland und Italien. Er kritisiert, dass in neueren Beiträgen, die an den Thesen von Tálos anknüpfen, der Faschismusbegriff auf eine Art und Weise verwendet wird, die offen lässt, welche Bedeutung Faschismus in diesem Kontext überhaupt hat und weist daraufhin, dass in der aktuellen Diskussion eine Differenzierung zwischen ‚autoritären‘ und ‚faschistischen‘ Diktaturen gegeben ist, die in der Debatte zum ‚Austrofaschismus‘ außen vor bleibt (Simon, 2021b, S. 151).

Simon (2021b, S. 157–160) fasst abschließend die Parallelen zwischen Österreich und den osteuropäischen Diktaturen, wie Jugoslawien, Bulgarien und den baltischen Staaten, zusammen: Die Krisen, welche diese Staaten spätestens in den 30er Jahren erfassten, brachten die demokratische Ordnung ins Wanken und führten zu einem gewaltsamen Übergang in ein autoritäres System. In Folge wurden das linke Lager ausgeschaltet, aber auch die faschistischen Massenbewegungen wurden als Gegner betrachtet. Dieser Zustand hielt bis zur Machtübernahme durch die „totalitären Supermächte“ (ebd., S. 157), der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland, an. Im Unterschied zu diesen war die Mobilisierung der Bevölkerung in den osteuropäischen Diktaturen und Österreich wenig erfolgreich, da die Staatsparteien die Bewegung von oben angeordnet hatten.

Die eingangs erwähnten „Interpretationsgemeinschaften“ (Simon, 2021b, S. 146) wurden hier anhand von Tálos (2013; 2014) und Jagschitz (1983) dargestellt. Es werden entweder Gemeinsamkeiten mit oder die Unterschiede zu den faschistischen Herrschaftssystemen in Italien und Deutschland herausgearbeitet und betont. Simon (2021b, 2021a) führt zwar auch eine Abgrenzung vom Faschismus durch, jedoch in dem er Gemeinsamkeiten mit den osteuropäischen Diktaturen der Zeit in den Fokus nimmt. Eine wichtige Argumentationslinie in seinen Beiträgen betrifft den Bedeutungswandel des von diversen Seiten aufgeladenen Faschismusbegriffs beziehungsweise den Fokus der Faschismusforschung (Simon, 2021a, S. 183). Diese habe „jedenfalls [...] den ursprünglich stark von marxistischer Seite geprägten weiten Faschismusbegriff der 30er Jahre gänzlich hinter sich gelassen und hat heute primär den Nationalsozialismus im Visier, wenn es um die ideologische und ‚praxeologische‘ Charakterisierung des Phänomens ‚Faschismus‘ geht“ (Simon, 2021a, S. 184). Simon entwirft in seinen Beiträgen keine neue Begrifflichkeit und plädiert auch nicht für eine bereits existierende Variante. Das Hauptziel seiner Beiträge ist es den Begriff des

„Austrofaschismus“ zu hinterfragen. Dies gelingt ihm auch, nichtsdestotrotz bleibt die Frage offen, welche Bezeichnung nun verwendet werden soll. Er selbst verwendet regelmäßig den Begriff des „Ständestaats“ abwechselnd mit und ohne einfachen Anführungszeichen, also die Eigenbezeichnung des Systems. Zusätzlich dazu ist auch häufig von der „österreichischen Diktatur“ die Rede. Das ist darauf zurückzuführen, dass seine Hauptargumentationslinie die Nähe zu osteuropäischen Diktaturen ist. Was fehlt, ist jedoch eine ähnlich detaillierte Auseinandersetzung mit dem Begriff Diktatur, welche ebenso tiefgehend geführt werden könnte wie über den Faschismusbegriff.

Linz (2009, S. 16) schreibt zum Begriff Diktatur: „Wenn man nun diesen Terminus heute noch für wissenschaftliche Zwecke nützen möchte, sollte man ihn auf die Beschreibung von Notregierungen beschränken, die nur zeitweise die Verfassungsnormen des Machtzugangs und der Machtausübung aufheben oder verletzen.“

Dieser Definition folgend, wäre der Begriff Diktatur auf das österreichische Herrschaftssystem dieser Zeit nicht oder nur beschränkt anwendbar. Im selben Werk wird der Begriff „Klerikal-Faschisten“ für die herrschende Klasse Österreichs verwendet (Linz, 2009, S. 35). Größing (2005, S. 13) schreibt: „Ständestaat und Austrofaschismus sind tatsächlich die gebräuchlichen Bezeichnungen für den österreichischen Staat in der Zeit von 1934 bis 1938.“ Die Frage nach der *richtigen* Bezeichnung kann wohl nicht beantwortet werden.

Es wird deutlich, dass es schwierig bis unmöglich ist, einen Begriff zu finden, der wissenschaftlich fundiert, allgemein anerkannt und nicht in irgendeine Richtung aufgeladen ist. Moos (2021, S. IX) bezeichnet die Thematik in der Einleitung zum von ihm herausgegebenen Sammelband *(K)ein Austrofaschismus?* gar als „Minenfeld“. Sein Buch macht klar, dass Autor:innen, auch wenn sie klare Position beziehen, keine durchgängige Diktion in ihren Texten einhalten (Moos, 2021, S. 477f.). Nichtsdestotrotz bleibt eine Benennung unumgänglich und diese Arbeit wird sich an die gängigen Formen Austrofaschismus und Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur (Moos, 2021, S. XV) halten. Ständestaat soll nicht verwendet werden, da es sich um eine Eigenbezeichnung des politischen Systems handelte, die nicht der Realität entsprach.

2.2 Die innenpolitische Situation

Wie bereits eingangs erwähnt, war die Entwicklung in Österreich kein Sonderfall für eine autoritäre Entwicklung. Die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 und das Verbot der Sozialdemokratie im Februar 1934, sind wohl die herausragendsten Ereignisse, welche auch vielfach als die entscheidenden Gründe für die politischen Veränderungen in den 1930er Jahren gesehen werden (Tálos & Manoschek, 2005, S. 6). Der Justizpalastbrand

am 15. Juli 1927 soll an dieser Stelle ebenfalls als ein prägendes Ereignis am Beginn der Krise der parlamentarischen Demokratie erwähnt werden, da er „Politiker aller Lager unvorbereitet [traf] und die politische Landschaft in Österreich [veränderte]“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 137). Tálos & Manoschek (2005, S. 6) unterstreichen, dass diese Ereignisse sich in einen Veränderungsprozess einbetten, der in Österreich 1932 beginnt und im gesamteuropäischen Kontext mit den sozio-ökonomischen Entwicklungen der 20er- und 30er-Jahre eng verflochten ist. „Symptome dieser Krise waren einerseits die Zurückdrängung der liberalen Tradition und der soziale Abstieg des ‚alten‘ Mittelstandes, der deren wichtigste Trägergruppe gewesen war, andererseits die strukturelle Schwäche des demokratischen Sozialismus [...]“ (Mommssen, 1981, S. 175).

Tálos & Manoschek (2005, S. 6) unterscheiden im Konstituierungsprozess des Austrofaschismus zwischen zwei Phasen: eine „Latenzphase“, die im Jahr 1932 startete und bis März 1933 mit der Ausschaltung des Parlaments dauert und eine „Übergangsphase“ von März 1933 bis Mai 1934. Sie begründen den Beginn im Jahr 1932 mit den Weichenstellungen für den Weg in die österreichische Diktatur, die in diesem Jahr ansetzten.

2.2.1 Der Weg in die Krise

Tálos & Manoschek (2005, S. 7) sehen in den bestehenden Machtverhältnissen ab 1920 Gründe für die Entwicklung in den 30er-Jahren. Die bürgerlichen Parteien hatten ab diesem Zeitpunkt eine knappe politische Mehrheit. Die Christlichsoziale Partei kandidierte 1927 gemeinsam mit der Großdeutschen Volkspartei in einer Einheitsliste und ging nach der Wahl mit dem Landbund eine Koalition unter Ignaz Seipel als Bundeskanzler ein (Staudinger, 1983, S. 263). Somit war ein bürgerlicher Block gebildet, der Österreich vor der Sozialdemokratie schützen sollte.

Das Parlament und die darin vertretenen Parteien, waren in dieser Zeit der bestimmende Faktor für politische Veränderung. Die Macht des Bundespräsidenten war beschränkt, weshalb die bürgerlichen Parteien für wesentliche Entscheidungen und Durchsetzung ihrer Interessen auf die Sozialdemokratie angewiesen waren (Tálos & Manoschek, 2005, S. 7). Die Konflikte zwischen den Fraktionen verschärfen sich ab 1927, wobei der 15. Juli⁷ dieses Jahres als Wendepunkt angegeben werden kann, mit dem die weitere Entwicklung und der Weg in die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur geebnet oder zumindest beschleunigt wurde

⁷ Das „Schattendorfer Urteil“ vom 14. Juli 1927 bei dem drei Mitglieder der Frontkämpferversammlung, die wegen des Todes zweier Menschen angeklagt waren, freigesprochen wurden, führte zu schweren Ausschreitungen in Wien. Der Freispruch kam trotz „klarer Sachlage“ zustande und die folgende spontane Massenrevolte und Demonstrationen führten zum Justizpalastbrand mit 85 Todesopfern unter den Demonstrant:innen (Botz, 1983, S. 141f.). Weiters starben vier Polizisten und hinzu kommen je nach Quelle 500 verletzte Polizisten und über 1.000 verletzte Demonstrant:innen (Goldinger & Binder, 1992, S. 150).

(Betz, 1983, S. 142). Die Folge der Julirevolte war ein Sieg für die bürgerliche Regierung und hob deren Ansehen. „Seipel stand im In- und Ausland als unbestrittener Sieger da“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 150). Es gelang, die Sozialdemokratie in ihren Machtpositionen bei den Gewerkschaften zu schwächen (Neck, 1983, S. 240), was jedoch nicht zu den erhofften Wahlerfolgen 1930 führte (Staudinger, 1983, S. 265). Die Sozialdemokratie geriet zunehmend in die Defensive. Laut Mommsen (1981, S. 177) lag für die bürgerlichen Parteien die Schuld an der „krisenhaften Lage der Republik“ im parlamentarischen Prinzip. Seipel bezeichnete die Parteienherrschaft in einer Rede in Tübingen im Jahr 1929 als die „Wurzel des Übels“ und sagt weiters: „Nach meiner Ansicht rettet jener die Demokratie, der sie von der Parteienherrschaft reinigt und dadurch erst wiederherstellt.“ (Seipel, 1930, S. 181–182).

Neben den parlamentarischen Parteien spielten die Heimwehren eine wichtige Rolle im Veränderungsprozess in Richtung autoritäres Herrschaftssystem, die Seipel (1930, S. 188) in eben jener Rede als „starke Volksbewegung, welche die Demokratie von der Parteienherrschaft befreien will“, bezeichnet.

2.2.2 Heimwehren und Wehrturnen

Die Heimwehren, die für diese Arbeit aufgrund ihrer Führungsperson Ernst Rüdiger Starhemberg von Relevanz sind, gründeten sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und waren hauptsächlich in den westlichen und südlichen Bundesländern konzentriert und auf lokaler Ebene organisiert (Tálos & Manoschek, 2005, S. 7). Es handelte sich zu Beginn um paramilitärische Gruppierungen, deren Zweck Selbstschutz war und die sich nach und nach unter diversen Namen wie beispielsweise Heimwehr, Heimatwehr, Selbstschutzverbände, Bauernkommando, etc. zu regionalen Verbänden zusammenschlossen (Wandruszka, 1983, S. 296). In den südlichen Bundesländern Kärnten und Steiermark dienten sie zur Abwehr von jugoslawischen Truppen und in den westlichen Bundesländern sollten sie den ländlichen Raum vor der Plünderung durch zurückkehrende Soldaten schützen (Tálos & Manoschek, 2005, S. 8). Die Mitglieder kamen aus unterschiedlichsten sozialen Verhältnissen und hatten auch keine einheitliche parteipolitische Ausrichtung. Die Führung übernahmen „deklassierte Offiziere, kleinstädtische Akademiker und Agrararistokraten“ (Tálos & Manoschek, 2005, S. 8) während an der Basis die Bauern die Mehrheit bildete.

In den christlichsozial regierten Bundesländern fand eine enge Zusammenarbeit mit den Landesregierungen statt (Tálos & Manoschek, 2005, S. 8). Dass die Heimwehrbewegung in ihrer politischen Ausrichtung keine homogene Gruppierung war, war schon aufgrund ihrer Konstituierung und der Breite ihres Einzugsgebiets klar. Wandruszka (1983, S. 299) schreibt von der Hoch- und Blütezeit ab 1927 und einer „wirklich umfassende[n] Bewegung“

und bezieht sich dabei auf die Vielzahl an Mitgliedern, mit teilweise auch gegensätzlichen politischen Zielen.

Das vereinende Element war der Antibolschewismus beziehungsweise -marxismus (Tálos & Manoschek, 2005, S. 8; Wandruszka, 1983, S. 299), welcher sich in einer klaren innenpolitischen Ausrichtung gegen die Sozialdemokratie manifestierte.

Was haben die Heimwehren mit Turnen zu tun? Erwin Mehl⁸ (1923, S. 36, zit. nach Krammer, 1983, S. 735) schrieb bereits zu Beginn der 20er-Jahre: „Ohne die Heimatwehren wäre Österreich schon längst eine Sowjetrepublik. Alles, was Verständnis hat für gesellschaftliche Ordnung, findet sich in ihnen zusammen. Auch die Wehrzüge des Deutschen Turnerbundes gehen in allen Bundesländern mit den Heimwehren Hand in Hand.“

Alle drei großen Turn- und Sportverbände hatten die Wehrhaftmachung ihrer Mitglieder zum Ziel und begannen im Laufe der 20er-Jahre mit dem Wehrtun (Marschik, 2005, S. 374). Auch der politische Gegner der Heimwehren betrieb im Arbeiter:innensport Wehrsport. Nach Krammer (1983, S. 739) „stellten allein die Turner 6.000 Mitglieder der *Wehrsportzüge des Schutzbundes*“ und über 5.000 Mitglieder des CDTÖ waren laut einem Artikel der *Reichspost* 1934 bewaffnet und in Turnschutzkorps organisiert (Stecewicz, 1996, S. 60–61).

Die Heimwehren blieben trotz politischer Unterstützung und Bemühungen zur Vereinheitlichung zersplittert und waren auch erst ab 1927 von entscheidender politischer Bedeutung. Auch sie gewannen nach den Ereignissen rund um das Schattendorfer-Urteil und den Justizpalastbrand an Einfluss: „Der Unmut über die Tatsache, daß durch eine Parole politischer Gegner Handel und Wandel im ganzen Staatsgebiet lahmgelegt werden konnte, verbunden mit der Erkenntnis, daß ein energisches Auftreten dagegen nicht ohne Erfolg blieb, verlieh den Heimwehren starken Auftrieb“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 155). Laut Botz (1983, S. 161) wirkte es zwar so „als hätte sich am innenpolitischen Kräfteverhältnis nichts Wesentliches geändert“, aber fortan wurden die Heimwehren von den bürgerlichen Parteien, dem Klerus, den Bundesländern und Unternehmerkreisen unterstützt und gefördert. Ab 1928 wurden sie zusätzlich finanziell und materiell von Italien durch Mussolini unterstützt (Kerekes, 1966, S. 10). Im Jahr 1929 erreichten die

⁸ Erwin Mehl war ab 1922 Leiter der Wiener Universitätsturnanstalt und Mitglied der Leitung des Deutschen Turnerbundes (Müllner, 2011, S. 194). Im DTB übernahm er eine Reihe von leitenden Funktionen und Positionen, wurde diesen aber 1934 von der austrofaschistischen Regierung enthoben, da er „und auch seine Turnbrüder nicht gewillt waren die vaterländische Gesinnung anzunehmen“ (Schlosser, 2012, S. 53–54). Nach dem Anschluss trat er der NSDAP bei und wurde 1941 „als erster Österreicher im Bereich ‚Sportwissenschaften‘“ (Müllner, 2011, S. 194) habilitiert. Er hatte leitende Funktionen im nationalsozialistischen Hochschulinstitut für Leibesübungen inne und wurde nach dem Krieg suspendiert. Erst 1957 erhielt er wieder eine Lehrbefugnis und blieb noch weitere acht Jahre aktiv, bis er nach einem politischen Eklat pensioniert wurde (ebd., S. 194–196).

Heimwehren einen Höchststand an 300.000 Mitgliedern, 52.000 davon auch bewaffnet (Tálos & Manoschek, 2005, S. 8).

Der Aufschwung war einerseits bedingt durch die innenpolitischen Veränderungen und die Unterstützung durch den zwischen Oktober 1926 und Mai 1929 regierenden Bundeskanzler Seipel und andererseits durch das außenpolitische Interesse Italiens, das sich durch die Unterstützung der Heimwehren eine faschistische Umgestaltung Österreichs erhoffte. Während Seipel in den Heimwehren einen „willkommenen Prellbock, der zur Zurückdrängung der Sozialdemokratie dienen konnte“ sah (Goldinger & Binder, 1992, S. 155), wollte Mussolini, dass sie innenpolitische Unruhen verstärken und die bürgerlichen und regierenden Parteien dadurch zur „Einführung antidemokratischer Regierungsmethoden“ gezwungen werden (Kerekes, 1966, S. 14). Botz (1983, S. 163) beschreibt, dass die Heimwehren vermehrt versuchten, Zusammenstöße mit dem Republikanischen Schutzbund herauszufordern, um „die Gegner vor die Gewehrläufe der Regierungstruppen zu treiben“ und eine Eskalation des Konflikts zu provozieren. Falls eine Reaktion ausbliebe, hätte dies dem Schutzbund als Schwäche ausgelegt werden können.

Die Stärke der Sozialdemokratie in Wien spielte wohl auch eine Rolle dabei, dass die Konfrontation zwischen den Lagern nicht schon früher eskalierte (Mommsen, 1981, S. 179). Den Heimwehren kam somit zwar eine wichtige Rolle zu, aber sie waren auch durch den politischen Einfluss in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt: „Auch in Perioden ihrer größten organisatorischen Stärke, in der es von vorbereiteten und wieder abgesagten Putschplänen nur so wimmelte, kamen sie nicht über den Status einer faschistischen Bewegung hinaus, die nie gegen, sondern nur mit Unterstützung und Einwilligung der Christlichsozialen einen politischen Umsturz hätte herbeiführen können“ (Tálos & Manoschek, 2005, S. 9). Laut Botz (1983, S. 161) wurde 1931 ein letzter Versuch unternommen, die immer wieder verschobenen Putschpläne zu realisieren, was aber kläglich scheiterte. Die Macht der Heimwehren blieb begrenzt und die politische Führung wollte ihnen auch nicht mehr davon zusprechen (Tálos & Manoschek, 2005, S. 9). Auch der Deutsche Turnerbund, obwohl eigentlich eng mit den Heimwehren verbündet, wandte sich nach den Wahlen 1930 den Nationalsozialisten zu (Schmidl, 1978, S. 165).

2.2.3 Die Anbahnung des austrofaschistischen Regimes

Ein weiteres wichtiges Moment in der Anbahnung des Regimes war die Verfassungsreform von 1929. Sie war „der fehlgeschlagene Versuch, erstmals ein ständisches Element⁹ in die Legislative aufzunehmen“ (Wohnout, 1993, S. 33). Die Reform wurde Ende 1928 von Seiten

⁹ Da der „Ständestaat“ und seine ideologische und politische Konzeption im Rahmen dieser Arbeit nicht aufgegriffen wird, soll hier auf Wohnout (1993, S. 24–32) verwiesen werden, der das Modell des Ständestaats nach Othmar Spann und dessen Rezeption bei der Heimwehr nachzeichnet. Es sei auch darauf hingewiesen, dass laut Wohnout (ebd., S. 32) der Ständegedanke beispielsweise bei Starhemberg auf kein Interesse stieß.

der Heimwehren und Seipel angestoßen. Das innenpolitische Klima war aufgrund schwelender Konflikte gespannt und es wurde eine „Verstärkung der Staatsautorität“ gefordert, sowie eine Stärkung des Bundespräsidenten, seine Wahl durch die Bevölkerung und ein Umbau des Bundesrates (Tálos & Manoschek, 2005, S. 10). Trotzdem wurde vor einer Zuspitzung des Konflikts zurückgescheut, da „die zahlenmäßige Stärke der Heimwehren begrenzt und die Stellung der Sozialdemokratie, zumal in Wien, unangetastet war“ (Mommsen, 1981, S. 179).

Laut Tálos & Manoschek (2005, S. 10) ist es „bemerkenswert“, dass diese Reform trotz der tiefen Gräben und divergierenden Vorstellungen auf parlamentarischer Basis zustande kam. Der Bundespräsident wurde mit neuen Kompetenzen ausgestattet, aber die Schwächung des Parlaments, welche die bürgerlichen Parteien und die Heimwehr im Sinn hatten, kam nicht in dieser Form zustande, da von Seiten der Regierung Schober ein Kompromiss gesucht wurde und es nicht zu einer gewaltsamen Durchsetzung mit Hilfe der Heimwehren kam. Dies geschah vor dem Hintergrund der Bemühung um finanzielle Mittel aus dem Ausland, da die Regierung gerade Verhandlungen mit amerikanischen Banken war (Kerekes, 1966, S. 58) und ein „Bruch mit dem parlamentarischen System [...] empfindliche ökonomische Auswirkungen gehabt [hätte]“ (Mommsen, 1981, S. 179).

Die Bestrebungen zu dieser Verfassungsreform waren Auswüchse der politischen Krise, in der Österreich in den Jahren 1927 und 1928 steckte, mit dem Ziel, die gefestigte Position der Sozialdemokratie anzugreifen, was jedoch aufgrund des Kompromisses nicht gelang (Tálos & Manoschek, 2005, S. 10). Es blieb lediglich „ein grundsätzliches Bekenntnis zur Schaffung eines Länder- und Ständerates“ (Wohnout, 1993, S. 42) übrig. Eine tatsächliche Umsetzung hätte die erneute Zustimmung der Sozialdemokratie gebraucht, die „unter demokratischen Verhältnissen“ (ebd., S. 43) sehr unwahrscheinlich war.

Zur politischen Krise kam im Laufe dieser Jahre noch eine ökonomische hinzu, was die Spannungen und Veränderungsbestrebungen zum Höhepunkt trieb.

2.2.4 Exkurs: Die wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Krisen hatte erhebliche politische Konsequenzen, weshalb hier ein kurzer Abriss der Entwicklung dargestellt werden soll, da dieser Faktor laut Tálos & Manoschek (2005, S. 11) in manchen Abhandlungen über die Entstehung des Austrofaschismus nicht miteinbezogen wird. Die für diese Arbeit relevante Zeit gliedern Kernbauer et al. (1983, S. 343) in vier Phasen: „die Phase der Nachkriegsinflation (1918-1922) bis zur Genfer Sanierung, die Zeit der Stabilisierungsphase und des danach einsetzenden Konjunkturaufschwunges bis zum Eintritt der Weltwirtschaftskrise, die

Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Österreich (1930-1933) und schließlich die Periode der ‚gebremsten‘ Erholung von der Krise [...]“

In der ersten Phase scheiterte die Durchführung einer Finanzreform am Gleichgewicht zwischen den politischen Lagern der Sozialdemokraten und des Bürgerblocks: „Keine der politischen Gruppierungen wollte einem Sanierungskonzept zustimmen, das die eigenen Anhänger belastete [...]“ (Kernbauer et al., 1983, S. 352) und so kam es erst zu einer Stabilisierung als die Regierung Seipel sich dazu entschloss, Hilfe im Ausland zu suchen. Die Genfer Protokolle wurden am 4. Oktober 1922 unterzeichnet und stellten einerseits einen Wendepunkt in wirtschaftlicher Hinsicht dar, da sie endlich die Währung stabilisierten und „damit die Voraussetzungen für den Wiederaufbau“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 115) schufen, was jedoch die volkswirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen vermochte. Andererseits bedeutete der Beschluss ein Zerwürfnis zwischen den politischen Blöcken wegen des „neuerlich bekräftigten Anschlußverbot[s], [...] und der Kontrolle der österreichischen Finanzpolitik durch einen ausländischen Kommissär“ (Kernbauer et al., 1983, S. 356). Die Genfer Protokolle wirkten weit bis in die 30er Jahre hinein in der Innen- und Außenpolitik.

Ein weiterer wichtiger Moment in der wirtschaftspolitischen Geschichte der Ersten Republik ist der Zusammenbruch der Creditanstalt. Er löste europaweit eine Wirtschaftskrise aus, da die Stabilität mehrerer Währungen auf dem Spiel stand, sowie „die Sparkassen und ein Großteil der österreichischen Industrie [von ihr] abhängig [waren]“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 180). So wurde im Oktober 1931 zur Rettung der Creditanstalt ein Budgetsanierungsgesetz erlassen, das sowohl Gehälter kürzte als auch Steuern auf Einkommen, Lebensmittel und Mobilität erhöhte.

Dies führte zu Schwächung der Basis aller bürgerlichen Parteien und schlug sich in den Resultaten der Landtags- und Gemeinderatswahlen 1932 nieder: Die Nationalsozialisten konnten in Wien ihren Stimmenanteil von 2,1% bei der Nationalratswahl 1930 auf 15,5% erhöhen (Tálos & Manoschek, 2005, S. 11–12).

Auf internationaler Ebene war Österreich aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage gezwungen, neue Kredite aufzunehmen, was im Rahmen des Vertrags von Lausanne am 15. Juli 1932 geregelt wurde. Als eine der Bedingungen für einen 300 Millionen Schilling Kredit wurde man neuerlich mit einem Anschlussverbot belegt und Italien befand sich unter den Garanten. Auch eine Zollunion mit Deutschland wurde ausgeschlossen (Gehler, 2017, S. 120).

Schmidl (1978, S. 175) gibt hier einen interessanten Einblick in die Reaktion des Turnbundes:

Die Enttäuschung über die Annahme der Bedingungen für die Anleihe im Parlament veranlaßte den Turngau Wien, beim Bundesturnrat einen Antrag einzubringen, gegen Nationalratsabgeordnete, die Turnerbundmitglieder waren und in der Anleihen-Abstimmung offenbar ihre Stimme für diese abgegeben hatten, vorzugehen. Nach 'eingehender Wechselrede' zog der Antragsteller aber den Antrag wieder zurück. Der Konsenspolitiker Kupka [Obmann des Turnerbundes, Anm.] hatte offenbar wieder Überhand behalten, und einen Affront gegenüber bundesangehörigen Politikern verhindert.

Im Laufe der Krisenjahre stieg die Zahl der Arbeitslosen bis zu ihrem Höchststand im Februar 1933 auf 580.000 Personen¹⁰, was einer Rate von mehr als 25% entsprach (Kernbauer et al., 1983, S. 369).

2.2.5 Die autoritäre Machtübernahme

Im Mai 1932 wurde Dollfuß „nach schwierigen Verhandlungen“ Bundeskanzler und musste sich für eine parlamentarische Mehrheit mit den Heimwehren einigen, die auf einen autoritären bzw. „faschistischen Kurs“ drängten (Kriechbaumer, 2005, S. 24). Dollfuß war seit 1931 Landwirtschaftsminister gewesen, als deutschnational, katholisch und dem „sozialistischen Lager [...] ursprünglich nicht ablehnend einzustufen“ und hatte bis zu diesem Zeitpunkt „wenig Berührung“ mit der Heimwehr gehabt, die sich stattdessen den steirischen Landeshauptmann Rintelen als Bundeskanzler gewünscht hatten (Goldinger & Binder, 1992, S. 194).

Nach Tálos & Manoschek (2005, S. 12) kennzeichnete die Regierung Dollfuß „[...] ihr Versuch, durch die Einschränkung von Parlament, von demokratischen (Wahl-)Rechten und politischer Opposition, insbesondere der Sozialdemokratie, ihre Machtposition abzusichern und so zugleich entsprechende Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Krisenlösungspolitik – durch Budget- und Bankensanierung sowie Ausweitung der Belastungen – zu schaffen“. Die autoritären Züge machten sie „zum Katalysator für den Weg in den Austrofaschismus“ (ebd.). Die Regierung, die aus Christlichsozialen, dem Landbund und den Heimwehren bestand, war eigentlich als Übergangsregierung gedacht und hatte nur eine Stimme Mehrheit im Parlament, was eine äußerst labile Ausgangslage in den bereits turbulenten Zeiten bedeutete (Goldinger & Binder, 1992, S. 195).

Im Oktober 1932 wurde eine Verordnung erlassen, die sich auf das „kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ stützte, um die parlamentarischen Blockaden, für eine Lösung der

¹⁰ Die Gesamtbevölkerung wird für 1934 von der Statistik Austria (2024, 16. September) mit 6.760.044 angegeben.

Krise der Creditanstalt zu umgehen. Dies „[...] war weniger ein bewusster Probelauf für einen geplanten Übergang zu einer künftigen autoritären Lösung, als ein Abtesten der Möglichkeit, angesichts der schwierigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse wichtige Maßnahmen auch auf dem Verordnungsweg durchführen zu können und eine Reaktion auf die gereizte Stimmung an der eigenen Basis“ (Kriechbaumer, 2005, S. 27). In Folge dieser Entwicklungen kam es zur Stärkung der Regierung bei gleichzeitiger Einschränkung des Parlaments.

Die Idee zur Ausschaltung des Parlaments wurde somit als Alternative formuliert, für den Fall, dass die Zusammenarbeit mit der Regierung scheitern sollte. Schlagend wurde dies am 4. März 1933: Während eines Konflikts um die Gültigkeit eines Stimmzettels traten die drei Nationalratspräsidenten nacheinander zurück, was die Handlungsunfähigkeit des Nationalrates zur Folge hatte (Goldinger & Binder, 1992, S. 200–201). Laut Kriechbaumer (2005, S. 27–28) führten diese „unvorhergesehenen Ereignisse“ dazu, dass die Christlichsozialen die Situation nutzen wollten, um „für einige Zeit“ autoritär zu regieren.

Die Regierung war auch wegen dem Ergebnis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei den Landtagswahlen 1932 unter Druck, da man Neuwahlen unbedingt verhindern wollte, was die Position der Heimwehren als Partner stärkte (Tálos & Manoschek, 2005, S. 15). Die außenpolitische Situation änderte sich mit dem Wahlsieg der NSDAP am 5. März 1933 bei den Reichstagswahlen auch noch einmal schlagartig und es kam sofort zu Attacken gegen die Bundesregierung von Seiten der österreichischen NSDAP (Kriechbaumer, 2005, S. 28). Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland führte wahrscheinlich auch dazu, dass die Abschaffung der Demokratie in Österreich von den Westmächten Frankreich und England toleriert wurden (Betz, 1983, S. 210).

Die Entwicklungen in und um Österreich bestärkten Mussolini darin, die Heimwehren weiter zu fördern, da er sie „[...] als politischer Garant für eine Entwicklung nach italienischem Geschmack“ (Tálos & Manoschek, 2005, S. 15) ansah, mit dem Ziel „einen faschistischen Staatenbund Italien – Ungarn – Österreich gegen den immer stärker zur Macht drängenden expansiven Nationalsozialismus zu schaffen.“ Er übte auch Druck auf Dollfuß aus und bewegte ihn dazu, die Heimwehren stärker in die Regierung einzubinden (Kriechbaumer, 2005, S. 33).

Ein weiteres Element der Latenzphase war der Kampf gegen die Sozialdemokratie, welcher sich beispielsweise nach Zusammenstößen im Oktober 1932 zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten in Verboten für Aufmärsche dieser Parteien äußerte (Tálos & Manoschek, 2005, S. 16). Krammer (1983, S. 739) schildert den Einfluss des Sports in dieser Phase:

„Als der Druck der Regierung durch Aufmarsch- und Übungsverbote zunahm, fungierte Sport als Tarnkappe. Schutzbunduniformen wurden durch die Turnkleider ersetzt, militärische Übungen so zu ‚sportlichen Ereignissen‘. Eine wichtige Rolle spielten zudem die *Arbeiterschützenvereine des ASKÖ*, die die Aufgabe übernommen hatten, die Schießausbildung der Schutzbündler zu organisieren und sie mit eigenen Waffen zu versorgen.“

Es wurden fortlaufend Waffenbeschlagnahmungen bei Sozialdemokraten und Schutzbund durchgeführt und das Militär nach einer bereits erfolgten „Umpolitisierung“ personell und materiell, ebenso wie die Exekutive, aufgerüstet. Zudem kamen noch Angriffe auf Einrichtungen wie die Presse, welche einer Präventivzensur unterworfen werden sollte (Tálos & Manoschek, 2005, S. 16).

Mit der Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 wurde auch die Übergangsphase, die mit der neuen Verfassung im Mai 1934 endete, eingeleitet. Die Parteien wurden verboten oder aufgelöst. Die Sozialdemokratie wurde nicht auf einen Schlag, sondern sukzessive ausgehebelt. Goldinger und Binder (1992, S. 203) schreiben, dass es politisch entscheidend war, dass „die Sozialdemokraten sich nicht entschlossen, durch einen Generalstreik oder andere Aktionen ihre außerparlamentarische Macht in die Waagschale zu werfen. Es wäre für sie die letzte Gelegenheit gewesen. Sie fürchteten, zwischen den beiden Mühlsteinen Nationalsozialismus und antimarxistischer Kurs in Österreich zerrieben zu werden [...] Die Regierung erblickte darin ein Zeichen der Schwäche und löste den Republikanischen Schutzbund auf.“ Botz (1983, S. 211) spricht von einem „kampflosen Zurückweichen der Sozialdemokratie“ und schreibt weiter: „Im März 1933 sah sie sich fast täglich mit neuen Schachzügen Dollfuß‘ und der Heimwehr konfrontiert, die alle sorgfältig dosiert, jedoch geeignet waren, ihre Rückzugstellungen im österreichischen politisch-gesellschaftlichen System zu untergraben.“

In dieser Zeit wird, folgend der Ausschaltung des Parlaments, eine „Politik auf Verordnungsweg“ (Tálos & Manoschek, 2005, S. 17–18) vollzogen. Es folgten weitere Verbote, wie die der Maifeiern und politischer Demonstrationen, zudem wurde die Stellung der Sozialdemokraten in Einrichtungen wie der Arbeiterkammer geschwächt. Die Regierung war in dieser Zeit an zwei Fronten beschäftigt: einerseits die Nationalsozialisten, welche mit Anschlägen und Aktionen im Verlauf des Jahres 1933 immer wieder für Zündstoff sorgten und andererseits die Sozialdemokratie, die endgültig ausgeschaltet werden sollte (Bolz, 1983, S. 211). Die Politik des Verordnungsweges fand auch im Sport Niederschlag: Zahlreiche Gesetze, die zur Kontrolle des Sports und der Verbände erlassen wurden,

basierten auf dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, wie sich auch in den Akten des Sport- und Turnreferats zeigen wird.

Nationalsozialisten und Sozialdemokraten wurden von der Regierung nicht gleichermaßen behandelt: Die Nationalsozialistische Partei war zwar bereits am 19. Juni 1933 nach einer Häufung von Anschlägen, die auch Todesopfer gefordert hatten (Goldinger & Binder, 1992, S. 205) verboten worden, aber die große Aufmerksamkeit galt der Zerschlagung der Sozialdemokratie, während mit den Nationalsozialisten Verhandlungen angestrebt wurden (Tálos & Manoschek, 2005, S. 19). Der Anschlag, der zum Verbot der NSDAP in Österreich führte, fand im Kontext von Turnen und Sport statt und wird im nächsten Kapitel zum Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland aufgegriffen. Der ambivalente Umgang mit der nationalsozialistischen und der sozialdemokratischen Partei schlug sich ebenfalls im Umgang mit den zugehörigen Verbänden nieder, wie im weiteren Verlauf der Arbeit gezeigt wird.

Weiters wurde die Pressefreiheit und die Gerichtsbarkeit von Geschworenengerichten bis zum Verfassungsgerichtshof eingeschränkt. Letzterer wurde gänzlich handlungsunfähig, nachdem die zugehörigen Mitglieder der Christlichsozialen Partei ihre Funktion niederlegten (Tálos & Manoschek, 2005, S. 19). Dieser Schritt war für die Regierung notwendig, da einige Verordnungen auf Basis des Ermächtigungsgesetzes beim Verfassungsgerichtshof angefochten wurden. Laut Goldinger und Binder (1992, S. 205) verließen sie „damit zweifellos den Boden des Rechtsstaates“. Im November 1933 wurde das Standrecht eingeführt, Anhaltelager eröffnet und die Exekutive gestärkt (Tálos & Manoschek, 2005, S. 19–21), außerdem wurde die Todesstrafe eingeführt (Goldinger & Binder, 1992, S. 210).

Botz (1983, S. 226) schreibt, dass die „politischen Ereignisse im Jänner und Anfang Februar auf den offenen Bürgerkrieg hinaus [liefen]“. Zu den „'legalen' Terrormaßnahmen“ der Regierung wie Verhaftungen und Waffensuchen, kam noch der „illegale Terror der Heimwehr“, die offen eine Rebellion und die Abschaffung der Parteien forderte. „Mit dem bewaffneten Widerstand der Linzer Sozialdemokraten gegen die Durchsuchung des Parteiheimes durch die Polizei am 12. Februar 1934 war dieser Moment erreicht“¹¹ (Tálos & Manoschek, 2005, S. 19).

¹¹ Von Linz aus breitete sich die Eskalation, welche als Februarkämpfe oder Bürgerkrieg bezeichnet wird, auf weite Teile Österreichs aus und dauerte bis zum 15. Februar. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Schutzbund, Exekutive, Militär und Heimwehr (Botz, 1983, S. 246–258). Kurt Bauer (2025) hat im Rahmen eines Forschungsprojektes die Opfer und die genauen Zahlen untersucht, die bis heute nicht genau angegeben werden können. Es starben zwischen 350 und 360 Personen und nur 31% sind den Kampfparteien („Schutzbund und Exekutive“) zuzuordnen, somit waren die Mehrheit „Nicht-Kombatant/innen und Unbeteiligte“. Einige davon fielen in den Tagen danach den Standgerichten und somit der Todesstrafe zum Opfer. In Bauers (2021, 9. März.) Datenbank zu den Todesopfern finden sich sechs Wehrturner und ein Aufständischer, der von Mitgliedern der CDTÖ erschossen wurde.

Anhand dieses Abrisses wurden die weitreichenden Folgen, die die Ausschaltung des Parlaments auf politischer, staatlicher und gesellschaftlicher Ebene gehabt haben, dargestellt. Einige Verbindungen zum Sport wurden bereits hergestellt. Für den Sport bedeutete der Weg in die Diktatur ebenfalls eine Zäsur: Nachdem der Staat laut Stecewicz (1996, S. 51) bis 1930 „kein sichtbares Interesse am Sport gezeigt [hatte]“, da seine Förderung Kosten bedeutete, änderte sich das wohl auch durch die Vorbilder im Norden und Süden. In Italien hatte Mussolini den Sport zu Wehrtüchtigung der Jugend genutzt und ab 1933 wurde der Sport in Deutschland ebenfalls „als Mittel der Wehrtüchtigung und auch der politischen Erziehung stark gefördert.“ (ebd.)

Nicht nur die sportlichen Fragen spielten in den Beziehungen mit den Nachbarmächten eine signifikante Rolle, weshalb im folgenden Abschnitt die Außenpolitik Österreichs betrachtet wird. Tálos & Manoschek (2005, S. 21) sind nicht der Meinung, dass diese Verbindungen den Lauf der Geschichte in Österreich so wesentlich beeinflussten, um diese als Auslöser zu bezeichnen: „Der Weg in den Austrofaschismus war weder in erster Linie Resultat des von Mussolini ausgeübten Druckes noch Resultat des Abwehrkampfes gegen den deutschen Faschismus bzw. des Kampfes für die Selbständigkeit Österreichs.“

Nichtsdestotrotz sind die Interessen der Nachbarstaaten und deren innenpolitischer Einfluss nicht zu unterschätzen, hatten doch sowohl Italien als auch Ungarn Interesse an einer Rechtsregierung in Österreich. Beide unterstützten die Heimwehren und suchten ab 1932 verstärkt den Kontakt zur Regierung. Kerekes (1966, S. 9) zitiert den ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen aus dem Protokoll eines geheimen Treffens mit Mussolini im Jahr 1928: „Das Ziel müsste sein, daß in Österreich eine Rechtsregierung mit Hilfe der Heimwehren die Macht von der gegenwärtigen Regierung übernimmt, deren außenpolitische Ziele den unseren nicht kongruent sind [...]“

2.3 Die außenpolitische Situation

Im Sammelband von Wenninger und Dreidemy (2013) zur *Vermessung des Forschungsfeldes Dollfuß-Schuschnigg-Regime*, diskutiert Binder (2013) den wissenschaftlichen Diskurs zu Außenpolitik dieser Zeit, der seiner Meinung nach zu kurz kommt. Da die Teilnahme an den Olympischen Spielen nicht nur eine sportpolitische, sondern auch eine außenpolitische Frage war, werden in dem vorliegenden Kapitel die wichtigsten Entwicklungen und Machtkonstellationen aufgezeigt, um sie im weiteren Verlauf mit den sportpolitischen Entwicklungen in Verbindung zu setzen, auf die sie einen Einfluss hatten.

„Die Zwischenkriegszeit in Europa war geprägt von einer schweren Krise der Demokratie und des liberalen Systems. In einer ganzen Reihe von Staaten konnten sich demgemäß

Diktatur und Totalitarismus etablieren“, schreibt Rauscher (2014, S. 27) in seinen einleitenden Worten in *Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34* und zählt 14 europäische Länder auf, die sich in den Jahren 1922 bis 1936 neben Österreich und Italien auf einen autoritären Kurs begaben.

Laut Gehler (2017, S. 117), bewegte sich Österreichs Außenpolitik nach dem Ende der Habsburgermonarchie „zwischen verschiedenen Orientierungen hin und her“. Einerseits war die Thematik des Anschlusses vom Beginn der Republik an sehr präsent, andererseits existierten „donau- und mitteleuropäische Tendenzen, prowestliche Völkerbundanleihe-Politik unter formeller Wahrung der Unabhängigkeit und national-österreichische Überlebensstrategien bis hin zu bewusst gewählten eigenstaatlichen Konzeptionen“ (ebd.). Österreich war von den Siegermächten wirtschaftlich abhängig und wurde von diesen, unter besondere Beachtung einer Trennung vom Deutschen Reich, eingegrenzt.

Im Juli 1928 wurden die finanzpolitischen Kontrollen durch Genfer Völkerbundanleihen aufgehoben, was zu kurzfristiger außenpolitischer Handlungsfreiheit führte, die jedoch nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 wieder beendet war. Dieses Mal begab man sich in andere Abhängigkeitsverhältnisse: zuerst näherte man sich dem faschistischen Italien an und nach Mussolinis Annäherung an Hitler auch an Deutschland (Gehler, 2017, S. 118).

„Die Frage der Existenzfähigkeit Österreichs war seit Gründung der Alpenrepublik ein immer wiederkehrendes Thema der europäischen Politik“ (Rauscher, 2014, S. 28) und so kamen verschiedene Lösungsmodelle auf den Tisch: Beispielsweise scheiterte 1930/31 der erneute Versuch einer Zollunion mit Deutschland am Widerstand unter den Vertragspartnern der Genfer-Protokolle, nachdem ähnliche Vorschläge bereits zu Beginn der 1920er-Jahre verworfen oder unterbunden worden waren (Gehler, 2017, S. 119). Seipel, der innenpolitisch als „Scharfmacher des bürgerlichen Lagers“ (ebd.) auftrat und durch kritische Äußerungen zum Parteien- und Regierungssystem auffiel, war in außenpolitischen Fragen gemäßiger und schaffte es durch seine defensive Außenpolitik Österreich „schadlos durch sämtliche europäische Bündnisspekulationen hindurch zu manövrieren“ (Gehler, 2017, S. 119).

In den Darstellungen Kochs (2009, S. 11–19) in seinem Artikel *Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne* wirkt Österreich wie ein wenig selbstbestimmter Spielball der Großmächte. Er schreibt, dass es verwunderlich sei, „dass Wien mit der Berliner Karte im Ärmel nicht wesentlich forscher auftrat, um die westlichen Industriestaaten zu einem Sanierungsbeitrag zu verpflichten“ (Koch, 2009, S. 12). Die Machtergreifung Hitlers führte ab 1933 dazu, dass verschiedene Strategien „zur Abwehr der nationalsozialistischen

Bedrohung [...] und zur Wahrung der staatlichen Unabhängigkeit“ entwickelt beziehungsweise verfolgt wurden (Koch, 2014, S. 11). Koch (ebd.) beschreibt einen „italienischen Kurs“, „die internationale Karte“ und den „deutschen Weg“. Da diese beiden Großmächte als Nachbarstaaten, wohl den bedeutendsten Einfluss auf Österreich hatten, sollen die Beziehungen im Dreieck Österreich – Italien – Deutschland zuerst isoliert betrachtet und dann im letzten Teil der Arbeit zusammengeführt werden.

Ab 1933 wurde mit der Machtübernahme Dollfuß' in Österreich und der beinahe zeitgleichen Machtergreifung Hitlers, die Orientierung Richtung Italien und Ungarn, als Abwehrstellung gegen den Nationalsozialismus und die Sozialdemokratie eingeleitet (Rauscher, 2014, S. 28). Dieser Kurs Richtung Süden mündete in den Römischen Protokollen, die nicht nur eine wirtschaftliche Absichtserklärung und der bedeutendste unter den damaligen Handelsverträgen sein sollten (Koch, 2009, S. 24), sondern eine Positionierung und Koordination unter der Führung des faschistischen Italiens gegen das Deutsche Reich, die Kleine Entente und auch Frankreich (Gehler, 2017, S. 121). Italien und Ungarn waren sich weltanschaulich nahe und auch in Österreich hatte sich das politische System zu diesem Zeitpunkt bereits in Richtung Faschismus entwickelt.

2.3.1 Das Verhältnis zu Italien

„Das Verhältnis zu Italien zählt zu den zentralen Determinanten für die politische Entwicklung Österreichs in den 1930er-Jahren“ (Wohnout, 2013, S. 601). Auch dieser Aspekt der österreichischen Außenpolitik ist in der Literatur noch nicht in größerem Ausmaß beleuchtet worden und Arbeiten dazu sind entweder zu wenig detailliert, oder widmen sich nur einem Detail der Beziehungen, wie Wohnout (ebd.) kritisiert. Viele der Arbeiten stammen aus den 70er-Jahren oder stützen sich auf den damaligen Forschungsstand und das, obwohl die österreichisch-italienischen Beziehungen in direktem Zusammenhang „mit dem Entstehen des autoritären Staates und der gewaltsamen Ausschaltung der Sozialdemokratie aus dem politischen Leben [stehen]“ (Wohnout, 2013, S. 601), deren Begleiterscheinung die Zerschlagung des Arbeiter:innensports darstellt.

Italien hatte von Beginn der Ersten Republik an ein Interesse an österreichischer Unabhängigkeit, weil es in seiner Eigenstaatlichkeit diverse Pufferfunktionen erfüllte: Es schirmte Italien gegen einen geschlossenen slawischen Einfluss ab und fungierte als Schutz vor dem südlichen Einfluss des Deutschen Reichs und sicherte den Brenner (Wohnout, 2013, S. 604–605). Die Beziehung zu Italien war aufgrund der Südtirolfrage Spannungen unterworfen, doch Schober, der 1929 zum dritten Mal Bundeskanzler wurde, gelang der Abschluss eines Freundschaftsvertrags (Rauscher, 2014, S. 28). Dabei half ihm Mussolinis Ablehnung der österreichischen Sozialdemokratie. Diese war nämlich bis zur Machtübernahme Hitlers „anschlussfreundlich“ (Wohnout, 2013, S. 605) und stand im

Widerspruch zu italienischen Interessen. Aus diesem Grund wurden in Kooperation mit Ungarn die Heimwehren massiv finanziell unterstützt und Putschpläne gefördert, aber auch Italien musste einsehen, dass die Heimwehren alleine nicht zu einem erfolgreichen Putsch im Stande waren (Wohnout, 2013, S. 605). Deshalb blieb die Verbindung zur Regierungsspitze aufrecht, was die Vielzahl an Kontakten zu Schober, Dollfuß und Starhemberg belegen.

Nach Wohnout (2013, S. 606) waren die Heimwehren mehr als radikale Beschleuniger gedacht, während die tatsächlichen Machthaber seine eigentlichen Interessen umsetzen sollten: österreichische Selbstständigkeit zum Schutz italienischer Interessen, „absoluter Antimarxismus und unversöhnliche Gegnerschaft zur Sozialdemokratie“, eine dauerhafte Rechtsregierung und ein autoritäres Regierungssystem.

Starhembergs Mutter organisierte einen ersten Besuch bei Mussolini in Rom. Durch diese Verbindung wurde Mussolini zum wichtigsten Geldgeber für Starhembergs politische Aktivitäten, die ihn zuerst an die Spitze der Heimwehr und dann an die Spitze des Staates brachten (Wohnout, 2013, S. 607). Starhemberg selbst beschreibt diese Begegnung in seinen Memoiren, die einen revisionistischen Anstrich haben, da er sich beispielsweise in seinem Gespräch mit Mussolini gegen jeden Antisemitismus innerhalb der Heimwehr verwehrt (Starhemberg, 1971, S. 76–80). Das Treffen mit Mussolini beflügelte Starhemberg „die Führung des Heimatschutzes an sich zu reißen“ (Starhemberg, 1971, S. 80).

Als Gegenleistung wurde Starhemberg, der noch in den 1920er-Jahren deutschnational orientiert war und direkte Verbindungen zu den Nationalsozialisten besaß, mehr und mehr zum Verfechter der [...] politischen Pläne Mussolinis im Hinblick auf Österreich innerhalb der politisch heterogenen Heimwehrführung. (Wohnout, 2013, S. 607)

Als die Regierung Dollfuß I im Mai 1932 an die Macht kam, blieb Starhemberg der wichtigste Kontaktmann für Mussolini. Dollfuß hingegen blieb anfänglich auf Distanz, da auch eine Koalition mit den Sozialdemokraten möglich gewesen wäre. Für diesen Fall unterbreitete Starhemberg Mussolini einen Putschplan (Wohnout, 2013, S. 608). Doch so weit sollte es nicht kommen und ein Abkühlen der Beziehungen zur Sozialdemokratie ging mit einer Abwendung vom demokratischen Parlamentarismus einher. Es wurde erstmals eine Verordnung auf Basis des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen, um „die abgekühlten Beziehungen zu Italien“ zu verbessern (Wohnout, 2013, S. 608).

Ein weiterer beschleunigender Faktor waren die Entwicklungen in Deutschland, die Dollfuß in Richtung Italien drängten. Nach der Machtübernahme Hitlers schlug auch Dollfuß einen autoritäreren Kurs ein und das wurde von italienischer Seite als direkte Reaktion auf die Massendemonstrationen von Nationalsozialisten in Österreich gewertet (Wohnout, 2013, S. 611). Mussolini ordnete seine Vertreter in Österreich an, auf eine Zusammenarbeit zwischen Starhemberg und Dollfuß hinzuarbeiten und intervenierte auch, nachdem sich Dollfuß bei einem italienischen Gesandten über „die mangelnde Loyalität [der Heimwehren] der Regierung gegenüber“ beschwert hatte (Wohnout, 2013, S. 612). Starhemberg (1971, S. 139–142) beschreibt ein weiteres Treffen mit Mussolini in dem klar wird, dass es vor allem an Geld mangelte: Um gegen nationalsozialistische Aktionen und Terror vorzugehen hatte Starhemberg „Gegenterror“ und Heimwehraufmärsche im Sinn, doch das kostete Geld, welches die Regierung nicht zur Verfügung stellen konnte. Starhembergs Ideen fielen laut seinen eigenen Aussagen auf fruchtbaren Boden und er (Starhemberg, 1971, S. 142) schreibt: „Die Beträge, die ich für den Aufmarsch brauchte, streckte er mir in meiner Eigenschaft, als Heimschutzführer für unbestimmte Zeit vor, ohne die geringste Gegenleistung zu verlangen.“

Doch, dass es sich um eine selbstlose Geste Mussolinis handelte, ist unwahrscheinlich, denn dieser forderte einerseits von der Heimwehr, sich für seine Unterstützung hinter Dollfuß zu stellen und andererseits von Dollfuß, der Heimwehr politisch entgegenzukommen. Das wiederum bedeutete auch im Interesse Mussolinis zu handeln (Wohnout, 2013, S. 612). So erkennt Starhemberg (1971, S. 141) auch selbst an, dass „[...] rein italienische Interessen für die Unterstützung unserer Bestrebung maßgebend seien [...]“.

Die von Dollfuß umgesetzten Maßnahmen, wie zum Beispiel Auflösung des Schutzbundes im März 1933, gingen in die von Italien gewollte Richtung. Die innen- und außenpolitische Lage wurde jedoch immer herausfordernder und so suchte Dollfuß erstmals das direkte Gespräch mit Mussolini. Dollfuß versuchte zu dieser Zeit noch, die Nähe zu Italien diskret zu halten, da sie weder im In- noch im Ausland auf positive Reaktionen gestoßen wäre. Laut Wohnout (2013, S. 612) war der Auslöser für den Vorstoß und den ersten direkten Besuch in Italien ein Gerücht, laut dem „Teile der Heimwehr gemeinsam mit den Nationalsozialisten und mit italienischer Unterstützung einen Putsch beabsichtigten“. In seinem Telegramm an die Gesandtschaft in Rom schreibt Dollfuß (ADÖ, 9/1286): „Angesichts der durch Ereignisse in Deutschland eingetretenen Unklarheit in Beziehung Oesterreichs zu Deutschland wäre es mir dringend erwünscht mich ehestens mit Herrn Mussolini auszusprechen.“ Dort wurde ihm versichert, dass eine autoritäre Regierung in Österreich immer mit Hilfe rechnen könne (Rauscher, 2014, S. 29).

Nach diesem Besuch intensivierte sich der direkte Kontakt und es kam zu weiteren Besuchen, so zum Beispiel nach der Einführung der 1.000-Mark-Sperre im Juni 1933 (Rauscher, 2014, S. 32). Dollfuß war sich der Unterstützung Italiens sicher, was jedoch seinen innenpolitischen Preis hatte. Für Mussolini war die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eine rote Linie¹², die Dollfuß nicht überschreiten durfte, auch wenn sich die Möglichkeit böte, da er sonst keine Hilfe aus Italien mehr erwarten durfte.

Dieses Abhängigkeitsverhältnis führte dazu, dass Mussolini seinen Druck auf Dollfuß mit Sommer 1933 immer weiter erhöhte und schriftlich Reformen im Sinne eines faschistischen Systems einforderte (Wohnout, 2013, S. 615). Die Entwicklungen in Österreich konnten nicht schnell genug gehen, Dollfuß spielte auf Zeit, gab vage Antworten und versuchte sich auch von den Westmächten England und Frankreich Sicherheitsgarantien gegenüber Deutschland zu holen.

Erneute Gerüchte über einen nationalsozialistischen Putsch bewegten Dollfuß zum dritten Treffen mit Mussolini, das im August 1933 in Riccione stattfand (Rauscher, 2014, S. 33–34). Hier wurde der Druck auf Dollfuß erhöht und diesem ein „detaillierter Forderungskatalog“ im Gegenzug für die weitere Unterstützung vorgelegt: Verfassungsreform noch im September, Ablösung der sozialdemokratischen Stadtregerung in Wien durch einen Regierungskommissär, Regierungsumbildung und Auswechslung italienkritischer Minister, Etablierung der Vaterländischen Front und „diktatorischen Charakter“ der Regierung (Wohnout, 2013, S. 618).

Diese Entwicklungen mündeten in Dollfuß' Trabrennplatzrede¹³ am 11. September 1933. Kurz zuvor war Mussolini noch im Austausch mit Starhemberg zur weiteren Vorgehensweise der Heimwehren (Starhemberg, 1971, S. 139–142). Die Heimwehren waren für Italien das Druckmittel in Richtung Faschisierung der österreichischen Politik. Mussolini verkaufte diese Faschisierung auch als Möglichkeit, „zahlreiche Nationalsozialisten von der Regierung zu überzeugen“ (Wohnout, 2013, S. 618–619).

Die Umsetzung der Vorhaben ging der italienischen Seite nicht schnell genug und so wurde weiter Druck aufgebaut, denn Italien war nur bereit „ein faschistisches Österreich gegen

¹² In der italienischen Sekundärliteratur wurde in den 60er-Jahren diskutiert, dass eine starke Sozialdemokratie in Österreich zwar nicht im Interesse des Faschismus, jedoch im Interesse Italiens gewesen wäre (Petersen, 1973, S. 132), da sich die Anschlussfreudigkeit nach 1933 schnell verflüchtigt hatte. Petersen zitiert auch aus einem Brief des österreichischen Publizisten und Wiener Vizebürgermeister Ernst Karl Winter an Mussolini, in dem dieser darlegt, dass Mussolini in Österreich zwischen der Entscheidung „Nicht-Anschluss oder Faschismus“ stünde, da eine Ausschaltung der Demokratie und der linken Kräfte in jedem Falle einen Anschluss nach sich ziehen würde (Petersen, 1973, S. 189–190).

¹³ Bei der „Trabrennplatzrede“ handelte es sich um „eine große Rede vor der Vaterländischen Front auf dem Wiener Trabrennplatz, in der er sein Programm für den Neuaufbau des Staates auf berufsständischer Grundlage entwickelte. Nur wenige Eingeweihte wußten, daß dies eine der Verpflichtungen war, die er in Riccione hatte übernehmen müssen“ (Goldinger & Binder, 1992, S. 209).

Deutschland zu unterstützen“ (Rauscher, 2014, S. 36). Im Jänner 1934, mitten in einer nationalsozialistischen Terrorwelle, wurde Dollfuß klar gemacht, dass das Vertrauen in seine Fähigkeit, die Forderungen umzusetzen am Schwinden war. Gleichzeitig führte die Zweigleisigkeit Italiens, die durch den Kontakt zu Starhemberg und dem neuen Vizekanzler Emil Fey gegeben war, zu hohem innenpolitischen Druck. Auch an die Westmächte kommunizierten die Italiener eindeutig, dass sie aufgrund ihrer Stellung in Österreich die politische Richtung vorgeben wollten (Wohnout, 2013, S. 621–622).

Die Ereignisse im Februar 1934 fielen in eine Phase, in der Österreich noch vermehrt international um Unterstützung gegen deutsch-nationalsozialistische Agitation ansuchte, wie zum Beispiel in Paris und London (Rauscher, 2014, S. 38). Der Ausgang der Februarkämpfe führte dazu, dass italienische Forderungen umgesetzt wurden und somit zu positiven Reaktionen aus Italien. Über die Heimwehren gelang es auch, den italienischen Einfluss bei der Erarbeitung der ab Mai 1934 in Kraft getretenen Verfassung zu konsolidieren und der italienische Einfluss war gefestigter denn je, wie Wohnout (2013, S. 623–624) beschreibt:

Auch wenn die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit am 17. Februar 1934, basierend auf einem französischen Kompromissvorschlag, von den drei europäischen Mächten Großbritannien, Frankreich und Italien gleichzeitig, jedoch unilateral und unabhängig vom Völkerbund postuliert worden war, war Dollfuß mit dem 12. Februar endgültig jener Rest an außenpolitischer Handlungsfreiheit abhandengekommen, der im bis dahin noch geblieben war. Er war enger denn je an Italien gekettet.

Von nun an nahmen die Einflussnahmen deutlich ab und liefen mehr über Starhemberg und die Heimwehrminister, als direkten Druck auf Dollfuß auszuüben. Wohnout (2013, S. 624) resümiert, dass nach den Entwicklungen im Februar, der Ausschaltung der Sozialdemokratie und Abschaffung der Demokratie, die „italienische Einflussnahme auf die österreichische Innenpolitik die Sicherstellung der eigenen außenpolitischen Interessen“ erfüllt hatte und danach das Interesse an der österreichischen Innenpolitik merklich abnahm, was sich auch nach der Ermordung Dollfuß' nicht mehr grundlegend änderte.

Mit den römischen Protokollen im März 1934 war die politische Anbindung an Italien auch auf internationaler Ebene offiziell geworden und hatte auch Auswirkungen dahingehend, dass die westlichen Demokratien weniger dazu geneigt waren Österreich in seiner Unabhängigkeit zu unterstützen (Gehler, 2017, S. 122). Auch in personellen Fragen hielt sich Mussolini zurück, da er sich beispielsweise nicht für Starhemberg einsetzte, als

Schuschnigg Kanzler wurde, obwohl er zu diesem enge Kontakte pflegte. Hinzu kam, dass sich die außenpolitischen Interessen Mussolinis von Mitteleuropa weg und hinzu Afrika und dem Mittelmeer bewegten (Wohnout, 2013, S. 625).

1936 stellte Theodor Hornbostel¹⁴ bei einem internen Vortrag im Außenamt fest, dass die Beziehungen zu Italien „nicht immer so gut waren wie heute“ (Kriechbaumer, 2005, S. 346). Die Beziehungen waren in den 1930ern aufgrund der Südtirolfrage wesentlich schwieriger, aber bereits zu dieser Zeit war man sich bewusst, dass Italien aus eigenen Interessen Österreich unterstützte, da Italien „das selbstständige Österreich als eine Art Pufferstaat zwischen sich und den slawischen Staaten [...] und dem aufstrebenden Deutschland“ (ebd.) sah. Auch wenn die Beziehung zu Italien auf sportlicher Ebene wenig Bezüge ermöglichte, so ist sie doch ein unverzichtbarer Aspekt für das Verständnis der innenpolitischen Entwicklungen, die auch den Sport prägen sollten.

2.3.2 Das Verhältnis zu Deutschland

Die Idee des Anschlusses war keine nationalsozialistische und stand schon seit 1918, von österreichischer Seite geführt durch Otto Bauer, im Raum, aber „[d]ie Forcierungstendenz ging von der österreichischen auf die deutsche Außenpolitik bereits vor dem Regierungsantritt Hitlers über und wurde mit der deutschen Aggression ab dem Frühjahr 1933 scheinbar endgültig aus dem außenpolitischen Aktionsrahmen der österreichischen Regierung gestrichen“ (Binder, 2013, S. 580). Koch (2009, S. 12) gibt sich sogar überrascht, dass die „Anschlussdrohung“ nicht im Zuge der benötigten Finanzhilfen öfter ausgespielt wurde, um auf europäischer Ebene mehr Druck auszuüben.

Aus wirtschaftlicher Sicht war ein Anschluss an Deutschland beziehungsweise die schon erwähnten Zollunionsprojekte gar nicht die gewinnbringendste Lösung, weil „das Handelsvolumen mit den Nachfolgestaaten (der Monarchie, Anm.), trotz aller Beschränkungen, im Vergleich zum Reich noch immer doppelt so groß war“ (Koch, 2009, S. 20). Die Anschlussidee war also politisch motiviert, aber ökonomisch nicht wirklich begründbar (ebd.). Am Beginn des Jahres 1933 beschreibt Theodor Hornbostel in einem Memorandum den außenpolitischen Kurs der Republik (ADÖ, 8/1276) die „Hochspannung“ im europäischen Umland, und dass es „inopportun erscheine [...], Farbe zu bekennen“. Außerdem warnt er vor einem Kurswechsel Richtung Deutschland und wirft Berlin eine „seit 1918 konsequent betriebene ‚Verelendungspolitik‘“ vor. „Eine ‚Schwenkung‘ nach Berlin würde auch der ‚Schaukelpolitik‘ kein Ende bereiten, da Rom in dem Hauptpunkte entgegengesetzter Auffassung ist und den Anschluss niemals zulassen kann“ (ebd.).

¹⁴ Theodor Hornbostel war seit 1927 Legationsrat und ab Oktober 1932 im Rang eines „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers“ und einer der wichtigsten Beamten in dieser Zeit (Rauscher, 2014, S. 28).

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden ein Überblick über die deutsch-österreichischen Beziehungen nach der Machtübernahme Hitlers gegeben werden, da die Beziehung zwischen Deutschland und Österreich in Bezug auf die Olympischen Spiele 1936 höchst relevant sind.

Mit Jänner 1933 begann eine aggressive Politik Hitlers gegenüber Österreich, passend zum Verhalten österreichischer Nationalsozialisten, die sich radikal gaben und eine Revolution anstrebten (Rauscher, 2014, S. 30). Es wurden der Rücktritt des Bundeskanzlers, die Einrichtung eines Übergangskabinetts, Neuwahlen, sowie die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung gefordert (Wohnout, 2013, S. 610). Petersen (1973, S. 135) beschreibt das Vorgehen Hitlers zu Beginn „nicht als ersten Schritt einer national kraftvollen Außenpolitik [...], sondern als letztes Stadium der innerpolitischen Machtergreifung. Sein Ziel war, Österreich im ersten Ansturm mitzuerobern – als ‚dynamische Konsequenz der innerdeutschen Vorgänge‘“.

Ein bedeutender Auslöser im Konflikt zwischen den beiden Regimen war eine Rundfunkrede im März 1933 des damaligen bayrischen Justizministers Hans Frank, in der er laut Presseberichten mitteilte, dass „[...] die österreichische Regierung in aller Freundschaft davor gewarnt sein möge, die deutschen Nationalsozialisten zu veranlassen, die Sicherung der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Österreich zu übernehmen“ (ADÖ, 9/1301). Dieser Kommentar wurde von der österreichischen Presse als offener Angriff gewertet (Rauscher, 2014, S. 30), weshalb auch der Gesandte Österreichs in Berlin im Mai 1933 bei Hitler die Vorwürfe erneut zur Sprache brachte, da ein Besuch von Frank in Österreich im Raum stand. Hitler drohte daraufhin mit dem „probeweisen“ Verhindern von Besuchen Reichsdeutscher in Österreich, „bis in Österreich wieder Besinnung einkehre“ (ADÖ, 9/1295). Der Besuch fand statt, war aber nicht auf offiziellem Wege kommuniziert worden und somit für das Bundeskanzleramt ein „Aufenthalt von Privatpersonen“, wie aus einem Zirkularerlass an alle Gesandtschaften im Ausland ergeht (ADÖ, 9/1301).

Der Besuch stellte eine diplomatische Herausforderung dar, da Frank, der zu dieser Zeit bereits zum deutschen Justizminister aufgestiegen war (Rauscher, 2014, S. 30), ihn nutzte, um seine Drohungen gegen Österreich zu wiederholen (ADÖ, 9/1301). Aus dem Zirkularerlass ging außerdem hervor, dass er sich nicht an Abmachungen hielt und die deutsche Regierung zur Rückberufung Franks aufgefordert wurde (ebd.). Deutschland reagierte seinerseits mit Aufforderungen, die Sache von österreichischer Seite zu bereinigen. Man bemühte sich um Diplomatie mit der Anweisung, dass die ablehnende Haltung „sich *ausschließlich* gegen die Einreise und den Aufenthalt Reichsjustizkommissärs Dr. Frank (sic!) [richtete] [...], nicht aber, [...], gegen ‚beide deutsche Minister‘ und ‚die hohen Staatsbeamten‘, die ihn begleiten“ (ADÖ, 9/1301). Außerdem wird auf eine Aussage

Dollfuß' im April 1933 verwiesen: „Wir sind gewillt, vorbehaltlos und in aller Freundschaft mit der Deutschen Regierung zusammenzuarbeiten; unsererseits wird dieses Verhältnis nie durch eine Parteibrille gefärbt sein“ (ADÖ, 9/1301). Am 22. Mai erging noch ein Erlass an die Gesandtschaft in Berlin, dass mit Frank persönlich kein Kontakt aufzunehmen sei und, dass die aktuellen Äußerungen immerhin „in qualitativer Hinsicht einen Fortschritt zum Besseren gegenüber seinen letzten Äußerungen über Oesterreich und die Bundesregierung zu bedeuten scheinen“ (ADÖ, 9/1303).

Diese Entwicklungen rund um die Frank-Affäre werden von Schober (2021, S. 42–59) auf Basis von diplomatischen Dokumenten und Aufzeichnungen nachgezeichnet und zeigen, dass es auch auf deutscher Seite keine Einigkeit über das Vorgehen gab. Das Ergebnis dieser Affäre war die 1.000-Mark-Sperre und der Auftakt für „die heiße Phase der Auseinandersetzung zwischen der österreichischen Regierung einerseits und den österreichischen Nationalsozialisten und der Reichsregierung andererseits“ (Schober, 2021, S. 60). Am 4. Mai hatte die österreichische Regierung das Tragen nationalsozialistischer Uniformen verboten und am 11. Mai kam es bereits zu Androhungen Hitlers „jeden deutschen Besuch inklusive Fremdenverkehr probeweise auf ein Jahr ein[zu]stellen“ (Otruba, 1983, S. 5).

Hitler nahm hier einerseits die Rolle als Führer der Regierung des einen und Oppositionsführer des anderen Landes ein, was selbst laut Kurt Rieth – deutscher Gesandter in Wien von 1931 bis 1934 – „zwangsläufig zur Vermischung von Staats- und Parteipolitik und zu internationalen Schwierigkeiten führen müsse“ (Schober, 2021, S. 51). Aus nationalsozialistischer Perspektive war die Zukunft Österreichs „eine innenpolitische Angelegenheit Deutschlands“ (Falanga, 2008, S. 21).

Die 1.000-Mark-Sperre wäre nicht die erste beschränkende Maßnahme im Fremdenverkehr zwischen den beiden Nationen gewesen, aber sie war die gravierendste. Zur Umsetzung kam es ab Juni 1933: Als offizielle Begründung wurde unter anderem das im Mai 1933 verhängte Uniformverbot für die NSDAP genannt (Schober, 2021, S. 52). Von deutscher Seite erhoffte man sich, durch den Beschluss die Regierung so sehr unter Druck zu setzen, dass es zu Neuwahlen käme (Schober, 2021, S. 53–54). Die Umsetzung der Maßnahme hatte sowohl für Österreich als auch Deutschland beträchtliche wirtschaftliche Folgen. Es war der Beginn eines Wirtschaftskriegs, dem auch ein „Aufruf zum völligen Wirtschaftsboykott Österreichs“ (ebd., S. 54) folgte. Das politische Ziel wurde kurzfristig jedoch nicht erreicht und auch Deutschland hatte einen erheblichen Verlust von Einnahmen aus dem Fremdenverkehr zu verkraften. Die Maßnahme selbst war auch innerhalb der Nationalsozialisten nicht unumstritten, da verschiedene Ideen zum Umgang mit der Österreichfrage vorhanden waren (Schober, 2021, S. 36–39).

Für den Sportverkehr bedeutete dies natürlich auch Einschnitte, da vor allem in den westlichen Bundesländern, mit ihrer langen Grenze zu Deutschland, der Ski- und Wintersport eine bedeutende Stellung hatte. Reichhold (1985, S. 122) gibt hier folgende Zahlen wider: Von allen 529.000 Übernachtungen ausländischer Gäste in Vorarlberg entfielen 451.000 auf Deutsche. In Tirol waren es 1,6 von insgesamt 1,8 Millionen. Auch Salzburg war mit 689.000 von 952.000 schwer getroffen.

Von österreichischer Seite fielen die Gegenmaßnahmen vergleichsweise mild aus: Österreichische Staatsbürger mussten „auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes [...] für Reisen nach Deutschland eine Ausreisebewilligung gegen eine Rechtsgebühr von fünf Schilling lösen“ (Otruba, 1983, S. 14).

Die politischen Maßnahmen wurden von nationalsozialistischem Terror auf österreichischem Boden begleitet:

Zum Auftakt sollte am 11. Juni 1933 in Innsbruck auf den Heimwehführer Richard Steidle ein Attentat verübt werden. [...] Am 12. Juni und an den folgenden Tagen ereigneten sich sodann im ganzen Bundesgebiet unzählige Terrorakte, durch die drei Personen getötet und fünf schwer verletzt wurden und die großen Sachschaden an Geschäftslokalen und Kaufhäusern anrichteten. (Betz, 1983, S. 216)

Am 19. Juni war es zu einem Handgranatenanschlag auf 56 Wehrtürner durch zwei Nationalsozialisten gekommen, wobei 30 teils schwer verletzt wurden (Garscha, 2005, S. 102). Einer von ihnen, Franz Blamoser, erlag am 6. Juli 1933 seinen Verletzungen. Die Turner hatten gerade eine Schießübung absolviert (DÖW, 2025a). Laut Schmidl (1978, S. 181) war im Mai eine Verordnung beschlossen worden, „wonach Mitglieder der Bauernwehren, der christlich-deutschen Turner [...] als vom Staat beauftragte und legitimierte Hilfspolizei bestellt wurden. Der Anschlag [...] konnte als Anschlag auf staatliche Exekutive erklärt werden und – pars pro toto – auf die Staatsgewalt schlechthin.“

Dies zwang Dollfuß zu einem schärferen Vorgehen gegen die NSDAP und jede Betätigung der NSDAP wurde verboten (Betz, 1983, S. 217). Der offizielle Kontakt mit der deutschen Diplomatie brach kurzzeitig ab (Schober, 2021, S. 67), aber bereits im Oktober kam es wieder zu Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, da der innen- und außenpolitische Druck auf Dollfuß zu groß war (ebd., S. 81). Jedoch standen sich unvereinbare Positionen gegenüber, da die deutsche Regierung für die Aufnahme von Verhandlungen eine Aufhebung des Betätigungsverbots der NSDAP in Österreich und Neuwahlen forderte (Schober, 2021, S. 89). Die außenpolitische Komplexität und unzähligen Facetten dieser

Phase sind bei Schober (2021) und Otruba (1983) anhand der diplomatischen Akten umfangreich dargestellt. Hinzu kommen die Ereignisse im Februar 1934, die zwar für eine kurze Ruhephase in der Außenpolitik sorgten, aber den Druck nicht beseitigten. Abschließend wird noch ein Blick auf die Beziehung zwischen den beiden Nachbarstaaten geworfen, da Italien bisher hauptsächlich als Schutzmacht Österreichs in Erscheinung trat, aber durch die ideologische Nähe und eigene Interessen immer näher an Deutschland rückte.

2.3.3 Österreich zwischen Deutschland und Italien

Mit der Annahme von Rauscher (2014, S. 30), dass man im Bundeskanzleramt ein „Zusammengehen Roms mit Berlin in dieser Phase nicht befürchten [musste]“, verkennt er, dass die Machtübernahme Hitlers grundsätzlich in Italien nicht negativ bewertet wurde. Laut Falanga (2008, S. 15) brachten „alle führenden italienischen Tageszeitungen enthusiastische Meldungen.“

Die Entwicklungen in Deutschland wurden „als Anbrechen einer neuen geschichtlichen Ära im Zeichen der faschistischen Weltanschauung gefeiert“ (ebd.) und das italienische Vorbild für die Hitlerbewegung unterstrichen; eine Darstellung, die auch Hitler selbst teilte. Dieser war in seinen ersten Regierungstagen überschwänglich positiv auf Italien und Mussolini zu sprechen, begeistert von den positiven Pressereaktionen in Italien und wollte so bald wie möglich eine Allianz mit Mussolini schließen. Von italienischer Seite war man jedoch noch zurückhaltender, da man eine Annäherung an Deutschland als Gefahr für die internationale Stellung Italiens sah (Falanga, 2008, S. 16–17).

Mussolini war überrascht von der Geschwindigkeit mit der der „Totalisierungsprozess“ (Petersen, 1973, S. 127) fortschritt, weshalb er nach den Wahlen im März 1933 und der Ausschaltung der politischen Gegner mit Hilfe „Reichstagsbrandverordnung“ seine vorsichtige Haltung aufgab und öffentlich „die ‚geistige Vaterschaft‘ der Hitler-Bewegung“ für sich beanspruchte (Falanga, 2008, S. 18).

Die einzige große Streitfrage zwischen den Großmächten schien Österreich zu sein, obwohl auch hier Mussolini schon zu Beginn der 30er-Jahre der Meinung war, dass der Anschluss Österreichs nur eine Frage der Zeit wäre und wenn auch unvermeidbar, dann galt es ihn möglichst lange hinauszuzögern (Falanga, 2008, S. 22; Petersen, 1973, S. 130). Italien urgierte, um Hitler zu Zurückhaltung in der Anschlussfrage zu bewegen und versuchte auch Zugeständnisse für Dollfuß und Unterstützung im Kampf gegen die Sozialdemokraten zu erreichen. Die Zurückhaltung in der Anschluss-Frage versicherte Hitler, da er selbst internationale Schwierigkeiten vermeiden wollte, aber eine Unterstützung für Dollfuß war von deutscher Seite ausgeschlossen (Falanga, 2008, S. 22). Dass es innerhalb der

deutschen Regierung unterschiedliche Auffassungen zur Österreichfrage gab, wird auch von den italienischen Diplomaten so wahrgenommen und der italienische Botschafter Cerruti kommuniziert an den *Duce*, dass Hitler selbst, durch seine sture Vision das Problem sei (Falanga, 2008, S. 22). Auch die Ausschaltung des Parlaments in Österreich führte zu Unsicherheit in der italienischen Diplomatie: Dino Grandi, italienischer Botschafter in Großbritannien und bis 1932 Außenminister, „sah die Gleichschaltung Österreichs unmittelbar bevorstehend und erklärte diese fatale Entwicklung als notwendiges Ergebnis einer Politik der betonten Solidarität zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, bei der Italien reale Interessen opferte [...]“ (Petersen, 1973, S. 132).

Der Besuch Görings in Rom¹⁵ [...] brachte keine Klärung des österreichischen Problems. Mussolini empfand die Verhandlungen mit Göring als ‚lang und schwierig‘. Der preußische Ministerpräsident versicherte zwar im Auftrage Hitlers dem Duce, die Brennergrenze nicht in Frage stellen zu wollen. Für Österreich verlangte er jedoch Neuwahlen und eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung. Vor der Öffentlichkeit wollte Göring freilich von einer ‚österreichischen Frage‘ nichts wissen und beteuerte, dass ‚die deutsche Reichsregierung mit aller Energie gegen die Anschlusspropaganda auftreten werde, da sie den Anschluss für unzeitgemäß und inopportun halte.‘ (Rauscher, 2014, S. 30–31)

Die Order an die italienischen Diplomaten war, dass diese Meinungsverschiedenheiten nicht an die Öffentlichkeit kommen sollten, während Mussolini weiterhin Dollfuß unterstützte. Außerdem sorgten der NS-Staatsterror und Hitlers Antisemitismus für Reibungen zwischen den faschistischen Großmächten. „Hinter der Fassade einer zu schnell für selbstverständlich gehaltenen Allianz der Faschismen kollidieren zum ersten Mal gegenteilige Interessen, die sich kaum verleugnen lassen“ (Falanga, 2008, S. 23).

Die Geschwindigkeit des Faschisierungsprozess der Regierung in Deutschland betrachtete Mussolini auch wegen der dadurch aufkeimenden „Deutschfeindlichkeit in Europa“ mit Sorge. Vor allem sah er seinen geplanten Viermächtepakt¹⁶ bedroht (Falanga, 2008, S. 24). Es folgten intensive Interventionen von italienischer Seite, als Ende März ein Aufruf zum

¹⁵ Dieser Besuch fand zeitgleich mit dem ersten Besuch Dollfuß' in Rom statt, was Göring überraschte und er später folgendermaßen kommentierte: „Die unerwartete Ankunft dieses verfluchten Dollfuß in Rom hat die Dinge noch verkompliziert“ (Wohnout, 2013, S. 613).

¹⁶ Mussolinis Plan war ein „Direktorium“ aus den Großmächten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien zu etablieren, das „alle den Frieden bedrohenden Streitigkeiten beilegen“ und außerdem Italiens Macht und Stellung in Europa festigen sollte (Falanga, 2008, S. 19).

Boykott jüdischer Geschäfte ab April bekannt wurde: Mussolini versuchte Hitler über seinen Botschafter zur Umkehr zu bewegen und den Boykott aufzugeben, aber dieser machte nur seine antisemitischen Überzeugungen klar und dass er sich in dieser Sache nicht bewegen würde. Mussolini war der ideologische Antisemitismus der Nationalsozialisten bis zu diesem Zeitpunkt scheinbar nicht bewusst, da er ihn als ein Mittel zum Zweck sah (Falanga, 2008, S. 26–27). Dies wird bei der Analyse informellerer Kommunikationskanäle zwischen Mussolini und den Nationalsozialisten deutlich: Mussolini hatte erwartet, dass die Nationalsozialisten Juden aus Führungspositionen entfernten und nicht dass sie, wie Hitler in einem Gespräch mit Cerruti sagte, das Ziel hatten „die Weltpest des Judentums“ auszurotten (Falanga, 2008, S. 27, 32).

Der Viermächtepakt wurde schlussendlich zwar von allen Beteiligten unterzeichnet, jedoch in so abgeänderter Form, dass er keine realpolitischen Konsequenzen hatte. Von deutscher Seite wurde das Zustandekommen trotz oder gerade wegen der fehlenden Konsequenzen positiv gesehen, da er der Isolierung Deutschlands entgegenwirkte (Petersen, 1973, S. 175–177).

Die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland kühlten ab und stabilisierten sich. Einerseits nahm der Reiseverkehr zwischen den Ländern zu und die Nationalsozialisten suchten in Italien nach Inspiration für die Faschisierung ihres eigenen Staates, andererseits blieb die Österreichfrage jener Faktor, der „die Beziehung am schwersten belastet“ (Falanga, 2008, S. 37). Da half es auch wenig, dass Göring dem italienischen Botschafter Cerruti im Juli 1933 zu verstehen gab, dass Hitler keinen Anschluss ohne Italiens Zustimmung anstrebe (Wohnout, 2013, S. 616), da diese mehrmals abgegebene Versicherung, durch die nationalsozialistischen Aktivitäten und Anschläge in Österreich unglaublich gemacht wurden und Mussolini dadurch das eigene Ansehen auf internationaler Ebene in Gefahr sah (Falanga, 2008, S. 37).

Zu Beginn des Jahres 1934 verstärkt Italien seine Aktivitäten im Balkan- und Donauraum, was als Reaktion auf das Abkühlen der deutsch-italienischen Beziehungen bewertet werden kann, da auch Deutschland mit Polen einen Nichtangriffspakt abschloss und es eine Annäherung an das Königreich Jugoslawien gab (Falanga, 2008, S. 42). Italien reagiert im Februar 1934, wenige Tage nach den Februarkämpfen, zusammen mit Frankreich und Großbritannien mit einer Erklärung, die Unabhängigkeit Österreichs zu sichern und im März wurden die Römischen Protokolle unterzeichnet. „Nach dem Ende der Kämpfe richtete Mussolini durch seinen Botschafter in Berlin [...] aus, dass Rom in Österreich keine nationalsozialistische Regierung dulde, würde dies doch einen De-facto-Anschluss bedeuten. Schon die Existenz eines Reichsbeauftragten stelle einen Anschlag auf die österreichische Unabhängigkeit dar“ (Wohnout, 2013, S. 622).

Da die Ermordung Dollfuß' am 25. Juli gravierende Auswirkungen für die außenpolitischen Beziehungen hatten, sollen sie hier, am Ende des Kapitels, kurz dargestellt werden: Laut Schober (2021, S. 121) „gibt es starke Indizien, dass der Mord an Dollfuß geplant“ und in Berlin bekannt war. Auch einem Mitglied der österreichischen Regierung, Emil Fey, waren die Pläne zum Putsch angeblich bekannt (ebd., S. 122).

Der Lauf der Ereignisse begann in einer Turnhalle, welche auch vom DTB genutzt wurde, in der sich „Angehörige der SS Standarte 89, meist ehemalige Angehörige des Bundesheeres, getarnt in Militäruniformen [versammelten]“ (Stecewicz, 1996, S. 84). Das Bundeskanzleramt wurde besetzt, jedoch wurde der Putsch in Wien „rasch niedergeschlagen“ (ebd.). In den Bundesländern gab es bis zum 27. Juli „erbitterte Kämpfe mit den Nationalsozialisten“ (Schober, 2021, S. 122). Bei den Kämpfen kamen 269 Menschen ums Leben (ebd., S. 124), darunter drei christlich-deutsche Turner (Bauer, 2014, 5. Juli) und „mindestens“ 19 Angehörige des DTB (Wöll, 2016, S. 60; ohne Angabe nachvollziehbarer Quellen, Anm.).

Der gescheiterte Putsch führte zu einem radikalen Schwenk in der Außenpolitik der Nationalsozialisten in Deutschland. Schober (2021, S. 129) spricht von einer „Pause im Kampf der Nationalsozialisten“ und schreibt weiter: „Der Reichskanzler hatte im Interesse einer einheitlichen Politik verfügt, dass weder Parteistellen noch andere Organisationen Fragen der deutsch-österreichischen Politik behandeln durften. Dieses Verbot galt sowohl für den Rundfunk als auch für die Presse.“ Der große Gewinner des Juliputsches war Italien: „Mit seiner entschiedenen Reaktion hatte Rom in ganz Europa und darüber hinaus gezeigt, dass Italien bereit war, auch mit militärischen Mitteln die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen“ (ebd., S. 398).

Mussolini gab sofort, nachdem er von der Ermordung Dollfuß' erfuhr, den Befehl Streitkräfte an den Brenner und an die Grenze zu Kärnten zu entsenden, um das damals schwach gerüstete Deutschland einzuschüchtern (Schober, 2021, S. 393–394). Das Manöver sorgte in ganz Europa für Aufsehen und beunruhigte die Westmächte, da nicht klar war, ob die Truppen die Grenze überschreiten würden (ebd., S. 395). Die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland waren am Tiefpunkt, da sich Hitler und Mussolini erst im Juni 1934 getroffen hatten und man „offenbar vollkommen aneinander vorbeigeredet [hatte]“ (ebd., S. 399). Wahnout (2013, S. 626) sieht in dem Versuch Mussolinis, dem Nationalsozialismus in Österreich durch Zerschlagung der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten, eine „Fehleinschätzung“, die „für Österreich fatale Folgen [hatte]“. Dieses Zitat soll als Überleitung in den Abschnitt Sportpolitik dienen, da sich im Umgang mit nationalsozialistischen Tendenzen im Sport und dem Arbeiter:innensport Parallelen zeigen.

3 Turnen und Sport im Austrofaschismus

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten sich ähnliche Sportstrukturen, wie sie auch bereits in den letzten Jahren der Monarchie existiert hatten (Krammer, 1983, S. 734). Strohmeyer (1998, S. 217) spricht in diesem Zusammenhang von drei großen Turnbewegungen in Österreich, die ihren Ursprung im Laufe des 19. Jahrhunderts im wachsenden Vereinswesen hatten. Erste Turnvereine wurden bereits um 1848 gegründet.

Im September 1919 wurde der Deutsche Turnerbund (DTB) in Linz gegründet und nahm sogleich den Kampf gegen den Marxismus wieder auf (Krammer, 1983, S. 734). Ebenso brachte die Arbeiter:innensportbewegung einiges an Dynamik in das sportliche und turnerische Geschehen in Österreich und politisierte den Sport insofern, da diese Aktivitäten bald der Partei unterstellt wurden und Sport für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu einer Art „Vorfeldorganisation“ wurde (Marschik, 2005, S. 372–373). Laut Strohmeyer (1998, S. 217) sind die Turnbewegungen dieser Zeit alle als „Gesinnungsgemeinschaften“ einzustufen und weniger als „Dienstleistungsbetriebe“, welches einem zeitgenössischem Verständnis von Sportvereinen entsprechen würde.

Die Ideen und Ziele – Ablehnung von Rekordstreben und Wettkämpfen, Einforderung von Solidarität und aktiver Betätigung, Wehrhaftmachung, etc. – des Arbeiter:innensports und der Turnbewegung lagen nicht weit auseinander, was nichts daran änderte, dass sie verfeindet waren¹⁷ (Marschik, 2005, S. 373). Die nach den Kriegen vertraglich auferlegte limitierte soldatische Ausbildung wurde mit Hilfe des Sports sowohl von deutsch-nationaler als auch Arbeiterseite umgangen und alle Seiten bildeten ihre Jugend durch „Wehrturnen“ aus (Krammer, 1983, S. 734).

Die Turnbewegung spaltete sich in zwei ideologische Lager, die sich schon Ende des 19. Jahrhunderts ausgebildet hatten und nach 1918 neugegründet wurden (Marschik, 2005, S. 373): der DTB, welcher politisch den Großdeutschen und später den Nationalsozialisten zuzuordnen war, und die Christlich-deutsche Turnerschaft Österreichs (CDTÖ), die sich ideologisch am katholischen Christentum orientierte. Die Vereine des DTB führten den Arierparagraphen in ihren Satzungen und auch im CDTÖ war eine „deutscharische Abstammung“ Kriterium für die Aufnahme, wodurch beide Verbände antisemitisch ausgerichtet waren (Marschik, 2008, S. 30). Krammer (1983, S. 740) schreibt dazu, dass die Trennung zwischen CDTÖ und DTB nur in Bezug auf ihre Haltung zur Kirche leicht fällt. Durch die Gründung während der Monarchie und einem klaren Bezug dazu gab es

¹⁷ Die „Turner“ sahen im Sport etwas individualistisches und somit verwerfliches bei dem der einzelne Erfolge feierte, während die Turner mit ihrer Arbeit das „höhere geistige Ziel [...] der Hingabe ans Vaterland“ verfolgten (Strohmeyer, 1998, S. 217 zitiert aus dem „Handbuch“ der CDTÖ). Der Arbeiter:innensport hingegen wurde aus rein ideologischen Gründen abgelehnt. Dieser hatte das Ziel die Arbeiterklasse zu ertüchtigen und den „Aufstieg der Proletarierklasse“ zu fördern (ebd.).

innerhalb der CDTÖ jedoch auch immer ein Bekenntnis zum „Österreichertum“ (Strohmeier, 1998, S. 228), auch wenn die Sehnsucht nach einem „größeren Reich“¹⁸ in Publikationen wie der *Verbandsturnzeitung* (VTZ) offensichtlich ist.

Der DTB war im Jahr 1931 115.000 Mitglieder stark, während der CDTÖ nur ungefähr 45.000 Turner:innen zählte (Marschik, 2008, S. 30). Folglich war der DTB bis zum politischen Aufstieg des CDTÖ in den 30er Jahren der mächtigere Flügel der Turnerschaft.

Krammer (1983, S. 737) gibt für den *Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich* (ASKÖ) im Jahr 1931 fast 250.000 Mitglieder an, wobei die Naturfreunde mit über 90.000 die größte Sektion bildeten. 54 Prozent der Mitglieder waren in Wien aktiv, das „weist auf die Schwierigkeit des ASKÖ hin, im ländlichen Raum Fuß zu fassen.“ (ebd.) Wenn man bedenkt, dass in Wien fast 30%¹⁹ der Bevölkerung lebten und die politische Stärke und Relevanz der Arbeiter:innen in Betracht gezogen wird, erscheint diese Diskrepanz weit weniger relevant.

Die größten Veränderungen in den Sportbewegungen kamen jedoch aus einer anderen, weniger politischen Stoßrichtung: Eine bürgerliche „Sportbewegung“ etablierte sich ebenfalls ab 1918 und stand mit ihren fehlenden politischen Zielen im Gegensatz zu Turnbewegung und Arbeiter:innensport. Sie stand im Zeichen des Vergnügens und brachte eine Kommerzialisierung des Sports mit sich: „Große Stadien wurden errichtet, Mäzene und Sponsoren schalteten sich ein, Städte und Gemeinden finanzierten den Sport, Werbung und mediale Präsenz wurden zu unabdingbaren Faktoren sportlicher Aktivität, denn ZuschauerInnen waren für die Existenz des Sportes bald unentbehrlich“ (Marschik, 2008, S. 31). Aber auch der Arbeiter:innensport stand ganz im Zeichen der Massen: „Massenaufmärsche, Massenfrieübungen, Sprechchöre und dramatische Aufführungen mit Massenbeteiligung gehörten stets zum Szenarium der Sportfeste“ (Krammer, 1983, S. 738) und 77.000 Teilnehmer:innen aus ganz Europa nahmen an der Arbeiterolympiade 1931 in Wien teil.

Ein weiteres relevantes sportliches Feld ist das Skifahren, das sich in der Zwischenkriegszeit ebenfalls zu einer „Massensportart“ entwickelte (Praher, 2022, S. 51). Das Skimaterial wurde nach dem Krieg leistbarer, der öffentliche Verkehr erschloss den Zugang zu den Bergen für weitere Teile der Bevölkerung und der *Österreichische Skiverband* (ÖSV) konnte Ende 1925 11.000 Mitglieder aufweisen (ebd., S. 53-54). Praher (ebd., S. 54) resümiert: „Skisport wie der Sport allgemein wurde nach dem Ende des Ersten

¹⁸ So ist zum Beispiel in einem Artikel über „Türkensturm und Türkenabwehr“ (VTZ, 1933, 7/8, S. 143) zu lesen: „Wir alle lieben unser Österreich, wenn es auch seit 1918 ein recht kleines Land ist; aber alle Österreicher sehnen und wünschen sich eine Zukunft herbei, wo wir wieder auf ein *großes Reich* zeigen können [...]“.

¹⁹ Circa 28,6% (1934) nach den Zahlen der Statistik Austria (2024, 16. September) für Österreich und Bauer & Himpele (2019, 24. Mai) für Wien.

Weltkriegs zu einem Bestandteil der Alltags- und Populärkultur, sowohl für Menschen am Land als auch in der Stadt.“

Es wird jedoch auch betont, dass dies hauptsächlich für Männer galt, da Frauen zwar nicht grundsätzlich von Turn- und Sportpraxen ausgeschlossen waren, jedoch vielen Sportarten nicht, beziehungsweise nicht wettkampfmäßig nachgehen konnten (Marschik, 2008, S. 32).

Marschik (2005, S. 376) sieht in den Entwicklungen im Feld des Sports Parallelen zur Politik, da sich der Sport für viele Ziele des Regimes instrumentalisieren ließ:

Schon die Änderungen der Rahmenbedingungen des Sports machen deutlich, wie sehr Turnen und Sport als Beiträge zur Wehrhaftigkeit und Volksgesundheit wie in ihrer Massenwirkung und nationalen Bedeutung für das austrofaschistische Regime interessant wurden. Zugleich bot der Sport, nach dem Februar 1934, konkrete Ansatzpunkte zur Gewinnung der Arbeiterschaft für den neuen Kurs.

3.1 Der Griff nach dem Sport

Trotzdem galt dem Sport vor allem zu Beginn der Konstituierung der Diktatur kein Fokus, doch mit Ende 1933 vermehrten sich die Anzeichen für einen staatlichen Eingriff ins Sportwesen (Matscheko, 2000, S. 59). Matscheko (ebd.) weist auch auf den Leitartikel im *Sport-Tagblatt* vom 26. Oktober 1933 hin und schreibt von der „beabsichtigte[n] Einführung eines Bundeskommissärs für Sportwesen, analog zum Sportkommissär, wie er in Italien bereits existierte, der sich im Interesse des Staates intensiver als bisher um die Belange des österreichischen Sports kümmern sollte.“

Bei genauerer Durchsicht sticht die Kritik am Umgang des Sportes von öffentlicher Seite hervor: Es geht hauptsächlich um Vermutungen, Wünsche und vor allem das „Wehe“ des Sports, welches sich aus den „Verhältnissen, in denen unser Sport zu leben gezwungen war“, ergab (Sport-Tagblatt [STB], 26.10.1933, S. 1). Es wird das Bild eines kämpfenden Sportwesens gezeichnet, das sich gegen Behörden durchsetzen musste und erst dann Interesse von Parteien erfuhr, als diese das Mitgliederpotential erkannten. Zitate wie: „Man kann keine Zinsen verlangen von einem Kapital, daß man nicht investiert [...]. Der Sport bringt Geld ins Rollen, [...]. Dies brachte ihm aber bis jetzt nur die Anerkennung als erstklassiges Steuerobjekt ein. [...] Er ist am Ende seiner Kraft, [...]“ (ebd.) zeigen, dass die Erwartungen, aber auch die Vorbehalte groß waren. Außerdem wird auch auf die Einführung von Sportkommissären in Italien und Deutschland mit dem Nachsatz verwiesen: „Wir nehmen an, dass bei uns in Österreich weder die eine noch die andre Art der staatlichen Fürsorge für den Sport geplant ist“ (ebd.).

Bereits am 23. Oktober hatte *Der Abend* wesentlich konkretere Angaben gemacht und schreibt: „Die Ernennung des Turn- und Sportkommissärs [...] wird bereits in den allernächsten Tagen erfolgen.“ Es folgten Mutmaßungen über die Ziele und auch konkrete Namen wurden genannt und sogar ausgeschlossen: „Sicher ist nur, daß der Präsident des Körpersportverbandes, Dr. Theodor Schmidt²⁰, nicht ernannt werden wird“²¹ (*Der Abend* [DA], 23. Oktober 1933, S. 2). Dabei wurde Schmidt in der *Arbeiter-Zeitung* noch im Sommer 1933 als „Staatssekretär für Leibesübungen“ gehandelt (Marschik, 2018, S. 44). Schlussendlich wurde dieser Plan jedoch nicht realisiert, sondern im Jänner 1934 ein „Sport- und Turnkollegium“ eingerichtet (Matscheko, 2000, S. 59). Auch hier verweist er wieder auf Publikationen im *Sport-Tagblatt* (ebd., S. 60) beginnend am 16. Jänner 1934. An diesem Tag wurde auf Basis von noch inoffiziellen Informationen von der „Neuordnung im österreichischen Sport“ und der Bildung eines Kollegiums berichtet, das anstelle „des seinerzeit in Aussicht genommenen Sportkommissärs treten“ sollte (STB, 16.01.1934, S.1).

Außerdem wird auch von Plänen für eine „Österreichische Bundes-Sport- und Turnzentrale“ und eine „Arbeitsgemeinschaft für Turnen und Sport“ geschrieben. In letzterer sollen „sämtliche Sport- und Turnverbände vertreten sein“ (ebd.), doch zum Aufbau und zur Mitarbeit wurden keine Funktionäre des Arbeitersports eingeladen, „geschweige denn bei der Vergabe der Posten in irgendeiner Form berücksichtigt“ (Matscheko, 2000, S. 61). Am selben Tag noch gab Schuschnigg in seiner Funktion als Bundesminister für Unterricht die fünf Mitglieder des Kollegiums namentlich bekannt, was am folgenden Tag in der Presse

²⁰ Theodor Schmidt wurde am 3. August 1891 geboren und wuchs „in großbürgerlichen Wiener Verhältnissen auf“ (Marschik, 2018, S. 9). Seine Familie war in Industriellenkreisen gut vernetzt und besaß selbst die größte Schokoladen- und Süßwarenfabrik der Monarchie (ebd.). 1909 absolvierte er sein „Einjährig-Freiwilligen-Jahr in Enns (Oberösterreich) beim traditionsreichen Dragonerregiment No. 4“ (Marschik, 2018, S. 10). Diesem Regiment sollte 1917 auch Starhemberg beitreten, jedoch in Wels (Berger, 1967, S. 7). Über dieses gemeinsame Regiment standen die beiden auch noch viele Jahre später in Kontakt, da Schmidt als Obmann der Wiener Ortsgruppe tätig war und in seiner Villa regelmäßig „Regimentsabende“ veranstaltete, bei denen auch Starhemberg anwesend war (Marschik, 2018, S. 11). Schmidts Wirken wurde von der Presse seinerzeit lebhaft kommentiert und Marschik (2018, S. 19) beschreibt die unterschiedlichen Auffassungen folgendermaßen: „Während die konservative Presse Schmidts Tätigkeiten durchwegs lobte, der Boulevard ihn etwas ironisch kommentierte, war es besonders die kommunistische *Rote Fahne*, die gegen Schmidt polemisierte, der den Ruf eines ‚human und sozial denkenden Unternehmers‘ genieße, in Wahrheit aber mit ‚Brutalität‘ gegen seine Arbeiter vorgehe.“ Als Industrieller trat er als Vertreter der Arbeitgeber auf und wurde deshalb von Arbeitgebervertretern und in der kommunistischen Presse kritisiert. Ihm wurde eine Vorliebe für die streng konservative Weltanschauung, die katholische Kirche und die Monarchie nachgesagt. Gleichzeitig war er Vertreter der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, „Halbjude“ und Homosexueller und deshalb nach der nationalsozialistischen Machtübernahme sein Leben bedroht (Marschik, 2018, S. 8).

²¹ Interessant erscheint hier auch ein Kommentar in *Der Arbeiter Rad- und Kraftfahrer* (Organ des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes Österreichs [ARBÖ]) aus der Oktober Ausgabe des Jahres 1933, der die ideologische Spaltung des Sportwesens abbildet: „Das, was das Wiener Mittagsblatt, Der Abend einmal war, bis zu dem, was es heute ist, ist ein weiter Weg. Man braucht sich bloß nur die Sportrubrik anschauen. Für eine bürgerliche Veranstaltung auf der Stadionbahn wurde mehr Propaganda gemacht, als für alle Arbörennen zusammen. Dabei ist der Veranstalter der bürgerlichen Rennen, der Wiener Sportklub, ein schon früher als besonders klerikal eingestellter Verein bekannt. Aber bei dem wunderbaren Gewinnsel nach einem Sportkommissär, dem dieses Blatt andauernd Raum gibt, wird schließlich niemand über die Einstellung dieses Blattes erstaunt sein.“ (*Der Arbeiter Rad- und Kraftfahrer* [DARK], Okt. 1933, S. 10; Hervorhebung durch den Verfasser, Anm.)

Widerhall fand. So zum Beispiel im *Süddeutschen Tagblatt (Graz)*, wo es Erwähnung auf der Titelseite (17.01.1934, S. 1) und in einer detaillierteren Meldung auf der ersten Seite der Mittagsausgabe desselben Tages fand (ebd., S. 11), wobei sich direkt darunter eine Nachricht unter dem Titel „Starhemberg beschwört seine Mannen“ befindet, in der die Absetzung eines Niederösterreichischen Heimatschutzverbandführers und die Übernahme seiner Funktion durch Starhemberg vermeldet wird. Das direkte Zitat Starhembergs²² in dieser Meldung, wirkt umso mehr vor dem Hintergrund, dass Starhemberg wenige Monate später, zum Vizekanzler und obersten Funktionär des österreichischen Sport- und Turnwesens aufsteigen wird und steht repräsentativ für die politischen Spannungen, die auch im Sport ihren Niederschlag fanden. Auch in den *Innsbrucker Nachrichten* wird die Gründung vermeldet mit dem Zusatz, dass die Alpenländer bedauerlicherweise nur einen Vertreter im Kollegium haben, obwohl sie im Wintersport führend sind (*Innsbrucker Nachrichten* [IN], 17.01.1934, S. 5).

Am 22. Jänner meldete das *Sport-Tagblatt* bereits, dass eines der vorgeschlagenen Mitglieder für das Kollegium und zwar der einzige Vertreter aus dem Westen Österreichs, Hannes Schneider²³, Schuschnigg darum bat, nicht in das Kollegium aufgenommen zu werden (STB, 22.01.1934, S. 1). Von der Nominierung schien er im Vorfeld nichts gewusst zu haben (Matscheko, 2000, S. 60).

Am Montag, dem 29. Jänner berichtete das *Sporttag-Blatt*, nach der Angelobung der Mitglieder am vorangegangenen Samstag, dass Schuschnigg im Zuge dieser Zusammenkunft festhielt, dass „[...] sich die Regierung durch die Errichtung dieses Kollegiums zwar ein Aufsichtsrecht über den Österreichischen Sport und das Turnen sichere, jedoch die Selbstverwaltung und private Initiative der einzelnen Verbände nicht unterbinden wolle“ (STB, 29.01.1934, S. 7). In derselben Meldung findet sich auch ein Absatz zu den Aufgaben des neuen Gremiums (ebd.):

Die Aufgabe des Sport- und Turnkollegiums wird vor allem in der Beratung des Bundesministeriums für Unterricht in allen Fach und Organisationsfragen

²² Starhemberg wird direkt zitiert: „Kompromißlos und radikal wollen wir nach wie vor alles über den Haufen werfen, was sich uns beim Wiederaufbau Österreichs, bei der Durchsetzung des österreichischen Faschismus in den Weg stellt. Unerbitterlich wollen wir den Kampf gegen demokratische Bonzen ebenso rücksichtslos bis zu ihrer restlosen Vernichtung führen wie gegen den volks- und landesverräterischen Marxismus. Aber genau so unerbitterlich sind wir gewillt, mit Bombenwerfern und Meuchelmördern aufzuräumen, mögen sie sich auch in verlogener Weise national und faschistisch nennen. Träger des faschistischen Gedankens in Österreich ist der österreichische Heimatschutz und niemand anderer“ (SDTB, 17.01.1933, S. 11).

²³ Schneider war Leiter einer Skischule am Arlberg, die mit ihm durch den Film „Der Weiße Rausch“ (1931), in dem er neben Leni Riefenstahl in der Hauptrolle mitwirkte, weltberühmt wurde. Seine Skifahrtechnik verbreitete sich auf der ganzen Welt und brachte auch Schneider in die USA und nach Japan. Schneider stand dem austrofaschistischen Regime nahe und wurde während der Machtübernahme in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 durch Nationalsozialisten festgenommen, konnte aber 1939 mit Unterstützung aus den USA ausreisen (Praher, 2022, S. 226–231).

bestehen, ferner in der Beobachtung der satzungsgemäßen Tätigkeit der Turn- und Sportverbände hinsichtlich ihrer Terminsetzung und Programmgestaltung, wobei auch die Interessen der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs nicht vergessen werden sollen. Das Kollegium wird weiterhin Ansuchen der Verbände zu begutachten und den zwischenstaatlichen Sportverkehr zu beobachten haben. Ihm obliegt ferner die Antragstellung, betreffend das Start- und Verbandsverbot in Bezug auf Einzelpersonen oder Verbände, die periodische Berichterstattung an das Bundesministerium für Unterricht über die im österreichischen Körpersport gemachten Wahrnehmungen und die Beratung der Verbände in allen Angelegenheiten, die der Förderung derselben dienen. Die Vorsitzenden dieser Verbände selbst werden eine Art Beirat der Turn- und Sportzentrale bilden.

Hannes Schneider war nicht anwesend, weil er „mit Spezialaufgaben auf dem Gebiet der Alpinistik und des Wintersports betraut ist“ (ebd.) und er „konnte infolge seiner Verletzung der ersten Sitzung des Sportkollegiums nicht beiwohnen“ (ebd.).

Diese Entwicklungen stellen nach Marschik (2005, S. 376) eine erstmalige Vereinigung der Sportadministration in Österreich dar, die der 1919 gegründete und bis 1934 auch als Olympisches Komitee fungierende „Hauptverband für Körpersport“ nicht umsetzen konnte. Da der Hauptverband für Körpersport durch diese Entwicklungen nicht offiziell aufgelöst war, aber durch die Reorganisation des Sports in vielen Pressemeldungen eine Einstellung der Tätigkeit angenommen wurde, setzte sich der Präsident des Verbandes, Theodor Schmidt, gegen diese Meldungen zur Wehr (Matscheko, 2000, S. 64). Leider ist für diese Aussage keine Quelle angegeben, jedoch schrieb die *Wiener Allgemeine Zeitung*, die nicht mal einen Monat später aufgrund der Februarkämpfe ihren Betrieb einstellen musste, über „Das Ende des Hauptverbandes für Körpersport“ (WAZ, 19.01.1934, S. 7): „Aber wenn die Sportkonsulenten das von der österreichischen Sportgemeinde in sie gesetzte Vertrauen erfüllen, dann werden sie auch den Auslandsverkehr unserer Sportler unter die notwendig gewordene scharfe Kontrolle nehmen und damit wäre ja auch dem eventuell weiterbestehenden Olympischen Komitee bloß ein Scheindasein beschieden.“

Am 6. Februar wird bereits von der Demission Schmidts als Präsident des Hauptverbandes für Körpersport berichtet (STB, 6.2.1934, S. 7), jedoch übernahm er im Gegenzug hauptsächlich die Agenden des Olympischen Komitees, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht

eigenständig existierte. Die praktische Trennung der beiden Gremien wurde laut Marschik (2018, S. 46–47) jedoch erst 1935 vollzogen.

Die Bildung des Kollegiums wird in der Literatur einerseits als eine erstmals gelungene „Vereinheitlichung der Sportadministration“ in Österreich dargestellt (Marschik, 2005, S. 376), jedoch wird auch klar, dass dies nicht auf Basis von Freiwilligkeit durch alle Sportverbände gelang, sondern „ein autoritärer Wind“ zu wehen begonnen hatte (Matscheko, 2000, S. 63). Der Arbeitersportverband fühlte sich von der Gründung des Kollegiums wenig betroffen, da man auch nicht eingebunden war. Der ASKÖ teilt dazu in der *Arbeiter-Zeitung* (AZ, 19.01.1934, S. 10) mit: „Die Organisationsverhältnisse des österreichischen Arbeitersports werden durch die Ernennung der Sportkonsulenten [...] keineswegs berührt. Für die Arbeitersportvereine gelten weiterhin nur die Bestimmungen und Beschlüsse der Arbeitersportverbände und des Askö.“

Jedoch gelang die Vereinheitlichung insofern, als der Arbeitersport am 14. Februar 1934, also noch während der Februarkämpfe, zerschlagen wurde, in dem der ASKÖ und alle seine Vereine aufgelöst wurden (Marschik, 2005, S. 376). Matscheko (2000, S. 68–79) zeichnet in seiner Arbeit die Beteiligung von Wehrturnern an den Kämpfen nach: Die *Verbandsturnzeitung* des CDTÖ berichtet ausführlich über deren Einsatz und Bereitschaft über ganz Österreich verteilt. Es ist anzunehmen, dass die Mobilisierung gut vorbereitet war für den Anlassfall, da aus den Quellen hervorgeht, dass bereits im Jänner viele Vorkehrungen getroffen worden waren.

Während der Februarkämpfe verhielten sich die Nationalsozialisten und auch der DTB weitgehend ruhig, auch wenn von einigen Verhaftungen die Rede ist. Es kam zwar zu einem Aufruf an Veteranen unter den „Turnbrüdern“ im DTB „sich im Kampfe gegen den roten Bolschewismus der Heimat zur Verfügung zu stellen“ (Matscheko, 2000, S. 78), aber dieser erfolgte erst am 15. Februar, also zu spät für eine aktive Unterstützung. Diese Ereignisse gaben dem CDTÖ Aufschwung, der bis dahin seinen Konkurrenten DTB und ASKÖ in den Mitgliederzahlen hinterherhinkte. Durch den Einsatz und die Nähe zu den Christlichsozialen konnte der CDTÖ eine Sonderstellung beanspruchen, die er laut Marschik (2005, S. 376) „weniger organisatorisch, dafür aber inhaltlich“ bekam.

Im Sport spiegelte sich der differenzierte Umgang des sich im Aufbau befindlichen Regimes mit Sozialdemokratie und Nationalsozialismus wider: Während der ASKÖ gänzlich zerschlagen wurde, wurde mit dem DTB anders verfahren: Nach dem bereits geschilderten Handgranatenüberfall wurden 43 Vereine, die dem DTB angehörten, aufgelöst, hingegen nicht – wie im Falle des ASKÖ – der DTB als Ganzes (Marschik, 2005, S. 381).

Hier soll ein erster Verweis auf einen Akt gemacht werden: Im August 1935 wandte sich die CDT Salzburg an die Österreichische Sport- und Turnfront, da im Juni 1934 das „Heim der Christlich-deutschen Turnerschaft Salzburgs durch einen verbrecherischen Sprengstoffanschlag seitens nationalsozialistischer Täter fast vollkommen zerstört [wurde]“ (BKA STTr/173.409-35). Der Wiederaufbau erforderte 14.000 Schilling, wobei bereits 9.500 durch die Sicherheitsdirektion Salzburg auf Basis eines Gesetzes „über Vergütung von Terrorschäden“ bereitgestellt wurden. Im Schreiben wird auch angeführt, dass der betroffene Turn- und Sportplatz auch von Schulen, der Lehrerbildungsanstalt, Bundespolizei, Bundesheer und der Gendarmerie benutzt wurde. Da der Verein offene Schulden von 3.000 Schilling hatte, bat er um eine Spende desselben Betrags, wovon schlussendlich 1.500 bewilligt wurden (ebd.).

Ein Verweis auf den Anschlag wurde in der *Salzburger Chronik für Stadt und Land* (SC, 08.06.1934, S. 5) gefunden, wo folgende Meldung veröffentlicht wurde:

Salzburger! Salzburgerinnen!

Unmittelbar vor unserem angekündigten Frühlingsfest wurde das von uns mit größten Opfern erbaute Heim der christlich-deutschen Turnerschaft durch einen ruchlosen Anschlag zerstört.

Die Ruchlosigkeit dieser Tat ist umso größer, als drei Menschenleben bewußt in schwerste Gefahr gebracht wurden. Wir christlich-deutsche Turner wissen, warum dies geschah, weil wir getreu unserem Grundsätze, ‚mit Gott für Volk und Vaterland‘ in der ersten Reihe des Kampfes für unsere Heimat und unser Volk von jeher flehen. Wir lassen uns durch diese verbrecherischen Taten nicht erschrecken und nicht einschüchtern!

Unser Frühlingsfest findet statt auch auf der Ruine und Ihr Salzburger und Salzburgerinnen, die Ihr die gleiche Heimat habt wie wir und österreichisch denkt, müßt mit uns diesen vaterlandslosen Gesellen und verbrecherischen Buben zeigen, daß Österreich auch in Salzburg noch lebt!! Dieses Frühlingsfest soll ein flammender Protest gegen solche Untat werden! Ein Massenbesuch dieses Festes wird unseren Gegnern zeigen, daß sie ihr schandvolles Handwerk nicht länger weiter treiben dürfen!

‚Treu Österreich!‘ ‚Gut-Heil!‘ Der Turnrat des christlich-deutschen Turnvereines

Dass Anschläge in dieser Zeit auf der Tagesordnung standen, zeigt auch das Titelblatt der SC am nächsten Tag (SC, 09.06.1934, S. 1), das von verschiedenen Anschlägen und von einem „Bombenkrieg“ spricht. Auch das angesprochene Turnfest für den nächsten Tag wird dort beworben. Andere Sportvereine waren ebenso von Anschlägen betroffen, so zum Beispiel der Vaterländische Turnerbund in Lustenau (SC, 20.07.1934, S. 3). Alleine für eine auf die *Salzburger Chronik* beschränkte Suche in ANNO unter dem Begriff „Sprengstoffanschlag“ finden sich für die Monate Juni und Juli 20 Ergebnisse.

Nach dem Putschversuch und Mord an Dollfuß im Juli 1934 wurde der DTB schlussendlich aufgelöst, aber seine Vereine sollten in die Österreichische Sport- und Turnfront eingegliedert werden. Mit der Durchführung des Prozesses wurde mit Georg Trauner ein „langjähriges führendes Mitglied des DTB“ (Marschik, 2005, S. 381) betraut, die Konsequenzen für und das Vorgehen gegen die verschiedenen Verbände waren somit in keiner Weise zu vergleichen.

Auf die weiteren Entwicklungen rund um den DTB wird im Abschnitt zur Österreichischen Sport- und Turnfront noch einmal eingegangen, während im nächsten Abschnitt ein Blick auf den Arbeiter:innensport folgt.

3.1.1 Die Zerschlagung und versuchte Eingliederung des Arbeiter:innensports

Mit der Auflösung des ASKÖ ging einher, dass Sportplätze, Berghütten und sonstige Infrastruktur mitsamt des Inventars in staatliche Verwaltung übergangen und alle finanziellen Mittel konfisziert wurden (Matscheko, 2000, S. 87). Zusätzlich betraf die Auflösung auch angeschlossene Verbände wie die Naturfreunde (Stecewicz, 1996, S. 72). Die Aufteilung der gewonnenen Mittel auf bürgerliche Vereine übernahmen Mitglieder des Sport- und Turnkollegiums (ebd.), während die Arbeiterschaft aus dem Exil über die *Arbeiter-Zeitung* (AZ, 22.04.1934, S. 4) den Raub und die Aufteilung ihrer teils eigens gebauten Sportstätten anprangerte.

Nun stellt sich die Frage, inwieweit sich Arbeitersportler:innen in die neu geschaffenen Strukturen eingliederten. Laut Matscheko (2000, S. 90) wollte man die Mitglieder aus den aufgelösten Vereinen wieder für sich gewinnen, dies musste jedoch an gewisse Forderungen geknüpft werden. Das *Sport-Tagblatt* stellt dazu am 3. März einige Mutmaßungen an:

Man wird vor allem bestrebt sein, die nun obdachlos gewordenen Sportler aufzufangen und womöglich auf denselben Plätzen dem Sportbetrieb wieder

zuzuführen [...]. Ganze Vereine in ihrer früheren Struktur und unter der früheren Führung bestehen zu lassen, wird nicht möglich sein oder könnte nur in ganz seltenen Ausnahmefällen in Betracht kommen. Hier sprechen Erwägungen mit, die außerhalb des Einflusses der Stellen und Personen liegen, die jetzt mit der sportlichen Neuordnung der Dinge befaßt sind. (STB, 03.03.1934, S. 1)

Es wird deutlich, dass die Frage des Umgangs mit dem Arbeiter:innensport eine war, die an höchster politischer Stelle gelöst werden musste und auch außerhalb des Kompetenzbereichs des Sport- und Turnkollegiums war, da sich dieses plötzlich mit der Aufgabe befasst sah, die Sportanlagen neu zu verteilen. Im *Sport-Tagblatt* wird an selber Stelle wiederholt betont, dass die organisatorischen Vorgänge „[...] die geringste Sorge der jungen Sportsleute sein [werden], denen ja auch früher schon in den meisten Fällen ihr Fußball oder Handball oder ihre Scheibenstangen weit lieber waren als die ganze widerliche Politik, die ihren Sportsbetrieb hemmt [...]“. Im selben Artikel wird auch gegen den Arbeiter:innensport agitiert und seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Doch, dass diese „plumpe Propaganda“ (Matscheko, 2000, S. 91) Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine dazu bewegte, in ihre alte Heimat unter neuer Führung zurückzukehren, ist fraglich. Die Artikel zeigen, in welcher verfahrenen Situation sich der Sportbetrieb befunden haben muss, nachdem der größte Sportverband des Landes aufgelöst wurde.

Die Debatte um die „Eingliederung des Arbeitersportes“ ist bis heute eine kontroverse: „Während die ÖSTF natürlich über massenhafte Übertritten berichtete, behauptete die in Brünn exilierte Arbeiter-Zeitung das Gegenteil“ (Marschik, 2005, S. 380). Laut Marschik (ebd.) können verschiedene Tendenzen in den Sportarten beobachtet werden, denn im Fußball, Boxen, sowie im Schwimm- und Kraftsport und in der Leichtathletik waren viele Arbeitersportler:innen auch nach den Umbrüchen aktiv. Gerade im ländlichen Raum war der Übertritt oft einfacher: Gute Sportler:innen wurden aktiv umworben und hatten bessere Aussichten auf Arbeit (Stecewicz, 1996, S. 66). In einer Fußnote erwähnt Krammer (1981, S. 252), dass erfolgreiche Sportler:innen vielfach in weiter zugelassenen Vereinen trainierten und gibt an, dass im Rahmen eines Handballländerspiels gegen Holland im Jahr 1935 „neun der elf Spieler ehemalige Arbeitersportler“ waren und das einige Arbeiterpaddler bei den Spielen in Berlin Medaillen holten.

Es sind aber im wissenschaftlichen Diskurs auch gegenteilige Meinungen vertreten, die aber klar einer ideologischen Seite zuzuordnen sind (Krammer, 1981, S. 235–236). Nichtsdestotrotz blieb der Arbeiter:innensport zumindest bis 1936 auch im Untergrund aktiv. Der Versuch Vereine des ASKÖ, vor allem die Naturfreunde unter neuer Führung zur Aufnahme ihrer Aktivität zu bewegen, scheiterte jedoch. Als Reaktion wurden von Seiten

des Arbeiter:innensports meist Forderungen gestellt, die im Rahmen des autoritären Kurses nicht umzusetzen waren (Krammer, 1981, S. 251–253).

Einen interessanten Einblick in den potenziellen Umgang mit dem Arbeiter:innensport verraten die Akten der Sport- und Turnreferats (BKA STTr/250.638-34): In einer Anfrage vom 29. August 1934 der „Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermarks“, die zum Gewerkschaftsbund gehörte, an die Sicherheitsdirektion für die Steiermark wird über eine Weiterführung des Arbeiter:innensportes im Rahmen des Gewerkschaftsbundes gesprochen. Gesetzliche Grundlage ist der Auftrag des Gewerkschaftsbundes zur „Förderung der geistigen und körperlichen Ertüchtigung des Berufsnachwuchses“. Dadurch soll „die Uebernahme der Tätigkeit der aufgelösten Arbeiterturn- und Sportvereine Steiermarks durch das Landeskartell Steiermark des Gewerkschaftsbundes“ ermöglicht werden und zwar „nicht auf vereinsrechtlicher Basis“.

Laut der Anfrage (ebd.) wurde „dieser Weg nach Berichten der Wiener Arbeiterkammer in Wien und Niederösterreich schon lange mit Erfolg gegangen“. Die Weiterführung des Arbeiter:innensports war vielfältig, wie Stecewicz (1996, S. 66–72) beschreibt, doch diese Möglichkeit zur Weiterführung außerhalb des Vereinswesens fand sich in keiner gesichteten Sekundärliteratur.

Ein weiterer Gegenstand in den Akten ist die Verwaltung beziehungsweise Weiterführung der Naturfreunde. In einem Bericht vom 16. Oktober 1934 (BKA STTr/253.892-34) ist nachzulesen, dass „die Liquidierung der ‚Naturfreunde‘ bzw. Der Aufbau der Bergfreunde gewaltigen Schwierigkeiten begegnet“. Grund war ein Mangel an willigen Verwaltern und Rücktritten. Als Reaktion darauf wurde am 19. Oktober Karl Sandtner zum geschäftsführenden Vizepräsidenten der Bergfreunde bestellt (BKA STTr/261.858-34): „Von einer Verlautbarung in der Presse ist bis auf weiteres Abstand zu nehmen.“ Es wurde also auch die Eingliederung der Arbeiterschaft in die ÖSTF zumindest versucht, was jedoch mäßigen Erfolg hatte.

Stecewicz (1996, S. 72–78) beschreibt das „Problem ‚Die Naturfreunde‘“, die versuchte Reorganisation im Rahmen des *Österreichischen Touristenverein Bergfreunde* und die damit einhergehenden Schwierigkeiten, sehr anschaulich. Ehemalige Funktionäre der Naturfreunde lehnten angebotene Posten im neu gegründeten Verband ab und dieser erreichte eine maximale Mitgliederzahl von 6.000. Das entsprach nur 10% der Naturfreunde-Mitglieder alleine in Wien (Stecewicz, 1996, S. 76).

Weiteres Aktenmaterial zum Arbeiter:innensport ist sehr spärlich. Erst Ende 1935 findet sich wieder eine Einlage vom 10. Oktober 1935 (BKA STTr/188.220-35) in der zu lesen ist:

Einem Berichte einer Sicherheitsbehörde ist zu entnehmen, dass ehemalige Angehörige sozialdemokratischer Sportvereine sich bei sportlichen Veranstaltungen des öfteren wieder des sozialistischen Grusses "Freiheit" oder "Sportfrei" bedienen.

Der Gebrauch dieses Grusses ist selbstverständlich als verbotene politische Demonstration zu ahnden [...]. Das Strafausmass kann zunächst in geringen Grenzen (Verwarnung) gehalten werden, müsste aber zur wirksamen Hintanhaltung politischer Demonstrationen der bezeichneten Art nötigenfalls entsprechend gesteigert werden.

Somit sind alle Akten, die Bezug zum Arbeiter:innensport und seinen Verbänden haben, abgehandelt und es wird im folgenden Kapitel auf die Neuorganisation des Sports durch die ÖSTF und die davon besonders betroffenen Verbände DTB und ÖSV eingegangen.

3.2 Die Österreichische Sport- und Turnfront (ÖSTF)

Mit der Verkündung der neuen Verfassung am 1. Mai 1934 sieht Marschik (2005, S. 376) auch die Bedeutung des Sports für das Regime durchscheinen: „Noch im Mai wurden mit Ausnahme des Turnunterrichts und der TurnlehrerInnenausbildung alle Sportagenden aus dem Unterrichtsministerium ans Bundeskanzleramt übertragen [...]“.

Im Juni 1934 wurde Vizekanzler Starhemberg „mit der Leitung der Agenden für körperliche Ertüchtigung außerhalb des Schulbereichs betraut“ (Schöner, 1993, S. 76). Starhemberg (1935, S. 5) schreibt dazu selbst, dass es die Idee Dollfuß' war, das österreichische Sport- und Turnwesen zu einer „einheitlichen, geschlossenen Front zusammen zu führen“ und dass er noch zu dessen Lebzeiten mit der Aufgabe von Dollfuß betraut wurde, deren Lösung er „als ein Teil seines Vermächtnisses [betrachte]“.

Nun war das Gesetz, das unter besonderer Mitwirkung Starhembergs ausgearbeitet wurde, endgültig verabschiedet worden. Dabei wollte dieser sein Amt als oberster Sportführer nach der Ermordung Dollfuß' eigentlich zurücklegen, da ihm jegliche Motivation fehlte, diese Aufgabe weiterhin zu erfüllen. Erst auf Drängen Schuschniggs ließ sich Starhemberg schließlich überreden, seine Stelle als Führer der österreichischen Sportwelt beizubehalten und Dollfuß' Vermächtnis zu Ende zu bringen. (Matscheko, 2000, S. 110)

Im Ministerrat vom 30. Oktober 1934 stellte Starhemberg das Gesetz vor und betonte dabei einerseits, das „Turn- und Sportwesen vom autoritativen Gesichtspunkt aus neu aufzubauen und hiebei in der Sportwelt radikal Ordnung zu schaffen“ und andererseits den Willen trotzdem „den einzelnen Organisationen und Verbänden weitgehende Freiheit zu lassen“ (MRP 973/4, 30.10.1934).

Das Gesetz sollte mithilfe des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden und Starhemberg betont laut dem Protokoll noch einmal:

[...] er sei der Meinung, daß man gegenwärtig in der Sportwelt nicht Ordnung machen könne, wenn man nicht autoritär durchgreife. Hinsichtlich der Frage des Deutschen Turnerbundes sei daran festzuhalten, daß irgendeine Dachorganisation geschaffen werden müsse, weil gegenwärtig nicht die Möglichkeit bestehe, österreichische Turner bei einer internationalen Konkurrenz antreten zu lassen. Die christlich-deutschen Turner gehörten nämlich dem katholischen Turnring an, dem die Teilnahme an solchen Veranstaltungen verboten sei; das Gleiche gelte für die Mitglieder des Deutschen Turnerbundes. Es bestehe daher die Idee, einen österreichischen Turnerbund zu schaffen, der die bestehenden Organisationen zusammenzufassen hätte. (MRP 973/4, 30.10.1934)

In weiterer Folge wurde noch über die Auflösung bzw. den Ausschluss von Vereinen aus der Sport- und Turnfront diskutiert (ebd.) Die für diese Arbeit wichtigsten Stellen des Gesetzes sollen hier zitiert werden (BGBl. 115/1934):

§ 1. (1) Zum Zwecke einheitlicher vaterländischer Führung und zielbewußter Förderung werden alle österreichischen Verbände und Vereine, deren Mitglieder Sport oder Turnen betreiben, in der Österreichischen Sport- und Turnfront zusammengeschlossen. Über die Zugehörigkeit der Verbände und Vereine entscheidet im Zweifelsfall der oberste Führer.

(2) Die Österreichische Sport- und Turnfront ist ein auf autoritärer Grundlage aufgebauter Verband öffentlichen Rechtes, dem Rechtspersönlichkeit zukommt.

[...]

(2) Der Stellvertreter des Führers, der Referent für körperliche Ertüchtigung im Bundeskanzleramt und der Sekretär bilden den engeren Stab des obersten Führers.

(3) Dem erweiterten Stab des obersten Führers gehören ferner an: [...]

6. Der jeweilige Vertreter Österreichs im Internationalen Olympischen Komitee.
[...]

§ 7. (1) Der oberste Führer hat allein das Recht:

1. Österreichische Meisterschaften auszuschreiben und über die Termine von turnerischen und sportlichen Großveranstaltungen zu entscheiden;
2. Die Teilnahme von Mannschaften und Einzelpersonen an Wettkämpfen im Auslande sowie repräsentative Vertretungen zu bewilligen;
3. Sportliche und turnerische Wettkämpfe von Verbänden und Vereinen, die nicht der Österreichischen Sport- und Turnfront angehören, ausnahmsweise zu genehmigen;
4. Finanzielle Unterstützungen aus den Mitteln der Österreichischen Sport- und Turnfront zu bewilligen und flüssig zu machen; [...]

Nun gab es eine gesetzliche Grundlage für das Zusammenschließen aller sportlichen Tätigkeit in Österreich unter einem Dach. Auch die Hierarchie von oben wurde klar festgelegt mit einem „obersten Führer“, der laut Gesetz auch bei der Ernennung von weiteren Vertretern und Kommissären in den Bundesländern freie Hand hatte und die ihm weisungsgebunden waren. Hervorzuheben ist auch, dass explizit der „jeweilige Vertreter Österreichs im Internationalen Olympischen Komitee“ dem „erweiterten Stab des obersten Führers“ angehörte und somit die Arbeit des ÖOC der Sportpolitik unterstellt wurde.

Theodor Schmidt (1936a, S. 34) kommentierte diesen Zusammenschluss im *Sport-Jahrbuch 1936* folgendermaßen:

In richtiger Erkenntnis der Sondermission und durch die internationalen Bindungen gegebenen außergewöhnlichen Stellung des Nationalen Olympischen Comités mußte einerseits dessen Unabhängigkeit gewahrt bleiben, andererseits sollte zwischen diesem und der Obersten Sportführung eine organische Verbindung hergestellt werden. Dieses komplexe Problem wurde

durch die Bestimmung gelöst, daß der jeweilige Vertreter des Internationalen Olympischen Comités in Oesterreich, der ja, wie bereits erwähnt, automatisch Mitglied des Oe. O. C. ist, ipso jure auch Mitglied des erweiterten Stabes des Obersten Sportführers sein solle. Die treffliche Losung dieser nicht immer einfachen, aber doch so wichtigen Kompetenz bzw. Verbindungsfrage hat nicht nur hierzulande, sondern auch innerhalb des I. O. C. größte Befriedigung ausgelöst und gilt als eine vorbildliche.

Dass die „vorbildliche“ Lösung einen Widerspruch darstellte, ist klar: Unabhängigkeit und einer hierarchischen Unterordnung in die autoritäre Sportorganisation waren schwer miteinander vereinbar. Die autoritäre Ausrichtung wurde weder im Gesetzestext noch in der Presse verschleiert. Das Sport-Tagblatt (STB, 21.11.1934, S. 2) schrieb am 21. November, dem Tag der Veröffentlichung des Gesetzes:

Das vorstehende Gesetz strebt eine autoritäre Führung des österreichischen Sports an, hält sich aber fern von all den Härten, die sich in andern Ländern bereits als nicht ersprießlich erwiesen haben. Der ganze Neuaufbau stützt sich auf die Sportverbände, deren Arbeit dadurch allein schon als verdienstvoll anerkannt wird. Vor ihnen macht die Neuordnung in gewissem Sinne halt. Die Sportorganisationen werden daher auch weiterhin unter freigewählten Führern arbeiten und sich frei entfalten können.

Die Sport- und Turnfront wird hier sehr wohlwollend kommentiert, mit dem Ziel Sport in Österreich zu „schützen und [zu] unterstützen“. Es wird zugleich eingemahnt, dass dies die Zeit ist, in der „positive Arbeit“ geleistet und nicht „nur negative Kritik“ beigesteuert werden soll, da „Österreichs Sport [...] sonst in Gefahr [kommt], seine Weltgeltung zu verlieren.“ Abgeschlossen wird der Kommentar mit den Worten „Die neue Sport- und Turnfront wird daher kein Tummelplatz der Eitelkeiten, sondern eine Arbeitsstätte für Arbeitswillige sein, die sich um den Neuaufbau Österreichs verdient machen wollen“ (ebd.).

An anderer Stelle wird sehr wohl auf die autoritären Züge des Gesetzes gesondert hingewiesen, wenn auch sehr dezent. Im *Grazer Volksblatt* wird das Gesetz mit folgendem Absatz kommentiert: „Bemerkenswert erscheint das Recht des obersten Sportführers, Vereine und Verbände aufzulösen, Funktionäre abuberufen, allein Meisterschaften und internationale Begegnungen zu genehmigen“ (Grazer Volksblatt [GV], 21.11.1934, S. 12). Dies merkte auch wortgleich die *Neue Freie Presse* an (NFP, 21.11.1934, S. 12).

Im *Sport-Jahrbuch 1935* schreibt Paul Otto Klossy (1935, S. 23) als Vizepräsident für den Österreichischen Hauptverband für Körpersport, dass

Freiwilligkeit [...] die Grundlage jedes Sportes [ist]. Wir sehen, wie in anderen autoritär regierten Ländern, wenn anfänglich über das Ziel hinausgeschossen wurde, gerade im Sport Schritt für Schritt zu den aus den Bedürfnissen des Sports herausgewachsene Formen zurückgekehrt wird, d. h. selbstverständlich nicht zu demokratischen Kinkerlitzchen, sondern zu den alten Organisations- und Lebensformen, erfüllt mit einem neuen Geist.

Klossy (1935, S. 24) unterstreicht in seinem Beitrag, auch die Bedeutung der bereits bestehenden Verbände und die Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene, die die ÖSTF zur „Verwirklichung ihrer Ideen“ braucht:

Durch das Oesterr. Sport- und Turngesetz sind neue Möglichkeiten zum Aufbau im österreichischen Sport geschaffen. Der Staat hat mit diesem Gesetz den Wert und die Bedeutung des Sportes für Volk und Heimat anerkannt. Unser oberster Sportführer, Fürst Starhemberg, hat im Laufe der letzten Monate durch zahlreiche ideelle und materielle Unterstützungen helfend und fördernd eingegriffen. Diese Unterstützung gepaart mit der freiwilligen Mitarbeit aller Körpersportverbände, [...] wird nicht nur das Bestehende erhalten und kräftigen, sondern der weltumspannenden Sportbewegung in Oesterreich Neuland schaffen.

Matscheko (2000, S. 120) beschreibt die Ziele und Aufgaben des Monopols der ÖSTF folgendermaßen: „In erster Linie hatte man die Absicht alle Vereine und Verbände zu einer einheitlichen Front zusammenzuschließen, um so eine Konzentration der sportlichen und natürlich auch politischen Kräfte im Sport, zu erreichen.“ Sport und Turnen waren, verschiedenen Ideologien zuzurechnen und höchst politisch. Die CDTÖ, welche eine Vormachtstellung im Regime einnehmen wollte, wollte dies durch eine weiterhin aufrechterhaltene Trennung zwischen Sport- und Turnfront innerhalb der ÖSTF erreichen (Matscheko, 2000, S. 120) und forderte dies auch in der VTZ (1934, 13, S. 211): „Auch bei der Neuordnung des Turn- und Sportwesens in Österreich wird Turnen und Sport auseinandergehalten sein. [...] Die Christlich-deutsche Turnerschaft muß daher beanspruchen, daß sie in der österreichischen Turnfront als die geistig richtunggebende Turnerschaft anerkannt wird.“

Für Starhemberg (1936, S. 5) war das Ziel, dass „die Österreichische Sport- und Turnfront von jeder Art Politik freigehalten werden muß“ und der Jugend „die Lust an der Politik genommen werden [muß]“ (ebd.). Das Ziel war, die Jugend zu erreichen und die ideologischen Trennlinien, die sich durch die Bewegungspraxen und die Vereine und Verbände zogen, zu beseitigen. Die Widersprüchlichkeit dieser apolitischen Politik zeigt den Zeitgeist und die anti-demokratische Haltung. In seiner Rede anlässlich der Eröffnung der ÖSTF unterstrich Starhemberg, dass die Pflicht im „neuen Österreich“ in dem „alles und jeder im Dienste des Volkes steht“ und der „Dienst am Vaterlande“ an oberster Stelle stand. (ebd., S. 5). Auch ein straffes Führerprinzip muss „Geltung haben“ und „liegt im Geiste der neuen Zeit“. (ebd., S. 6.) Starhemberg versuchte aber im selben Atemzug seine Definition von Führung mit dem Bild „als Diener des österreichischen Sportes“ aufzuweichen, der nichts anderes will, „als Ihnen zu helfen und Ihnen Ihre Aufgabe zu erleichtern.“ (ebd.)

Gleichzeitig sollte die Jugend über den Umweg der sportlichen Erziehung wehrhaft gemacht werden, da die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht durch die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg untersagt worden war. Dieses Ziel sprach Starhemberg in seinen Reden auch ganz klar an (Matscheko, 2000, S. 121). In der im *Österreichischen Sport-Jahrbuch 1936* abgedruckten Rede anlässlich der Eröffnung der ÖSTF wird Starhemberg (1936, S. 5-6) wie folgt zitiert:

Aufgabe des Sportes ist es aber auch, durch körperliche Ertüchtigung Generationen heranzubilden, die physisch in der Lage sind, Widerstand zu bieten [...]. Der Sport hat in Österreich eine große Aufgabe zu erfüllen. Er soll in gewissem Sinne uns die bis jetzt fehlende allgemeine Wehrpflicht ersetzen. Es ist Sache aller Körperschaften und Personen, die sich mit dem Sport beschäftigen, natürlich absolut im Rahmen jener Verträge, die wir mit anderen Mächten geschlossen haben, die heranwachsende Jugend wehrhaft zu machen und sie so zu erziehen, daß die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht, die in absehbarer Zeit auch bei uns reifen wird, nur noch eine Formsache ist.

Das Ziel der ÖSTF, den Sport von Politik freizuhalten und dadurch die Jugend davor zu schützen, „sich in ungesunder Art mit politischen Dingen zu beschäftigen“ (ebd., S. 5), scheint vor dem höchst politischen Kontext der eingegliederten Sportverbände eine Unmöglichkeit. Dies zeigte sich im Rahmen den Interventionen, die aufgrund von politischen Betätigungen im sportlichen Feld getätigt werden mussten. Matscheko (2000, S. 122) zählt hier Beispiele auf, wie die Verwendung eines sozialdemokratischen Grußes

bei Sportveranstaltungen, tendenziöse Vorträge oder die grundsätzliche Weigerung, sich der ÖSTF anzuschließen.

Marschik (2005, S. 377) sieht in den Zielvorgaben des austrofaschistischen Sport ein „widersprüchliches Model mit unerfüllbaren Zielen“ und eine „entschärfte Variante“ des nationalsozialistischen Führermodells. Trotz der unerfüllbaren Ziele hatte die Bildung der ÖSTF durch ihre politische Macht und ihren Wirkungsanspruch spürbare Auswirkungen, die sich bis in die Zweite Republik zogen. Das lag an den strukturellen Veränderungen und an finanzieller Unterstützung für goudierte Wettkampfteilnahmen oder Projekte. So wurden bereits im Oktober 1934 öffentliche Mittel für den „Bau und Ausbau von Sportplätzen“ herangezogen (Stecewicz, 1996, S. 88).

Dauerhafte Auswirkung hatte die Verankerung des Sports in den Bundesländern, wodurch ein Ausbau und eine „flächendeckende Versorgung mit Sportangeboten, sportlichen Wettbewerben und Sportplätzen“ (Marschik, 2005, S. 379) möglich war. Mit dem Ankauf des Schlosses Schielleiten in der Steiermark wurde auch eine Aus- und Fortbildungsstätte des ÖSTF geschaffen, die in der Lage sein sollte, junge Menschen in kurzer Zeit „entscheidend zu beeinflussen“ (Preiss, 1936, S. 13-14).

Die staatlichen Mehrausgaben durch die Sportförderung sorgten von Seiten des Rechnungshofes für Kritik (Matscheko, 2000, S. 125). Das *Sport-Tagblatt* (STB, 26.3.1937) titelte „Der Rechnungshof ist nicht zufrieden“ und spricht von einem „Vorwurf der Großzügigkeit“ in Richtung ÖSTF. Dieser Vorwurf wird in der Zeitung „ganz energisch“ zurückgewiesen, da dem Sport bis zur Gründung der ÖSTF „Geld und die moralische Unterstützung der Behörden“ fehlte. Damit kam das *Sport-Tagblatt* auch einer direkten Bitte Starhembergs nach, der in seiner Eröffnungsrede (1936, S. 6) die Pressevertreter darum bat, „durch ihre Blätter den österreichischen Sport in der Gesamtbevölkerung so populär zu machen, daß Zuwendungen, die der österreichische Staat gibt, nicht als überflüssige und unnütze Ausgaben empfunden werden.“

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass der Sport innenpolitisch im Laufe der austrofaschistischen Machtübernahme immer mehr an Bedeutung gewann: Einerseits wirkten die verschiedenen ideologischen Strömungen im und durch den Sport auf Teilhabende, seien es Sportler:innen oder Zuseher:innen. Andererseits nahm der Sport durch den staatlichen Eingriff und die Förderung auch im Rahmen der Presse immer mehr Raum ein. Was nach innen wirkte, wirkte auch nach außen und so sahen die ÖSTF und der oberste Führer Starhemberg (1936, S. 6) den Sport in der Pflicht „Völker und Staaten miteinander zu verbinden, sie in freundschaftlicher Weise näher zu bringen. [...] Das

völkerverbindende Moment des Sportes ist von größter Wichtigkeit, hier vollbringt der Sport Leistungen, die selbst der Diplomatie oftmals versagt sind.“

3.2.1 Der DTB und die ÖSTF

Aufgrund des außenpolitischen Drucks durch den NS-Staat auf der einen Seite und der langsamen Abwendung Italiens als Schutzmacht auf der anderen Seite, sollen auch die Entwicklungen rund um den DTB im Zusammenhang mit dem Aufbau der ÖSTF beleuchtet werden. Dass der DTB eng mit Vereinen in Deutschland verbunden war, zeigte sich in der Neuordnung des Sportes im Deutschen Reich gegen Ende 1933: Der DTB verlor 120 Vereine und 8.499 Mitglieder, somit war die Zahl der angehörigen Vereine auf 652 geschrumpft. Die passive Haltung während der Februarkämpfe und anti-österreichische Veröffentlichungen führten zu einer schwierigen Beziehung mit den Behörden, die in der vermuteten Beteiligung am Putschversuch und der Ermordung Dollfuß' gipfelte (Matscheko, 2000, S. 128–129).

3.2.1.1 Exkurs: Die Turnzeitungen und der Antisemitismus in Sport und Turnen

Die aussagekräftigste Quelle für die Entwicklungen und Meinungen innerhalb des DTB ist wohl die *Bundesturnzeitung* (BTZ), die bereits auf der ersten Seite jeder Ausgabe klar titulierte, wofür sie stand: Die Schlagworte „Rassenreinheit! – Volkseinheit! – Geistesfreiheit!“ sind in den gesichteten Ausgaben von 1930 bis 1934 prominent platziert vorhanden: In den Ausgaben von 1930 bis 1933 auf dem Titelblatt, während sie ab 1934 auf der Seite mit den „Anordnungen und Mitteilungen der Bundesführung“ zu finden sind.



Abb. 1: Werbung für die Bundesturnzeitung (DTB / ONB, 1934)

Der Antisemitismus war kein punktuelleres Phänomen, sondern ein Leitmotiv der Zeitung.

Eine Artikelreihe mit dem Namen „Verjudung“ zieht sich durch die Ausgaben des Jahres 1934 (BTZ, 1934, 7, S. 95). Die Meldungen aus den Rundschau, Artikel, welche die Presse oder Bevölkerung thematisierten, sowie politische Kommentare der Zeitung streuen antisemitische Inhalte. Sie sind unübersehbar in allen für die vorliegende Forschungsarbeit gesichteten Ausgaben zu finden. Es handelte sich nicht um subtile oder unterschwellige Bemerkungen, sondern der Hass auf Juden wurde offen gezeigt sowie pseudo-wissenschaftlich und historisch legitimiert. Die Inhalte sind großteils tagesaktueller und

politischer Natur, fernab von den eigentlichen Kernthemen „Turnen und Erziehung“, mit denen sich die Zeitung selbst bewirbt (siehe Abb. 1).

Um den Antisemitismus in der BTZ zu kontextualisieren, sei angemerkt, dass in der Zwischenkriegszeit alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei antisemitische Forderungen in ihren Parteiprogrammen hatten (Keil, 2017, S. 302). Jedoch ist der Raum, den antisemitische Propaganda in der BTZ einnahm, bemerkenswert, wenn man die Zeitung anderen vergleichbaren Schriften, wie der christlich-sozialen *Verbandsturnzeitung* (VTZ), gegenüberstellt. Obwohl eindeutig antisemitische Aussagen auch in der VTZ schnell zu finden sind, so beispielsweise in einem Artikel zu den „Sittlichen Verirrungen unserer Zeit“ (VTZ, 1933, 12, 5, S. 93), in dem über die „Krise der Wissenschaft“ über die Lehren von Sigmund Freud und Magnus Hirschfeld²⁴ geschrieben wird, dass „Juden vielfach sexuell haltlose Menschen [sind], wir wehren uns aber mit aller Kraft, mit ihnen in dieser Hinsicht auf ein Niveau gestellt und von ihnen belehrt zu werden!“

Auch wenn sich die VTZ in einem vergleichbaren Ausmaß um Themen außerhalb des Turnbetriebs annimmt, sind die inhaltlichen Differenzen doch sehr groß. Beide Zeitungen stellen gut dar, dass Turnen und das Turnerdasein in alle Lebensbereiche wirken sollte und somit die vielen Fragen zum „richtigen“ Leben, je nach ideologischem Hintergrund, in den Schriften behandelt wurden. So zum Beispiel verbreitet die VTZ (1933, 12, 3, S. 50-51) den Hirtenbrief des Linzer Bischofs zum Verhältnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus und kommentiert diesen wohlwollend. Der Artikel gibt einen guten Einblick in die Gründe, warum der Nationalsozialismus von der katholischen Kirche abgelehnt wurde. Es wird einerseits davon gesprochen, dass der „Nationalsozialismus [...] innerlich an materialistischem Rassenwahn [krankt]“ und es sich um bloßes „Scheinchristentum“ handelte. Jedoch wurde die Zugehörigkeit von Katholiken zu nationalsozialistischen Parteien mit dem Argument abgelehnt, dass es laut Papst Pius XI. „unmöglich ist, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“. Der Sozialismus wurde als Grundübel vorgeschoben.

Die Einstellung in der VTZ zum Nationalsozialismus beziehungsweise zu dessen Aktionen ist in diesen Zeiten offensichtlich ambivalent: In der Spalte „Das musst du wissen!“ (VTZ, 1933, 12, 6, S. 118) wird die Gegenkundgebung der nationalsozialistischen Jugend zum Aufmarsch der Heimwehr bei deren Türkenbefreiungsfeier am 14. Mai 1933 mit den Worten „die nationalsozialistische Jugend soll sich [...] bis in die tiefste Seele schämen“ kommentiert. Im nächsten Abschnitt wird allerdings die Bücherverbrennung so weit goutiert,

²⁴ Magnus Hirschfeld war ein deutscher Arzt und bekannter Sexualwissenschaftler. Er gründete 1897 das *Wissenschaftlich-humanitäre Komitee*, die erste internationale Organisation, die sich für die Toleranz von Homosexualität aussprach und 1918 das Institut für Sexualwissenschaften in Berlin, „regarded as the symbol of sexual liberalism of the Weimar era“ (Domeier, 2016).

dass das hoffentlich nur ein erster Schritt und „Schauspiel für das Volk“ sei, da „die deutsche Menschheit vom Geiste undeutscher Bücherzeugnisse reinzuhalten sei“ (ebd.).

Mit den weiteren Vorfällen im Laufe des Jahres 1933 änderte sich diese Einstellung aber rasant: Es kam Mitte des Jahres zu mehreren Anschlägen, darunter der erwähnte Handgranatenanschlag auf christlich-deutsche Turner in Krems. Der Anschlag wird in der VTZ (1933, 12, 7/8, S. 134-136) unter dem Titel „Feind im Heimatland“ äußerst bildhaft mit Details zu den Verwundungen beschrieben. Auf den nächsten Seiten folgt eine erneute Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (ebd., S. 137-138), die eine deutlichere Abgrenzung darstellt als zuvor, da auch nochmal der Linzer Bischof seine ablehnende Haltung, nach Kritik an dieser, bekräftigt hatte.

Am Antisemitismus rüttelten diese Entwicklungen jedoch nicht. Noch in derselben Ausgabe (ebd. S. 144; Hervorhebung im Original, Anm.) wird in der Spalte „Das musst du wissen!“ zur „Judenfrage“ geschrieben:

Die richtige Lösung der Judenfrage hängt – und das ist das wesentliche – mit *der eigenen Gesinnung* zusammen. [...] Ohne Geschrei, Lärm und Volksfest müssen wir Arier soweit sein, daß wir *nichts mehr* beim Juden kaufen, daß wir keine jüdischen Zeitungen und Zeitschriften lesen und beziehen und daß wir uns an Werken des jüdischen Geistes nicht begeistern. Immer sollen wir der Lebensregel eingedenk sein, die ein einfacher Mann aus dem Volke einst seinen Kindern mitgab: ‚Dem Juden *keinen Kreuzer*, vom Juden *keinen Gedanken*, den *Juden ersetzen!*‘

Die Auseinandersetzung mit den Turnzeitingen zeigt eindrücklich, dass Antisemitismus kein ausschließlich nationalsozialistisches Phänomen war, wie man heute in der Auseinandersetzung mit den Vorgängen in Deutschland und Österreich oft glauben möchte. Er war tief verwurzelt in vielen Gesellschaftsschichten und den Turnerkreisen (Strohmeyer, 1998, S. 229). Auch in anderen Sparten waren in der Zwischenkriegszeit antisemitische Beschlüsse keine Seltenheit. So führte beispielsweise der Alpenverein bereits 1921 den Arierparagraphen ein, was im Gegenzug zur Gründung der „Sektion Donauland“ führte (Keil, 2017, S. 304). Der ÖSV führte den Arierparagraph 1923 ein (Praher, 2022, S. 18).

Der Antisemitismus und die völkische Ideologie sind wesentliche Faktoren für den Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland und auch der Boykottbewegung an den Olympischen Spielen 1936. Da diese auch außerhalb nationalsozialistischer Kreise weit verbreitet waren, sind sie für eine „gesellschaftshistorische Analyse“ relevant, da „erst

dadurch Motive und Handlungen einzelner AkteurInnen erkennbar und interpretierbar werden“, wie Praher (ebd., S. 19) in Bezug auf den Skisport schreibt.

3.2.1.2 Die Auflösung des DTB

Der DTB wurde formal am 7. August 1934 aufgelöst, was mit der Betätigung zahlreicher Mitglieder für die NSDAP in Österreich begründet wurde (Matscheko, 2000, S. 129). Nun sollte ein Verwalter die Vereine beziehungsweise deren Strukturen in die ÖSTF eingliedern. Diese Aufgabe kam Georg Trauner, einem „langjährigen führenden Mitglied des DTB“ (Marschik, 2005, S. 381), zu. Er hatte die Aufgabe „für Ruhe und Ordnung in den aufgelösten Turnvereinen zu sorgen, und alle Schritte zur Wiederaufrichtung und Wiedereingliederung des DTB in das österreichische Turnwesen in die Wege zu leiten“ (Matscheko, 2000, S. 130). Hier soll noch einmal der Unterschied betont werden, dass im Gegensatz zur Auflösung und Liquidierung des Arbeiter:innensports hier Personen mit der Aufgabe der Eingliederung und Kontrolle beauftragt wurden, die direkt aus dem Kreis des aufgelösten Verbands kamen. Auch hatten die Vereine des DTB die Möglichkeit, Einspruch zu erheben, was den Vereinen des Arbeiter:innensports nicht möglich war. Stecewicz (1996, S. 86) führt das auf die Schirmherrschaft des Deutschen Reiches zurück, welche den Arbeiter:innenorganisationen nicht zur Verfügung stand. Die Arbeit von Schmidl (1978) kommt jedoch zu anderen Schlüssen: So gibt er auf Basis von Interviews und Korrespondenzen mit Zeitzeugen an, dass Trauner nicht nur Funktionär des Turnerbundes war, sondern „auch aus der Heimwehrebewegung kam und offenbar das Vertrauen des Vizekanzlers [Starhemberg, Anm.] [...] aus persönlicher Bekanntschaft besaß“ (Schmidl, 1978, S. 232).

Die Vereine nominierten Kontrollorgane, die die Entwicklung und vaterländische Gesinnung überwachen sollten. Diese Kontrolleure wurden behördlich bestätigt und den Vereinen wurde unter der Bedingung, dass alle staatsfeindlichen Elemente entfernt und die vaterländische Gesinnung zweifellos vorhanden war, die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten zugesagt. Außerdem wurde sichergestelltes Vereinsvermögen wieder zurückgegeben (Matscheko, 2000, S. 130–131). Zwei Drittel der 652 Vereine erfüllten 1935 die Bedingungen, und die in die ÖSTF eingegliederten Vereine wurden in der Fachgruppe „Österreichische Turnerschaft“ der CDTÖ gleichgestellt (Marschik, 2005, S. 381). 281 Vereine konnten ihre Tätigkeit auch tatsächlich wieder aufnehmen und die Bundesturnzeitung erschien ab Herbst 1934 wieder (Matscheko, 2000, S. 131). Dort verortet Matscheko (ebd., S. 132) auch den sichtbaren Druck, da „die Bundesturnzeitung in ihrem neuen ‚vaterländischen Kleid‘ kaum wiederzuerkennen [war]“ und dieser plötzliche Sinneswandel „mit größter Skepsis“ zu betrachten sei. Die Order „Stillhalten“ sei offensichtlich an die Vereine ausgegeben worden, während ungebrochen die völkische

Ideologie gelebt wurde und „nationalsozialistische Zellen“ weiterhin im Hintergrund arbeiteten. Nichtsdestotrotz war der DTB „äußerlich angepasst und nahm die Treue zu Österreich in seine Statuten auf“ (Marschik, 2005, S. 381).

Einen Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit des neuen DTB, den Matscheko (2000, S. 128) als „trojanisches Turnpferd“ bezeichnet, gibt ein Bericht mit dem Titel „Der Wiederaufbau des Deutschen Turnerbundes“ über die Sitzung der Gauobmänner des DTB am 11. November 1934 in Wien, der in den *Innsbrucker Nachrichten* vom 22. November (IN, 22.11.1934, S. 3-4) veröffentlicht wurde und mit „Für den Deutschen Turngau in Tirol: Dr. Lang“ gezeichnet ist.

Der Bericht zitiert folgenden Beschluss (ebd., S. 3; Hervorhebung im Original, Anm.):

Die am 11. November in Wien abgehaltene Sitzung der Gauobmänner des Deutschen Turnerbundes begrüßt die Verlautbarungen des bundesstaatlichen Verwalters des Deutschen Turnerbundes [Georg Trauner, Anm.] über die *Notwendigkeit der Erhaltung der Organisation* des Deutschen Turnerbundes zur Gewinnung der nationalen Kreise für den Aufbau Österreichs als eine *besonders wichtig* bezeichnete Aufgabe, die auch der *Befriedung* aller Bevölkerungskreise dienen soll. Wir wollen das Bestreben, unser hart geprüftes Vaterland einer besseren Zukunft zuzuführen, in jeder Richtung unterstützen, halten aber auch als eine der ersten Voraussetzungen für den Aufbau für *unbedingt* notwendig: *„Vergangenes endgültig zu vergessen!“*

Mehrere Aspekte an diesem Entschluss sind bemerkenswert: Einerseits wird konkret darauf hingewiesen, dass die Erhaltung des DTB notwendig sei, um nationale Kreise für die Sache der Volksfront zu gewinnen und andererseits wird von dieser ein Vergessen von Vergangenem eingefordert. Damit meint der Autor wohl all jene Vorfälle, die zur Auflösung des DTB geführt hatten. Auch die Grundzüge der zukünftigen Arbeit werden in fünf Punkten festgehalten (ebd.). Die Formulierungen sind so gewählt, dass sie in keinem großen Kontrast zum bisherigen Wirken des DTB stehen und halten fest, dass ihre Arbeit „nach wie vor der Pflege des deutschen Turnens als Mittel zum Zwecke der körperlichen Ertüchtigung und Wehrhaftmachung unseres Volkes, aber auch zur sittlich-geistigen Erziehung für das deutsche Volkstum [dient]“.

Gleichzeitig wird festgehalten, dass jegliche Auflagen, die nicht mit den Grundsätzen des DTB vereinbar sind, entschieden abgelehnt werden. Es folgt ein Bekenntnis zur „ehrlichen und aufrichtigen Befriedung und jedem vernünftigen Aufbau Österreichs“ (ebd.). Österreich

solle aber an erster Stelle immer noch ein deutsches Österreich bleiben. Dass diese Entschlüsse in keinem großen Widerspruch zu den Zielen der ÖSTF standen, ist offensichtlich. Bemerkenswert ist auch, dass der Vorwurf, die Mitglieder würden sich in den vergangenen zwei Jahren im Sinne der NSDAP betätigt haben, nicht abgestritten wird, sondern mit dem Zitat eines Organisationsleiters der Vaterländischen Front im Rahmen einer Veranstaltung der VF, um Verständnis geworben wird (ebd.):

„Wir Deutsche, die wir hier in unserem kleinen Vaterlande Österreich ebenso an den Folgen des verlorenen Krieges, der Zerschlagung des ehemals so idealen Wirtschaftsgebietes der alten Monarchie, an der Unfähigkeit des Parteiensystems und der Zerreißung des Volkes durch den Klassenkampf unsäglich litten und leiden, können dafür ein gewisses Verständnis aufbringen, daß auch hier bei uns große Teile der Bevölkerung die einzige Rettung aus Chaos und Verzweiflung im Nationalsozialismus zu finden glaubten.“

Im Anschluss wird noch jegliche Beteiligung von Mitgliedern des DTB am Juliputsch in Abrede gestellt, da besagte Turnhalle „bis 4 Uhr nachmittags der Heeresverwaltung überlassen ist“ und „dieser Verein [...] über die Ferien seinen Turnbetrieb überhaupt gänzlich eingestellt hatte“. Außerdem wird darauf verwiesen, dass eben dieser Verein bereits im Oktober 1934 wieder die Genehmigung zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeiten von den Sicherheitsbehörden erhalten hatte und dies der beste Beweis dafür ist, dass eine Verbindung mit dem Anschlag und Putschversuch nicht gegeben war (ebd.).

Wird am Beginn des Textes Vergessen eingefordert, so endet er mit einer Erinnerung an all den Einsatz des DTB, „Unsummen von Millionen und Abermillionen von Arbeitsstunden“, die abgehaltenen Bundesturnfeste, den Einsatz der Turner im Krieg und die Wehrhaftmachung durch das Turnen selbst und der rhetorischen Frage (ebd., S. 4):

[...] anderthalb Jahrzehnte später, soll dies alles nichts mehr gelten, soll dies alles für immer vergessen sein?!

Darum geht heute die Frage: Will man wirklich und ehrlich die innere Befriedung unseres hart geprüften Vaterlandes, will man wirklich und ehrlich den Einbau eines der besten Teile der völkischen Kreise für den Aufbau unseres Vaterlandes, dann gebe man auch den Weg für den Wiederaufbau des Deutschen Turnerbundes frei!

Die paradoxe Aneinanderreihung von der Forderung nach Vergessen und – eine Seite später – nach Erinnern, die Relativierung der NSDAP-Anhängerschaft der eigenen Mitglieder und zudem die Verleugnung jeglicher Beteiligung an Anschlägen, sind der Grund, warum diesem einzelnen Artikel in der vorliegenden Arbeit ein dementsprechend großer Rahmen gewidmet wird.

Schmidl (1978, S. 261) findet ähnliche verklärende Vorgänge in der *Bundesturnzeitung*. Einen Aufruf zum Bekenntnis der deutschen Turner zu Österreich kommentiert er mit den Worten: „Man wird in der Tat Karl Bauer zugestehen müssen, daß er in diesem Bekenntnis der deutschen Turner die traditionellen Wertvorstellungen aufrecht erhielt und nur durch ein Umgewichten von Wertigkeiten eine für den Ständestaat akzeptable Rollenbeschreibung für den Turnerbund lieferte“ (ebd.). Schmidl (1978, S. 232) gibt an, dass sich Starhemberg selbst dafür einsetzte, den DTB zu erhalten und in die ÖSTF zu integrieren und wie bereits erwähnt, reagierte der DTB auch in seinem Auftreten auf den Druck, um nicht in die Illegalität abzurutschen. Trotzdem ergibt sich ein ambivalentes Bild, da die offizielle Kommunikation nach außen eigentlich keinen Zweifel daran ließ, dass an den ideologischen Grundsätzen festgehalten wurde, auch unter dem Dach der ÖSTF.

3.2.1.3 Der DTB in den Akten des Sport- und Turnreferats

Insgesamt wurden sechs Akten, die den Deutschen Turnerbund betreffen gefunden. Der erste ist eine Anordnung vom 7. August 1934 des Bundeskanzleramts in der das bereits seit Juni 1933 bestehende Verbot der NSDAP, sowie das Tragen von Parteiabzeichen um das Abzeichen des DTB erweitert wurde. Dieses wurde „als Ersatz für das verbotene Parteiabzeichen“ von Anhängern der NSDAP genutzt. Das Abzeichen waren „vier grosse F nach Art eines Hakenkreuzes in kreisrunder Form angeordnet“ (BKA STr/215.770-34). Im Akt ist auch eine Abbildung des Abzeichens zu finden (siehe Abb. 2).



Abb. 2: Darstellung des DTB-Abzeichens in den Akten (BKA STr/215.770-34)

Weiters wurde angeordnet: „Dem Tragen dieses Abzeichens ist energisch entgegenzutreten, gegebenenfalls ist [...] die Strafbtshandlung durchzuführen.“ Laut der Verordnung vom 19. Juni 1933

§ 2 (BGBl. 1933/Nr. 240) standen auf Zuwiderhandlungen Geldstrafen von bis zu 2.000 Schilling oder Arrest bis zu sechs Monate.

In weiterer Folge sind vier Akteneinlagen zu finden, die sich mit der Verwaltung des DTB und Georg Trauner beschäftigen. Die erste vom 10. September 1934 (BKA STr/247.003-34) ist eine Bitte Trauners, die Unklarheit über die Kompetenzen in der Verwaltung und

Bestellung von Überwachungspersonen zu klären. Konkret fordert er, dass „die Bestellung der Überwachungspersonen für die Vereine des Deutschen Turnbundes nicht durch die Sicherheitsdirektionen oder Bezirksverwaltungen [...] vorzunehmen ist, sondern dies auf Grund der Verordnung der Bundesregierung [...] durch das zuständige Bundesministerium zu geschehen hat.“ (ebd.) Laut Trauner kam es immer wieder zu Unklarheiten, welche Vereine „aufgelöst“ und welche „eingestellt“ wurden. Er schreibt (ebd.):

Es besteht ansonsten die Gefahr, daß sich Mitglieder der einzelnen Turnvereine, welche man zur Mitarbeit für den Staatsgedanken gewinnen will, verlaufen, oder sich einer verbotenen Partei zur Verfügung stellen, weil diese Mitglieder, die größtenteils gerne bereit sind, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten und zwar im Rahmen des Turnbundes, dann keine Rücksicht auf den Bestand desselben zu nehmen hätten.

Sein Vorschlag lautete, dass er der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit die Überwachungspersonen vorschlagen würde und, dass diese „ausnahmslos aus den vaterlandstreuen Verbänden, wie Vaterländische Front, Heimatschutz, Bundesheer, Gendarmerie, märkische Sturmsharen, Christl. d. Turnerschaft, Freiheitsbund u.dgl. im Einvernehmen mit dem betreffenden Verbands entnommen [sind].“ (ebd.) Außerdem kam es immer wieder zu Problemen mit gesperrten Konten, trotz Wiederaufnahme der Tätigkeit. Ebenfalls mussten die Turnhallen von neuem beantragt werden. Laut Trauner waren zu diesem Zeitpunkt „für fast 100 Vereine schon Überwachungspersonen namhaft gemacht“ (ebd.)

Am 4. Oktober 1934 folgte eine klärende Stellungnahme von Starhemberg zum Erlass vom 7. August, der „die Einstellung der Tätigkeit aller deutschen Turnvereine verfügte“ für diverse Stellen, wie die Vaterländische Front, die Führung des Heimatschutzes und die Leitung des CDTÖ. Diese findet sich in den Akten des Sport- und Turnreferats in einer Abschrift. Das Original stammt aus dem Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (GDföS). Sie trägt den Betreff „Deutsche, beziehungsweise deutschvölkische Turnvereine, Einstellung der Tätigkeit“ (BKA STTr/250.639-34):

Vielfach besteht nun die irrige Meinung, dass es Aufgabe des Verwalters sei, den „Deutschen Turnbund“ und seine Anschlussvereine endgültig zu liquidieren. Die vom Herrn Vizekanzler übertragene Mission besteht jedoch vielmehr darin, den "Deutschen Turnbund" sowie die deutschen Turnvereine von staatsfeindlichen Elementen zu säubern, die Gutgesinnten zu sammeln und die

Eingliederung der an sich wertvollen Organisation in die Vaterländische Sportfront vorzubereiten. Diese im Interesse der Pazifizierung und der Gewinnung nationaler Bevölkerungskreise für das Aufbauwerk der Regierung eminent wichtige Aufgabe kann der Verwalter jedoch nur durch kräftige und aufrichtige Unterstützung seitens der vaterländischen Verbände erfüllen.

Abschließend unterstreicht er das Ziel dieser Maßnahme nochmal mit den Worten „[...] die Eingliederung des ‚*Deutschen* Turnerbundes‘ in die *Oesterreichische* Sportfront vorzubereiten.“ (ebd.; Hervorhebung im Original, Anm.). Der DTB sollte also *österreichisch* gemacht werden.

Im selben Akt findet sich ein weiteres Rundschreiben der an die Sicherheitsdirektionen der Länder mit demselben Betreff und dem Vermerk „Sehr dringend!“. Starhemberg ordnete zur „Förderung einer gedeihlichen Zusammenarbeit der Behörden mit dem Verwalter des ‚Deutschen Turnerbundes‘“ an (ebd.):

1.) Hinsichtlich der Vereine, deren Tätigkeit eingestellt worden ist, sind die erforderlichen Erhebungen mit grösster Beschleunigung durchzuführen und je nach den Umständen des Einzelfalles eine Ueberwachungsmassnahme nach den §§ 2 - 5 der Verordnung vom 3. März 1934, BGBl.Nr.130, unverzüglich in die Wege zu leiten. Wegen der Namhaftmachung der Ueberwachungsorgane ist das Einvernehmen mit den vaterländischen Verbänden und dem Verwalter des "Deutschen Turnerbundes" zu pflegen. Hier wird auf die Anordnungen und Mitteilungen des bundesstaatlichen Verwalters in der Bundesturnzeitung, Folge 23 vom 1. September 1934, verwiesen. Es besteht kein Anstand, die vom Verwalter des "Deutschen Turnerbundes" namhaft gemachten Personen, falls eine Zustimmung eines vaterländischen Verbandes beiliegt, als Ueberwachungsorgane zu bestellen.

2.) Sollte in einzelnen Fällen aus staatspolizeilichen Rücksichten ein solches Entgegenkommen untunlich sein, ist mit der Auflösung solcher Vereine erst nach gepflogenen Einvernehmen mit dem Verwalter des "Deutschen Turnerbundes" vorzugehen.

Georg Trauner bekam folglich umfassende Befugnisse im Rahmen der Verwaltung des DTB, wenn man die Größe des Verbandes bedenkt.

Am 9. November 1934 berichten die Innsbrucker Nachrichten über die bevorstehende Sitzung der Gauobmänner des DTB, die von Trauner einberufen wurden, um „die Wiederaufnahme des Turnbetriebes in den Vereinen zu beschleunigen und auch manches Hindernis und Mißverständnis zu beseitigen. [...]. An den Grundsätzen des Deutschen Turnerbundes wird nichts geändert, nur der Führerstandpunkt wird in den neuen Musterfaßungen für die Vereine einheitlich festgelegt werden“ (IN, 09.11.,1934, S.1).

Die Gauobmänner sollten berichten, „wie die Wiederaufnahme des Turnens am besten gefördert werden kann“ (ebd.) und es wurde eine Frist bis Ende des Jahres gestellt, bis zu der jeder Vereine eine Überwachungsperson zu nennen hatte. Vereine, die dem nicht nachkamen, sollten aufgelöst werden.

In den Akten der ÖSTF findet sich nur ein konkretes Beispiel für die Einsetzung einer Überwachungsperson (BKA STr/177.552-35). Es betrifft den gesamten Wiener Turngau des Deutschen Turnerbundes. Es handelt sich um die Abschrift eines Bescheids aus der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit unter dem Betreff „Verein: ‚Wiener Turngau des deutschen Turnerbundes‘, Bestellung einer Überwachungsperson“ und erging an die Leitung des Vereins, die Bundespolizeidirektion und den Sicherheitsdirektor in Wien. Das Schreiben ist auf den 3. September 1935 datiert und durch den Staatssekretär für Sicherheitswesen, Hammerstein gezeichnet. Zur Überwachungsperson wurde der Verwalter des DTB höchstpersönlich bestellt. In der Begründung für den Spruch heißt es, dass es „amtsbekannt [ist], dass sich zahlreiche Mitglieder der dem Vereine ‚Wiener Turngau des deutschen Turnerbundes‘ angehörenden deutschen Turnvereines im Sinne der NSDAP (Hitlerbewegung), der jede Betätigung in Oesterreich verboten ist, betätigt haben.“

Ein weiterer Hinweis, dass die Kontrolle und Unterbindung der nationalsozialistischen Tendenzen im DTB nicht gelang, findet sich im letzten Akt (BKA STr/213.104-35), mit DTB Bezug. Es handelt sich wieder um die Abschrift eines Schreibens der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit mit dem Betreff „Bundesturnzeitung, bedenkliche Schreibweise“, gezeichnet „Für den Bundesminister: Allgayer“, datiert auf den 13. Dezember 1935. Das Schreiben ging an das „Pressbüro“ der Bundespolizeidirektion in Wien. Darin ist zu lesen:

Das Bundeskanzleramt wurde auf die bedenkliche Schreibweise der Bundesturnzeitung (Herausgeber: "Deutscher Turnerbund") aufmerksam gemacht, die beispielsweise auf Seite 367 der Nr. 29 vom Oktober d. J.

ausgesprochene Propaganda für den Nationalsozialismus enthält. Es ergeht die Einladung, umgehend auf eine Abstellung dieser Mißstände hinzuwirken und, falls sich derartige Vorkommnisse wiederholen sollten, die genannte Zeitung - nach vorher gepflogenen Einvernehmen mit der Sport- und Turnfront – durch eine Verfügung nach § 5 des Gesetzes BGB1.II Nr. 340/24 einzustellen. Über das Verfügte wolle berichtet werden.

Beigelegt sind vier Seiten der BTZ, in denen vor allem ein Artikel zu den "Arierbestimmungen der Deutschen Turnerschaft" (BTZ, 11.10.1935, 29, S. 367) in der Rubrik "Aus anderen Turnverbänden" farblich hervorgehoben wird, der auf die nationalsozialistischen Grundgesetze und „Rassenschande“ verweist:

Reichsdietwart Kurt Münch verlautbart über die Arierbestimmung in der Deutschen Turnerschaft folgendes:

Aus verschiedenen Anfragen, die in letzter Zeit an den Führerstab der Deutschen Turnerschaft gelangt sind, muß ich ersehen, daß noch nicht überall restlose Klarheit über die Ariersatzung der Turnvereine, herrscht. Ich weise daher hiemit nochmals darauf hin, daß diese Frage in den Einheitsatzungen ganz klar geregelt ist. § 4 der Satzung besagt, daß Mitglieder des Vereins nur unbescholtene Deutsche werden können und daß als Deutsche nur Volksgenossen gelten, deren Eltern und Großeltern Arier sind. Damit ist der Personenkreis der Mitglieder klar umrissen. Darüber hinaus aber bestimmt § 2 der Satzung noch daß der Verein die Aufgabe hat, die leibliche und seelische Erziehung seiner Mitglieder im Geiste des nationalsozialistischen Volksstaates durchzuführen und in seinen Reihen sich der Pflege deutschen Volkstums, deutschen Volksbewusstseins und kameradschaftlicher Gesinnung zu widmen. Damit ist auch eindeutig gesagt, daß in unseren Turnvereinen niemals Männer oder Frauen Mitglieder sein können, die mit Juden, Halbjuden oder sonstigen Nichtariern verheiratet sind, da es doch ausgeschlossen ist, daß in einer Familie, gegen die der Vorwurf der Rassenschande erhoben werden muß, das Volksbewußtsein gepflegt werden kann und die Angehörigen im Geiste des nationalsozialistischen Volksstaates erzogen werden können. Es ist somit vollkommen ausgeschlossen, daß in

einzelnen Vereinen Ausnahmen insofern gemacht werden, als Juden, Halbjuden oder jüdisch versippte noch weiterhin Mitglieder sind, mit der Begründung früher erworbener Verdienste. Wir wissen ganz genau, daß die klare Arierbestimmung der Deutschen Turnerschaft hie und da menschliche Härten mit sich bringt, es ist aber keinesfalls statthaft, daß aus gefühlsmäßiger Rücksichtnahme nationalsozialistische Grundgesetze mißachtet werden. Ich ersuche alle Vereinsführer und Dietwarte, auf die strengste Innehaltung der Arierbestimmung zu achten und die Mitgliederlisten nochmals einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen.

Dass derartige NS-Propaganda problemlos Ende 1935 in der BTZ veröffentlicht werden konnte, zeigt auf, dass sich an den Grundsätzen des DTB tatsächlich nichts geändert hatte und dass die Zensur nicht gelang. In der selben Ausgabe wird in diesem Zusammenhang auch über die Teilnahme von Jüd:innen bei den Olympischen Spielen 1936 geschrieben, dass die oben zitierte „Anordnung des Reichsdietwartes [...] einem Teil des Auslandes Gelegenheit geben [werden], den Besuch der Olympischen Spiele zu verrufen“ (ebd., S. 369). Außerdem wird festgehalten: „Es ist selbstverständlich das gute Recht einer jeden Gesellschaft, den Kreis ihrer Mitglieder selbst zu bestimmen“ (ebd.).

Welchen Stellenwert die Olympischen Spiele zu diesem Zeitpunkt innerhalb des DTB und der BTZ hatten, zeigen die Vielzahl an Artikeln dazu. Es werden das Reichssportfeld und die Olympia-Glocke gezeigt (ebd. S. 368), sowie zum Frauenturnen bei den Spielen geschrieben (ebd., S. 369). Erwin Mehl (ebd. S. 367) widmet unter dem Titel „‘Olympiade Berlin‘ oder ‚Olympia Berlin‘?“ dem *richtigen* Sprachgebrauch eine halbe Seite und legt darin dar, warum „Olympiade Berlin“ ein Fehler sei und ruft dazu auf „sich dafür einzusetzen, daß der Fehler *ausgemerzt* werde“ (ebd.; Hervorhebung durch den Verfasser, Anm.).

Schlussendlich nahmen auch Mitglieder des DTB an den Spielen teil, wie in einem Artikel des Salzburger Volksblattes (SVB, 06.07.1936, S. 5) angekündigt wird. Dort wird Georg Trauner auch als Besucher der Festtage der Salzburger Turner genannt, die vom Salzburger Turnverein, der dem DTB angehörte, ausgerichtet wurden. Drei der acht Turner, die an den Olympischen Spielen in Berlin teilnahmen, waren Mitglieder von DTB-Vereinen (Austria at the 1936 Summer Olympics, 2025; Hervorgehoben sind DTB-Mitglieder, Anm.): *Gottfried Hermann (TB Linz)*, *Pius Hollenstein (TB Lustenau)*, *Karl Pannos (DTB, Wien)*, *Robert Pranz (CDTÖ, Wien)*, *Leopold Redl (DTB, Wien)*, *Adolf Scheffknecht (TB, Lustenau)*, *August Sturm (Vorarlberger Rheingau, Kennelbach)*, *Franz Swoboda (unbekannt)*.

Der Turnerbund Lustenau, sowie der Vorarlberger Rheingau sind der Christlich-Deutschen Turnerschaft zuzurechnen (Peter, 2001, S. 91). Die besten Vorarlberger Turner waren laut Peter (ebd. S. 79) aufgrund von nationalsozialistischer Betätigung nicht zugelassen. Quelle ist ein Artikel aus dem *Vorarlberger Tagblatt* (VT, 4.4.1936, S. 6), der über eine Sitzung zur Frage der Vorarlberger Einheitsturnerschaft berichtet, an der unter anderem Georg Trauner, als auch Theodor Schmidt vom ÖOC, neben Vertretern der ÖSTF, teilnahmen. Dort wurde die Zulassung von Turnern zum Olympiatraining besprochen und erwähnt, dass „zwei wegen politischer Tätigkeit vorbestraft sind und einer wegen unturnerischen Benehmens nicht in Frage kommen kann“ (ebd.).

Soweit zum DTB allgemein und seiner Rolle in den untersuchten Akten. Als nächster großer Verband wird der ÖSV unter die Lupe genommen, bei dem sich Parallelen feststellen lassen.

3.2.2 Der ÖSV in den Akten des Sport- und Turnreferats

Ähnlich wie im Deutschen Turnerbund waren auch im ÖSV und im Skisport zahlreiche deutschnationale Funktionäre und Sportler:innen tätig. Es zeigten sich ähnliche Tendenzen bei der Verfolgung von nationalsozialistischen Aktivitäten wie bei den Turnern und somit eine harmlosere Variante „im Vergleich zum radikalen Verbot des Arbeitersports“ (Praher, 2022, S. 76). Praher (ebd.) begründet das unter anderem mit der „wirtschaftspolitischen Bedeutung des ÖSV“: 730 ÖSV-Skisportbewerbe jährlich mit 24.000 Teilnehmer:innen und 200.000 Zuschauer:innen aus dem In- und Ausland. Die Umwegrentabilität für den Tourismus wurde von der ÖSTF mit über einer Millionen Schilling angegeben. Der ÖSV ist, obwohl er „lediglich unter Beobachtung“ (ebd.) stand und nicht zur Gänze aufgelöst wurde, in den Akten der ÖSTF häufiger vertreten, als alle anderen Verbände und sie zeigen auch, dass sich manch einer ein konsequenteres Vorgehen gegen den ÖSV gewünscht hätte.

Auftakt in den Akten macht eine Entschließung des ÖSV vom 19. August 1934, die bei einem Treffen von Vertretern in Zell am See verfasst wurde (BKA STr/243.850-34). Die Entschließung wurde am 21. August durch den ÖSV an den das „Bundeskanzleramt-Abteilung für Sport“ übermittelt (ebd.; Hervorhebungen durch den Verfasser, Anm.).

In treuer Sorge um die Geschicke der Heimat, die gerade in letzter Zeit so schwere Erschütterungen erlitten hat, will der Oe.S.V. im Bewusstsein seiner bisher geleisteten Arbeit und eingedenk der inneren Verbundenheit aller *deutschblütigen Menschen* Oesterreichs dazu beitragen, die Zeit der schweren Not unserer Gegenwart zu überwinden. [...]

Der Oe.S.V. hat in seiner Zusammensetzung und inneren Gestaltung gezeigt, wie über alle weltanschaulichen Gegensätze schliesslich das Bewusstsein siegen muss, dass die Erhaltung und Stärkung des eigenen Volkstums ein unantastbares Hochziel ist. Der Oe.S.V. betreibt in seinen Reihen *grundsätzlich keine Politik!* Aus der engen Naturverbundenheit gerade im Skisport ergab sich seit jeher ein kameradschaftliches Zusammenwirken aller Schichten der Bevölkerung [...]. Auf diesem Wege gelang es auch am besten *internationale Anerkennung und Hochschätzung* zu gewinnen.

In dem furchterlichen Geschehen unserer Tage, wo Menschen deutschen Blutes sich in ihrer engsten Heimat mit den Waffen gegenüber standen, alle in dem Glauben ihrem Heimatboden zu dienen, fühlt der Oe.S.V., eingedenk seiner Tradition und des versöhnenden Sportgedankens die Pflicht, in seinen Reihen einen Weg zur Lösung der Gegensätze zu weisen.

An alle Mitglieder des Verbandes ergeht daher der Ruf zu neuer und verstärkter Zusammenarbeit. Dieser ist umso eindringlicher, als die wirtschaftliche Not ein Höchstmass erreicht hat und der Skisport, wie kein anderer Zweig des Körpersportes, *eine hervorragende Stellung im Wirtschaftsleben* einnimmt. [...]

Ebenso muss jenen Besten unseres Sportes, die weltbekannte Leistungen im Skisport aufweisen und die den Ruf unseres Landes werbend hinaustrugen, der Weg in die Heimat zu sportlicher und beruflicher Betätigung wieder eröffnet werden; sie werden wie früher durch ihre Erfolge als Wegbereiter für Volkserziehung und Volkswirtschaft dienen.

Zur Erreichung seiner Ziele und zur Erhaltung seines Rufes bedarf der Skisport angesichts der schwierigen Notlage der Bevölkerung der Beistellung ausreichender Mittel. In der Erkenntnis der Wichtigkeit des Skisportes, werden diese in allen Staaten in beträchtlichem Ausmasse flüssig gemacht; auch Oesterreich ist verpflichtet, auf diesem Gebiete für die Wehrhaftmachung, Wirtschaft und Stärkung des Heimatgedankens Vorsorge zu treffen. [...]

Die EntschlieÙung spricht alle Spannungsfelder an, im Rahmen derer die Sportpolitik einen Umgang mit dem ÖSV finden musste: wirtschaftliche, nationale und internationale Bedeutung des ÖSV, deutschnationale Einstellung, trotz vorgegeblicher unpolitischer Arbeit und der Wunsch nach Versöhnung beziehungsweise Rehabilitierung von Sportler:innen, die sich bereits im Exil befanden. Hier sind Mitglieder der Familie Lantschner erwähnenswert, die schon 1934 für Deutschland arbeiteten oder für Deutschland an den Start gingen. Gustav Lantschner trat am 2. Jänner 1934 der Reichskulturkammer bei, um als Mitarbeiter bei Sportfilmen tätig zu werden (Praher, 2022, S. 287) und seine Schwester Hadwig startete bereits 1934 für Deutschland bei Abfahrtsbewerben (ebd., S. 82).

Es sind eindeutig thematische und argumentative Parallelen zu dem oben zitierten Bericht in den *Innsbrucker Nachrichten* vom 22. November 1934, der über den Wiederaufbau des DTB und die Sitzung der Gauobmänner in Wien berichtet, erkennbar. Die veröffentlichte EntschlieÙung des ÖSV führte zu einem Rumoren in der Vaterländischen Front Tirols, die am 2. Oktober 1934 folgendes an den Staatssekretär für Sicherheitswesen Hammerstein schrieb (BKA ST/243.850-34; Abschrift, gezeichnet „Der Landeswerbeleiter“ ohne Unterschrift):

Da der Oe. S.V. aus seiner staatsfeindlichen Gesinnung nach wie vor kein Hehl macht und sich trotz der Juli-Ereignisse nicht veranlasst gesehen hat von seiner Agitation für den Nationalsozialismus abzulassen, habe ich diese Resolution im "Tiroler Anzeiger" veröffentlicht und [...] glossiert.

Ueber Antrag des Tiroler Landes-Verkehrsamtes hat die Tiroler Landesregierung die Angelegenheit aufgegriffen und die Auflösung des Oe. S.V. bzw. die Einsetzung eines Regierungs-Kommissärs bei der Bundesregierung beantragt.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde damit begründet, dass die Wintersport-Saison vor der Türe steht und dass der Oe.S.V., unter seiner jetzigen Leitung ohne jeden Zweifel genau so, im vergangenen Winter, die skisportlichen Veranstaltungen in Oesterreich sabotieren wird.

Seit der Einreichung dieses Antrages sind mehrere Wochen vergangen, bisher wurde jedoch noch keine Entscheidung seitens der Bundesregierung bekannt gegeben.

Da nun auch die Landesleitung der vaterländischen Front Tirol das grösste Interesse daran hat, einerseits jegliche Störung des für Tirol so ausserordentlich wichtigen Skisportes hintanzuhalten, andererseits die durch den Oe.S.V. unter seiner jetzigen Leitung entfaltete staatsfeindliche Agitation zu verhindern, erlaube ich mir, als Propaganda-Referenten der Landesleitung an das Staatssekretariat für Sicherheitswesen das dringende Ansuchen zu richten, das beantragte Vorgehen gegen den Oe.S.V. mit tunlichster Beschleunigung in die Wege zu leiten.

Man machte also Druck endlich eine Entscheidung zu treffen und veröffentlichte den Entschluss des ÖSV mit beigefügter Kritik im Tiroler Anzeiger (TA, 04.09.1934, S.3) unter der Überschrift „Sie wollen nicht umlernen“. Der Autor kritisiert die Gleichstellung all jener durch den ÖSV, die während der Juli-Ereignisse gekämpft hatten, aufs Schärfste. Außerdem wird die Forderung nach Rückholung von Sportler:innen aus dem Deutschen Reich lächerlich gemacht. Der Artikel schließt mit der Forderung: „Einsetzung eines Regierungskommissärs, der bei jeder einzelnen skisportlichen Veranstaltung ausnahmslos allen jenen Personen die Starterlaubnis versagt, gegen die der Verdacht nationalsozialistischer Betätigung besteht.“ (ebd.)

Zufälligerweise wandte sich auch der ÖSV am 2. Oktober 1934 an das Sportreferat im Bundeskanzleramt und bat „neuerlich um eine umgehende Erledigung der noch immer ungeklärten Fragen des OE.S.V“ (BKA STr/250.634-34; Betreff: ÖSV-Wien, Bundesbeitrag; Brief des ÖSV z. H. von Ernst Preiss, gezeichnet durch den 1. Vorsitzenden „Merz“ und der Geschäftsführer „Mauler“). Angehängt ist eine zehnteilige Aufstellung der Leistungen des ÖSV und des Sportprogramms für 1934 und 1935, in der der ÖSV als größter und leistungsfähigster Sportverband bezeichnet wird. Diese wurde ebenfalls durch Mauler und Merz, sowie durch Franz Martin unterschrieben. Die drei werden im nächsten Abschnitt noch eingehender besprochen. In der Aufstellung wird wieder die internationale Bedeutung des ÖSV betont und auch schon Bezug auf die anstehenden Winterspiele genommen (ebd., Blatt 3):

Trainingslager (Sprung- Lang- und Dauerlauf) .

Im Hinblick auf die Winterolympiade 1936 in Garmisch-Partenkirchen, ist es notwendig, schon in diesem Winter die Vorbereitungen für die Mannschaften zu treffen, die Österreichs Farben zu verteidigen haben werden. Besonders auf dem Gebiete des Lang-Sprung- und Dauerlaufes müssen hier die grössten Anstrengungen gemacht werden, soll Österreich auch in der allgemeinen Reihung der Skinationen einen ehrenvollen Platz einnehmen.

Deshalb besteht der Plan, ein ständiges Trainingslager unter der sportlichen Leitung eines Amateurtrainers aus Norwegen und einer besonderen disziplinierten Leitung eines Ö.S.V.-Vorstandsmitgliedes einzurichten.

Diese Form des sportlichen Trainings, als Vorbereitung auf eine wichtige Veranstaltung ist bereits von vielen Ländern als der beste Weg zur Erzielung eines guten Erfolges erkannt und als solche verwirklicht worden. Auch ist das dadurch erzielte Ersparnis bedeutend.

Abb. 3: Ausschnitt aus BKA STTr/250.634-34, Blatt 3; Geplantes Trainingslager für die Vorbereitung zu den Olympischen Winterspielen 1936

Als Gesamtsumme für Trainingskurse, Auslandsentsendungen, Wintersportveranstaltungen in Österreich und „allgemeine Sportförderung“ gibt der ÖSV eine veranschlagte Summe von 130.670 Schilling an.

Das Bundeskanzleramt genehmigte mit Vorbehalt 8.000 Schilling Förderung und vermerkte im Einlagebogen (ebd.), dass der ÖSV die „Umbildung der Landesorganisation vorgenommen“ habe, gab jedoch zu bedenken: „In wie weit dadurch die Gewähr gegeben ist, daß im kommenden Winter die Veranstaltungen frei von politischen Demonstrationen sein werden, bedarf noch einer genaueren Überprüfung der Vereine, die derzeit noch im Gange ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es da und dort zur Einsetzung von Ueberwachungspersonen [...] kommen.“ Es wurde auch die Relevanz des ÖSV für den Fremdenverkehr und den Sport im Ganzen erwähnt. Die Vorbehalte gegenüber dem ÖSV sind jedoch unübersehbar und die Entscheidung wurde dem Vizkanzler Starhemberg übertragen.

Dass die „Umbildung der Landesorganisation“ nicht so einfach vonstatten ging und es zwischen dem Bundeskanzleramt und den Landesorganisationen zu Unstimmigkeiten kam, zeigt der nächste Akt (BKA STTr/253.893-34; Brief an das BKA, gezeichnet durch Mauler) in dem sich die Geschäftsstelle Wien des ÖSV am 17. Oktober 1934 an das Sportreferat im BKA wandte und folgendes übermittelte:

Der Ordnung halber gestatten wir uns Ihnen nachfolgend den bereits mitgeteilten Vorfall in Kitzbühel und dessen Erledigung durch uns zur Kenntnis zu bringen.

Der Ski Club Kitzbühel erhielt am 13. ds. M. folgendes Schreiben:

Vaterländische Front in Tirol.

An den Skiklub Kitzbuehl.

Der S.C. Kitzbühel wird verständigt, dass er bis 20. ds. M. eine Generalversammlung einzuberufen hat und den bestehenden Ausschuss aufzulösen und den neuen Vorschlag gebrachten zu wählen hat. Sollte dies nicht geschehen, so wird seitens der Vaterländischen Front bei der Bezirkshauptmannschaft der Antrag auf zwangsweise Auflösung des bisherigen Ausschusses eingebracht. In der Hoffnung, dass Sie diesem Wunsche entsprechen, zeichnet mit Oesterreich!

Toni Kecht, Bezirksleiter der V.F.

Ueber die telefonische Anfrage des Vorsitzenden beim H.V. des Oe.S.V., wie er sich zu dieser Forderung zu verhalten hat, haben wir uns gestattet Ihnen von diesem Vorfall Kenntnis zu geben und diese Nachricht dahin ergänzt, dass dem Schreiben der Vaterländischen Front eine Vorstandsliste beigegeben war, die 14 neue und nur 2 alte Vorstandsmitglieder einschloss.

Sie haben uns ermächtigt dem Skiklub Kitzbühel mitzuteilen, dass er der Aufforderung die an ihn gerichtet wurde, schon unter Bezugnahme auf das bestehende Vereinsgesetz nicht nachkommen müsse. Weiters wurde uns zugesichert, dass die oberste Sportführung an die zuständigen Stellen (Bezirkshauptmannschaft) einen Brief ergehen lassen wird, in dem die Hintanhaltung solcher Vorfälle im Interesse der Sicherung der sportlichen Arbeit verlangt wird.

Diese Mitteilungen haben wir am 16.ds.M. dem Skiklub Kitzbühel telefonisch weitergegeben. Wir hoffen damit die weitere Arbeit des so rührigen Skiklub in Kitzbühel im Interesse unseres österreichischen Sportes und des Fremdenverkehrs gesichert und zeichnen mit dem Ausdrucke unserer Hochachtung und Skiheil!

Wie aus der den vorhergehenden Akten offensichtlich wurde, war man in der Landesleitung der Tiroler VF schon ungeduldig gewesen und wartete auf Anweisungen aus Wien. Nachdem hier scheinbar selbstständig eine Auflösung des S.C. Kitzbühel angedroht wurde, falls keine Neuwahl des Vorstandes mit 14 neuen Mitgliedern angesetzt würde, wurde diese

von oberster Stelle revidiert und zwar mit Verweis auf „das bestehende Vereinsgesetz“. Beiliegend (ebd.; gezeichnet durch Martin und Mauler) ist auch eine Abschrift eines Briefes vom 20. Oktober 1934 des Hauptvorstandes des ÖSV an die Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel, in der die Intervention von Seiten des ÖSV beim Bundeskanzleramt geschildert wird und neuerdings auf die Bedeutung des ÖSV und seiner Arbeit im Bereich des Skisports und Fremdenverkehrs aufmerksam gemacht wird. Geschlossen wird mit den Worten: „Wir wiederholen daher unsere dringende Bitte im Interesse des österreichischen Skisports und der Sicherung der damit verbundenen Fremdenwerbung von jeder Massnahme gegen den Skiklub Kitzbühel und seine Leitung abzusehen und Eingriffe anderer Stellen zu verhindern.“

3.2.2.1 NSDAP-Anhänger im Tiroler Landesverband

In einem weiteren Akt (BKA ST/344.374-34; „Gegenstand: General-Staatskommissär BM. Emil Fey, Betreff: Oesterreichischer Skiverband“) wird ersichtlich, dass man an weiteren Stellen sehr besorgt, über die Landesleitung des ÖSV war. Am 10. Oktober 1934 wandte sich der Regierungskommissär für die Privatwirtschaft in Tirol und Vorarlberg²⁵ an das Generalstaatssekretariat mit dem Hinweis, dass die „nachstehende Angelegenheit zwar gar nicht in mein Ressort [fällt]“ (ebd.; Brief vom 10.10.1934; Hervorhebung im Original, Anm.):

Es wird allgemein Klage geführt, dass betreffs Regelung des Sportwesens, insbesondere aber des *Skivereinswesens*, das für die Jugend Tirols eine *ganz aussergewöhnliche Bedeutung* hat, nichts geschieht. Es ist schon seit 1 1/2 Jahren die Rede davon, dass Sport-Kommissäre u. dgl. hiefür in Tätigkeit gesetzt werden sollen.

Meiner Ansicht nach, ist dies gar nicht einmal nötig. Es genügt eine Weisung herauszugeben, dass die Vorstände der Skiclubs und Vereinigungen neu zu bestätigen sind und zwar *nur einwandfreie Oesterreicher*.- Die Bestätigung hat durch die zuständige Verwaltungsbehörde zu erfolgen.

Diese Vorstände haben sodann den Landesverbands-Vorstand zu konstituieren, der von der Landeshauptmannschaft zu bestätigen wäre.

²⁵ Der Name geht nicht eindeutig aus den Akten hervor und handschriftliche Unterschrift könnte „Keller“ bedeuten. Eine ANNO-Suche ergab zwei Treffer für den Posten des Regierungskommissär für Privatwirtschaft in Tirol: „Hauptmann Keller“ (TA, 21.11.1934, S. 9) und „Major Keller“ (IN, 21.11.1934, S. 10).

Die Landesverbände konstituieren sodann den österr. Skiverbands-Vorstand, der von der Bundesregierung zu bestätigen wäre.

In Anbetracht des eminent wichtigen Zweckes der Erfassung der Jugend im vaterländischen Sinne, weiters mit Rücksicht darauf, dass gerade im Skivereinswesen Tirols sich die Auswüchse national-sozialist. Betätigung besonders krass zeigten und schliesslich mit dem Hinweis darauf, dass fast die ganze männliche Jugend Tirols, besonders die studierende in Skivereinen zusammen gefasst ist, ist die sofortige Regelung dieser Frage von ganz ausserordentlicher Wichtigkeit.

Ich kann dies insofern beurteilen, als ich selbst seit frühester Jugend aktiver Skiläufer, Grunder von Clubs etc. bin.

Am 8. November 1934 schrieb Regierungskommissär Keller nochmal an das Generalstaatskommissariat (ebd.; Brief vom 8.11.1934), da am 5. November in den *Innsbrucker Nachrichten* (IN, 5.11.1934, S. 5) über die Neugründung des Tiroler Skiverbands, unter Vorsitz des Bürgermeisters von Innsbruck, Franz Fischer, der gleichzeitig als „Regierungsvertrauensmann“ fungierte, berichtet wurde. Aus dem Artikel erfährt man, dass der Tiroler Skiverband „ebenso wie einige Tiroler Skivereine aus Anlaß der Vorfälle bei den Tiroler Skimeisterschaften in Hall am 15. Jänner 1934 [...] aufgelöst [wurde]“ (ebd.) Aus der Ausgabe vom 15. Jänner (IN, 15.1.1934, S. 1) ist zu erfahren, dass „die Rennleitung den Sprunglauf absagen [musste], so daß der Endkampf um den Titel des Tiroler Skimeisters für 1934 nicht ausgetragen werden konnte. Im Anschlusse an diese Vorgänge kam es zuerst bei der Sprungschanze und später auch in der Stadt Hall zu politischen Kundgebungen.“

Anschließend ist der amtliche Bericht abgedruckt (ebd.):

Gestern wurde in Hall in Tirol die Skimeister von Tirol ausgetragen. [...] Eine mehrhundertköpfige Menge erging sich in Heil-Hitler-Rufen, gebrauchte den Hitlergruß und sang das Deutschlandlied sowie das Horst-Wessel-Lied. Der Bezirkshauptmann von Innsbruck hat daraufhin die Fortsetzung der Veranstaltung sofort untersagt. [...] Eine Anzahl von Demonstranten wurde verhaftet. Aus diesem Anlaß wurde die Abgabe mehrerer bekannter nationalsozialistischer Parteigänger in das Anhaltelager in Wöllersdorf verfügt.

Keller (BKA STr/344.374-34; Brief vom 8.11.1934 an das Generalstaats-Kommissariat) kritisiert die Zusammensetzung des neuen Vorstands und schreibt:

Von diesen Herren ist mit Ausnahme des Bürgermeisters Fischer kein einziger ausgesprochener Vaterländer, im Gegenteil erscheint die Zusammenstellung dieses Vorstandes ärger noch, als sie es zur Zeit der Auflösung des Tiroler Skiverbandes wegen staatsfeindlicher Beschlussfassungen war.

Es ist ganz untragbar, dass eine so wichtige Körperschaft, die wohl die stärkste in ganz Oesterreich sein dürfte, einen solchen Vorstand aufzuweisen hat. Da praktisch bei sämtlichen Beschlussfassungen lediglich die Innsbrucker Vorstandsmitglieder ausschlaggebend sind und da Herr Bürgermeister Fischer wohl kaum in der Lage sein dürfte ständig zu präsidieren, so kann man sich auf recht unliebsame Ueberraschungen gefasst machen.

In weiterer Folge gibt er seine persönliche Einschätzung zu Einstellungen der in den Vorstand berufenen Personen wieder (ebd.):

Ich gehe näher auf die Personenfrage ein: Hofrat Dr. Rasim stand den "Roten" nahe, Hans Lenz: ausgesprochener Nationalsozialist, Fred Schatz: ausgesprochener Nationalsozialist, Dr. Form: neutral, Beno Ebenbichler: ist ein Freund des in die Mordaffäre Hickl verwickelten Neuner und des schwerbelasteten verstorbenen Kogler. Klöbl wurde seinerzeit die Skilehrer-Konzession entzogen. Er ist mitverantwortlich für die seinerzeitige Auflösung des Tiroler Skiverbandes. Oberleutnant Wieser: ausgesprochener Nationalsozialist gewesen, wurde seinerzeit wegen seiner Gesinnung auch nach Lienz transferiert. Von den auswärtigen Skiverbands-Mitgliedern: Ing Lezuo und Mensingen waren Nationalsozialisten. Das Stimmenverhältnis zeigt eindeutig auf die Tendenz des Vorstandes hin.

Der den „Roten“ nahestehende Rasim unterstützte „spätestens ab 1938 die nationalsozialistische Bewegung“ (Praher, 2022, S. 131). Der genannte Hans Lenz soll im Herbst 1936 „die offizielle reichsdeutsche Skisport-Delegation aus München“ (ebd., S. 155) in Innsbruck begrüßt haben, die dann „mit einer Tiroler Abordnung vor das Stadttheater zog, wo laut Bericht im Fachamt-Organ *Ski-Sport* das ‚Deutschlandlied‘ erklang“ (ebd.). Alfred

Schatz war nach 1938 im Nationalsozialistischem Reichsbund für Leibesübungen (NSRL) aktiv (ebd., S. 146). Zu Ebenbichler, Mensingen, Wieser und Klöbl findet sich kein Hinweis bei Praher (2022), dafür zur „Mordaffäre Hickl“²⁶.

Weiters beklagt Regierungskommissär Keller (BKA STTr/344.374-34; Brief vom 8.11.1934 an das Generalstaats-Kommissariat), dass diese Zusammensetzung ein „Faustschlag ins Gesicht aller Heimattreuen sei“, da diese Körperschaft „die ganze skisporttreibende Jugend von Tirol erfasst“. Er schreibt weiter (ebd.):

Wenn belastete Elemente in der Vorstandschaft des Tiroler Skiverbandes neu aufgenommen werden, dann erübrigt sich überhaupt jede Tätigkeit im vaterländischen Sinne. In der kurzen Zeit in der es mir möglich war mit allen interessierten Faktoren in Verbindung zu treten, hat dieser eigenartige Beschluss, von dem wie bereits erwähnt, die interessierten Stellen nur durch diese Zeitungsnotiz [IN, 5.11.1934, S.5, Anm.] erfuhren, nicht nur massloses Erstaunen, sondern ungeheure Entrüstung erweckt. [...]

Da ein eigener Sportkommissär für die Bundesländer geplant ist, so würde dieser vor die vollendete Tatsache gestellt sein und müsste entweder gut heissen was die Vorstände beschliessen, oder sie, was wahrscheinlicher ist, wieder auflösen. [...] Mit demselben Recht wie der Tiroler Skiverband in der Majorität aus staatsfeindlichen Elementen besteht, können sämtliche anderen Körperschaften und Vereine der gleichen Zusammenstellung auftreten und alle Aufbauarbeit vollkommen illusorisch machen.

Das Schreiben zeigt die Problematik, die man im Umgang mit dem ÖSV und dem DTB auf struktureller Ebene hatte. Einerseits wäre eine komplette Einstellung des Sportbetriebs eine wenig zielführende Eskalation gewesen und andererseits konnte man bei der Weiterführung nicht ausschließlich auf eigene Parteimitglieder und Funktionäre setzen. Mitglieder der CDTÖ wurden im Rahmen der Umstrukturierung des Sports vielseitig eingesetzt, was aber zu einer Stagnation der Entwicklung in den eigenen Reihen führte: „In neunzig von hundert Fällen waren die Führungskräfte der Turnerschaft zugleich auch Funktionäre in der

²⁶ Franz Hickl war der Kommandant der städtischen Sicherheitswache Innsbruck und wurde am 25. Juli von einem SS-Mann namens Friedrich Wurnig erschossen (Praher, 2022, S. 218). „Der Mord sollte das Signal zum Losschlagen der Nationalsozialisten in Tirol sein“ (DÖW, 2025b).

Vaterländischen Front“ (Wöll, 2016, S. 84). Die Mitgliederzahl der CDTÖ wuchs im Zeitraum von 1935 auf 1936 nur um ein paar wenige hundert Mitglieder (ebd.).

Als Reaktion zu den Zuschriften aus Innsbruck findet sich im Akt (BKA STr /344.374-34; Einlage²⁷) folgende, auf den 4. Jänner 1935 datierte, Bemerkung:

Da die Hauptleitung des Oe.S.V. keine Gewähr bieten konnte, daß der Vereinsbetrieb und die damit verbundenen Veranstaltungen reibungslos und ohne Umtriebe zur Durchführung gelangen werden, hat der Herr Vicekanzler gemäß Verordnung der Bundesregierung Nr. 130 mit 31. Dezember 1934 den Gendarmerie-Oberst a. D. Richard Hueber als Ueberwachungsorgan in den Hauptausschuß des Oe.S.V. entsendet.

Darüber berichtete bereits am 1. Jänner das *Neue Wiener Tagblatt* (NWT, 1.1.1935, S. 15). Am 14. Jänner berichtete das *Sport-Tagblatt* (STB, 14.1.1935, S. 5), dass „der Regierungskommissär des Oesterreichischen Skiverbandes“ am selben Tag zu einer vierzehntägigen Reise durch die Bundesländer antrat und voraussichtlich Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg einen Besuch abstatten würde. Außerdem besuchte er die österreichische Skimeisterschaft in Reutte Anfang Februar (STB, 6.2.1935, S. 3-4). Mitte März war er beim Skispringen auf der Kanzelhöhe in Kärnten anwesend (*Freie Stimme* [FS], 21.3.1935, S. 7). Im August und September sind zwei Artikel zu finden, die Richard Hueber mit dem Boxverband in Verbindung bringen (*Illustrierte Kronen Zeitung* [IKZ], 8.08.1935, S. 13; *Kleine Volks-Zeitung* [KVZ], 11.09.1935, S. 9), wobei die IKZ von seiner Wahl zum Präsidenten des Berufsboxverbands berichtet, während die KVZ schreibt, dass er von Starhemberg eingesetzt wurde.

Am 20. und 21. Juli 1935 tagte der „Ausschuss für Sport im Oe.S.V.“ in Salzburg (IN, 22.07.1935, S. 8). Dort sind die im oben zitierten Schreiben (BKA STr/344.374-34) als Nationalsozialisten bezeichneten Schatz, Ebenbichler und Lezuo als anwesend vermerkt. Außerdem ist in dem Artikel (IN, 22.07.1935, S. 8) von einem Sportwart aus Wien namens Hans Rehböck die Rede. Dieser wird auch in dem Schreiben erwähnt (BKA STr/344.374-34; Hervorhebung durch den Verfasser, Anm.):

Mit demselben Recht wie der Vorstand des Tiroler Skiverbandes zusammengesetzt wurde, kann auch der Oesterr. Skiverband beanspruchen, dass seine sämtlichen, schwerbelasteten Mitglieder in den Vorstand kommen. Es

²⁷ Wahrscheinlich gezeichnet durch Ernst Preiss, Referent für körperliche Ertüchtigung im Bundeskanzleramt.

würde mich gar nicht wundern, wenn z. B. *Rehböck* wieder im Vorstand des österr. Skiverbandes erscheinen würde.

Bei dieser Tagung wurden unter anderem die „einzunehmende Haltung“ des ÖSV in der Amateurfrage, sowie das „Olympia-Training der österreichischen Vertreter“ besprochen (IN, 22.07.1935, S. 8). Es wurde beschlossen „unbeschadet eines möglichen Nichtantretens der österreichischen Mannschaft bei den Olympischen Winterspielen, bereits Mitte September mit eurem systematischen Vortraining für Olympia-Kandidaten zu beginnen“ (ebd.). Man plante die Auswahl nach den Landesmeisterschaften Mitte Jänner 1936 zu treffen, mit einer anschließenden Teilnahme an den Österreichischen Meisterschaften Ende Jänner. Zur Amateurfrage wird verlautbart, dass „für die Durchführung der Winterspiele die Wettlaufordnung des durchführenden Verbandes, also der FIS [*Fédération Internationale de Ski*, Anm.], Geltung hat und diese den Skilehrer als Amateur festgelegt hat, sonach die Skilehrer als Amateure startberechtigt sein müssen“ (ebd.).

Die zwei brennenden Themen, die Mitte 1935 also noch einer Klärung bedürfen, sind die belasteten Mitglieder des ÖSV und die Teilnahme der Skilehrer an den Olympischen Winterspielen 1936. Doch der nächste große Termin und damit die Klärung der Amateurfrage stand bereits kurz bevor. Am 17. September berichtete das *Sport-Tagblatt* (17.09.1935, S. 5) „[v]on der Tagung des Oe. S. V.“ in Salzburg, dass „in der Person des Gendarmerieobersten a. D. Richard Hueber [...] ein Mann gefunden [wurde], der [...] das volle Vertrauen aller Landesverbände und Vereine genießt.“

Im Artikel wird von „vollster Einmütigkeit“ (ebd.) unter den mehr als 100 Teilnehmenden gesprochen, worunter sich auch der Generalsekretär der ÖSTF, Baron Seyffertitz und weitere Regierungsvertreter befanden. Es wird außerdem von einem „sportlichen Bericht“ (ebd.) gesprochen, in dem betont wurde, dass „es unbedingt ermöglicht werden müsse, in allen Disziplinen des Skilaufs mit vollen Mannschaftsbeständen zur Winterolympiade nach Garmisch zu gehen.“

Im Laufe der Tagung wurde auch der Amateurparagraph neu beschlossen (ebd.):

Als Amateurwettläufer werden nicht anerkannt: a) Skiläufer, die gegen Bezahlung gestartet haben; b) solche, die um Geldpreise konkurriert haben; c) solche, die sich durch Verwertung der Ehrenpreise und Titel materielle Vorteile verschafft haben; d) solche, die wissentlich mit Skiläufern konkurriert haben, welche laut vorstehenden Bestimmungen disqualifiziert sind. Nichtamateure können keine Funktionärsposten bekleiden.

Diese Neufassung entsprach einer Angleichung an die FIS-Regeln (ebd.). In Bezug auf die Olympischen Winterspiele wird bei der Tagung verlautbart, dass die Skilehrer „wegen der unverständlichen Auslegung des Amateurparagraphen von Garmisch ausgeschlossen [bleiben]“ (IN, 17.09.1935, S. 6), obwohl im Verbund mit elf weiteren Nationen versucht wurde, das IOC vom Gegenteil zu überzeugen. Das Startverbot für Skilehrer wurde auch als Grund angegeben, dass die FIS-Rennen in Innsbruck direkt nach den Olympischen Spielen angesetzt wurden. „Die Entwertung der Olympischen Spiele durch die eine Woche nachher abgehaltene [sic] FIS-Rennen wurde dadurch vermieden, daß alle Nationen sich mit aller Kraft in Garmisch beteiligen werden, dann aber auch Innsbruck beschicken wollen“ (ebd.).

Die nationalsozialistischen Umtriebe des ÖSV beschäftigten auch den Ministerrat. Wie aus den Protokollen ersichtlich ist, berichtete der Bundeminister für Handel und Verkehr, Friedrich Stockinger, am 25. September in einer Sitzung (MRP 1009, 25.09.1935)

über den Beschluß des Österreichischen Skiverbandes, einen Arierparagraphen aufzunehmen und bezeichnet es für unmöglich, daß ein Sportverband derart weitreichende Beschlüsse fasse, die den Fremdenverkehr schwer zu beeinträchtigen geeignet seien. Österreich habe eben ein lebhaftes Interesse ein zahlungskräftiges Reisepublikum ins Land zu bekommen, und könne daher schon aus diesem Grund den reichsdeutschen Antisemitismus nicht nachahmen²⁸. In diesem Sinn sei es auch gewiß nicht zu begrüßen, daß in Prospekten der Gemeinde Zell am See zu lesen sei ‚Arier bevorzugt‘. Redner bitte daher um grundsätzliche Stellungnahme des Ministerrats.

3.2.2.2 NSDAP-Anhänger im ÖSV-Vorstand 1935

In den Akten des Sport- und Turnreferats (BKA STr/187.885-35; Brief vom 4.10.1935, ÖSV an das BKA-Referat für körperliche Erziehung, Betreff: „Zusammensetzung der Verbandsleitung des ÖSV“, gezeichnet durch Mauler) findet sich nur noch eine Mitteilung des ÖSV über die Zusammensetzung der Verbandsleitung, die „einstimmig“ gewählt wurde und deren Amtszeit bis 1939 laufen sollte. Ein belasteter Name auf dieser Liste ist Franz Mauler, als Führer der Geschäftsstelle, dessen politische Einstellung seit 1936 überprüft wurde (Praher, 2022, S. 147). Praher (ebd., S. 148) zitiert einen Text Maulers aus dem „ÖSV-Jahrbuch *Skileben*“ in dem seine „völkisch-antisemitische Einstellung“ deutlich wird.

²⁸ Im Original laut Stenogramm: „Mit den Nazis können wir wegen Antisemitismus nicht konkurrieren. Gerade die Leute, die im Winter hereinkommen, sind 60-70% Juden und haben am meisten Geld. Wir haben Interesse, dieses geldlich hoch qualifizierte Publikum hereinzubekommen“.

Bei der Naturverbundenheit und der Liebe zu den Schönheiten unserer engeren und weiteren Heimat, die vor allem uns Deutsche in allen Gauen auszeichnet, ist es erklärlich, daß das Skilaufen zu einem wahren Volkssport geworden ist. [...] Aus der Bodenständigkeit, die unseren Sport, seine Vorkämpfer und Anhänger seit je auszeichnet, ist es erklärlich, daß der Ariergrundsatz im Ö.S.V. stets verankert und allen Anstürmen zum Trotz es auch bis heute geblieben ist.

Dies alles steht im starken Kontrast zu der medial kolportierten Botschaft die Sportfront „diene als unpolitische Institution dem Staate“ (STB, 17.09.1935, S. 5) und der Aussage von Hueber, der laut den *Innsbrucker Nachrichten* (IN, 17.09.1935) „betonte, daß im Oe. S. V. keine Politik getrieben werde, noch getrieben wurde.“ Weitere belastete Namen aus dem Vorstand der Verbandsleitung (BKA STTr/344.374-34) sind der Erste Vorsitzende Karl Merz, gegen den laut Praher (2022, S. 129) 1933 und 1934 strafrechtliche Ermittlungen durch die „austrofaschistischen Behörden“ durchgeführt wurden, jedoch ohne Ergebnis. Generell standen alle Vorstandsmitglieder „bis hinein in die Landesverbände“ unter dem Verdacht nationalsozialistischer Betätigung (Praher, 2022, S. 147).

Der zweite Vorsitzende Alexander Rödling, der eine führende Rolle bei der Einführung des Arierparagraphens im ÖSV spielte, war im DTB aktiv und trat 1933 der NSDAP bei (ebd., S. 123-124). Der dritte Vorsitzende, Albert Bildstein, sollte im NS-Staat Karriere machen und war unter anderem als Stabsführer der Hitlerjugend aktiv (ebd., S. 311). Der Sportwart Franz Martin war laut Praher (ebd., S. 122) ebenfalls federführend bei der Einführung des Arierparagraphens im ÖSV und seit 1932 NSDAP-Mitglied. Sein angeführter Stellvertreter, Robert Lezuo war laut dem zitierten Schreiben (BKA STTr/344.374-34) ein Nationalsozialist. Bei Praher (2022) findet sich zu Lezuo kein Hinweis über nationalsozialistischer Betätigung. Der Lehrwart Anton Tschon suchte zwar erst 1938 um eine Mitgliedschaft bei der NSDAP an, wurde aber „laut einem Vermerk der austrofaschistischen Sicherheitsbehörden bereits im Jänner 1937 mit der illegalen NSDAP in Verbindung gebracht“ (Praher, 2022, S. 131).

Hannes Schneider, als Lehrwart-Stellvertreter, ist der einzige auf der Liste im Hauptvorstand, der eine Nähe zur austrofaschistischen Sportführung aufweist und deshalb bereits 1934 in NS-Zeitungen verunglimpft wurde (ebd., S. 231). Nur zu Franz Vlasaty finden sich keine ideologischen Informationen. Er war zuständig für das „gymnastische und leichtathletische Vortraining“ (GVB, 29.08.1935, S. 14) im ÖSV. Er scheint ebenfalls als Mitglied des Vereins W.R.W. (Weiß-Rot-Weiß) in der Leichtathletik-Sparte auf und war dort in die Olympiavorbereitungen involviert (STB, 10.01.1935, S. 4). Nach 1938 scheint er im

Führer für die Studenten-Weltspiele 1939 (Slonek, 1939, S. 28) im Kapitel zur Leichtathletik als Zeitnehmerobmann und Mitglied des „NS.-Reichsbund für Leibesübungen, Wien“ auf.

Ein weiteres Beispiel für die Widersprüchlichkeiten innerhalb des austrofaschistischen Sportsystems ist die Annullierung der Vorstandswahl des Landesskiverbands Wien-Niederösterreich, welche das *Sport-Tagblatt* (20.12.1935, S. 7) meldete. Über die Wahl selbst, die am 13. Oktober stattfand, wurde ebenfalls berichtet (STB, 16.10.1935, S. 5): „Nach einer längeren Debatte kam es zu einer Kampfwahl von Hans Rehbeck zum ersten Vorsitzenden, der aber diese Wahl vorderhand ablehnen zu müssen erklärte.“ Hier muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei der als Hans *Rehbeck* bezeichneten Person, um den bereits oben genannten Hans *Rehböck* handelt. Der Name Rehböck taucht nur im Artikel der *Innsbrucker Nachrichten* zur „Tagung des Ausschuss für Sport im Oe.S.V.“ (IN, 22.08.1935, S. 8) und im Schreiben aus den Akten (BKA STTr/344.374-34) auf, wo er als Beispiel für „schwerbelastete Mitglieder“ angeführt wird. Beide sind dem Wiener ÖSV zuzuordnen und tragen den Vornamen Hans. Von der Vorstandswahl des Landesverbands (STB, 16.10.1935, S. 5) wird berichtet, dass „eine vollkommen überraschend und unerwartete Wiederwahl des bisherigen Vorstands mit Ausnahme der zurückgetretenen [...] Karl Merz, Hans Rehbeck und Ing. Schmidt-Lilienfeld erfolgte.“ Karl Merz war zu jenem Zeitpunkt bereits im Hauptvorstand der Verbandsleitung des ÖSV. Die Gründe für den Rücktritt von Rehbeck sind nicht klar. In den *Innsbrucker Nachrichten* (IN, 17.09.1935, S. 6) ist zu lesen, dass er nicht mehr im Vorstand des ÖSV ist, weil er „beruflich überlastet [ist]“. Die Neuwahlen fanden am 15. Dezember statt (STB, 20.12.1935, S. 7) und es „war kein Mitglied des Hauptvorstandes vertreten“. Laut Stecewicz (1996, S. 101) wurde Erich Marx von der Sport- und Turnfront als Verwalter eingesetzt.

Rehbeck findet sich neben den bereits genannten Bildstein, Ebenbichler, Martin, Lezuo und Schatz auf der Liste der internationalen Kampfrichter, die der ÖSV der FIS für die Saison 1935/36 stellte (STB, 20.11.1935, S. 5). Ebenbichler war laut eines Berichts noch im Februar 1936 Teil des Tiroler Skiverbands (SC, 03.02.1936, S. 5). Hinweise darauf, warum Rehbeck „schwer belastet“ sein könnte, konnten nicht gefunden werden, bei Praher (2022) wird der Name nicht genannt.

Praher (2022, S. 147) schreibt zur „inkonsequenten Haltung des austrofaschistischen Systems“ gegenüber den nationalsozialistischen Umtrieben im ÖSV

[...], dass die Sportführung vermeiden wollte, dem nationalen Projekt Skisport zu schaden. Daraus entstand oftmals eine Zwickmühle, in der sich die ermittelnden Instanzen wiederfanden. Denn gleichzeitig war der Skisport nicht nur

eine politische Mission, sondern kurbelte den Tourismus im Wintersportbetrieb an. Gerade der Skitourismus war in den Krisenjahren 1933 bis 1936, die von der ‚Tausend-Mark-Sperre‘ gekennzeichnet waren, eine wesentliche Einnahmequelle für Fremdenverkehrsorte [...]. Gleichzeitig war die ÖSTF um eine positive Außenwirkung der Nationalsportart Skisport bemüht.

Die oberste Führung versuchte sowohl im Falle des ÖSV als auch des DTB mithilfe von eingesetzten Verwaltern oder Überwachungspersonen eine Handhabe über die Verbände und Vereine zu bekommen. Die Zusammensetzung des Hauptvorstandes des ÖSV zeigt, dass dieser nicht nationalsozialistisch unterwandert, sondern geleitet war. Eine einzige gelistete Person, Hannes Schneider, von insgesamt neun Mitgliedern hatte nachweislich keine Nähe zur NSDAP. Nur Franz Vlasaty ist neben ihm noch „unbelastet“, war aber im NS-Sport aktiv. Sieben waren nachweislich bereits 1935 NSDAP-Mitglieder oder wurden es spätestens ab 1938.

Die Presse berichtete trotzdem – und auch im Sinne der ÖSTF – von den Olympia-Vorbereitungen unter der Führung des ÖSV gegen Ende des Jahres 1935: „Zunächst ging es auf den Großglockner, danach auf die Salzburger Tauern. Bei den österreichischen Skiweltmeisterschaften in Bad Ischl sollte die endgültige Auswahl der Olympia-TeilnehmerInnen im Skilauf getroffen werden“ (Praher, 2022, S. 78). Praher (ebd., S. 79) zeichnet die intensiven Vorbereitungen im Detail nach. Im Betreuerstab befanden sich bekannte Namen wie Robert Lezuo. Den Abschluss des olympischen Trainings machten ein Aufenthalt in St. Anton am Arlberg bei Hannes Schneider und in Seefeld unter der Leitung von Anton Seelos in den Wochen direkt vor den Olympischen Winterspielen 1936. Ein norwegischer Trainer widmete sich den Springern und Langläufern.

Obwohl die Vorbereitungsarbeit für die Skiläufer:innen wohl die intensivste gewesen war, kamen die Ergebnisse bei den Spielen „einer Misere gleich“ (ebd.): Bei den Alpinen Rennen gingen keine Männer an den Start und von den vier startenden Frauen landete die bestplatzierte Grete Nissl auf dem 13. Platz. In der Nordischen Kombination gingen vier Männer an den Start. Die beste Platzierung erreichte Wilhelm Köstinger auf Rang 15. Im Skisprung war unter den vier Startern Sepp Bradl der beste mit Platz 19 (Austria at the 1936 Winter Olympics, 2025). Der Grund dafür war die Entscheidung des IOC, Skilehrer:innen nicht als Amateure zuzulassen, weshalb der ÖSV und die ÖSTF unmittelbar vor den Spielen gemeinsam beschlossen hatten, keine Abfahrts- und Slalomläufer zu entsenden (Praher, 2022, S. 79).

Nachdem die großen Verbände, die in den Akten aufscheinen, durchgearbeitet worden sind und schon einiges zu Olympia-Vorbereitungen und Teilnahmen erwähnt wurde, soll nun der Blick auf das Österreichische und das Internationale Olympische Komitee und die Boykottbewegung gerichtet werden.

4 Die Vorbereitungen auf die Olympischen Winterspiele

Zu Beginn der 20er Jahre war der Hauptverband für Körpersport gleichzeitig mit den Aufgaben des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) betraut. Er „verfolgte den Zweck der Förderung aller Zweige des Körpersports, die Zusammenfassung der Verbände zu einer obersten Sportbehörde und deren Vertretung gegenüber den Behörden und dem Ausland“ (Wenzel, 2013, S. 33). Durch den Ersten Weltkrieg waren die Verbindungen Österreichs zum Internationalen Olympischen Komitee (IOC) gekappt worden und erst 1924 bekam man mit der Wahl von Martin Haudek wieder einen Sitz, der 1928 von Theodor Schmidt übernommen wurde (Wenzel, 2013, S. 42). Schmidt wurde im Februar 1929 zum Präsidenten des *Hauptverbandes für Körpersport, Olympisches Komitee für Österreich* gewählt (Wenzel, 2013, S. 43). Dieser Status wurde bis zur Trennung der beiden Vereine 1934 aufrechterhalten. Schmidt war von da an Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees (ÖOC). Für Schmidt (1936a, S. 33) hatten die NOK zwei Aufgaben: Eine „propagandistische“, die darin bestand „der Verbreitung des Olympischen Gedankens sowie der Olympischen Tendenzen zu dienen“, sowie eine „praktische“, was bedeutete „die Teilnahme seines Landes an den alle vier Jahre stattfindenden Olympischen Spielen sicherzustellen, vorzubereiten und durchzuführen“ (ebd.).

In seiner Rolle als Mitglied des IOC und Präsident des ÖOC, sah sich Schmidt (ebd.) zum „Statthalter der Olympischen Fahne“ in Österreich berufen. Er führt weiter aus, dass „die Einflußsphäre der Mitglieder des I. O. C. in den einzelnen Ländern sehr verschieden“ (1936a, S. 33) sei:

Sie hängt von der Position des I. O. C.-Mitgliedes oder der I. O. C.-Mitglieder sowohl innerhalb des N. O. C., als auch insbesondere im allgemeinen innerhalb des Staates ab. Daher entsendet eben das I. O. C. nur solche Personen in die einzelnen Länder, die zufolge ihrer Gesamtstellung in der Lage sind, den höchsten sportlichen Weltsenat entsprechend zu vertreten und der olympischen Bewegung wirklich zu dienen. Jedenfalls darf diese so wichtige propagandistische Funktion nicht vergessen werden, da bekanntlich Zweck, Ziele und Größe der olympischen Bewegung noch immer nicht genug bekannt sind, sich vielmehr in manchen Ländern fast nur auf die Hauptstadt beschränken [...].

In den Jahren vor den Spielen gab es überraschend viele Kontaktpunkte zwischen Wien und dem IOC, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird. Das propagandistische Wirken des

IOC für die olympische Idee kam trotz politischer Differenzen mit Deutschland zur vollen Entfaltung.

Zum „praktischen“ Teil schreibt Schmidt (1936a, S. 33), dass diesen

das N. O. C. sowohl in materieller, als auch in sportlicher Beziehung nur im engsten Zusammenwirken mit der Sportführung seines Landes lösen [kann]; hieraus ergibt sich von selbst die Stellung des N. O. C. als Faktor der nationalen Sportorganisation, wobei dieses Verhältnis zwischen N. O. C. und Sportführung in den verschiedenen Ländern auf sehr verschiedene Art geregelt ist. Jedenfalls kann das N. O. C. nur mit der Sportführung und mit den Sportverbänden seines Landes erfolgreich arbeiten, nie gegen sie; denn die Vorbereitung und Durchführung der Teilnahme an den Olympischen Spielen stellt naturgemäß auch für die Sportführung und die Sportverbände ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung ihrer Kraft dar.

Auch den „praktischen Teil“ seiner Arbeit setzte das ÖOC in Vorbereitung auf die Olympischen Winterspiele 1936 erfolgreich um, wie im weiteren Verlauf der Arbeit rund um die getroffenen Maßnahmen zur Beschickung und Finanzierung der Teilnahme gezeigt werden wird. Die offizielle Auseinandersetzung mit der Austragung der Olympischen Spiele 1936 unter dem nationalsozialistischen Regime begann interessanterweise in Wien.

4.1 Die IOC-Tagung 1933 in Wien

Laut Krüger (1972, S. 50) nahm der IOC-Präsident Henri de Baillet-Latour bereits 1932 Kontakt mit dem deutschen IOC-Mitglied von Halt auf, um eine Bestätigung der Abhaltung der Spiele in Deutschland²⁹, auch nach einer Machtübernahme der Nationalsozialisten, zu bekommen. Für Baillet-Latour war das Wichtigste, die Abhaltung der Spiele. Der Ort war zweitrangig, wie er auch gegenüber einem weiteren deutschen IOC-Mitglied festhielt (ebd., S. 51). Eine ähnliche Aussage³⁰ findet sich auch in den Memoiren von Starhemberg (1971, S. 271), wo ihm gegenüber argumentiert wird, dass der Austragungsort der Spiele egal sei, da die Spiele eine Welt für sich darstellten.

Nach der Konsolidierungsphase von Hitlers Machtübernahme übte Baillet-Latour im Mai 1933 Druck auf die deutschen IOC-Mitglieder aus, um seine Zusage zur Abhaltung zu

²⁹ Die Austragung der Spiele war bereits 1931 an Berlin vergeben worden (IOC, 1933, S. 8).

³⁰ „Ich fügte mich aber dem aus Sportkreisen mir gegenüber vorgebrachtem Argument, daß man ja nicht nach Berlin gehe, sondern nach Olymp gewissermaßen, und daß Nazi-Deutschland ja nur den Raum zur Verfügung stelle, um die olympischen Kampfböden zu errichten“ (Starhemberg, 1971, S. 271).

bekommen (Krüger, 1972, S. 51–53). Kurz darauf fand die Tagung des IOC in Wien statt, was Wenzel (2013, S. 46) als einen „wahren Höhepunkt“ für Österreichs Sport bezeichnet. Dass dies keine Untertreibung darstellt, ist an den Teilnehmern der Eröffnung der 32. Session am 7. Juni 1933 abzulesen: Bundespräsident Miklas, Bundeskanzler Dollfuß und Kardinal Innitzer, sowie die Minister Stockinger und Fey (IOC, 1933, S. 6). Baillet-Latours Eröffnungsrede wurde auch im *Körpersport-Jahrbuch 1934* (KSPJ) abgedruckt. Er lobte die Entwicklung der Olympischen Spiele und die kürzlich abgehaltenen 10. Spiele in Los Angeles 1932 in höchsten Tönen, als

[...] einen noch nie dagewesenen Erfolg [...]: fehlerlose Organisation, [...] die Großartigkeit der dargebotenen Leistung [und] der Sportgeist der Teilnehmer. Diese Spiele setzen [...] dem Werke ihres Erneuerers [Coubertin, Anm.] die Krone auf und haben der erstaunten Welt den Beweis erbracht, welche moralischen Resultate man durch eine weise und beharrliche Politik erzielen kann. (KSPJ, 1934, S. 9-10)

Die Ziele des IOC nennt er „edel“ und „demokratisch“ (ebd. S. 8) und den Olympismus eine „Religion, deren Apostel Coubertin ist“ (ebd., S. 10). Auch der Amateurismus, der zu diesem Zeitpunkt in der olympischen Bewegung eine der größten Streitfragen war, wird als „Religion“ (ebd., S. 12) bezeichnet. Baillet-Latour (ebd.) wünschte sich zu seiner Durchsetzung, dass „es den Nationalen Olympischen Comités und den Internationalen Verbänden gelingen wird, ein entsprechendes Kontrollsystem einzuführen, damit das Gesetz nicht bloß toter Buchstabe bleibe, sondern damit es gelingen möge, diejenigen zu entlarven, die nicht einmal vor einem falschen Eide zurückschrecken.“

Am Nachmittag holte die Realpolitik die Session ein. Nach der erfolgreichen Wiederwahl Baillet-Latours als Präsident des IOC und einigen Änderungen in der Mitgliederzusammensetzung, waren die Olympischen Spiele 1936 der erste Punkt auf der Agenda: Baillet-Latour präsentierte der Versammlung die Bemühungen um Garantien von der neuen deutschen Regierung für die Abhaltung der Spiele, obwohl einige der Regeln des IOC nicht kompatibel mit den neuen Gesetzgebungen in Deutschland seien (IOC, 1933, S. 8–9). Eine erste Erklärung, dass „die Olympischen Spiele in Deutschland entsprechend dem olympischen Reglement abgehalten würden“ (Krüger, 1972, S. 53), war für den Vertreter der USA, Charles Sherrill, nicht genug und so wurde über die deutsche Botschaft in Wien Kontakt nach Berlin gesucht, „um das Einverständnis der Reichsregierung zu noch weitgehenderen Zugeständnissen zu erhalten“ (ebd., S. 54).

In der dadurch erreichten Erklärung hieß es im Punkt 3, „*as a principle German Jews shall not be excluded from German Teams at the Games of the XIth Olympiad*“ (IOC, 1933, S. 9). Der Garant dafür waren die drei deutschen IOC-Mitglieder, mit denen man schon seit Jahren zusammengearbeitet hatte (Krüger, 1972, S. 54), jedoch war mit von Tschammer und Osten, der zu diesem Zeitpunkt noch Reichssportkommissar war und wenig später Reichssportführer werden sollte, ein Nationalsozialist Präsident des Deutschen Olympischen Komitees und auch Teil des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele (IOC, 1933, S. 9). Krüger (1972, S. 54) schreibt dazu, dass diese schriftliche Erklärung „noch über das hinausging, was de Baillet-Latour erwartet hatte. Was für einen nationalsozialistischen Minister eine schriftliche Erklärung wert war, wußten die IOC-Mitglieder zu dieser Zeit noch nicht.“

Die Protestbewegung in den USA war zwar überrascht von den Eingeständnissen, die von Berlin gemacht wurden, doch sie war noch immer vorhanden: Der größte Sportverband *American Athletics Union* (AAU) erließ Ende 1933 eine Resolution in der Chancengleichheit für alle Rassen gefordert wurde. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wollte man den Athlet:innen den Start an den Spielen verbieten (Krüger, 1972, S. 66). Doch innerhalb der USA war man sich nicht einig und die Auseinandersetzung zum Umgang mit Jüd:innen in Deutschland wurde vor dem Kontext der Rassendiskriminierung in den Staaten geführt, da „es auch im amerikanischen Sport noch reichlich Rassendiskriminierung gebe“ (Krüger, 1972, S. 66). Es war eine spürbare Boykottbewegung im Gange, die sich auch auf die Kontrolle, die der NS-Staat über die Spiele ausübte, bezog. Durch diese Entwicklung wurde laut Krüger (1972, S. 67) auf die deutschen Organisatoren ein gewisser Druck ausgeübt. In Deutschland selbst wurde der mögliche Boykott medial nicht groß kommentiert, aber den Organisatoren waren die möglichen Konsequenzen sehr wohl bewusst. Krüger erwähnt einen Briefwechsel zwischen Baillet-Latour und Brundage, der daraufhin deutet, dass die Drohung der AAU ein von der IOC gewollter Schritt war, um die Position des IOCs gegenüber den Deutschen Veranstaltern zu stärken (Krüger, 1972, S. 68). Doch auch im IOC war die Stimmungslage nicht eindeutig, da nicht alle Mitglieder das Problem in der Unterdrückung von Juden sahen, sondern „von den Juden, die sich dagegen wehrten“ (Krüger, 1972, S. 69).

Trotzdem bestand auf deutscher Seite ein ernsthafter Grund zur Sorge, dass bei der nächsten geplanten IOC-Sitzung im Mai 1934 in Athen der Austragungsort noch geändert werden könnte. Lewald schrieb dazu an das britische IOC-Mitglied Aberdare: „Ich glaube, daß alle diejenigen, die die Abhaltung der Olympischen Spiele von Deutschland fortnehmen wollen, von der ungeheuren Tragweite eines solchen Beschlusses nicht nur in sportlicher

sondern in politischer Beziehung sich kaum eine rechte Vorstellung machen“ (Krüger, 1972, S. 70).

Laut dem *Official Bulletin* des IOC sprach Aberdare bei der Sitzung in Athen an, dass es auch in Großbritannien Stimmen gab, die aus Angst vor antisemitischen Vorfällen bei den Spielen einer Teilnahme kritisch gegenüberstanden (IOC, 1934, S. 8). Auch Garland aus den USA teilte die Sorgen, dass die kritischen Pressestimmen eine Teilnahme verhindern könnten (ebd.). Baillet-Latour hingegen wiederholte mehrmals, den für ihn wichtigsten Punkt „*to keep Sports outside Politics*“ (ebd.) und verlangte von den deutschen IOC-Mitgliedern, dass sie die in Wien abgegebene Erklärung „*based on precise facts*“ (ebd.) bekräftigen sollten. Lewald und von Halt beteuerten, dass diese Erklärung nicht nur eingehalten, sondern sogar ausgeweitet worden sei: Jüdischen beziehungsweise nicht-arischen Sportler:innen stünden alle Möglichkeiten zur Teilnahme und zum Training für die Olympischen Spiele offen (ebd.).

Baillet-Latour sah in den kritischen Presseberichten und Boykottaufrufen nichts, was das IOC betreffen würde: „*Political parties hostile to Germany of today were seeking to rely on Olympism in order to launch their attacks. The political side of the question had nothing to do with the I.O.C. who took care to see that Sports remained outside Politics*“ (IOC, 1934, S. 8). Er war zufrieden mit den Beteuerungen seiner deutschen Kollegen und um die Diskussion zu beenden, wurde eine neuerliche Erklärung von Lewald und von Halt abgegeben in der sie auch konkrete Beispiele zur Zusammenarbeit mit dem „Reichsbund Jüdischer (sic) Frontsoldaten“ und dem „Makkabikreis“ angaben (ebd., S. 9). Im vierten Punkt der Erklärung stand: „*The fear of manifestations against Jewish Sportsmen was absolutely groundless, considering the sportsmanship and the discipline of the German people.*“ (ebd.)

Leider findet sich keine Wortmeldung zu diesen Fragen von Theodor Schmidt in den Veröffentlichungen des IOC, auch nicht in der österreichischen Presse. Im Sport-Tagblatt sind nur einige Kurzmeldungen zu der IOC-Sitzung in Athen 1934 zu finden. Kurz vor dem Zusammentreffen in Athen fand die erste Sitzung des neukonstituierten Österreichischen Olympischen Komitees statt. Dort findet sich nur der Wunsch wieder „alles zu unternehmen, um in größtmöglicher (sic) Stärke die Olympischen Spiele 1936 zu beschicken“ (STB, 19.05.1934, S. 9). Während der Sitzung wurden kurze Meldungen zu den Themen gebracht, die Frage zur Austragung in Deutschland blieb jedoch aus. Am 29. Mai brachte das *Sport-Tagblatt* dann noch einen Hinweis, dass Theodor Schmidt am nächsten Tag im Radio Wien über die Tagung des IOC sprechen werde (STB, 29.05.1934, S.4) Über den

Kongress in Wien wurde natürlich ausführlicher berichtet (STB, 8.6.1933, S. 1-2), doch Meinungen und Kommentare zur deutschen Erklärung fehlen auch hier.

Im Kontext der Frage, wie das IOC zu autoritären Tendenzen stand, soll hier auch noch auf die Eröffnungsrede von Baillet-Latour im Zuge der Athener Sitzung verwiesen werden in der er von einem Treffen mit Mussolini berichtet (IOC, 1934, S. 5):

A visit to Rome, where I had the honour of an interview with His Excellency S. Mussolini, gave me likewise the opportunity of judging for myself the care which the Duce takes in providing «l'Education Physique» in Italy with the most perfect resources. The progress attained in the realm of Sports in Italy is but the just result of a marvellous organisation.

Der eigene Anspruch „*to keep Sports outside Politics*“ scheint für Baillet-Latour in keinem Widerspruch zum starken Eingriff von autoritären oder faschistischen Staaten in die Sportorganisation ihrer Länder zu stehen.

Auch andere internationale Sportorganisationen hatten keine Berührungsängste mit faschistischen Staaten: Ende Mai 1934 fand ein Kongress der FIFA (*Fédération Internationale de Football Association*) in Rom statt der vom „Generalsekretär der faschistischen Partei“ (GVB, 25.05.1934, S. 12) eröffnet wurde und in dem ein Brief Baillet-Latours verlesen wurde, in dem dieser die Hoffnung äußerte, dass das IOC und die FIFA in der Amateurfrage „ein Einvernehmen erzielen [...], um die Abhaltung eines Fußballturniers anlässlich der Olympischen Spiele in Berlin zu ermöglichen.“ (ebd.)

Trotz des kaum spürbaren Widerstands innerhalb des IOC, wurden in Deutschland Maßnahmen getroffen, die den Einwänden gegen eine Austragung in Deutschland entgegenwirken sollten. Laut Krüger (1972, S. 70) wurde mithilfe eines „Olympia-Pressediensts“, der in fünf Sprachen veröffentlicht wurde, versucht die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen und die Olympischen Spiele standen in den Jahren 1934 bis 1936 „im Mittelpunkt der Auslandspropaganda des Deutschen Reiches“ (ebd.).

In diese Zeit fiel auch die Neustrukturierung des deutschen Sports und die Schaffung des Deutschen Reichbundes für Leibesübungen (DRL), welche laut Krüger (1972, S. 74–75) mit einer Entmachtung des eigentlichen, durch das IOC bestätigte, Organisationskomitees der Spiele einherging, da die Austragung der Spiele mit fortschreitender Zeit immer wahrscheinlicher war.

Ende 1934 wurde im Zuge einer Tagung des Deutschen Olympischen Ausschusses (DOA), dessen Präsident der Reichssportführer von Tschammer und Osten war, den NOK-

Mitglieder klar gemacht, welche Rolle sie zu spielen hatten: Um Konflikte zu vermeiden, sollten sie nach außen das Organisationskomitee repräsentieren, während sie tatsächlich dem Reichssportführer unterstellt waren (Krüger, 1972, S. 76). Dies war eine Verletzung der „Grundregeln des IOC“ (ebd.), da die Mitglieder des Organisationskomitee unabhängig von nationalen Entscheidungsträgern hätten sein sollen.

Avery Brundage reiste nach Deutschland, um sich ein Bild zur Situation des jüdischen Sports zu machen. Brundage war zu diesem Zeitpunkt Präsident der AAU und hatte auch das Präsidentenamt des *American Olympic Comitee* (AOC) inne. Dass er als Präsident des AOC und als Verfechter der Spiele wohl wenig Interesse an einem Boykott hatte, lässt sich anhand der folgenden von Krüger (1972, S. 84) beschriebenen Anekdote verdeutlichen:

Schließlich führte Brundage auch ein Gespräch mit den Betroffenen, bei dem seine vorgefaßte Meinung deutlich zu Tage trat. Er lud die Führer des jüdischen Sports in das Berliner Hotel ‚Kaiserhof‘ ein und stellte in Gegenwart des Reichssportführers ‚viele Fragen und legte alles darauf an zu beweisen, daß den Juden im Sport gar kein Unrecht geschehe‘. Ihnen sei schließlich der Sport untereinander gestattet und sein eigener Verein in Chicago nehme auch keine Juden auf.

Die Reaktionen in der Presse auf die Entscheidung des AOC an den Spielen teilzunehmen waren gespalten (ebd., S. 84-85).

4.2 Das Jahr 1935 – IOC Sitzung in Oslo und Baillet-Latour in Wien

Das AOC hatte also die Einladung zur Teilnahme angenommen, die AAU verschob die Entscheidung auf das Ende des Jahres 1935, was laut Krüger (2003b, S. 52) beide Seiten in der Boykottfrage zufrieden stellte, da theoretisch noch die Möglichkeit einer Absage der Teilnahme bestand, diese Entscheidung jedoch so kurz vor dem Beginn der Winterspiele im Februar 1936 unwahrscheinlich erschien³¹.

Der nächste IOC-Kongress fand Ende Februar 1935 in Oslo statt und eventuelle Sorgen über die Abhaltung der Spiele waren im *Official Bulletin* kein Thema mehr. Es standen die bereits getätigten organisatorischen Schritte im Vordergrund (IOC, 1935, S. 8–9). Baillet-Latour gratulierte von Halt zu seiner Vorbereitungsarbeit, da er selbst erst kürzlich Garmisch-Partenkirchen besucht hatte (ebd., S. 9). Nach dem Kongress reisten die

³¹ Der kontroverse Ablauf dieser Abstimmung innerhalb der AAU im Dezember 1935, der schlussendlich die Beschickung der Spiele entschied, findet sich bei Krüger (1972, S. 163–165, 2003b, S. 57).

Mitglieder des IOC zuerst nach Stockholm und einige Tage später nach Berlin, um sich die Vorbereitungen für die Spiele 1936 anzusehen (ebd., S. 12). Theodor Schmidt war laut Mitteilung des STB (07.03.1935, S. 6) nicht in Berlin, da er direkt von Stockholm nach Malmö gereist war, und von dort „im Flugzeug nach Wien“.

Wenige Monate später sollte auch Baillet-Latour Wien wieder einen Besuch abstatten. Am 6. August berichtete die *Illustrierte Kronen-Zeitung* (IKZ, 06.08.1935, S. 14), dass Baillet-Latour am selben Tag in Wien eintreffen werde. Kurz vor seiner Ankunft berichteten mehrere Zeitungen über die Unzufriedenheit von IOC-Mitgliedern mit der Reichsregierung:

Die Abhaltung der Olympischen Spiele in Berlin ist gefährdet, falls als eine Folge der jüngsten Entwicklung in Deutschland Hitlers Versprechen, bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin Nichtariern absolut gleiche Behandlung zu gewähren, nicht gehalten würde. Diese Möglichkeit ist in einer Warnung enthalten die das französische Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees Melchior de Polignac in Zusammenhang mit den antisemitischen Unruhen in Deutschland an das Reich richtete. [...]

In einem Interview mit der französischen Sportzeitung ‚L’Auto‘ erklärte Polignac, daß die Gleichheit für alle Sportsleute im Olympiastadion ein unumstößliches Dogma der Olympischen Spiele sei. Ausnahmen würden auf keinen Fall geduldet werden. Auf die Frage, welche Sanktionen ergriffen werden könnten, erwiderte Polignac, daß man die Berliner Olympischen Spiele absagen könnte, um sie in einem andern Land stattfinden zu lassen. ‚Ich weiß,‘ fuhr er fort, ‚daß der Präsident des Komitees Baillet Latour eine unversöhnliche Haltung in dieser Frage einnehmen wird [...].‘ (NWT, 26.07.1935, S. 4)

Krüger (1972, S. 87) unterstreicht hier auch die Differenzen zwischen den Austragungsorten Berlin und Garmisch-Partenkirchen, da der Antisemitismus jeweils „andere Formen“ annahm. Garmisch-Partenkirchen attestiert er einen „grobschlächtigen Antisemitismus“ (ebd.) der auch dem Organisationskomitee in Deutschland Sorgen bereitete. Der Präsident des Komitees, von Halt, erwirkte bei der politischen Führung, dass aus Sorge um die Durchführung der Spiele antisemitische Beschlderungen in Garmisch-Partenkirchen und Fremdenverkehrsrouten abgebaut und Zeitungen während der Hauptsaison strenger kontrolliert wurden (ebd., S. 87-89).

Charles Sherrill, IOC-Mitglied für die USA, besuchte Berlin und Garmisch-Partenkirchen im Juni 1935 und zu diesem Anlass waren antisemitische Beschilderungen bereits entfernt worden. Krüger (1972, S. 89) schreibt: „Schwerer war es jedoch, die an die ‚Aufklärung‘ des ‚Stürmers‘ gewöhnten Garmischer wieder so umzuerziehen, daß sie nicht ‚wahllos jeden jüdisch Aussehenden‘ tätlich angriffen.“ Laut den Zitaten bei Krüger (ebd., S. 136-138) kann Sherrill als Anti-Kommunist und Verehrer von Mussolini und Hitler bezeichnet werden, der Parallelen im deutschen Antisemitismus mit rassistischer Segregation in den USA verglich. Trotzdem war er vor den Kopf gestoßen, als er in einer Unterredung mit Hitler erfuhr, dass die Aufnahme jüdischer Sportler:innen in das in das olympische Team Deutschlands aufgrund der völligen Trennung zwischen Juden und Deutschen unwahrscheinlich war und teilte diese Informationen auch mit Baillet-Latour (ebd., S. 136-137). Trotzdem setzte er sich im Juli 1935, als die Boykottkampagne Fahrt aufnahm, für die Austragung in Deutschland ein (ebd. S. 135).

Auch *Die Stunde* (DS, 27.07.1935, S. 10) berichtete vom „Vorstoß Frankreichs gegen die Berliner Olympiade“ und erwähnte auch Vorbehalte der Schweiz an einer Teilnahme. Weiters werden Informationen aus „Wiener informierten Kreisen“ zitiert (ebd.; Hervorhebung im Original, Anm.):

Graf Baillet-Latour kommt in den nächsten Wochen nach Wien und man wird dann den Standpunkt Frankreichs und des Olympischen Komitees genauestens kennenlernen. Die gestrigen Pariser Enunziationen sind mit gewisser Vorsicht aufzunehmen, schon deshalb, weil die nächste Tagung des Olympischen Komitees erst im Juni 1936 in Berlin selbst stattfindet. Falls es zu Sanktionen gegen Deutschland kommen sollte, *müßte eine außerordentliche Konferenz des I. O. C. einberufen werden*. Man halt es aber für sehr wahrscheinlich, daß Deutschland, dem die Abhaltung der Olympischen Spiele aus Prestigegründen kolossal am Herzen liegt, die Äußerungen von Tschammer-Ostens und von Dr. Krause prompt dementieren werde. Im Übrigen treffen ja auch die nichtarischen Sportler der ganzen Welt bereits ihre Vorbereitungen für Berlin. Auch das Olympische Komitee von Palästina wurde eingeladen und betreibt die Vorarbeiten mit großem Eifer und aus Norwegen wurde erst unlängst gemeldet, daß eine große Anzahl jüdischer Sportler die Verpflichtungsscheine für die Teilnahme in Berlin bereits unterschrieben habe.

Die wohl kritischste Auseinandersetzung zur Situation und Baillet-Latours Reise findet sich am 5. August in *Der Morgen*³² (DM, 05.08.1935, S. 5; Hervorhebung im Original, Anm.) der unter dem Titel „Fünf Ringe gegen Hakenkreuz“ schreibt:

Dieser Reise kommt um so größere Bedeutung zu, als gerade in der letzten Zeit, ausgelöst durch die neuerlichen Judenverfolgungen in Deutschland, von verschiedenen Seiten eine Verlegung der Olympischen Spiele gefordert wurde.

[...] Die Olympischen Spiele in Berlin sind durch die Ereignisse der letzten Zeit und dem durchaus in dieser Linie liegenden Erlaß des Reichssportführers v. Tschammer und Osten gefährdet. Frankreich ist nicht sicher, ob Deutschland seine Zusage, den deutschen Juden die Beteiligung an der Olympiade nicht zu verwehren, auch halten wird. Deutschland hat versprochen, die Rassenpolitik für die Zeit der Olympiade auszuschalten. Deutschland hat also, wie man aus dieser Äußerung erfährt, seine Pogrompolitik zum erstenmal öffentlich abgeschworen.

Der Autor kommentiert die Glaubhaftigkeit der Versprechungen weiter kritisch und gibt Informationen zum Umgang mit den Erklärungen im Deutschen Reich (ebd.):

An sich scheint solche Handlung fast unglaublich. Für den politischen Rückzug Deutschlands ist es immerhin bezeichnend, daß er, jetzt, da er zum erstenmal erfolgte, aus rein geschäftlichen Motiven erfolgt ist. Um des Profits willen hat Deutschland, sind die Erklärungen des französischen Vertreters authentisch, zum erstenmal eine Erklärung abgegeben, die zugibt, was man in Europa längst weiß: daß Deutschlands Rassepolitik eine europäische Schande ist. [...]

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, dürfen dort die Mitteilungen des Olympischen Komitees nicht veröffentlicht werden, und es ist insbesondere verboten, Mitteilungen zu publizieren, die zeigen, daß Deutschland sich in einer Erklärung bereit erklärt hat, das Rassenprinzip für die Dauer der Olympiade abzuschwören.

³² *Der Morgen* hatte viele jüdische Mitwirkende, unter anderen den Gründer Maximilian Schreier, der 1935 auch Chefredakteur war. Die Zeitung und ihre „jüdischen“ sowie „arischen“ Mitarbeiter wurden in der Ausstellung „Der ewige Jude“ in der Wiener Nordwestbahnhalle verhöhnt (Die Bühne, Nr. 478, S. 34-35; Entdeckt durch den Wikipedia-Eintrag von *Der Morgen*, Anm.).

Der „Morgen“ aber ist in der Lage, den Wortlaut der deutschen Erklärung zu veröffentlichen, die von den deutschen Vertretern Exzellenz Dr. Theodor Lewald, Staatssekretär a. D. und Präsident des Organisationskomitees für die Olympiade, und von SS-Kommandanten Reichssportführer v. Tschammer und Osten unterfertigt ist und folgenden Wortlaut hat:

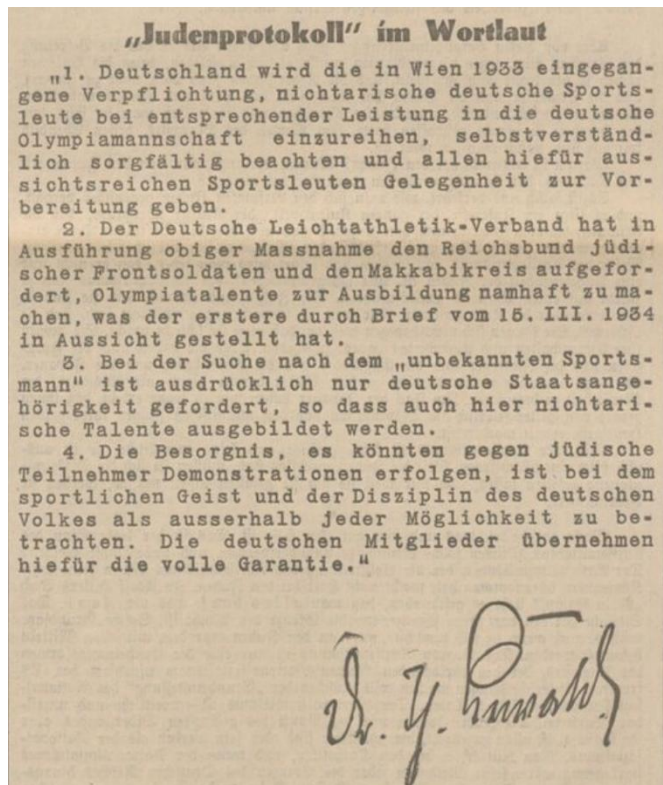


Abb. 4: Die Erklärung der Deutschen IOC-Mitglieder aus der IOC-Sitzung in Athen vom Mai 1934, abgedruckt in Der Morgen (DM, 05.08.1935, S. 5)

Laut der Zeitung war die Delegation „von Adolf Hitler persönlich“ (DM, 05.08.1935, S. 5) zur Abgabe dieser Erklärung ermächtigt und kommentiert sie weiter (ebd.; Hervorhebung im Original, Anm.):

Es muß wohl nicht betont werden, daß das Dokument, [...] eine weit größere Bedeutung hat, als Dokumente sportlicher Art im allgemeinen. Handelt es sich doch hier um den *ersten Staatsakt* in dem das offizielle Deutschland von seiner nicht minder offiziellen Pogrompolitik aus reinen Geschäftsmotiven abweicht.

Über diese Zugeständnisse aus dem Jahr 1934 war bisher in Österreichs Presse nicht berichtet worden und sie fanden auch über ein Jahr später keinen merkbaren Widerhall, auch wenn *Der Morgen* die Widersprüchlichkeiten der Zugeständnisse noch mit einem Hinweis untermauert (ebd.): „Vor wenigen Tagen erst hat der Sportführer Exzellenz Lewald, gerade der gleiche, der das geheimgehaltene und von uns oben publizierte Dokument unterschrieben hat, einen Erlass unterschrieben, in dem es wörtlich heißt: „Juden können keine deutschen Meister sein.““

Am 6. August berichten einige Zeitungen vom Besuch Baillet-Latours in Wien, der jedoch „privaten Charakter trägt“³³ (GVB, 06.08.1935, S. 14). Er sei auf der Durchreise, um

³³ Vollständigkeitshalber soll hier erwähnt werden, dass Baillet-Latour mit einer Österreicherin verheiratet war und somit auch Familie in Wien hatte. Dies wird auch in einigen Berichten vermerkt (STB, 07.08.1935, S.1).

gemeinsam mit Theodor Schmidt die Internationalen Hochschulmeisterschaften in Budapest zu besuchen. Am 7. August schreibt *Der Tag* (DT, 07.08.1935, S. 10):

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Graf Baillet-Latour, ist gestern aus Brüssel in Wien eingetroffen. Er wurde auf dem Westbahnhof vom Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees, Dr. Theodor Schmidt und von Generalsekretär Oberst a. D. Pötsch empfangen und ins Hotel Bristol geleitet.

[...] Sein Besuch verfolge nur private Zwecke, doch werde er die Gelegenheit benützen, um dem Obersten Sportführer Vizekanzler Starhemberg einen Besuch abzustatten. Es ist das erstemal seit der Gründung der Österreichischen Sport- und Turnfront, daß er nach Wien komme. Die österreichischen Sportverhältnisse interessieren ihn außerordentlich und er verfolge auch ständig die Arbeiten des Österreichischen Olympischen Komitees, das seiner Unterstützung jederzeit sicher sein könne.

Über die Frage der Abhaltung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin, sagte der Präsident des I. O. C., daß die Entscheidung darüber nicht ihm zustehe. Das sei Sache der zuständigen Instanz, des Kongresses des Internationalen Olympischen Komitees. Diesem könne er unter keinen Umständen vorgreifen.

Zum „privaten Charakter“ des Besuchs schreibt *Die Stunde* (DS, 07.08.1935), dass

[...] er also vermeiden [will], irgendwelche Erklärungen über die derzeitige Situation des Internationalen Olympischen Komitees, die ja durch die Erklärungen Tschammer-Ostens in letzter Zeit nicht gerade leicht geworden ist, abzugeben.

Man glaubt jedoch allgemein, daß Deutschland sich auf der ganzen Linie im Rückzug befindet und die Erklärungen einiger Funktionäre, die offenbar aus der Schule geplaudert haben, desavouieren werde.

Das STB (07.08.1935, S.1) verliert kein Wort über Boykottgedanken oder ähnliches, sondern präsentiert nur den friedlichen, weltumspannenden und völkerverbindenden Gedanken des „Olympionismus“, „wie ihn die Politiker in dieser Vollkommenheit niemals zu

schaffen vermochten.“ In Bezug auf die österreichischen Olympiavorbereitungen berichtet das Blatt, dass vor kurzem „in allen österreichischen Bundesländern eigene Olympiareferenten eingesetzt worden [sind], weil die Olympiavorbereitung und die Werbung für den großen olympischen Gedanken selbstverständlich nicht nur auf Wien allein beschränkt bleiben können“ (ebd.).

Am nächsten Tag berichtete die IKZ (08.08.1935, S. 13) vom absolvierten Programm Baillet-Latours: Kranzniederlegung am Sarg von Dollfuß, ein Treffen mit einem bereits erwähnten Sportwart des ÖSV, Franz Martin, in den Räumlichkeiten der ÖSTF, sowie weitere Treffen mit Bundeskanzler, Bundespräsident, Kardinal und Bürgermeister. Nur den Obersten Führer der ÖSTF traf er nicht, aber er dankte ihm per Telegramm für „all das, [...] was er für das Oesterreichische Olympische Komitee, sowie für die Beschickung der Spiele der XI. Olympiade für Oesterreich getan hat und weiter zu tun bereit ist“ (ebd.).

Das *Grazer Volksblatt* (09.08.1935, S. 14) veröffentlichte das Antworttelegramm Starhembergs in dem er die Versicherung abgibt, „daß ich als Oberster Sportführer dem olympischen Gedanken immer und überall jede Förderung angedeihen lassen werde.“ Kurz nach seiner Ankunft in Wien traf Baillet-Latour den Präsidenten des Ägyptischen Olympischen Komitees, Prinz Mohammed Abdel Moneim (NWT, 08.08.1935, S. 10).

Es schien ein höchst unpolitisch-politisches Programm gewesen zu sein, ganz im Sinne der Durchführung der Spiele. Die Boykottüberlegungen blieben unerwähnt.

Eine weitere Anekdote ist im *Sport-Tagblatt* (08.08.1935, S. 4) mit dem Titel „Die Wiener Paddler ehren Baillet-Latour“ nachzulesen. Der Kanusport war bei den Olympischen Spielen 1936 erstmals vertreten und er stattete ihnen einen Besuch ab, in dessen Rahmen „ihm zu Ehren, [...] eine kleine Feier“ veranstaltet wurde. Die große Freude über die Aufnahme in das olympische Programm war aus sportlicher Sicht nicht unberechtigt: Sieben Medaillen, davon jeweils drei in Gold und Silber, einmal Bronze und zwei vierte Plätze konnten bei den Spielen in Berlin erreicht werden (Austria at the 1936 Summer Olympics, 2025). Kanu war somit die mit Abstand erfolgreichste Sparte bei den Olympischen Spielen.

Baillet Latour über die Skilehrerfrage



Graf Baillet-Latour bei seiner Ankunft in Wien, wo er vom Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees und von Oberst Pötsch empfangen wurde.

Abb. 5: von links nach rechts Pötsch, Baillet-Latour, Schmidt (DS, 09.08.1935, S. 5)

Der Tag (DT, 08.08.1935, S. 7) ergänzt einige Details, wie zum Beispiel ein Besuch des Olympia-Trainings der Leichtathleten des ÖLV und dass mit Franz Martin, dem Vertreter des ÖSV, die Amateurfrage besprochen wurde. *Die Stunde* (09.08.1935, S. 5, siehe auch Abb. 5) berichtet dazu:

Am 10. d. [Monats, Anm.] findet in Garmisch-Partenkirchen eine Tagung des FIS statt, bei welcher verschiedene olympische Tagesfragen beschlossen werden sollen. Unter anderem wird man aber auch wieder einmal das Problem der Amateurqualifikation der Skilehrer anschneiden, die bekanntlich von der Teilnahme an den Olympischen Spielen ausgeschlossen werden sollen, da sie als Berufssportler gelten.

In diesem Zusammenhang ist die Ansicht des Grafen Baillet Latour, [...], bemerkenswert. Er steht gleichfalls auf dem orthodoxen Standpunkt in dieser

Frage und hat sich in Gesprächen strikte gegen die Zulassung von Skilehrern zu den Olympischen Spielen ausgesprochen.

Für Österreich ist diese Angelegenheit von großer Bedeutung, da eine Anzahl unserer prominentesten Skiläufer und Skispringer sich auch als Lehrer betätigen.

Baillet-Latour legte während seines kurzen Besuchs wirklich ein sportliches Programm hin: Er besuchte einen „Klubabend der Teutoburger“ (STB, 09.08.1935, S. 5), einem Kraftsportverein, der auch zwei Teilnehmer bei den Olympischen Spielen 1936 im Gewichtheben stellte (Teutoburger A. C., Wien, 2025).

Eine weitere Station war die Wiener Polizeisportvereinigung (PSV), worüber das Magazin *Öffentliche Sicherheit* (ÖS, Nr. 9, S. 20; Titeltzusatz „Das Magazin des Innenministeriums“, Anm.) ausführlich berichtete. Baillet-Latour wird nach Übersetzung von Schmidt folgendermaßen zitiert (ebd.): „Gerade Sport und Polizei sind in enger Verbindung, weil der Sport mit der Ordnung und der Staatsgewalt Hand in Hand gehen soll.“ Die Widersprüchlichkeit in der gebetsmühlenartigen Wiederholung des *unpolitischen* Sports lässt sich mit Regelmäßigkeit wiederfinden. Die PSV-Vertreter äußerten auch die Hoffnung Sportler des PSV zu den kommenden Spielen an den Start zu bringen (ebd.). Das gelang auch mit insgesamt 12 Startern bei den Olympischen Sommerspielen in Berlin, die dem PSV zuzuordnen sind (Polizei SV, Wien, 2025).

An seinem letzten Tag in Wien empfing Baillet-Latour den Generalsekretär der ÖSTF, Seyffertitz und „stattete dem Österreichischen Fußballbund [...] einen längeren Besuch ab [...]. Um 2 Uhr erfolgte die Abreise des I.O.C.-Präsidenten nach Budapest zu den Studentenweltspielen“ (DT, 10.08.1935, S. 9). Die Menge der Aufwartungen und Empfänge die Baillet-Latour in der Zeit vom 6. bis 9. August machte ist – den „privaten Charakter“ bedenkend – wirklich bemerkenswert.

Die ungarische Zeitung *Pester-Lloyd* meldete am 10. August, nach Baillet-Latours Ankunft in Budapest noch folgendes von seinem Wien-Besuch (PL, 10.08.1935, S. 6)³⁴:

Graf Baillet-Latour empfing in Wien vor seiner Abreise die Vertreter der Presse und erklärte vor ihnen: „Die Vertreter der Vereinigten Staaten werden nach einem bei mir eingelangten amtlichen Telegramm an den Berliner olympischen Spielen

³⁴ Zur Teilnahme von Frauen hatte er an selber Stelle folgendes zu sagen: „Es würde mich freuen, wenn die olympischen Spiele der Frauen von den olympischen Spielen abgesondert und separat veranstaltet würden. In diesem Belange, glaube ich, wird die Berliner Olympiade die letzte sein, die für Männer und Frauen gemeinsam veranstaltet wurde“ (PL, 10.08.1935, S. 6).

1936 teilnehmen. Ich kenne übrigens im Sport keine Politik und in diesem Sinne werde ich als Präsident immer meinen Einfluß geltend machen.

In der österreichischen Presse findet sich eine ähnliche Meldung nur einmal und zwar erst einige Tage später am 18. August im *Grazer Volksblatt* (GVB, 18.08.1935, S. 25) das Baillet-Latours Aussagen unter der Überschrift „Ich dulde keine Politik im Sport!“ brachte. Es fällt auf, dass der höchstpolitische Aspekt der Olympischen Spiele, nämlich die Frage, ob sie in Deutschland abgehalten werden sollten, in den großen Tagesblättern ganz im Sinne der Austragung ausgeblendet wurde.

Eine Ausnahme stellt ein Interview eines Vertreters der Zeitung *Der Tag* am Abend des 7. August mit dem IOC-Präsidenten dar. In diesem sprach er die Aussagen des IOC-Mitglieds Polignac an. Baillet-Latour gab an, von dem Interview nichts gewusst und erst in Wien davon erfahren zu haben (DT, 08.08.1935, S. 7). Um die Vorwürfe zu entkräften, versicherte er, dass „die deutschen Delegierten des I.O.C. auf der heurigen Sitzung in Oslo Verpflichtungsscheine jüdischer Athleten deutscher Staatsbürgerschaft vorgewiesen haben. Ein Grund zum Einschreiten wäre also nicht gegeben. Jedenfalls bisher nicht.“ (ebd.)

Er verweist darauf, dass die Entscheidung der Verlegung nicht bei ihm liege und der nächste Kongress erst in Berlin einberufen werden sollte (ebd.). Baillet-Latour führt weiter aus (ebd.):

Im Wesen der olympischen Spiele liege es, eine überpolitische, im wahrsten Sinne des Wortes internationale, eine Friedensmission zu erfüllen. Das I. O. C. habe keine andere Möglichkeit, als die, die Erfüllung der olympischen Bedingungen zu kontrollieren. Auf die Regelung des innerstaatlichen Sportbetriebes könne und dürfe es keinen Einfluß nehmen. Das würde seine neutrale Stellung erschweren, seine Internationalität, die in Wahrheit einer Übernationalität gleichkäme, in Frage stellen.

Dass die „Bedingungen“ des IOC den innerstaatlichen Sportbetrieb sehr wohl beeinflussen sollten und die von deutscher Seite abgegebenen Versprechen auch darauf abzielten, wird von Seiten des IOC-Präsidenten nicht erwähnt. Dass es sich bei dem Interview der Zeitung um eines handelte, das mitunter als kritisch bezeichnet werden kann, zeigt der nächste Absatz unter der Überschrift „Jüdische Olympiateilnehmer aus Deutschland“ (DT, 08.08.1935, S. 7):

Was nun würde aber geschehen, wenn die Evidenz eines Bruches der olympischen Verpflichtungen durch Deutschland gegeben wäre?

Darüber sei nichts vorgesehen. Aber bisher sei der Fall auch nicht eingetreten.

Die Namen jüdischer Olympiateilnehmer aus Deutschland seien I. O. C. bekannt.

Habe ein Staat bisher seine Beteiligung an der Olympiade zurückgezogen? Nein!

Und wiederum: die Olympiade stehe über den Nationen, über aller Politik, über allen Kämpfen, Meinungen, Wesens- und Wollensverschiedenheiten. Die Präsenz der Nationen sei eben ihr Ziel, nicht deren Siege. Und das komme sogar irgendwie in der Zusammensetzung des I. O. C. zum Ausdruck: denn nicht die einzelnen Nationen seien in ihm vertreten, sondern es selbst ernenne gewissermaßen seine Delegierten, seine Gesandten bei den einzelnen Völkern.

Und im übrigen: *on verra!* Denn über die Zukunft läßt sich nichts sagen. Sie geht ihre Wege.

Aber da ist auch schon Graf Baillet-Latour auf dem Weg zu seinem Wiener Abendessen.

4.3 Eine „kleine Olympiade“: Der außenpolitische Wind dreht sich

Nun traten Baillet-Latour und Theodor Schmidt die Reise nach Ungarn zu den Studentenweltspielen³⁵ in Budapest an, die von 10. August bis 18. August stattfanden. Diese Veranstaltung wurde laufend mit den Olympischen Spielen in Verbindung gebracht und als „Olympische Spiele im Kleinformat“ (STB, 12.08.1935, S. 4) bezeichnet. Es nahmen nach Presseberichten 1.500³⁶ Teilnehmer:innen aus vier Kontinenten daran teil (ebd.). Interessant ist diese Veranstaltung aus österreichischer Sicht deshalb, weil sich in den Akten des Turn- und Sportreferats ein Schreiben aus Budapest zur Zeit der Spiele findet (BKA STTr/170.933-35): Es handelt sich um die Kopie eines Briefes des österreichischen Gesandten Hennet in Budapest an die Sektion Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt in der dieser die Situation noch während der Meisterschaften schildert. Das Schreiben ist auf den 16. August datiert, also zwei Tage vor dem Ende der Veranstaltung und er weist das Bundeskanzleramt darauf hin, dass „die deutsche

³⁵ Es liegt eine sehr uneinheitliche Nomenklatur in Bezug auf diese Veranstaltung in der Presse und weiteren Quellen vor. Sie wird auch als Hochschüler-Weltspiele (PL, 10.08.1935, S. 5), Hochschüler-Weltmeisterschaften (ÖSTF/170.933) und Hochschüler-Olympiade (PL, 24.08.1935, S. 6) bezeichnet.

³⁶ Zum Vergleich: In Berlin waren es 1936 knapp unter 4.000 Athlet:innen.

Vertretung und die deutsche Mannschaft [dominierte]“ (ebd.). Auch er merkt an, dass „diese Hochschülerwettspiele als eine Vorbereitung resp. Vorschau für die im Jahre 1936 in Berlin stattfindende Olympiade gelten sollten und Deutschland den Anlass [...] ergriff, um für diese Olympiade eine ausserordentlich grosszügig und weitgehende Propaganda zu entfalten. Dies gelang Deutschland auch vollkommen“ (ebd.). Er schildert Vorträge und Pressetermine von Tschammer und Ostens, die auch im *Pester Lloyd* wohlwollend wiedergegeben wurden und in denen die „frei von Politik“ und „Jüdische Sportler dürfen teilnehmen“ Mantras auf kritische Nachfragen, unkritisch wiederholt werden (PL, 11.08.1935, S. 16). Neben ihm waren auch noch Carl Diem und Theodor Lewald, die Organisatoren der Berliner Spiele 1936 anwesend (PL, 09.08.1935, S. 16).

Hennet beschwerte sich konkret über den schwachen organisatorischen Eindruck den Österreich hinterlassen habe, da „die österreichische Mannschaft sich zum Unterschied von allen anderen Nationen, die in einheitlicher Sport- und Nationalkleidung erschienen, in uneinheitlicher Zivilkleidung, zum Teil in Steirer- oder Tirolertracht vorstellte“ (BKA STTr/170.933-35). Dieser Umstand wurde laut Hennet in ungarischen Zeitungen „höhnisch“ oder „übel vermerkt“ (ebd.). Außerdem störte ihn der fehlende Kontakt zu den „Führer[n] der betreffenden österreichischen Equippen“ (ebd.): Diese waren für ihn nicht erreichbar oder konnten vor ihrer Abreise nicht ausfindig gemacht werden. Er nennt konkret Schmidt, Seyffertitz und Preiss.

Die Vorgänge in Ungarn rund um die Hochschüler-Weltspiele weisen einerseits auf eine fehlende innenpolitische Koordination hin, da sich der österreichische Gesandte mit der Vertretung sichtlich alleine gelassen fühlte, obwohl zumindest drei hochrangige Vertreter Österreichs in Budapest weilten.

Andererseits sind sie auch ein Anzeichen des sich drehenden außenpolitischen Windes der Österreich entgegenwehte. Die Stellung des nationalsozialistischen Deutschlands war nach zwei Jahren wesentlich gefestigter und die ungarische Politik, Partner Österreichs im Rahmen der Römischen Protokolle, und Presse waren sichtlich angetan vom Auftreten der Deutschen. Noch zum Jahreswechsel von 1934 auf 1935 schreibt Schober (2021, S. 432) von einer „demonstrativen Freundschaft“ zwischen Österreich und Ungarn, die mit dem Anschwellen des Abessinienkriegs und einer Rückkehr Ungarns zur „seiner deutschbetonten Politik“ wieder abkühlte. Österreich befand sich weiterhin in einer außenpolitisch heiklen Lage, die durch fehlende Kompromisse zwischen den Großmächten und der Vielzahl an Kleinstaaten im Donauraum immer schwieriger wurde.

Schober (2021, S. 706) schreibt dazu:

Auf dem Weg zum endgültigen Scheitern des internationalen Sicherheitspaktes für Österreich lagen im April 1935 die Konferenz von Stresa [Italien, Frankreich, Großbritannien; Anm.] und im Mai das Dreiertreffen in Venedig [Italien, Österreich, Ungarn; Anm.]. Die Stresa-Konferenz, auf der auch die österreichische Frage behandelt wurde, war eine Reaktion auf die einseitige Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht durch das Deutsche Reich, die einen Bruch des Versailler Vertrages darstellte. Das Ergebnis war letztlich eine große Enttäuschung. Die Großmächte waren mit dem Ziel der Sicherung Osteuropas angetreten, wobei die deutsche Aggressionsgefahr im Vordergrund stand. Das Ergebnis war neuerlich dürftig und brachte keine wesentlichen Fortschritte [...].

Der Abessinienkrieg beeinflusste die Beziehung zu Italien noch stärker: Italiens Schutzmachtstellung über Österreich war am Schwinden, da es sich nach außen orientierte. Obwohl der Krieg erst im Oktober 1935 ausbrach (ebd. S. 709), waren die Vorbereitungen schon lange angelaufen und wirkten sich auch auf die italienische Beteiligung an den Hochschüler-Meisterschaften in Budapest aus: Italiens Studenten sagten die Teilnahme ab, weil sie sich „fast alle an die Front nach Abessinien freiwillig gemeldet, beziehungsweise ‚dem Duce zur Verfügung‘ gestellt haben“, wie das *Sport-Tagblatt* (01.08.1935, S. 2) berichtete. „Die zunehmende Entspannung des italienisch-deutschen Verhältnisses verunsicherte die Bundesregierung. Gleichzeitig glaubte, die österreichische Regierung fest daran, dass Europa für die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit eintreten werde.“ (Schober, 2021, S. 710)

Trotzdem war man gezwungen sich auf diplomatischem Wege mit Deutschland zu verständigen, was in den in dieser Forschungsarbeit präsenten Feldern der Presse und des Sports, auf unterschiedliche Weise geschah: Bereits im April 1934 war es zu ersten Annäherungsversuchen im Bereich der Presse gekommen und es wurde an einem Presseabkommen gearbeitet, dieses wurde aber nicht unterzeichnet. „Stattdessen vereinbarte man, die jeweilige Presse zur Zurückhaltung aufzufordern“ (ebd., S.109).

Im Sommer 1935 waren die gegenseitigen Angriffe in der Presse wieder so heftig geworden, dass wieder über einen „Pressefrieden“ verhandelt wurde (ebd., S 157). Doch zuerst kam es zu einer ganz anderen Reaktion von Seiten Starhembergs, da die deutschen Pressenangriffe ihn „veranlasst hatten, ein Startverbot für österreichische Sportler in Deutschland zu verhängen“ (ebd. S. 158). Bei Stecewicz (1996, S. 99) findet sich die

Information, dass dieses Sportverbot am 17. August im *Sport-Tagblatt* veröffentlicht wurde. Dort findet sich der Hinweis auf Seite 5 unter einem Bericht zu den gerade stattfindenden Hochschul-Meisterschaften in Budapest, als Verlautbarung des Pressedienstes der ÖSTF „Startverbot nach Deutschland“ (STB, 17.08.1935, S. 5):

Der Oberste Sportführer hat mit sofortiger Wirksamkeit verfügt, daß bis auf weiteres der gesamte sportliche Verkehr mit Deutschland verboten ist. Maßgebend für diese Verfügung sind die schweren Angriffe, die in den letzten Tagen im ‚Völkischen Beobachter‘ gegen die österreichische Regierung und deren Mitglieder geführt wurden. Die Zurückziehung sämtlicher bewilligter Starts wird hiemit angeordnet.

Es war dies nicht das erste Mal, dass die autoritäre Sportführung von ihrer Macht Gebrauch machte und Starts in Deutschland untersagte: Beispielsweise verbot sie „den Start einer österreichischen Mannschaft bei den Rad-Weltmeisterschaften vom 12. bis 19. August in Leipzig. Das Verbot wurde mit dem demonstrativen Fernbleiben deutscher Sportler bei internationalen österreichischen Veranstaltungen begründet“ (Stecewicz, 1996, S. 88).

Hitlers Sondergesandte in Wien, Franz von Papen, reagierte mit einer Beschwerde in Deutschland, da „gegen den Willen Hitlers seiner Arbeit in Österreich der Boden entzogen würde“ (Schober, 2021, S. 158). Er erreichte eine Verständigung mit beiden Seiten und es wurden Kommuniqués veröffentlicht (ebd.). Die österreichische Seite ist in der *Neuen Freien Presse* nachzulesen (NFP, 28.08.1935, S. 1) Darin berichtet eine amtliche Nachrichtenstelle, zuerst über die Vorfälle der Presseangriffe und des Sportsverbots und dann von einer Aussprache zwischen von Papen und dem österreichischen Außenminister Berger-Waldenegg. Diese

[...] ergab Übereinstimmung darin, daß es ernstlich zu mißbilligen sei, wenn die Presse des einen oder des anderen Landes sich Ausschreitungen oder Verleumdungen bei der Behandlung des anderen Landes, seiner Einrichtungen und Staatsmänner zuschulden kommen läßt und daß vielmehr dahin zu wirken sei, die Presse beider Länder der Herstellung normaler Beziehungen mehr als bisher nutzbar zu machen. (ebd.)

Dieser diplomatische Erfolg und die Einhaltung des Pressefriedens, stimmten auch die österreichische Regierung zufrieden, laut Ende Oktober 1935 getätigten Aussagen eines Generalsekretärs im Bundeskanzleramt für Auswärtiges (Schober, 2021, S. 158). Diesem

Umstand ist es wahrscheinlich auch zu verdanken, dass ein striktes Sportverbot gegenüber Deutschland nicht eingehalten wurde, wie bei Stecewicz (1996, S. 102) nachzulesen ist:

Das Startverbot für Deutschland konnte nicht lange durchgehalten werden. Wenige Monate später standen die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen auf dem Programm und man mußte den Teilnehmern Gelegenheit geben, die Anlagen und Strecken kennenzulernen. So wurde Ende November 1935 der Start der österreichischen Mannschaft beim Eröffnungsspringen in Garmisch-Partenkirchen bewilligt.

Zur gleichen Zeit gab es auch eine wichtige Änderung in der Leitung der ÖSTF: Starhemberg zog sich wegen Überlastung mit Regierungsgeschäften zurück und bekam einen Stellvertreter aus den Reihen der CDTÖ: Heinrich Reimitz (ebd.).

Der Pressefrieden hatte laut Schober (2021, S. 158) auch Auswirkungen auf Presseorgane in Österreich: Das *Salzburger Volksblatt* (SV, 29.08.1935, S. 1) schreibt unter einer Meldung zum Presseabkommen, dass dieses schon am Tag zuvor „seine wohltätige Wirkung gezeigt“ hätte, da „rötliche und knallrote Wiener Mittagsblätter“ bereits ihre „Verleumdungen und Sticheleien gegen Deutschland“ eingestellt hätten³⁷.

Da bereits angesprochen wurde, dass mit November 1935 die Vorbereitungen für die Winterspiele schon angelaufen waren, werden wir uns im nächsten Kapitel den Akten des Sport- und Turnreferats zuwenden, da hier auch konkrete Hinweise auf Vorbereitungen zu finden sind.

4.4 Organisatorische Vorbereitungen im Reiseverkehr

Nun war die Lage zwischen Deutschland und Österreich trotz Pressefriedens noch immer angespannt, die 1.000-Mark-Sperre noch immer aufrecht. Trotzdem, oder gerade deshalb, mussten sich alle Beteiligten Gedanken machen, wie sie den Ablauf der Spiele regeln sollten. Die Akten des Sport- und Turnreferats sind in dieser Sache ergiebiger als in vielen anderen Belangen. Bereits am 27. September, also nur knapp einen Monat nach dem „Pressefrieden“ kam es zu einer Besprechung in Innsbruck mit Vertretern aus Deutschland,

³⁷ Schober (2021, S. 158) erwähnt zusätzlich, dass die „jüdische Wochenschrift“ *Gerechtigkeit* verboten worden sei. Da dieser Hinweis für weiteres Kapitel der Arbeit, in dem die genannte Wochenzeitung eingehender betrachtet wird, relevant ist, will ich darauf hinweisen, dass für die Zeit nach dem Pressefrieden die Veröffentlichungen der *Gerechtigkeit* wöchentlich weitererschienen und in den vier Ausgaben 1935 vom September kein Wort über ein Verbot der Zeitung oder den Pressefrieden verloren wird. Ob die Ausgaben nur in ANNO vorhanden sind und nicht tatsächlich publiziert wurden, konnte nicht eruiert werden. Nach den mir bekannten Informationen ist es auch nicht ganz korrekt die Zeitung als „jüdisch“ zu bezeichnen, da die Gründerin Irene Harand eine Katholikin und Anhängerin der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur war. Im Kapitel zu den letzten Boykottaufrufen wird darauf noch einmal Bezug genommen.

alle aus Bayern, und Österreich (BKA STr/193.407-35; übermittelt durch die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, „Dienstzettel an das h. o. Sportreferat“, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen“, Niederschrift des Protokolls). Es waren 18 Funktionäre anwesend, davon sechs von österreichischen Bahnbetrieben, sowie weitere aus den Sicherheitsdirektionen, Bundeskanzleramt, Finanzwesen und ein Mitglied des ÖOC. Sechs Teilnehmer waren aus Deutschland. In dem 14-seitigen Protokoll werden erste Überlegungen zum Zugverkehr auf bestimmten Strecken, Steigerung von Frequenz, Fahrkarten, Zoll- und Passkontrollen und Legitimationen für den Grenzübertritt getroffen. Fest steht für die österreichischen Behörden, dass „die Rückreise nach Österreich unbedingt am gleichen Tage wie die Hinreise nach Garmisch-Partenkirchen vollzogen werden muss“ (ebd., S.3).

Es wurde auch besprochen, welche Tage besonders stark frequentiert sein würden und, dass die Passkontrollen in den Zügen durchgeführt werden müssen, was Amtshandlungen österreichischer Beamter auf deutschem Staatsgebiet bedeutete.

Das Protokoll schließt mit den Worten: „Die übereinstimmende Ansicht aller Vertreter geht nunmehr dahin, dass die heutige Aussprache zwar zu einer weitgehenden Klärung der zur Erörterung gestellten Fragen des Zoll- und Passdienstes während der Olympiade geführt hat, dass aber nichts destoweniger noch zahlreiche Fragen zu bereinigen sind, bevor der Revisionsvorgang endgiltig [sic] festgelegt werden kann. [...] Abhaltung einer nochmaligen gemeinsamen Besprechung aller heute vertretenen Stellen für unerlässlich bezeichnet.“ (ebd. S. 12-13) Die nächste Besprechung wurde für den 28. November in Garmisch-Partenkirchen angesetzt.

Die Vorbereitungen, die im sportlichen Feld schon längst angelaufen waren, waren nun in vollem Gange. In einem weiteren Akt (BKA STr/195.964-35; GDföS an das Sportreferat, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen; Teilnahme österreichischer Bundesbürger“, Abschrift) findet sich ein Schreiben der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit an alle Sicherheitsdirektionen und die Leiter der Polizeibehörden in dem die vorhergesehen erleichternden Maßnahmen für die Ausreise österreichische Bundesbürger dargelegt wird. An erster Stelle werden die Sportler:innen und Sportfunktionäre angesprochen:

- 1.) Den an den Olympischen Winterspielen aktiv teilnehmenden österreichischen Bundesbürgern, gegen deren Ausreise aus dem Bundesgebiete insbesondere in staatspolizeilichen Rücksichten begründete Bedenken nicht bestehen, ist über ihr Ansuchen der Ausreisesichtvermerk nach dem Deutschen Reiche [...], zu

erteilen, sofern sie anlässlich ihres Ansuchens um den Sichtvermerk die Bewilligung der Turn- und Sportfront zur Teilnahme an der Olympiade nachweisen.

Für Personen, die als Zuseher:innen ausreisen wollten, wurde in Kooperation mit Reisebüros gearbeitet. Interessierte mussten ihren Reisepass in einem der ausgewählten Reisebüros vorlegen und bekamen einen Ausweis ausgestellt.

AUSWEIS
IV. OLYMPISCHE WINTERSPIELE
1 9 3 6
IN GARMISCH-PARTENKIRCHEN

Nr. _____
Reisepaß Nr. _____

Vorname _____
Zuname _____
Wohnort _____
Straße _____ Nr. _____

Eigenhändige Unterschrift des Inhabers :

Dieser Ausweis berechtigt, sofern er von der zuständigen Paßbehörde ordnungsgemäß vidiert ist, in Verbindung mit einem gültigen Reisepaß und einer Eintrittskarte zum mehrmaligen Grenzübertritt nach Garmisch-Partenkirchen bei Scharnitz in der Zeit vom 6. bis einschließlich 16. Feber 1936

Der Bevollmächtigte des Org.-Komitees

Raum für die behördliche Vidierung

Amtsstampiglie _____ Unterschrift des Amtseleiters _____

Raum für allfällige behördliche Vormerke

Waldheim-Eberle A. G., Wien VII.

Abb. 6: Muster eines Ausweises, der für die Ausreise zu den OWS 1936 benötigt wurde (BKA ST/195.964-35)

„Legitimationsinhaber“ mussten mit dem vom Reisebüro ausgefüllten Ausweis zur Sicherheitsbehörde ihres ordentlichen Wohnsitzes und um „Vidierung“ ansuchen. Diese Vidierung war

in allen jenen Fällen zu verweigern, in denen der Bewerber im Hinblick auf sein Vorleben in staatsbürgerlicher Hinsicht zu der begründeten Besorgnis Anlass gibt, dass er entweder die Bewilligung zur Ausreise nach Garmisch-Partenkirchen im Interesse einer Partei, deren Betätigung in Oesterreich verboten ist, missbrauchen oder im Auslande ein dem Ansehen und der Würde

Mit dieser Legitimation, einem gültigen Reisepass und einer Besucherkarte war man zum täglichen Grenzübertritt auf dem Schienen- oder Straßenweg bei Scharnitz berechtigt. Dies galt jedoch nur für die Dauer eines Tages und ohne Nächtigung im Deutschen Reich. Missbrauch für andere Ziele oder längere Aufenthalte wären unter dem Straftatbestand einer unbefugten Reise verfolgt worden. Die vorläufige Liste der approbierten Reisebüros umfasste 27 Stellen, verteilt auf alle Bundesländer außer dem Burgenland. Vierzehn der genannten Büros befanden sich in Tirol und Wien (ebd.). Mit 8. November wurden noch vier weitere Büros in Wien zugelassen (BKA STTr/200.347-35; GDFöS an das Sportreferat, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936; Ergänzung des Verzeichnisses der zur Ausstellung der Legitimationskarten ermächtigten Reisebureaus“, Abschrift). Am 22. November wurde festgelegt, „dass die Ausreise zum Besuche der Olympischen Winterspiele [...] nur mit Einzelpässen gestattet ist. Sammelpässe dürfen für diesen Zweck sohin nicht ausgestellt werden“ (BKA STTr/207.987-35; GDFöS an das Sportreferat, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936; Teilnahme österreichischer Bundesbürger; ergänzende Weisungen“, Abschrift).

Ende November fand die zweite Besprechung zwischen österreichischen und deutschen Behörden in Garmisch-Partenkirchen statt (BKA STTr/210.842-35; GDFöS, „Dienstzettel an das hierortige Sportreferat“, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen, Besprechung in Garmisch-Partenkirchen am 28. November 1935“, Niederschrift des Protokolls): Dort wurde der endgültige Fahrplan für die Ein- und Ausreise während der Winterspiele beschlossen. Ein Punkt auf der Tagesordnung galt den Besuchern, die aus der Schweiz und Italien durch Österreich reisen würde. Die Details über Zoll-, Waren und Devisenverkehr wurden ausverhandelt und Werbung und Information für die Bevölkerung geplant. Es sollte dafür gesorgt werden, dass trotz der vielen Auflagen ein reibungsloser Grenzverkehr von statten ginge. Das Protokoll schließt mit den positiven Worten: „Nach Erledigung der im Beisein aller beteiligten Stellen zu erörternden Fragen wird die Konferenz vom Vorsitzenden mit dem Ausdruck des Dankes für die geleistete entgegenkommende Mitarbeit und für die freundliche Aufnahme der Teilnehmer in Garmisch-Partenkirchen geschlossen.“

Anfang Dezember wurden die Informationen unter der Überschrift „Wie fahre ich zu den Olympischen Spielen nach Garmisch-Partenkirchen?“ (GVB, 04.12.1934, S. 8) in der Presse veröffentlicht. Auch dort wurde erwähnt, dass eine Nächtigung nicht erlaubt sei.

Auch die ÖBB wurde in Sachen sportlicher Olympiavorbereitung um Unterstützung gebeten und erhielt Ende September 1935 folgendes Schreiben von der ÖSTF (BKA STr/185.496-35):

Im Zuge der Maßnahmen, die in der nächsten Zeit auf sportlichem Gebiete getroffen werden, soll vor allem eine intensive Vorbereitung für die Olympischen Spiele 1936 einsetzen.

Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn den Teilnehmern an den Vorbereitungskursen, die in den einzelnen Bundesländern zur Durchführung gelangen, besondere Fahrtbegünstigungen seitens der Bundesbahnen gewährt werden.

Die Oberste Führung der Oesterreichischen Sport- und Turnfront stellt daher an die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen das Ersuchen, die bereits bewilligte 50%ige Fahrpreismässigung für österreichische und internationale Wettbewerbe auch auf diese Kurse ausdehnen zu wollen.

*Sport in Österreich*³⁸ (SiÖ, 16.01.1936, S. 6) veröffentlichte einen kurzen Bericht des Generalsekretärs des ÖOC, Franz Pötsch, zur „Organisation der österreichischen Olympia-Expedition nach Garmisch-Partenkirchen“. Er beschreibt, dass die Vorbereitungen bereits im Mai 1935 begonnen hatten. „Oberbaurat Hofrat Kachler und Dr. Martin wurden als erste Quartiermacher nach Garmisch-Partenkirchen entsendet [...]“ (ebd.). Bei Dr. Martin kann angenommen werden, dass es sich um den bereits erwähnten Franz Martin, aus dem ÖSV-Vorstand handelte, der bereits 1932 der NSDAP Ortgruppe in Wien-Favoriten beigetreten war und laut Praher (2022, S. 122) „maßgeblich an der Einführung des ‚Arierparagraphen‘ [im ÖSV, Anm.] beteiligt gewesen sein [dürfte]“.

Ebenso setzten Verhandlungen zur „einheitlichen Bekleidung der Sportler“ und „der Verpflegung im Olympialager“ (SiÖ, 16.01.1936, S. 6) ein. Im Dezember wurde die Unterbringung der österreichischen Teilnehmer:innen durch Pötsch selbst „endgültig geregelt“ (ebd.). Somit waren im Dezember der Ablauf der Teilnahme österreichischer Sportler:innen, Funktionäre und Besucher:innen von Seiten der österreichischen Behörden und des ÖOC schon abgeschlossen.

³⁸ Ab November 1935 erschien die Halbmonatszeitschrift *Sport in Österreich*. Diese war laut Seyffertitz (1936, S. 8), dem Generalsekretär der ÖSTF, „das offizielle Mitteilungsblatt der Sport- und Turnfront und das Bindeglied zwischen ihr, den Sportverbänden und der Sportöffentlichkeit“.

4.5 Die Finanzierung der Vorbereitungen und Teilnahme

Pötsch (SiÖ, 16.01.1936, S. 6) schreibt in seinem Bericht, dass eine „Verkaufsstelle für Werbeartikel“ eingerichtet wurde und 70.000 „Olympia-Abzeichen“ im Jänner 1936 in Umlauf waren. Ebenso wurden „Ansichtskarten, Verschußmarken, Olympia-Zigaretten und -Zigarren usw.“ (ebd.) vertrieben. Die Erträge wurden für die Finanzierung der Teilnahme und Organisation verwendet. Es wird außerdem der „Olympia-Groschen“ erwähnt, der zu diesem Zeitpunkt 12.000 Schilling eingebracht hatte (ebd.) Dabei handelte es sich um eine Art von Steuer die Vereine abzuführen hatten. Stecewicz (1996, S. 99) schreibt dazu: „Allein in den letzten fünf Meisterschaftsrunden der obersten Spielklasse wurden 4500 Schilling für diese Steuer abgeführt.“

Die Anfragen um Unterstützung für die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele begannen bereits Ende 1934. Der ÖSV hatte sich schon im Sommer 1934 mit den Vorbereitungen auf die Spiele beschäftigt (BKA STr/250.634-34). Auch die Verbandsleitung der CDTÖ wandte sich im Dezember 1934 an die ÖSTF mit der Bitte „uns bei der Erstellung des Olympiabudget [sic] entsprechend zu berücksichtigen, damit wir in der Lage sind, das dem Oesterreicher liegende Kunstturnen mit allen Kräften zu fördern und bitten, uns bereits mit Beginn des Jahres 1935 einen Olympialehrer im Kunstturnen, wobei wir einen Schweizer vorschlagen, zu bewilligen“ (BKA STr/330.379-34; Brief der CDTÖ an die ÖSTF) In der Eingabe des Sportreferats ist zu lesen: „Mit Beziehung auf das Einschreiten vom 7. Dezember d. J. teilt das BKA mit, daß bei der Erstellung der finanziellen Mittel für die Vorbereitung und Beschickung der olympischen Spiele 1936 auch auf eine würdige Vertretung der österreichischen Turnerschaft Bedacht genommen werden wird“ (ebd.; gezeichnet durch Preiss).

Der Wunsch nach einem Trainer für die Vorbereitungen bewog auch den Österreichischen Ruderverband im Dezember 1934 einen Brief an das Bundeskanzleramt zu senden: Für die Anstellung eines Trainers namens H. Arlett aus England erbat man sich eine Förderung, da sich die Gesamtkosten seiner Anstellung auf 5.800 Schilling belaufen würden. Ob und welcher Betrag bewilligt wurde, ist nicht ersichtlich (BKA STr/332.988-34).

Das Sport- und Turnreferat wurde auch selbst Bittsteller beim Bundesministerium für Finanzen, da es in den krisengebeutelten Zeiten kein leichtes war, die benötigten Mittel für die Neuordnung des Sports aufzubringen und man im Hinblick auf die „prekäre finanzielle Situation fast aller Sport- und Turnvereine“ diese unterstützen wollte (BKA STr/308.008-34). Das Bundesministerium für Finanzen gewährte daraufhin einen Zweckkredit von 137.500 Schilling für den Monat November unter der Voraussetzung, dass das der für Dezember

und „den gleichen Zweck vorgesehene Betrag von 69.000 S womöglich überhaupt nicht in Anspruch“ genommen wird.

Auch Privatpersonen wandten sich an die ÖSTF: Anton Obholzer, ein Lektor für Leibesübungen der Universität Innsbruck, erbat einen Bundesbeitrag von 100 Schilling für seine Reisekosten nach Finnland (BKA STr/308.003-34). Er hatte dort im Sommer 1934 mit Alfred Schatz vom ÖSV sechs Wochen verbracht, und das Training der finnischen Skilangläufer studiert. Aus seinen Erfahrungen möchte er „folgende Nutzenanwendung für die Olympiavorbereitung unserer Skilangläufer ziehen“:

1. Da das Menschenmaterial, das sich erfahrungsgemäss am besten zum Schilaufen eignet, dem Bauern- und Holzarbeiterstand entstammt, nicht aber den Städtern, so soll man auch bei uns versuchen, gerade diese Kreise dafür zu interessieren. [...]
2. Es sollen zunächst einige einwöchige Kurse abgehalten werden, zu denen die Schiklubs besonders veranlagte Leute entsenden mögen. Hier soll Technik, Taktik etc. vermittelt werden und den Leuten Gelegenheit gegeben werden, die Erfahrungen auszutauschen. Der Trainer, der nicht der allerersten Weltklasse anzugehören braucht [...]
3. Bei diesem Kurs sollen die Teilnehmer auch mit den Grundregeln der Massage bekannt gemacht werden, damit sie sich gegenseitig, oder auch selber - wenigstens einigermaßen - massieren können.
4. Die Olympiakandidaten selbst sollen nach den Ergebnissen der Langläufe im Winter vor den olympischen Spielen ausgewählt und in ein Trainingslager gebracht werden, wo sie die drei letzten Wochen vor den olympischen Spielen zu verbringen haben. Diese Zeit dient dem Training und der Erziehung des Mannschaftsgeistes.
5. Für die Olympiakandidaten ist im letzten Jahre ein Spezialtrainer zu engagieren. [...]

6. Für die Aufstellung von Saunen in allen Orten, wo Rennläufer leben, ist durch Schiklubs und Wintersportvereine Sorge zu tragen. Ihre Herstellung und Betrieb sind billig; auch wird sie bei den Wintersportgästen Anklang finden.

7. Für eine grössere Anzahl von Schilangläufen ist durch Stiftung von Preisen Sorge zu tragen.

Der Betrag von 100 Schilling wurde ihm gewährt und er schilderte seine Erfahrungen auch in einem Radiobeitrag (ebd.).

Danach folgte ein Dokumentationslücke in den Akten. Bitten um Finanzierung oder sonstige Angelegenheiten rund um die Spiele finden sich erst wieder in der zweiten Hälfte des Jahres 1935. Ende August erhielt das ÖOC bereits die Bewilligung zur Führung des Staatswappens auf Werbeplakaten sowie Plaketten des Vereins (BKA STTr/164.399-35).

Im September 1935 wandte sich die ÖSTF an das Sport- und Turnreferat mit der Bitte dem Österreichischen Kraftsportverband S 1.000 zur Verfügung zu stellen, da man selbst bereits 500 Schilling „zur Anschaffung von Geräten und das Olympia-Training“ zugeschossen hatte (BKA STTr/185.495-35). Die Förderung wurde von Seiten des Turn- und Sportreferats veranlasst.

Der Österreichische Wintersportklub (OWSC) richtete sich Ende November mit diesen einleitenden Worten an das Sport- und Turnreferat (BKA STTr/201.555-35): „Trotz der Befürchtung als ein sich nicht selbst erhalten könnender Sportklub, welcher nur von Subventionierungen sein Dasein fristen kann, erscheinen zu können, kann ich nicht umhin neuerlich mit diesbezüglichen Wünschen an das hohe Bundeskanzleramt heranzutreten.“ Sie bilden die teilweise prekäre finanzielle Situation des Sportwesens gut ab. Der OWSC bat um die Subventionierung der Eishockeymannschaft und der Bobsektion. Diese hätten „beste Aussichten [...] als Olympiade-Mannschaft entsendet zu werden.“ 560 Schilling wurden dem Verein bewilligt, jedoch konnte niemand aus dem OWSC ermittelt werden, der bei den Olympischen Spielen teilnahm.

Ende Oktober 1935 wandte sich das Institut für Turnlehrer-Ausbildung der Universität Graz an das BMU und fragte an, „ob eine gruppenweise Teilnahme von Lehrkräften sowie von Hörern des Institutes [...] an der Winter-Olympiade 1936 in der Rolle fachlich interessierter Zuschauer erwünscht scheint“ (BKA STTr/218.665-36). Eine ähnliche Anfrage beim Sportkommissär der ÖSTF in der Steiermark führte zur Auskunft, „dass ein möglichst zahlreicher Besuch der Winter-Olympiade von seiten fachlich interessierter österr. Zuschauer von der obersten Sportführung gewünscht werde“ (ebd.). In die Anfrage wurde

auch die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit miteinbezogen, die in ihrer Stellungnahme schrieb: „Angesichts der zu erwartenden ausserordentlichen Belastung des Grenzkontrolldienstes zur Zeit der Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen, sieht sich das Bundeskanzleramt [...] nicht in der Lage, derzeit irgendwelche noch weitergehende Erleichterungen für bestimmte Besuchergruppen in Aussicht zu nehmen beziehungsweise in Erwägung zu ziehen.“ (ebd.)

Im selben Akt findet sich noch die Anfrage einer Schülerin (BKA STr/218.665-36):

Die Schülerin der 7.Klasse des Bundesrealgymnasiums in Wien, VIII., Eleonore Teibtner, hat bei der Direktion der genannten Anstalt um Gewährung eines achttägigenurlaubes (8. - 16. Feber 1936) zum Zwecke des Besuches der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen gebeten. Die Direktion, in deren Kompetenz die Gewährung einer solchen Bitte fällt, hat da es sich um eine Reise ins Ausland handelt das schriftliche Ansuchen dem Stadtschulrat für Wien mit dem Berichte vorgelegt, dass die Schülerin nach Fortgang (Vorzugsschülerin) und Betragen sowie in politischer Hinsicht einwandfrei sei und dass die Direktion gewillit [sic] sei, den Urlaub zu gewähren. Der Stadtschulrat legt den Bericht anher mit dem Antrage auf Genehmigung vor.

Hievon beehrt sich das Bundesministerium für Unterricht mit dem Ersuchen um eheste da. Stellungnahme Mitteilung zu machen mit dem Bemerken, dass vom Standpunkt der Schulverwaltung aus gegen die Gewährung des angestrebten Urlaubes kein Bedenken besteht.

Dies ist einer der wenigen Bezüge zur „politischen Kontrolle“ die sich in personenbezogenen Akten des Sport- und Turnreferats finden, und es zeigt auch den behördlichen Aufwand, den die Anfrage einer Schülerin auslösen konnte: der Stadtschulrat, das Unterrichtsministerium, die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit und das Sport- und Turnreferat waren in die Anfrage miteingebunden.

Eine interessante Anfrage stellte der japanische Eislaufverband an das österreichische Konsulat in Tokio: Er bat um die Möglichkeit, dass vier seiner Sportler:innen, darunter ein Mädchen im Alter von 12 Jahren, in den Wochen vor den Winterspielen in Wien trainieren dürfen (BKA STr/184.272-35). Im Bundeskanzleramt sah man das ÖOC für weitere Schritte zuständig.

Der letzten Akt mit Bezug zu den Olympischen Spielen ist bereits im Jahr 1936 angesiedelt und behandelt, den Besuch oder die Mitarbeit bei der Veranstaltung. Ein Dienstzettel an das Sportreferat berichtet von einer österreichischen Staatsangehörigen, die in Berlin lebt und „welche sich zur Teilnahme für Oesterreich an den Olympischen Winterspielen anbietet“ (BKA STr/101.424-36). Ihr Name war Anna Maria Milana Jank und als Beruf wurde Schriftstellerin angegeben. Eine kurze Suche bei ANNO ergab drei Veröffentlichungen von Texten einer „Milana Jank“ in der Zeit nach 1938 in der *Reichspost* und den *Wiener Neusten Nachrichten* (RP, 05.06.1938, S. 6; RP, 24.08.1938, S. 5; WNN, 30.06.1938, S. 4). Vor dem Anschluss taucht ihr Name neunmal in den Jahren 1933 bis 1936 im Programm von *Radio Wien* in deutschen Sendern auf (RW, 31.01.1936, S. 34). In den zwanziger Jahren sind verschiedene Beiträge, die ihren Namen im Kontext des Alpinsports nennen, vorhanden. Beispielsweise findet sich ein Hinweis auf einen Vortrag, den sie über „Schwere Kletterfahrten im Wilden Kaiser und Karwendel“ (GVB, 30.09.1927, S. 8) hielt. In den Beiträgen wird ihr Name meist mit dem Hinweis genannt, dass sie aus München kommt. Sie wird auch als „Pionierin des modernen Kletterwesens bezeichnet“ (GT, 29.10.1927, S. 20). Tatsächliche Hinweise zu einer Teilnahme an den Spielen konnten nicht gefunden werden.

Der letzte Akt betrifft die Person Karl Schindl, der nach dem Anschluss die kommissarische Leitung des „Hochschulinstituts für Leibesübungen“ übernahm (Müllner & Weiß, 2015, S. 33). Als geprüfter Turnlehrer und Arzt arbeitete er für Karl Gaulhofer im Bundesministerium für Unterricht, der dort bis 1932 als Referent für die körperliche Erziehung tätig war (Schlosser, 2012, S. 58). „Karl Schindl trat zwei Jahre lang seine Nachfolge an. In dieser Zeit verwaltete er die staatlichen Jugendschikurse und Schullandheime des Bundesministeriums für Unterricht“ (ebd., S. 58-59). Unter dem Akt (BKA STr/201.552-35) findet sich ein Schreiben an das Turn- und Sportreferat im Bundeskanzleramt, datiert auf den 23. Oktober 1935, in dem Schindl darum bittet, „als Sportarzt der österreichischen Mannschaft zu den olympischen Winterspielen nach Garmisch-Partenkirchen im Feber 1936 entsandt zu werden.“ Anhängend beschreibt er seinen Werdegang in dem zusätzlich zu den bereits zitierten Informationen noch zu lesen ist, dass er bis 1931 „ununterbrochen [...] als Turnlehrer“ tätig war. Nebenbei war er seit 1928 als Schularzt tätig und ab 1930 saß er als Hauptprüfer in der staatlichen Prüfungskommission für Skilehrer in Gesundheitslehre und Nothilfe. Außerdem gibt er an, seit 1933 als „Institutsarzt des Instituts für Turnlehrerausbildung an der Universität in Wien“ zu arbeiten und sich „in dieser Stellung die nötigen Erfahrungen der Sportberatung, der Unfallschäden und Unfallheilung und der neueren sportlichen Untersuchungsmethoden angeeignet“ (ebd.) zu haben. Unter dem

Brief findet sich handschriftlich hinzugefügt: „Wird vom Präsidium des B.M.f. Unterricht im Auftrage des Herrn Staatssekretärs wärmstens empfohlen.“

In der Presse und Literatur finden sich keine Verweise auf Schindls Teilnahme als Teamarzt, jedoch ist anzunehmen, dass er das Team begleitete. Aus der Eingabe des Unterrichtsministeriums (BKA STr/201.552-35) geht hervor, dass sich Schindl für die Spiele nicht nur in sportärztlicher Hinsicht verpflichten sollte, sondern „auch seine anderweitigen Erfahrungen auf organisatorischem und wissenschaftlichem Gebiete, die er während der Winter-Olympiade sammelt dem h. o. Referat in einer Denkschrift zu allfälligen Auswertung zur Verfügung stellen.“ Außerdem wurden Schindl am 27. Jänner – also wenige Tage vor den Spielen – 250 Schilling zur Deckung seiner Ausgaben im Rahmen seiner Tätigkeit bewilligt und ergänzt, „dass hinsichtlich der Zuteilung Dr. Schindl's [sic] als Sportarzt bereits das Benehmen mit dem Oesterr. Olympischen Komitee gepflogen wurde“ (ebd.).

Schindl wurde laut Schlosser (2012, S. 59) aufgrund seiner politischen Entwicklung „durch einen Regimeanhänger abgesetzt.“ Während der nationalsozialistischen Regierungszeit war er Gruppenleiter im Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten in der Abteilung Erziehung, Kultus und Volksbildung und Direktor des Hochschulinstitutes für Leibesübungen“.

Er trat bereits 1937 der NSDAP bei. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft und einer kurzen Anstellung in Deutschland kehrte er nach Österreich zurück. Hier musste er sich aufgrund seiner Tätigkeiten während der NS-Zeit und dem Beitritt vor 1938 einem Registrierungsverfahren stellen und wurde als belastet eingestuft. Trotzdem war ab 1953 wieder Lehrbeauftragter an der Universität Wien (Müllner, 2011, S. 171–176). Schindls Laufbahn kann somit als exemplarisch für die Durchlässigkeit und den flüssigen Übergang in höchsten Positionen zwischen Erster Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus und Zweiter Republik angenommen werden.

Nachdem Finanzierung, Beschickung, Besuch und Personenverkehr anhand der Akten nachgezeichnet wurden, möchte ich im Folgenden das Thema Olympiaboykott behandeln. Es taucht zwar nur einmal in den Akten auf, aber die Recherche führte zur Identifizierung einer Boykottbewegung in Österreich, die einmal mehr die Widersprüche im Spannungsfeld zwischen den autoritär-faschistischen Regimen aufzeigt.

4.6 Letzte Boykottaufrufe vor den Spielen

In Bezug auf die Boykottbewegung und das IOC findet sich den Akten des Sport- und Turnreferats nur ein Akt (BKA STTr/204.413-35; GDföS an das Sportreferat, Betreff: „Olympische Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen; Teilnahme österreichischer Bundesbürger“, Dient zur Kenntnis, 22.11.1935) mit zwei Beilagen. Die Generaldirektion schreibt:

Die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit staatspolizeiliches Bureau, beehrt sich in der Anlage einen Ausschnitt aus der „Arbeiterzeitung Nr. 46 vom 17. November l. J., sowie die Abschrift einer Erklärung des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, die dem Herrn Bundesminister Baar vom Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees vorgelegt wurde, zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

Der Artikel aus der Arbeiterzeitung kritisiert die Bezahlung eines amerikanischen Trainers für die österreichischen Olympiasportler: „[m]it einem Monatsgehalt von 2700 Schilling und einigen sonstigen Begünstigungen [...]. Und wofür wird dieser immerhin beträchtliche Betrag aufgewendet? Letzten Endes für die Verschönerung der Hakenkreuzolympiade in Berlin!“

Bei der zweiten Beilage aus dem Akt (BKA STTr/204.413-35; Baillet-Latour an Österreichisches Olympisches Comité; Abschrift ohne Datum) handelt es sich um die Abschrift eines Briefs von Baillet-Latour an das ÖOC. Einleitend ist zu lesen: „Offizielle Erklärung des I.O.C.-Präsidenten an die Mitglieder des Internationalen Olymp. Comités, sowie an alle Nationalen Olymp. Comités“ (ebd.). Der Wortlaut der Erklärung folgt:

Ich habe die Ehre Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass mich die Unterredung, die ich mit dem deutschen Reichskanzler hatte, sowie die angestellte Untersuchung davon überzeugt haben, dass der Abhaltung der XI. Olympischen Spiele in Berlin und der Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen nichts im Wege steht.

Die Bedingungen, die durch die olympischen Grundregeln festgelegt sind, wurden vom Deutschen Olympischen Comité respektiert.

Die Besucher und Teilnehmer können eines herzlichen Empfanges gewiss sein und werden nicht Gefahr laufen, auf irgend etwas zu stossen, das geeignet wäre, sie in ihren Prinzipien zu verletzen.

Die Boykott-Campagne wurde nicht von den Nationalen Olymp. Comites ins Leben gerufen und wird von keinem unserer Kollegen unterstützt. Sie ist rein politischer Natur und beruht auf haltlosen Nachrichten, die als falsch zu entlarven mir nicht schwer gefallen ist.

Das Geld, das aufgewendet wurde diese Campagne auf solche Art zu führen, stammt nicht aus den Fonds über die die Sportcomites verfügen, um davon die Kosten der Teilnahme an den Olympischen Spielen zu bestreiten.

Mögen daher alle jene, die in ihrem guten Glauben getäuscht wurden, ihren Irrtum einsehen und ehrlich mit uns zusammenarbeiten, um die Olympischen Spiele von Berlin und Partenkirchen zu einer Kundgebung zu machen, aus der die Jugend der Welt den Nutzen ziehen wird.

Baillet-Latour [...]



Abb. 7: Der von der Arbeiterzeitung kritisierte Trainer mit Theodor Schmidt und Baillet-Latour abgebildet in der Österreichischen Woche (ÖW, 1935, 33, S. 6)

Der Brief wurde auch in voller Länge im *Sport-Tagblatt* (STB, 15.11.1935, S. 7) und im *Grazer Volksblatt* (14.11.1935, S. 14) abgedruckt, jedoch ohne zusätzlichen Kommentar. Baillet-Latour war im November 1935 in Berlin und Garmisch-Partenkirchen, wo er sich von den im Brief geschilderten Gegebenheiten überzeugt hatte (STB, 07.11.1935, S. 8; PL, 12.11.1935, S. 18).

Dieser Brief erging auch an andere Nationale Olympische Komitees. Dass man in Deutschland auf nichts stoßen könne, was das geeignet wäre, die Besucher „in ihren Prinzipien zu verletzen“, bezog sich mutmaßlich auf die Entfernung von antisemitischen Beschilderungen und der Stürmerkästen in Garmisch-Partenkirchen und Berlin für die Zeit der Spiele (Krüger, 1972, S. 153).

Der Tag (03.12.1935, S. 1-2) berichtete Anfang Dezember ausführlich über die Situation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland³⁹ im Kontext der Nürnberger Gesetze, die im September in Kraft getreten waren. Unter der Vielzahl an Informationen sticht ein Artikel hervor: „Der ‚Stürmer‘⁴⁰ wird verkauft“ (ebd.). Dort ist zu lesen, dass der Stürmer seit einigen Wochen eine „gemäßigtere Note“ anschlagen musste, und weiter: „Auch die ‚Stürmer‘-Kästen⁴¹ sollen vorübergehend verschwinden und erst nach der Olympiade wieder aufgestellt werden. Diese Maßnahme führt man auf Vorstellungen zurück, die der Präsident des Olympischen Komitees, Baillet-Latour, gelegentlich seines Berliner Aufenthalts bei offiziellen reichsdeutschen Stellen erhoben hatte.“

Das eine österreichische Tageszeitung über solche Informationen verfügte und sie auch druckte, entsprach nicht der Regel. Hier werden umgesetzte Maßnahmen in Deutschland direkt mit Einflussnahme des IOC beziehungsweise dessen Präsidenten in Verbindung gebracht. Für den Zeitraum des Besuchs des IOC-Präsidenten in Wien im August 1935 finden sich bei ANNO 57 Ergebnisse unter dem Suchbegriff „Baillet-Latour“, kritische Auseinandersetzungen mit den Boykottbewegungen oder der Situation in Deutschland

³⁹ Um etwas mehr Kontext zu geben, sollen hier auch die einleitenden Worte des Artikels „Die deutschen Judengesetze“ (DT, 03.12.1935, S. 1) wiedergegeben werden: „Man ist im Laufe von nahezu drei Jahren im Ausland ziemlich harthörig geworden gegenüber den Meldungen, die aus dem Dritten Reich kommen. Es macht heute kaum noch einen besonderen Eindruck, wenn von Mißhandlung, von Austreibung, von wirtschaftlicher Vernichtung deutscher Juden die Rede ist, und daß es Tausende von Orten gibt, in denen ‚Juden unerwünscht‘ sind, das hat man hingenommen, wie die antisemitischen Exzesse am Kurfürstendamm, wie die kalten Pogrome in der deutschen Provinz. Mit einem bedauernden Achselzucken — vom Nationalsozialismus ist nichts anderes zu erwarten. Nun sind die Nürnberger Judengesetze gekommen. Ein Jude kann nicht deutscher Reichsbürger sein. Die Liebe zwischen einem Juden und einer Nichtjüdin, und zwar nicht nur ein Liebesverhältnis, sondern auch die Ehe wird in Deutschland mit Zuchthaus bestraft.“

⁴⁰ *Der Stürmer* war eine antisemitische Wochenzeitung, die zwischen 1923 und 1945 erschien und in den Jahren 1936/37 eine Höchstauflagen von fast einer halben Millionen Stück pro Ausgabe hatte. 1936 wurde der Verkauf auch während der Olympischen Spiele in Berlin eingeschränkt (Zelnhefer, 2008, 5. September).

⁴¹ In den Stürmer-Kästen wurde die Zeitung in vielen Ortschaften der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (siehe Abb., links).

stellen eine Ausnahme dar. Diese finden sich hauptsächlich in den Ausgaben von *Der Morgen*, *Der Tag*, und *Die Stunde*.

Bei Krüger (1972, S. 87–88) ist nachzulesen, dass sich Carl Diem in einem Brief an von Halt bereits Anfang des Jahres 1935 über die Stürmerkästen in Garmisch-Partenkirchen beschwerte und ihn aufforderte, diesen und weitere Missstände, „die nicht nur einen Schatten auf die Winterspiele werfen, sondern auch die Durchführung der Sommerspiele gefährden würden“ (ebd. S. 88) an das Reichsinnenministerium weiterzuleiten. Außerdem forderte Diem, dass „eine dauernde Kontrolle im Verhalten der Ortsbevölkerung vor und während der Spiele staatlich ausgeübt werden müsse“ (ebd.).



Abb. 8: Stürmer-Kasten und antisemitische Beschilderung in Bayern 1933 (Tröller / Bayrische Staatsbibliothek, 1933)

Praher (2022, S. 80) schreibt auf Basis eines Briefes aus dem Staatsarchiv München: „Für die Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen erließ der Reichsminister des Inneren Wilhelm Frick auf Weisung von Adolf Hitler die Anordnung binnen zwei Wochen bis 17. Dezember

1935 sämtliche Schilder und Transparente mit judenfeindlichen Aufschriften an den Straßen und auf der Bahnstrecke zwischen München und Garmisch-Partenkirchen abmontieren zu lassen.“

Das IOC half den deutschen Veranstaltern bei der Entkräftung von Vorwürfen, um einem Boykott vorzubeugen. Laut Krüger (1972, S. 151–152) waren außerhalb der USA stärkere Boykottbewegungen kaum vorhanden. Arbeitersportbewegungen „sprachen sich in allen europäischen Ländern für einen Boykott aus“ (Krüger, 1972, S. 152), waren jedoch in ihrem Erfolg beschränkt, weil bereits die vorhergehenden Spiele boykottiert worden waren. Bemerkenswerterweise sprach sich auch der größte jüdische Sportverband *Maccabi World Union* nicht für einen Boykott aus, sondern forderte nur Verständnis für ein Fernbleiben von jüdischen Sportler:innen (ebd.).

Stecewicz (1996, S. 103) nennt den Arbeiter:innensport als einzig aktive Gruppe der „Antipropaganda gegen die Olympischen Spiele“, so beispielsweise in der Zeitung *Arbeiter-Sport*: Im November 1935 wurde zum Boykott der Spiele in Berlin aufgerufen und die Finanzierung der Beschickung durch den österreichischen Staat kritisiert, sowie, dass Starhemberg, „der sich angeblich im unversöhnlichen Kampf mit den Kanzlermördern befindet, dem olympischen Komitee Werbefreiheit gegeben [hat].“ (ebd.) Praher (2022, S. 80) schreibt dazu, dass „die austrofaschistische Sportführung somit, trotz bleibender internationaler Proteste, im Sinne des offiziellen Mission-Statement des IOC [handelte].“

Einzelne Berichte über Boykott-Bewegungen sind doch hin und wieder zu finden, wie zum Beispiel in *Die Stunde* (DS, 29.11.1935, S. 1):

Das Blatt *Herriote*, „Ere Nouvelle“, befaßt sich anläßlich der Ankunft des Vorsitzenden des deutschen Olympischen Komitees Tschammer Osten in Paris mit der Frage, ob es mit dem völkerversöhnenden Charakter dieser Spiele vereinbar ist, daß sie im nationalsozialistischen Deutschland abgehalten werden.

Nach einem Hinweis auf die Protestbewegungen in den Vereinigten Staaten, England, Holland, Spanien, der Schweiz und der Tschechoslowakei berichtet das Blatt, daß auch der Vorsitzende des internationalen olympischen Komitees Baillet-Latour trotz einer Intervention Tschammer-Ostens die Möglichkeit einer Vertagung der Olympischen Spiele in Berlin ins Auge gefaßt hat.

Eine weitere österreichische Gruppe, die sich aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus befand und ab Mitte 1935 das Thema der Olympischen Spiele

anspruch, war die Harandbewegung⁴² über ihre Wochenzeitung *Gerechtigkeit*. Am 27. August 1935 war die Titelseite mit einem Leitartikel Harands zu den Olympischen Spielen 1936 gefüllt: „Ich halte es als Christin und Deutsche für würdelos, sollte auch nur ein jüdischer Sportler nach Deutschland reisen, in dem heute seine Glaubensgenossen in so grausamer Weise verfolgt werden“ (GE, 27.08.1935, S. 1). Die *Gerechtigkeit* brachte von da an fast wöchentlich Berichte – oft übernommen aus der französischen Presse – über die Situation von jüdischen Sportler:innen in Deutschland (GE, 12.09.1935, S. 4), Lewald und Diem als Fassade für die Außenwelt (GE, 19.09.1935, S. 5), Boykottaufrufen allgemein (ebd., S. 6) und von Arbeiter- und Katholikenbewegungen verschiedener Länder (GE, 26.09.1935, S. 4). Auch über die Boykottbewegung in den USA wurde ausführlich berichtet (GE, 17.10.1935, S. 6).

Am 5. Dezember brachte die *Gerechtigkeit* erneut eine Ausgabe, deren Titelblatt sich dem Thema Olympische Spiele widmete. Dort regte sich noch die Hoffnung: „Das letzte Wort in der Frage der Olympiade ist noch nicht gesprochen worden.“ (GE, 05.12.1935, S. 1) und bringt auf den weiteren Seiten eine Auseinandersetzung zwischen Mahoney, dem Vorsitzenden der *American Amateur Athletic Union* und Theodor Lewald, über die Missachtung der vom IOC geforderten Bedingungen und die Situation jüdischer Sportler:innen (ebd. S. 3-4). In der nächsten Ausgabe findet sich eine Glosse über die Übernahme des *Stürmers*, damit während der Olympischen Spiele verstärkt Kontrolle über dessen Inhalt ausgeübt werden konnte und kein schlechter Eindruck im Ausland entstand (GE, 12.12.1935, S. 2). Ein paar Tage vor Weihnachten 1935 wird über Boykottforderungen in England berichtet und, dass „man Tennisspiele aus dem Programm der Olympiade gestrichen [hat]; denn der beste Lawntennisspieler Deutschlands, Daniel Prenn, ist Jude und lebt als Emigrant in England“ (GE, 19.12.1935, S. 3). Die Artikel sind teilweise sehr detailliert und zitieren NS-Funktionäre, die den nach außen kolportierten Versprechen diametral entgegenstehen, so zum Beispiel Bruno Malitz, „der für den Sport der Berliner SA verantwortlich ist“ (GE, 26.12.1935, S. 11; GE, 09.01.1936):

„Die jüdischen Sportführer und diejenigen, die durch die Juden angefault sind“,
so schrieb er 1934, „die Pazifisten und diejenigen, die unser Volk verraten, die
Paneuropäer, haben keinen Platz in Deutschland. Sie sind mehr zu fürchten als

⁴² Die Harandbewegung war ein von Irene Harand, eine überzeugte Monarchistin und Katholikin, und von Moritz Zalman, ein jüdischer Kaufmann, gegründeter Verein, der unter dem Namen „Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot“ auftrat. Beide waren Mitglieder der Vaterländischen Front und Harand eine Verteidigerin der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur. Sie befand sich zum Zeitpunkt des Anschlusses in England und kehrte bis nach Kriegsende nicht mehr nach Österreich zurück. Auf sie wurde ein Kopfgeld ausgesetzt, während Zalman im KZ Sachsenhausen starb. (Irene Harand, 2025, 17. Juni; ÖBL, 2021)

die Cholera, [...] die Giftgase. Dem Weltall steht noch sein härtester Kampf, die Schlacht gegen die Juden, bevor.'

Der Artikel ist wieder aus der französischen Presse übernommen und führt weiter aus (ebd.), dass

[...] am 7. Juni 1933 die deutsche Delegation zum Internationalen Olympischen Komitee die Erklärung abgegeben hatte, daß auf dem Gebiete des Sports kein Unterschied zwischen Ariern und Nichtariern gemacht werden würde. Und trotzdem haben vom April 1933 bis zum September 1935 fast alle Sportvereine— wir sind auf Verlangen in der Lage, genaue Angaben zu machen— die Juden aus ihren Reihen vertrieben. Praktisch genommen, ist es zur Stunde einem Juden unmöglich, Mitglied einer deutschen Sportorganisation zu sein.

Auffällig ist, dass Boykottaufrufe an die österreichische Regierung oder Kritik an dieser vollständig fehlen, was der Zensur geschuldet sein könnte. Doch es fehlt nicht nur an Kritik: Durch die Nähe der Herausgeber zum Regime (siehe Fußnote oben), finden sich ausschließlich lobende Worte für führende Politiker. Kurz vor dem Beginn der Winterspiele wurde noch einmal fast eine ganze Seite dem „‘Olympia-Jahr‘ 1936“ (GE, 23.01.1936, S. 3) gewidmet und kritisiert, dass „für solche ‚Spiele‘ heute noch in der ganzen Welt eine ‚sportliche‘ Propaganda betrieben [wird]!“ In der nächsten Ausgabe werden antisemitische Passagen, die konkret auf den Sport bezogen sind, aus dem *Völkischen Beobachter* und einem neu aufgelegten *Handbuch für deutsche Sportler* zitiert. Außerdem ist über die „verbrecherische und verlogene Taktik der Nationalsozialisten“ (ebd.) zu lesen: „Diese Taktik befolgt auch der Herr Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen, wo am 6. Februar die Winterolympiade beginnt. Er hat die Entfernung aller antijüdischen Schilder und Plakate angeordnet. Für die Dauer der Spiele, bitte schön, nicht überhaupt!“

Wieder sind keine Worte an die österreichische Regierung gerichtet, außer Lobesworte an Schuschnigg für eine von ihm gehaltene Rede und Bewunderung dafür, dass fast alle in Riga lebenden Österreicher:innen in der Vaterländischen Front Wien organisiert sind:

„Die Tatsache, daß Auslandsösterreicher zur Vaterländischen Front stehen, darf uns, die wir doch von ganzem Herzen ein neues schönes Oesterreich ersehen, ein Oesterreich, wie es Dollfuß geschaut hat, mit besten Hoffnungen für die Zukunft erfüllen‘ – sagte Frau Harand.

Was in der *Gerechtigkeit* veröffentlicht wurde und was nicht zeigt das Spannungsverhältnis, in welchem politisch aktive Menschen der Zivilgesellschaft in Österreich lebten. Man war offensichtlich vom austrofaschistischen System abhängig und konnte oder wollte dieses nicht direkt angreifen. Gleichzeitig schrieb die Zeitung wöchentlich gegen alle Facetten des Nationalsozialismus und die Politik des Deutschen Reiches an. Dabei kam auch die Austragung der Olympischen Spiele nicht zu kurz. Dass Österreich ebenfalls daran teilnehmen sollte, wurde nur indirekt kritisiert.

Am Tag der Eröffnung der Olympischen Winterspiele veröffentlichte die *Gerechtigkeit* noch ein Interview der Zeitung *Jewish Chronicle* mit Willhelm Meisl⁴³. Seine Ausführungen sind eine so gute Darstellung der Gesamtsituation und auch des vorhandenen Bewusstseins in Teilen der Weltöffentlichkeit, dass sie hier abschließend ihren Platz finden sollen (GE, 06.02.1936, S. 4):

Es ist nichts anderes als Vogel-Strauß-Politik, wenn man sich selbst täuscht durch die Behauptung, ‚man halte die Politik dem Sport fern‘. [...] Aber noch weniger ist ein Zweifel daran möglich, daß der Sport in Deutschland ein Teil der Politik ist, und der internationale Sport ist ein Teil der Propaganda, der finanziert, geleitet und gleichgeschaltet wird von der Partei, die mit der Regierung identisch ist. Es ist nutzlos, die Einladung anzunehmen [...] und gleichzeitig die Meinung auszusprechen, daß dies keineswegs bedeutet, man billige die Methoden der deutschen Regierung. Man vergegenwärtige sich die vierzig und mehr Millionen Deutscher, die mit ihrer eigenen, terroristischen Regierung nicht sympathisieren, wenn sie sehen, wie alle großen Nationen der Welt bei den Berliner Spielen vertreten sind, deren Zweck angeblich darin bestehen soll Frieden, Brüderlichkeit und vor allem Fair play zum Ausdruck zu bringen. Sie werden niemals einen Protest oder eine modifizierte Zustimmung zu hören bekommen, weil weder Presse noch Radio das Geringste darüber verlautbaren dürfen. Sie werden die englischen und amerikanischen Teilnehmer sehen und sie können keinen anderen Eindruck erhalten, als daß die ganze Welt mit der Nazidiktatur einverstanden ist. General Sherrill und andere Sportführer mögen darüber froh sein,

⁴³ Meisl „Willy“ war der Bruder des legendären österreichischen Fußballtrainers Hugo Meisl. Nach seiner aktiven Sportkarriere wurde er als Sportjournalist tätig und übersiedelte nach Berlin. Er widmete sich im Rahmen seiner Arbeit eingehend jüdischen Fragen, war als Korrespondent für große Zeitungen in Europa und Amerika tätig (Körner, 2008, S. 159) und wird als „König der Sportjournalisten“ bezeichnet (Eggers, 2003).

daß Deutschland sein offizielles Versprechen ‚erfüllt‘ hat, deutsche Juden nicht von der deutschen Olympia-Mannschaft auszuschließen. Helene Mayer, Gretl Bergmann und Rudi Ball⁴⁴ werden als mögliche Teilnehmer genannt. Auch wenn man annimmt, daß einer von diesen drei die bittere Pille schluckt, als deutscher ‚Parade-Jude‘ zu fungieren, so dürfen, wir die Tatsache nicht vergessen, daß alle drei noch vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus bekannt waren. [...]

Ein Versprechen wurde gegeben, aber es wurde nicht gehalten. Aber alle anderen Nationen in der Welt scheinen ganz zufrieden, weil drei jüdische Athleten von Herrn v. Tschammer-Osten eingeladen worden sind.

Der Artikel ergänzt, das oft in der Sekundärliteratur wiederholte Narrativ von den Olympischen Spielen als gelungene Täuschung und Propaganda des Deutschen Reiches, um die Aspekte des Sich-Täuschen-Lassens und der aktiven Teilnahme. Mit der Beschickung der Spiele und der positiven Berichterstattung, die sowohl in Deutschland als auch in Österreich staatlich kontrolliert wurde, gelangte ein durchgängig positives Bild von den Spielen nach Österreich und in die Welt, das die Kritik an anderen Entwicklungen in Deutschland überdeckte. Abschließend soll noch ein kurzer Pressespiegel der größten österreichischen Sportzeitung die letzten Tage vor und während der Spiele abgebildet werden.

4.7 Die Olympischen Winterspielen 1936 in Österreichs Presse

Da durch die Akten ab Jänner 1936 kein Bezug mehr zu den Olympischen Spielen hergestellt werden konnte und die sportlichen Leistungen bereits in anderen Arbeiten (Wenzel, 2013) ihren Niederschlag fanden, sollen hier noch anhand der täglichen Berichterstattung des *Sport-Tagblatts*, ein Überblick über die Darstellung der Spiele in der Presse gegeben werden. Auch *Sport in Österreich* berichtete ab November 1935 mehrmals über die Vorbereitungen zu den Spielen, doch in der von der ÖSTF herausgegebene Zeitschrift finden sich keine relevanten Informationen zu politischen Themen. Am bemerkenswertesten ist die Beilage in jeder Ausgabe, die die Liste der „bewilligten Auslandstarts“ verkündet und die ausgeübte Kontrolle über den Sportverkehr darlegt. Außerdem fehlt in den Exemplaren der Fachbereichsbibliothek für Sportwissenschaften der Universität Wien die 9. Ausgabe, also genau jene, die zwischen der 8. Ausgabe vom 31.

⁴⁴ Rudi Ball nahm an den Winterspielen und Helene Mayer an den Sommerspielen teil (Krüger, 2003a, S. 30). Gretl Bergmann wurde kurz vor den Sommerspielen vom Reichssportführer Tschammer und Osten darüber informiert, dass sie kein Teil des Teams sein würde (ebd.).

Jänner 1936 und der 10. Ausgabe vom 1. März 1936 erscheinen hätte sollen. Ob das ein Zufall ist, oder etwas mit dem Inhalt zu tun hat, konnte nicht eruiert werden.

In den Wochen vor den Spielen wurde im *Sport-Tagblatt*, *Sport in Österreich* und auch in anderen Zeitungen ausführlich über die sportlichen Vorbereitungen, Trainings und Ausscheidungswettkämpfe für die Olympischen Winterspiele berichtet. Am 29. Jänner fand die Angelobung der österreichischen „Olympiakämpfer“ statt (STB, 30.01.1936, S. 6). Starhemberg war nicht anwesend, da er sich gerade in London befand.

Über die Angelobung selbst wurde berichtet (STB, 30.01.1936, S. 6):

Die Angelobung, die in würdigster Form vorgenommen wurde, machte auf alle Anwesenden tiefsten Eindruck.

Zunächst begrüßte der Präsident des Oesterreichischen Olympischen Komitees Dr. Theodor Schmidt die Versammelten Sportsleute, dankte dem Obersten Sportführer, dessen Stellvertreter und dem Generalsekretär der Sport- und Turnfront für ihre Hilfe in der Zeit der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele. Dann wandte er sich an die Olympiakämpfer und ihre Führer und Funktionäre und bat sie, sich der Größe ihrer fast historischen Mission bewußt zu sein. Und nun sprachen die Olympiakämpfer Satz für Satz im Chor das Gelöbnis nach [...]

Dann nahm der Stellvertreter des Obersten Sportführers, Reimitz, das Wort [...]. Er wies darauf hin, daß dieser wie die ganze österreichische Bundesregierung von Anbeginn an den olympischen Gedanken bejaht habe und daß deswegen alle Bestrebungen, die dem olympischen Gedanken und der Beschickung der Olympischen Spiele dienten, weitest gehend und in allen Belangen gefördert wurden. Er dankte Präsidenten Dr. Schmidt und allen seinen Mitarbeitern für ihre Mühewaltung und schloß mit den an die Olympiakämpfer gerichteten Worten: „Das Vaterland begleitet Sie alle mit den besten Wünschen und Hoffnungen. Setzen Sie in den entscheidenden Tagen des Kampfes all ihre Kraft ein, um diesen Hoffnungen gerecht zu werden. Es gilt: Für Oesterreich.“

Am nächsten Tag wurde das gesamte Titelblatt der Skilehrerfrage und dem damit einhergehenden Boykott des ÖSV und des Schweizer Skiverbandes gewidmet und konkrete Vorschläge gemacht, wie die Amateurfrage grundsätzlich gehandhabt werden

könnte (STB, 31.01.1936, S. 1). Außerdem wurde berichtet, dass 28 Nationen und insgesamt 1.593 Teilnehmer:innen für die Winterspiele gemeldet wären und alleine Österreich 155 davon stellen würde (ebd., S. 2).

Am 1. Februar druckte die Zeitung eine Nachricht Starhembergs als Gruß „an die nach Garmisch abgehenden Olympiakämpfer“ (STB, 01.02.1936, S. 1):

Leider bin ich verhindert. Euch persönlich meine Wünsche auf den Weg zu den olympischen Kämpfen mitzugeben. Ich weiss aber, daß ich die sportliche Ehre unsrer Heimat ruhig in Eure Hände legen kann, weil Ihr schon oft in harten Kämpfen schöne Erfolge für unser Oesterreich errungen habt. Wenn auch die Kämpfe gegen die Besten der andern Nationen mit hartem Willen bis zum Siege geführt werden müssen, soll aber doch immer über Gewinnen und Verlieren der olympische Gedanke höchster sportlicher Kameradschaft und Ritterlichkeit stehen. In diesem Sinne wünsche ich Euch schönen Kampf und viele Siege.

In den folgenden Tagen wurde das gesamte Titelblatt regelmäßig den Olympischen Spielen gewidmet. Es wurde über vergangene Winterspiele berichtet und der Zeitplan für Garmisch-Partenkirchen abgedruckt (STB, 04.02.1936, S.1). Interessant ist auch eine kurze Notiz zur ärztlichen Versorgung: „Der sonst in München stationierte Sanitätszug der Reichsbahn wird während der Spiele auf der Strecke nach Garmisch-Partenkirchen bereitgestellt, um notfalls zusätzliche ärztliche Hilfe leisten zu können. [...] Nahe dem Skistadion wurde auch ein besonderes Sportärztehaus eingerichtet, das alle modernsten diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen enthält“ (ebd. S. 2). Die Sportanlagen und Strecken wurden ausführlich beschrieben (STB, 05.02.1936, S. 1) und der Sonderberichterstatte schrieb mit Begeisterung über die geleistete Vorarbeit:

Partenkirchen ist zum Empfang der Gäste bereit, unzählige Fahnen schmücken den Ort, eine mächtige Ehrenpforte begrüßt die Ankömmlinge, Hotels und Privatquartiere sind vorbereitet, es ist alles ganz wunderbar organisiert. Wie man am Bahnhof ankommt, wird man in die Organisation einbezogen, man bekommt Quartieranweisungen, Karten, allesmögliche, kurz, man hat das Gefühl einer Zentralstelle zu unterstehen, die für alles sorgt. Man folgt nicht mehr dem eigenen Willen, sondern einer unsichtbaren Macht, gegen die es freilich auch kein Aufmucken gibt. Dabei wickelt sich alles glatt, reibungslos, liebenswürdig ab; in bezug auf Organisation werden diese Winterspiele also unter allen Umständen

mustergültig verlaufen, wie ja auch die Vorarbeiten, die zur Erhaltung und Verbesserung aller Einrichtungen getroffen wurden, mustergültig sind.

Die zweite Seite widmet sich den verschiedenen österreichischen Teams und deren Anreise und Trainings vor Ort (ebd., S. 2). Am 6. Februar wurde über den Presseempfang und die letzten Vorbereitungen und Trainings berichtet (STB, 06.02.1936, S. 1-2). Es waren etwa 400 Journalisten anwesend und die der Presse zur Verfügung stehenden Mittel und Services wurden mit den Worten „Es wird also den Presseleuten so bequem wie möglich gemacht“ (ebd., S. 1) bedacht. Außerdem kamen am 5. Februar auch die politischen Funktionäre in Garmisch-Partenkirchen an: Stellvertreter des Obersten Sportführers Reimitz und der Generalsekretär der ÖSTF Seyffertitz. Am Tag nach der Eröffnung wurde von dieser in höchsten Tönen geschrieben (STB, 07.02.1936, S. 1):

Die vierten Olympischen Winterspiele wurden heute um 11 Uhr eröffnet. Es war eine Zeremonie, deren Eindruck sich keiner der Anwesenden entziehen konnte. Es war ein wundervolles Bild, eine mächtige Kundgebung für den Sport, für seine völkerversöhnende Wirkung. Die Vertreter von achtundzwanzig Ländern marschierten im Skistadion auf; die Vertreter von Ländern, die auf den verschiedensten Gebieten oft ganz wider streitender Meinung sind, die aber einträchtig miteinander aufmarschierten und nebeneinander Aufstellung nahmen, um gemeinsam die größte wintersportliche Veranstaltung, die jemals stattgefunden hat, einzuleiten.

Auf Seite 3 findet sich unter der Überschrift „Eine österreichische Jause“ (ebd. S. 3) eine Meldung, die die diplomatische Relevanz der Spiele in einem informellen Rahmen verdeutlicht:

Die Oesterreicher wurden hier in überaus freundlicher Weise aufgenommen; sie haben schon bei den Vorarbeiten weitestgehendes Entgegenkommen gefunden und sind nun bemüht, in irgendeiner Form den Dank abzustatten. Aus diesem Grunde veranstaltet das Oesterreichische Olympische Komitee am 13. d. im Olympiastadion eine österreichische Jause, das heißt eine gemütliche Zusammenkunft, der selbstverständlich alle österreichischen Expeditionsteilnehmer und andre Gäste aus Oesterreich, aber auch der

Gesandte Deutschlands in Wien v. Papen, der österreichische Gesandte in Berlin

Tauschitz, der deutsche Sportführer Tschammer-Osten usw. beiwohnen werden.

Die Berichterstattung über den Verlauf und die Ergebnisse der Spiele nimmt in diesen Tagen drei bis vier Seiten der nur maximal acht Seiten umfassenden Zeitung ein. Am 10. Februar wird eine „Erklärung von berufener Stelle“ (STB, 10.02.1936, S. 3) abgedruckt, die eine Klarstellung „entgegen allen anderen Meldungen“ sein sollte und vom Generalsekretär der ÖSTF Seyffertitz abgegeben wurde. Dieser erläuterte, dass alle österreichischen Beteiligten „außerordentlich zufrieden“ wären und ordnete den „olympischen Gruß“, den die österreichischen Sportler:innen beim Einzug der Nationen geleistet hatten, ein: „Die Mannschaft hat den olympischen Gruß geleistet, wie dies seit Monaten vorher festgelegt und der Mannschaft anbefohlen war. Diesen Gruß haben nur Norwegen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien nicht geleistet. [...] Es muss festgestellt werden, dass die österreichische Mannschaft und ihre Funktionäre überall das größte und objektivste Entgegenkommen finden“ (ebd.).

Warum dieser olympische Gruß einer Einordnung bedurfte, war in *Der Stunde* nachzulesen. Diese übte scharfe Kritik an den Spielen und schrieb unter anderem: „Peinlicher war schon, daß, wie der deutsche Rundfunk zu melden wusste, die österreichischen Sportler mit erhobenem Arm am ‚Führer‘ vorbeizogen [...]“ (DS, 20.02.1936, S. 2). Die Abbildung (siehe Abb. 9) zeigt eindrücklich, warum die österreichische Sportführung Erklärungsbedarf hatte, wollte man sich doch vom Nationalsozialismus abgrenzen und NS-Symbolik war wenige Jahre zuvor verboten worden. Lennartz (2003) befasst sich in einem Artikel mit der Frage „Olympischer oder Faschistengruß?“ und beschreibt die Geschichte des, dem „Deutschen Gruß“ sehr ähnlichen, „Olympischen Gruß“.

Zum Einmarsch bei den Olympischen Winterspielen 1936 schreibt er (Lennartz, 2003, S. 185; Hervorhebung durch den Verfasser, Anm.):

Wer bei den IV. Olympischen Winterspielen mit dem olympischen und wer mit dem deutschen Gruß vor Hitler salutierte, ist aufgrund der wenigen Fotos im Amtlichen Bericht und den anderen Publikationen kaum mit Sicherheit zu unterscheiden. *Eindeutig den Hitlergruß demonstrierten die österreichischen Gebirgsschützen* und natürlich die Mitglieder der deutschen Mannschaft.⁴⁵

⁴⁵ Der „Olympische Gruß“ geht laut Lennartz (2003, S. 177) auf den Einmarsch der französischen Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1920 in Antwerpen zurück. Sie grüßten König Albert I. in der Ehrenloge mit der Hand nach oben und leicht zur Seite gestreckt. Der Gruß stammt laut Lennartz (ebd., S. 178) von einer französischen Militärsportschule und wurde im Jahr 1924 von weiteren Ländern übernommen (ebd., S. 179).

In Lennartz Publikation ist ein Bild aus dem Amtlichen Bericht der Winterspiele abgebildet, welches dieselben Personen zeigt, aber an einer anderen Stelle, ebenfalls mit erhobenem Arm (ebd., S. 187). Die Eisschützenmannschaft zeigte laut ihm „eindeutig den Hitlergruß“, und das wurde auch in der österreichischen Presse abgebildet (siehe Abb.), wenn auch nur in einschlägiger. Die regierungsnahen Blätter brachten keine Abbildungen, die die Sportler:innen mit erhobenen Händen zeigten. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Bilder die austrofaschistische Regierung in Erklärungsnot brachten.



Abb. 9: Die österreichischen Eisschützen bei der Eröffnungsfeier zeigen den "olympischen Gruß" (WNN, 08.02.1936, S. 8)

Inmitten der Spiele wurde in der Presse bereits über die Vergabe der Olympischen Winterspiele 1940 an Österreich spekuliert, für den Fall das Japan die Austragung der Sommerspiele zugesprochen bekommen würde (STB, 12.02.1936, S. 1-2). Am Tag nach der Schlusszeremonie wurden diese Gerüchte sogar noch einmal bekräftigt, und geschrieben, dass „tatsächlich Verhandlungen geführt [werden], die Entscheidung hängt natürlich davon ab, ob die Olympischen Spiele nach Japan verlegt werden, und ob das Olympische Komitee die Bewerbung Oesterreichs [...] berücksichtigen wird“ (STB, 17.02.1936, S. 3).

Er ist vom Hitlergruß schwer abzugrenzen, da bei diesem „der gestreckte rechte Arm mit geöffneter Hand bis in Augenhöhe erhoben wird“ (ebd., S. 193). Aus diesem Grund wurde der Olympische Gruß bei Spielen nach 1945 nicht mehr zugelassen (ebd., S. 191).

Am 13. Februar, dem Tag der „österreichischen Jause“ schrieb das *Sport-Tagblatt* (STB, 13.02.1936, S. 4), dass diese Veranstaltung „[sich] wenn man etwas übertreiben will, sogar zu einem sportpolitischen Ereignis gestalten [wird], da ja alle möglichen Würdenträger, auch solch, die sonst nichts mit dem Sport zu tun haben, an der kleinen Festlichkeit teilnehmen werden.“

Über diese Veranstaltung wurde hauptsächlich in kurzen Meldungen berichtet und nicht mehr als kleine Bemerkungen über die Teilnehmer, wie zum Beispiel: „Zur Jause des Oesterreichischen Olympischen Komitees gab es keine einzige Absage, im Gegenteil, es baten noch so viele Personen. dabei sein zu dürfen, daß Präsident Dr. Schmidt im letzten Augenblick der Tatsache gegenüberstand, etwa achtzig Gäste mehr empfangen zu müssen, als er erwartet hatte“ (STB, 19.02.1936, S. 2).

Nur die *Freie Stimme* berichtete ausführlicher über die „Verständigung im Zeichen des Sportes“ (FS, 15.02.1936, S. 1). Hier ist anzumerken, dass sich ebenfalls auf der ersten Seite der Hinweis „Unter verschärfter Vorlagepflicht“ befindet, was Rückschlüsse auf die politische Richtung des Blattes zulässt. Über die „Jause“ wird berichtet (ebd.):

Der mehrere hundert Personen fassende, eigens für die Winterspiele errichtete Kongresssaal war in den österreichischen Farben geschmückt und trug an seinen Seitenwänden die Wappen sämtlicher Bundesländer. [...] Es waren unter anderen erschienen: der bayrische Ministerpräsident Siebert mit mehreren Ministern, der österreichische Gesandte in Berlin Ing. Tauschitz, der reichsdeutsche Gesandte in Wien Freiherr v. Papen, der Präsident des Internationalen Olympiakomitees Graf Baillet-Latour mit sämtlichen Vertretern des nationalen olympischen Komitees einschließlich des reichsdeutschen Präsidenten Dr. Lewald, der Reichs-Sportführer Tschammer-Osten, der Leiter des Organisationskomitees der Olympischen Spiels Dr. Karl Ritter v. Halt, der österreichische Sport-Attaché im Deutschen Reiche Prinz Lobkowitz in Begleitung zahlreicher Vertreter der österreichischen und reichsdeutschen Hocharistokratie, der Stellvertreter des obersten Sportführers Heinrich Reimitz, der Generalsekretar der Österreichischen Turn- und Sportfront Baron Seyffertitz, der Gruppenführer Fürst Kinsky, Baron Morsey, sämtliche in Garmisch-Partenkirchen weilenden Vertreter der österreichischen Presse sowie zahlreiche Mitglieder der in Bayern lebenden österreichischen Kolonie, die aus nah und fern

herbeigeeilt waren, um dieser in ihrer Gesamtwirkung eindrucksvollen Veranstaltung des österreichisch-reichsdeutschen Beisammenseins beizuwohnen. Den kurzen Begrüßungsworten durch den Präsidenten des österreichischen Olympischen Komitees Dr. Schmidt folgte ein gemütliches Zusammensein der österreichischen und reichsdeutschen Sportler, das bis in die Abendstunden im Zeichen aufrichtiger Kameradschaft und gegenseitigen Verstehens stand und allen Teilnehmern einen starken Eindruck hinterließ.

Der in der Vorbereitung und im Rahmen der Olympischen Winterspiele angebahnte enge diplomatische und organisatorische Kontakt zwischen den zwei „verfeindeten Brüdernationen“, die sich im Sommer 1935 noch zu einem Pressefrieden einigen mussten, ist bemerkenswert. Wenige Vorfälle wurden in der regimetreuen österreichischen Presse kritisch angemerkt. Es handelte sich um Details die keinen direkten Bezug zur Beziehung mit Deutschland hatten, wie die Amateurfrage, oder ob die Olympischen Spiele zu groß werden (STB, 17.02.1936, S. 1-2). Sonst war das Urteil überschwänglich positiv und *die Österreicher* wurden immer im besten Licht gezeigt, denn sie „[...] waren in Garmisch-Partenkirchen sehr beliebt. Schon bei ihrem Einzug am Eröffnungstag wurden sie mit Begeisterung begrüßt, beim Eislaufen feierten sie Triumphe und hatten Riesenbeifall, und auch die Eishockeyspieler konnten sich nicht beklagen“ (STB, 19.02.1936, S. 2). Die Organisation der Spiele wurde von Anfang an in höchsten Tönen gelobt (STB, 05.02.1936, S. 1) und am Gastgeberland wurde keine ernstzunehmende Kritik geübt.

Auch Zeitungen wie *Die Gerechtigkeit*, *Der Morgen* und *Der Abend* schrieben nichts zu den Olympischen Winterspielen, obwohl im Vorfeld Kritik geäußert worden war. Hier stellt sich die Frage, ob Meldungen zu den Spielen verboten oder eingeschränkt worden waren.

Bloß in *Die Stunde* findet sich mehrmals Kritik: Am 18. Februar in Form einer Karikatur, die die Zensur des Stürmers während der Zeit der Spiele thematisiert (siehe Abb. 10) und am 20. Februar ein Kommentar unter dem Titel „Brauner Olympia-Geist“ (DS, 20.02.1936, S. 2):

Die Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen sind vorüber. Wir Österreicher haben nicht allzu viel Freude an diesen Winterspielen gehabt. Daß die hundert zehn Mann, die wir hinaussandten, olympische Ehren einzuheimsen, und der Welt einen Begriff vom österreichischen Können zu geben, sich mit recht bescheidenen Erfolgen begnügen mußten, daß man unsere Pausins ungerecht behandelt hat, das war noch das Wenigste, was bemängelt werden mußte. Die

Deutschen mußten aus parteipolitischen Gründen— die Winter-Olympiade war ja trotz aller Versprechungen nationalsozialistisch aufgezogen— ihre Siege haben und da mußten eben die Österreicher in die zweite Linie gedrängt werden, da man sie doch nicht ganz entbehren konnte. Damit hatte man sich abzufinden und auch mit der Tatsache, daß Sportler, die aus Rassegründen besser weggeblieben wären, in Garmisch-Partenkirchen mitmachten. Peinlicher war schon, daß, wie der deutsche Rundfunk zu melden wußte, die österreichischen Sportler mit erhobenem Arm am „Führer“ vorbeizogen, peinlicher, daß wir am letzten Tage über die österreichischen Sender das Horst Wessel-Lied hören mußten, und am peinlichsten— die Haltung eines Teiles unserer Presse, die sich nicht genug tun konnte im Entzücken über das herrliche Arrangement in Garmisch-Partenkirchen, über die wunderbare Landschaft Oberbayerns und über die warme Aufnahme, die der Herr Präsident Theodor Schmidt beim Reichssportführer von Tschammer und Osten gefunden hat. Wir haben Bilder gesehen, die weniger die Winter-Olympiade als vielmehr die Würdelosigkeit eines Teiles unserer Presse illustrierten.

Auch wenn der Bericht emotionalisiert geschrieben ist, lassen sich doch interessante Punkte daraus ableiten: Durch die Presse und den Rundfunk gelangten nicht nur Olympische Propaganda nach Österreich, sondern ganz eindeutig nationalsozialistische. „Das Entzücken über das herrliche Arrangement“ (ebd.) kann der zeitgenössischen austrofaschistischen Presse tatsächlich nachgesagt werden.

Direkt im Anschluss an die Spiele wurde in Innsbruck die FIS-Meisterschaft 1936 – heute als Weltmeisterschaft bezeichnet – ausgetragen, an der auch jene Österreicher:innen teilnehmen konnten, die aufgrund der Amateurregelung bei den Olympischen Winterspielen nicht starten durften. Bei diesem Rennen war auch die Teilnahme von Athlet:innen erwartet worden, die in Garmisch-Partenkirchen an den Start gegangen waren. Auch das deutsche Ski Team hatte bereits Nennungen eingebracht. Am Tag vor dem Beginn der FIS-Meisterschaft berichtete *Die Stunde* (20.02.1936, S. 2) über das überraschende Startverbot für das deutsche Team und den Rückzug der bereits eingelangten Nennungen und kommentierte: „Wenn Deutschland Österreich jetzt die Quittung für die Teilnahme an der Winter-Olympiade in dieser Form gibt, ist das selbstverständlich weniger sportlich, als

vielmehr politisch zu werten.“ Im selben Artikel wird auch das Kommuniqué der ÖSTF zu dem Vorfall veröffentlicht (ebd.):

„In der letzten Zeit haben tatsächlich Persönlichkeiten aus Deutschland wegen Aufhebung des Startverbots beim Obersten Sportführer vorgesprochen. Da nun der Oberste Sportführer das Startverbot erlassen hat, weil die deutsche Presse in einer Art und Weise die österreichische Regierung und das österreichische Volk angegriffen hat, die weit von einer sachlichen Kritik politischer Vorgänge entfernt ist. Um aber dem deutschen Sport zu zeigen, daß er das reibungslose Gelingen der vierten Olympischen Winterspiele anerkennt und um zu zeigen, daß der österreichische Sport ebenso wie Österreich mit allen Ländern in Frieden, zu leben wünscht, hat Fürst Starhemberg eine Lockerung des Startverbots in der in den Tageszeitungen von 18. Februar 1936 verlautbarten Form angeordnet. [...]

Das Kommuniqué führt über das vom deutschen Sportführer von Tschammer und Ostern erlassene Startverbot weiter aus, dass die österreichische Regierung und die Sportführung die Olympischen Spiele als internationale Veranstaltung gewertet hätten und deshalb (ebd.)

[...] allen Wünschen des diese Spiele durchführenden Deutschen Reiches in bezug auf Erleichterung des Verkehrs usw. in weitgehendstem Maße Rechnung getragen haben und trotz des der zeitigen Verhältnisses mit dem Deutschen Reiche von allem Anfang an keine Mühe und, Mittel gescheut, um die österreichische Mannschaft so stark als möglich zu den Winterspielen nach Deutschland zu entsenden. [...]

Am Ende des Kommuniqués wird sogar eine eventuelle Absage der Teilnahme an den Sommerspielen überlegt (ebd.): „[...] Leider wird diese nicht leicht zu begründende Absage möglicherweise die Teilnahme Österreichs an den Olympischen Kämpfen in Berlin in Frage stellen.“ Für *Die Stunde* (ebd.) wäre die „einzig würdige Antwort“ eine Absage gewesen, jedoch kam es zu dieser nicht. Diese sportpolitische Machtdemonstration Deutschlands, im direkten Anschluss an die Olympischen Winterspiele, zeigt, dass die Österreichfrage, trotz Pressefriedens und laufender Annäherung noch immer Provokationspotential barg.

Mit dem Ende der Olympischen Winterspiele 1936 soll auch diese Masterarbeit ihren Abschluss finden. Im Folgenden wird noch ein kurzer Ausblick zu den Olympischen

Sommerspielen in Berlin gegeben, bevor zur Zusammenfassung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der eingangs formulierten Fragestellungen übergegangen wird.



Abb. 10: Karikatur zur Zensur während der Olympischen Winterspiele in Deutschland (DS, 18.02.1936, S. 2)

4.8 Ein Ausblick: Das Juliabkommen und die Olympia-Feier in Wien

Mit dem Ende der Olympischen Winterspiele 1936 befand sich die austrofaschistische Regierung auch auf sportlicher Ebene auf dem „deutschen Weg“ (Koch, 2014, S. 14), der trotz Vorfällen, wie dem Startverbot für deutsche Rennläufer:innen an den FIS-Wettläufen in Innsbruck von Schuschnigg fortgesetzt wurde und im Juliabkommen⁴⁶ mündete. Dieses gab den Nationalsozialisten in Österreich weiteren Auftrieb und ihr Erstarken zeigte sich im Rahmen des Olympischen Fackellaufs und der Olympiafeier am 29. Juli 1936 in Wien. Die Feierlichkeiten arteten zu einer nationalsozialistischen Demonstration aus, bei der Starhemberg (1971, S. 273) nach eigenen Angaben um sein Leben fürchtete, da er inmitten der Menge stand. Das *Sport-Tagblatt* (30.07.1936, S. 1-2) berichtete ausführlich, aber ohne jegliche Erwähnung von politischen Demonstrationen. Es wurden zwar Verhaftungen durchgeführt, aber die Reaktion der Regierung war laut Schober moderat (2021, S. 192) und sie „gab lediglich ein sachliches Kommuniqué heraus“. Dieses Kommuniqué stammt vom 6. August und wurde folglich inmitten der Sommerspiele⁴⁷ herausgegeben. Doch es kam bereits am 30. Juli zu einer Stellungnahme der Regierung, die in der *Reichspost* (30.07.1936, S. 1) veröffentlicht wurde:

Anlässlich der olympischen Feierlichkeiten haben gewissenlose Elemente versucht, die Feier zu politischen Demonstrationen zu mißbrauchen. Sowohl auf dem Ring als auch auf dem Halteplatz waren größere Gruppen von Demonstranten, die mit Sprechchören und Geschrei in die Feier Unruhe hineinzubringen versuchten. Trotz diesen Störungen wurde das vorgesehene Programm restlos abgewickelt.

Es hat sich in diesem Falle um unverantwortliche Elemente gehandelt, die damit die ruhige Entwicklung der österreichischen Innenpolitik zu durchkreuzen versucht haben. Das Friedenswerk der Bundesregierung wird durch solche Demonstrationen gehemmt, wenn nicht gefährdet. Die Bundesregierung wird

⁴⁶ Das Juliabkommen 1936, offiziell „Deutsch-österreichisches Normalisierungs- und Freundschaftsabkommen“ (Schober, 2021, S. 189), war eine Vereinbarung in der Deutschland die volle Souveränität Österreichs anerkannte, während Österreich sich offiziell als deutscher Staat bekannte. Es gab ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem verschiedene Aspekte, wie die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen, Presse, wirtschaftliche Beziehung, Außenpolitik und die Abschaffung der 1.000-Mark-Sperre geregelt wurden (ebd., S. 196-199). Eine weitere Abmachung war die Aufnahme von Vertretern der „nationalen Opposition in Österreich“ (ebd., S. 199) – „eine lose Gruppe [...] die aus Großdeutschen, ‚gemäßigten Nationalsozialisten‘ [...] bestand (ebd., S. 134) – in die Regierung. Zusätzlich wurde eine weitreichende Amnestie von Nationalsozialisten vereinbart, die so umfassend war, dass „am 23. Juli 17.045 Personen amnestiert und 12.618 Verfahren gegen Minderbeteiligte eingestellt [wurden]“ (ebd., S. 194).

⁴⁷ Diese fanden zwischen dem 1. und 16. August statt.

trotz ihres Befriedungswillens keinesfalls dort Milde walten lassen, wo sie unangebracht ist. Infolge der Vorfälle, die sich bei der Olympiafeier ereignet haben, wurde die administrative Amnestie sistiert.

Es scheint, dass mit dem Juliabkommen das Problem Nationalsozialismus von österreichischer Seite zu einer innerösterreichischen Angelegenheit erklärt wurde. Drohungen wurden nur gegen österreichische Nationalsozialisten ausgesprochen. Konsequenzen gegenüber Deutschland wurden nicht einmal laut angedacht. Ein Teil der Österreicher:innen, die zu den Olympischen Sommerspielen antreten sollten, waren zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg nach Berlin (STB, 30.07.1936, S. 3).

5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Ernst Rüdiger Starhemberg, oberster Führer der Österreichischen Sport- und Turnfront, fiel im Rahmen dieser Forschungsarbeit als jene Persönlichkeit auf, die sich vermehrt gegen deutsche An- und Untergriffe zur Wehr setzte. Er setzte mit politischen Mitteln Gegenmaßnahmen, wie zum Beispiel das im Sommer 1935 erlassene Startverbot für Österreicher:innen in Deutschland. Jedoch war er, wie die gesamte austrofaschistische Regierung, auf den Rückhalt von Mussolini angewiesen, der mit 1936 fast vollständig verschwunden war.

So musste Starhemberg im Mai 1936 aus der Regierung ausscheiden⁴⁸, wodurch „die Weichen für die endgültige Durchsetzung des Kurses der Annäherung an Deutschland gestellt [waren]“ (Schober, 2021, S. 173). Man hatte sich seit 1933 vollkommen von Italien abhängig gemacht, doch Mussolini war aufgrund eigener machtpolitischer Überlegungen näher an Hitler herangerückt. Das austrofaschistische Regime stand somit im Laufe der Vorbereitungen zu den Olympischen Spielen immer isolierter zwischen zwei faschistischen Machtblöcken, während es im Inneren bloß durch autoritäres Durchgreifen zusammengehalten wurde. Der innen- und außenpolitische Druck realisierte sich im Sport durch den Versuch der staatlichen Kontrolle und der Unterdrückung politischer Opposition. Die Sozialdemokratie und der Arbeiter:innensport wurden zur Gänze zerschlagen und konnten nur im Untergrund oder aus dem Exil Widerstand leisten.

Nationalsozialistische Betätigung wurde zwar ebenfalls verboten und verfolgt, aber im Gegensatz zur Sozialdemokratie wurde versucht, die betroffenen Vereine in die ÖSTF

⁴⁸ Starhemberg begrüßte das Juliabkommen trotzdem und es wurden von deutscher Seite Überlegungen angestellt, ihn nach dem Abkommen als Bundespräsidenten zu installieren (Schober, 2021, S. 188, 193).

einzugliedern. Dies geschah, obwohl nationalsozialistische Anschläge auch in Sport- und Turnerkreisen zu Verletzten, Toten und beträchtlichem Sachschaden geführt hatten.

Durch die „Befriedungspolitik“ im sportlichen Feld gelangten NS-Anhänger in hohe Funktionärs-Positionen und NS-Betätigung der Mitglieder wurde durch Funktionäre des Deutschen Turnbundes in der Presse relativiert. Der DTB unterstand zwar einem staatlichen Verwalter, doch die ÖSTF war mit der Überwachung der vielen Vereine sichtlich überfordert, weshalb eine Unterdrückung des NS-Gedankenguts unmöglich war. Dies wurde anhand der Veröffentlichungen in der *Bundesturnzeitung* ersichtlich, die noch im November 1935 offene NS-Propaganda betrieb.

Ähnliche Tendenzen fanden sich auch im Skisport. Am Beispiel des Österreichischen Skiverbandes konnte gezeigt werden, dass bekannte Nationalsozialisten den Verband leiteten und die Vorbereitungen für die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen organisierten. Versuche, die Kontrolle über den Verband und seine Landesgruppen zu übernehmen oder belastete Mitglieder auszuschließen, scheiterten. Konsequenzen wurden oft erst nach den Olympischen Winterspielen 1936 gezogen: Beispielsweise musste Franz Mauler, der Geschäftsführer des ÖSV, aufgrund seiner NS-Verbindungen im Laufe des Jahres 1936 aus seinen Vorstandsämtern ausscheiden (Praher, 2018, S. 147–148).

Antisemitismus in Form eines „Arierparagraphen“ war im DTB und im ÖSV in den Statuten festgelegt. Dieser Antisemitismus und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland waren die Basis für die Boykottbewegung gegen die Austragung Olympischer Spiele in Deutschland nach 1933. Antisemitismus war jedoch kein Alleinstellungsmerkmal des Nationalsozialismus und seiner Anhänger:innen, wie am Beispiel der *Verbandsturnzeitung* der CDTÖ und somit einem Herzstück des austrofaschistischen Sports gezeigt werden konnte. Weder das IOC noch das ÖOC stellten die Abhaltung der Spiele ernsthaft in Frage. Der *unpolitische* Sport wurde von Seiten des IOC, der ÖSTF, sowie der Verbände gepredigt und war das Argument für eine Austragung in und eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Deutschland. Es wurden zwar konkrete Forderungen an das deutsche Organisationskomitee gestellt, jedoch gab man sich mit einer Umsetzung von rein optischen Maßnahmen, wie der Abnahme von Schildern, der Zensur von antisemitischen Schriften und der Zulassung von „Parade-Juden“ (GE, 06.02.1936, S. 4) zufrieden.

Vor dem Hintergrund der erst im September 1935 erlassenen Nürnberger Rassengesetze wirkt der Brief von Baillet-Latour aus dem November 1935 wie eine Verhöhnung. Er schrieb, dass „[d]ie Bedingungen, die durch die olympischen Grundregeln festgelegt sind“ (BKA

STr/204.413-35), respektiert wurden und die Boykottaufrufe auf „haltlosen Nachrichten“ (ebd.) beruhen. Noch 1934 war unterschrieben worden, dass „nichtarische deutsche Sportsleute bei entsprechender Leistung in die deutsche Olympiamannschaft“ (DM, 05.08.1935, S. 5) aufgenommen würden. Auch aus dem ÖOC sind Zweifel an der Teilnahme unbekannt, obwohl das Komitee mit Theodor Schmidt einen Präsidenten hatte, der nach deutschen Gesetzen ein „Halbjud“ war. Die *politischste* Aussage Schmidts findet sich im *Sport-Jahrbuch 1936*⁴⁹ unter dem Titel „Oesterreich und Olympia 1936“ (Schmidt, 1936b, S. 35):

Das Oesterreichische Olympische Comité sieht sich mitten in dieser großen, vielfältigen und verantwortungsvollen Arbeit in einer Lage, in der vorher kaum ein andere Nationales Olympisches Comité sich befunden hat.

Es erübrigt sich wohl in diesem Zusammenhange die Situation zu beleuchten, in der sich Oesterreich Deutschland gegenüber derzeit befindet. Aber die Tragfähigkeit einer Idee hat sich immer am allerdeutlichsten erwiesen, wenn die Belastungsprobe schwer war. So ist denn das Oe. O. C. sich darüber im Klaren, daß mit dem Gewicht der vielfach sehr starken Argumente, die gegen eine Teilnahme Oesterreichs an den Olympischen Spielen von 1936 vorgebracht werden, sich auch seine Kraft entsprechend würde steigern müssen, um in der Lage zu sein, diese Argumente zu widerlegen und die Teilnahme unseres Landes an den Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen und den XI. Olympischen Spielen in Berlin unter allen Umständen möglich zu machen.

Was genau diese „sehr starken Argumente“ gegen eine Teilnahme waren, bleibt offen, aber es ist ersichtlich, dass sie sich auf das Spannungsverhältnis zwischen Deutschland und Österreich bezogen. Diese deckten sich nicht mit den Argumenten der internationalen Boykottbewegung. Die Beschickung wurde in Aussendungen und der Presse anlassbezogen in Frage gestellt, jedoch wurde von österreichischer Seite ab 1934 kontinuierlich auf die Teilnahme hingearbeitet. Die Akten zeigen, dass schon ab September 1935 enger Austausch und Kontakt mit den deutschen Behörden bestand, um die Abwicklung der Winterspiele zu planen. Eine der wenigen Einschränkungen war, dass österreichischen Zuschauer:innen verboten wurde, im Deutschen Reich zu nächtigen. Offiziell wollte man dadurch verhindern, dass Grenzübertritte andere Zwecke als den

⁴⁹ Das *Österreichische Sport-Jahrbuch 1936* wurde im Juni 1936 veröffentlicht (SC, 06.06.1936, S. 17). Der Betrag von Schmidt wurde noch vor den Winterspielen verfasst.

Besuch der Olympischen Spiele hatten, aber man könnte diese Maßnahme auch mit wirtschaftlichen Überlegungen begründen: Ausgaben für Nächtigungen konnten dadurch in Österreich gehalten werden.

Dass die Verhältnisse in Deutschland weder in Österreich noch international unbekannt waren, zeigte die Berichterstattung in Zeitungen wie *Gerechtigkeit* oder *Die Stunde*. Diese übernahmen regelmäßig Informationen aus internationalen Blättern und schilderten die Situation der jüdischen Bevölkerung. Für das austrofaschistische Regime waren dies keine Gründe zum Boykott. Auch in Österreich wurde die jüdische Jugend nicht in das *Österreichische Jungvolk* eingegliedert, sondern in eigenen jüdischen Verbänden organisiert. Laut Matscheko (2000, S. 159) hatte Starhemberg die Sorge, „die eigene Jugend aus der Hand zu verlieren, wenn man den jüdischen Verbänden in der Staatsjugend Raum gäbe.“

Politische Differenzen wurden in der regimetreuen Presse je näher die Spiele rückten ausgeblendet, und der Pressefrieden wurde vom Großteil der österreichischen Presse eingehalten, auch wenn es zu Provokationen von deutscher Seite kam. Ausnahmen stellen hier nur *Gerechtigkeit* und *Die Stunde* dar. Die Primärquellen verdeutlichen, dass der Blick auf den Nationalsozialismus zu dieser Zeit ein anderer war als heute: Für das austrofaschistische Regime waren nicht die völkische Ideologie, der Antisemitismus oder Faschismus das Problem, sondern die Konkurrenz, die der Nationalsozialismus im Machtkampf der antidemokratischen Kräfte darstellte. Im Feld des Sports wurde versucht, eine Österreich-Ideologie zu etablieren und die Jugend im Sinne der Vaterländischen Front zu erziehen und wehrhaft zu machen. Auch diese Ziele zeigen Parallelen zu den Entwicklungen in den faschistischen Nachbarstaaten.

Das ÖOC, als Teil des austrofaschistischen Regimes, erkannte in den Olympischen Winterspielen eine Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Franz Pötsch, Generalsekretär des ÖOC, schrieb in *Sport in Österreich* (16.01.1936, S. 6) kurz vor der Austragung:

Besonders bedeutungsvoll ist dies [eine zahlreiche Teilnahme, Anm.] bei den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen. Während wir nach Berlin wohl in der Hauptsache als Lernende kommen werden, gilt es in Garmisch, Österreichs Großmachtstellung im Wintersport zu verteidigen. Die organisatorischen Vorarbeiten für die Entsendung unserer Expedition nach Garmisch-Partenkirchen mußten also besonders sorgfältig in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Theodor Schmidt (1936b, S. 35) führte den Nutzen der Teilnahme und die Argumentation des ÖOC weiter aus:

Das Oe. O. C. ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es durch die Teilnahme an den Olympischen Spielen von 1936 dem österreichischen Vaterlande den besten Dienst erweisen könne. Denn durch die Teilnahme an den Olympischen Spielen auf deutschem Boden wird es Oesterreich möglich sein, vor der ganzen Welt zu zeigen, daß es die große Idee des Olympischen Burgfriedens erfaßt habe und gerne die Gelegenheit ergreife, durch eine würdevolle Geste zu demonstrieren, keinen Grund zu haben, sich von einer so weltumspannenden Veranstaltung auszuschalten. Durch die Teilnahme an den Olympischen Spielen von 1936 wird aber dem österreichischen Vaterlande auch die Möglichkeit geboten die Besten seines Landes - aus Wien wie aus den Bundesländern - um die rot-weiß-rote Fahne geschart, stark und voll Siegeshoffnungen vor die Augen der Welt treten zu lassen.

Österreich sollte nach außen und vor allem nach innen präsentiert werden. Die Repräsentation Österreichs und des austrofaschistischen Regimes im Rahmen einer internationalen Veranstaltung stand im Vordergrund. Für Schmidt hatte Österreich als Teil der „feindlichen Brüdernationen“ (Schober, 2021, S. 19) die Möglichkeit, „auf deutschem Boden“ die friedensstiftende Idee der Olympischen Spiele zu verwirklichen (Schmidt, 1936b, S. 35):

So hoffen wir, daß die Besten unserer österreichischen Jugend mit Verkündung des pax Olympica nach Olympia ziehen, eines Sinnes und im Bewußtsein ihrer großen, fast historischen Mission: hinter unserer geliebten rot-weiß-roten Fahne mit Würde eine Brücke zu beschreiten, im Schatten der weißen Fahne mit den fünf olympischen Ringen ehrlich und opferbereit zu kämpfen als treue Kinder ihrer unvergleichlichen Heimat, die mit stolzer, mütterlicher Liebe ihre hoffnungsfrohen Söhne und Töchter auf ihrem ehrenvollen Wege begleitet.

Die von staatspolitischer Seite gewünschte Abgrenzung Österreichs von Deutschland vor der Weltöffentlichkeit missglückte bereits beim Einzug der Nationen durch Zeigen des Hitlergrußes österreichischer Teilnehmer. Auch wenn der Vorfall in der heimischen Presse kleingeredet wurde, war wohl allen Beteiligten klar, was die gehobenen Hände im Kontext

einer Veranstaltung im Deutschen Reich zu bedeuten hatten. Vor dem Hintergrund, dass sich österreichische Staatsbürger:innen damals genauso sehr als Deutsche sehen konnten, wie deutsche Staatsbürger:innen, war die Idee einer Abgrenzung durch Teilnahme an den Spielen zum Scheitern verurteilt. Die eingangs zitierten Worte Niedermanns (2001, S. 85) können auch als die Meinung eines Zeitzeugen gelesen werden: *“The government had looked to Italy for protection from Nazi Germany in 1934 but this was unpopular with the Austrian people who preferred the ‘military brotherhood’ they enjoyed with Germany in the First World War, and the commonality of the German language and culture.”* Sie unterstreichen die Schwierigkeiten, denen das austrofaschistische Regime bei der Abgrenzung zu Deutschland gegenüber stand. Mit der Teilnahme an den Olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen war der diplomatische Annäherungskurs, der im Juliabkommen und im offiziellen Bekenntnis zu Österreich als deutschem Staat mündete, auf der Ebene des Sports bedeutend intensiviert worden.

Quellenverzeichnis

Primärquellen

Akten des Sport- und Turnreferats (OeStA/AdR BKA BKA-I SL Sport- und Turnreferat)

- Kart. Nr.: 8129, 8130, 8131 (BKA/STr ...)

Bundesgesetz vom 30. Oktober 1934, betreffend die Österreichische Sport- und Turnfront
BGBl. 115/1934

Enderle-Burcel, G. & Neck, R. (1988). Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik:
1918-1938: Abt. 9, Kabinett Dr. Kurt Schuschnigg: 29. Juli 1934 bis 11. März 1938.

- Bd. 1: 30. Juli 1934 bis 26. Oktober 1934. Wien: Österreichische Staatsdruckerei.
(MRP 973/4, 30.10.1934)
- Bd. 3: 31. Mai 1935 bis 30. November 1935. Wien Österreichische Staatsdruckerei.
(MRP 1009, 25.09.1935)

Klossy, P. O. (1935). Der Oesterr. Hauptverband für Körpersport und die Neuorganisation des Österr. Sportes. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Sport Jahrbuch 1935* (S. 23-24). Wien: H. Kapri & Co.

Koch, K. & Suppan, A. (2009). Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918 – 1938. Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne: 12. September 1931 bis 23. Februar 1933. (ADÖ Bd. 8). Wien: Verlag der Österreichischen Akademien der Wissenschaften.

Preiss, E. (1936). Schloß Schielleiten. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Österreichisches Sport-Jahrbuch 1936* (S. 13-16). Wien: H. Kapri & Co.

Rauscher, W. & Suppan, A. (2014). Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918 – 1938. Österreich im Banne des Faschismus: 24. Februar 1933 bis 6. August 1934. (ADÖ Bd. 9). Wien: Verlag der Österreichischen Akademien der Wissenschaften.

Schmidt, T. (1936a). Olympisches Comité und Sportführung in Oesterreich. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Österreichisches Sport-Jahrbuch 1936* (S. 33-34). Wien: H. Kapri & Co.

Schmidt, T. (1936b). Oesterreich und Olympia 1936. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Österreichisches Sport-Jahrbuch 1936* (S. 35). Wien: H. Kapri & Co.

Seyffertitz, T. (1936). Ein Jahr Sport- und Turnfront. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Österreichisches Sport-Jahrbuch 1936* (S. 7-8). Wien: H. Kapri & Co.

Starhemberg, E. R. (1935). Zum Geleit. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Sport Jahrbuch 1935* (S. 5-6). Wien: H. Kapri & Co.

Starhemberg, E. R. (1936). Die Rede des Obersten Sportführers anlässlich der Eröffnung der „Oesterreichischen Sport- und Turnfront“. In Österreichische Sport- und Turnfront (Hrsg.), *Österreichisches Sport-Jahrbuch 1936* (S. 5-6). Wien: H. Kapri & Co.

Periodika

Arbeiter-Zeitung - AZ

Bundesturnzeitung - BTZ

Der Abend - DA

Der Arbeiter Rad- und Kraftfahrer - DARK

Der Morgen - DM

Der Tag - DT

Die Stunde - DS

Freie Stimme - FS

Gerechtigkeit - GE

Grazer Volksblatt - GVB

Innsbrucker Nachrichten - IN

Illustrierte Kronen Zeitung - IKZ

Kleine Volks-Zeitung - KVZ

Neue Freie Presse - NFP

Neues Wiener Tagblatt - NWT

Öffentliche Sicherheit - ÖS

Österreichische Woche - ÖW

Reichspost - RP

Salzburger Chronik für Stadt und Land - SC

Salzburger Volksblatt - SV

Sport-Tagblatt - STB

Süddeutsches Tagblatt (Graz) - SDTB

Tiroler Anzeiger - TA

Verbandsturnzeitung - VTZ

Vorarlberger Tagblatt - VT

Wiener Allgemeine Zeitung - WAZ

Wiener Neueste Nachrichten - WNN

Sport-Jahrbücher

Körpersport-Jahrbuch. Offizielles Jahrbuch des Österr. Hauptverbandes für Körpersport
(Olympisches Comité für Österreich. (1934)

Österreichisches Sport-Jahrbuch. Handbuch für Sport und Turnen. Amtliches Jahrbuch
der Österreichischen Sport- und Turnfront. (1935, 1936)

Sekundärliteratur

Alkemeyer, T. (1996). Körper, Kult und Politik. Von der „Muskelreligion“ Pierre de
Coubertins zur Inszenierung von Macht in den Olympischen Spielen von 1936.
Frankfurt: Campus.

Bellers, J. (Hrsg.). (1986). Die Olympiade Berlin 1936 im Spiegel der ausländischen Presse.
Münster: LIT.

Berger, B. (1967). Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg: Versuch einer Biographie.
Dissertation: Universität Wien.

Binder, D. (2013). „Austrofaschismus“ und Außenpolitik. Die zu kurz geratene Diskussion.
In F. Wenninger & L. Dreidemy (Hrsg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-
1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (S. 579–600). Wien: Böhlau.

Botz, G. (1983). Gewalt in der Politik: Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche,
Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München: Fink.

Eggers, E. (2003). Willy Meisl. Der „König der Sportjournalisten“. In D. Schulze-Marmelin
(Hrsg.), Davidstern und Lederball. Die Geschichte der Juden im deutschen und
internationalen Fußball. (S. 288–299). Göttingen: Werkstatt.

Falanga, G. (2008). Mussolinis Vorposten in Hitlers Reich. Italiens Politik in Berlin 1933-
1945. Berlin: Ch. Links.

Fischer, F. (1994). Österreich und die Olympischen Spiele 1936. Diplomarbeit: Universität
Wien.

Fuhrer, A. (2011). Hitlers Spiele: Olympia 1936 in Berlin. Berlin: Bebra.

- Garscha, W. R. (2005). Nationalsozialisten in Österreich 1933—1938. In E. Tálos & W. Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus: Politik, Ökonomie, Kultur. 1933—1938* (S. 99–119). Wien: LIT.
- Gehler, M. (2017). Zwischen allen Stühlen—Österreichs Außenpolitik 1918-1938. In S. Karner (Hrsg.), *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938* (S. 117–128). Innsbruck: StudienVerlag.
- Goldinger, W., & Binder, D. (1992). *Die Geschichte der Republik Österreich 1918-1938*. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Größing, S. (2005). Turnen für das Vaterland: Schulturnen und körperliche Erziehung im Austrofaschismus. Salzburg: IFFB Sport- u. Bewegungswiss. / USI, Univ. Salzburg.
- IOC. (1933). International Olympic Committee. Session of 1933 (Second year of the Xth Olympiad) Vienna. *Bulletin Officiel du Comité International Olympique (Olympic Review)*, 24, 6–15.
- IOC. (1934). International Olympic Committee Year III of the 8th Olympiad. 1934 Session. Athens. *Bulletin Officiel du Comité International Olympique (Olympic Review)*, 26, 4–12.
- IOC. (1935). International Olympic Committee. Session of 1935 (4th Year of the Xth Olympiad), Oslo. *Bulletin Officiel du Comité International Olympique (Olympic Review)*, 28, 4–12.
- Jagschitz, G. (1983). Der österreichische Ständestaat 1934-1938. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik* (S. 497–515). Wien: Styria.
- Jordan, S. (2009). *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft*. Paderborn: Schöningh.
- Keil, M. (2017). „Zwischenzeit“: Jüdisches Leben in Österreich vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum „Anschluss“. In S. Karner (Hrsg.), *Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918-1938* (S. 301–311). Innsbruck: StudienVerlag.
- Kerekes, L. (1966). *Abenddämmerung einer Demokratie: Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*. Wien: Europa.
- Kernbauer, H., März, E., & Weber, F. (1983). Die wirtschaftliche Entwicklung. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik* (S. 343–379). Wien: Styria.

- Klinger, M. (1997). Olympische Spiele 1936 oder Herr Hitler hält Hof. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Koch, K. (2009). Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne. In K. Koch, E. Vyslonzil, A. Suppan, & W. Rauscher (Hrsg.), ADÖ, Bd. 8: Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne 12 September 1931 bis 23. Februar 1933 (S. 11–34). Wien: Österr. Akademie der Wissenschaften.
- Koch, K. (2014). Zwischen Mussolini und Hitler. August 1934–Juli 1936. In K. Koch & E. Vyslonzil (Hrsg.), ADÖ, Bd. 10: Zwischen Mussolini und Hitler. 10. August 1934 bis 24 Juli 1936. (S. 11–32). Wien: Österr. Akademie der Wissenschaften.
- Körner, I. H. (2008). Lexikon jüdischer Sportler in Wien. 1900—1938. Wien: Mandelbaum.
- Kornmeier, P. (2013). Politische Hintergründe von Olympischen Spielen in Deutschland. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Krammer, R. (1981). Arbeitersport in Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterkultur in Österreich bis 1938. Wien: Europa.
- Krammer, R. (1983). Die Turn- und Sportbewegung. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik (Bd. 2, S. 731–743). Wien: Styria.
- Kriechbaumer, R. (2005). Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes. Wien: Böhlau.
- Krüger, A. (1972). Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung. Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA. Berlin: Bartels & Wernitz.
- Krüger, A. (2003a). Germany: The Propaganda Machine. In A. Krüger & W. Murray (Hrsg.), The Nazi Olympics. Sport, Politics, and Appeasement in the 1930s (S. 17–43). Baltimore: University of Illinois Press.
- Krüger, A. (2003b). United States of America: The Crucial Battle. In A. Krüger & W. Murray (Hrsg.), The Nazi Olympics. Sport, Politics, and Appeasement in the 1930s (S. 44–69). Baltimore: University of Illinois Press.
- Krüger, A., & Murray, W. (Hrsg.). (2003). The Nazi Olympics: Sport, Politics, and Appeasement in the 1930s. Baltimore: University of Illinois Press.
- Lanegger, N. (2012). Die politische Bedeutung der Olympischen Spiele in der Zwischenkriegszeit in Österreich. Diplomarbeit: Universität Wien.

- Lennartz, K. (2003). Olympischer oder Faschistengruß? Einige Aspekte zur Geschichte des Einmarsches der Nationen bei den Olympischen Spielen zwischen den beiden Weltkriegen. In E. Bertke (Hrsg.), *Olympisch bewegt: Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Manfred Lämmer* (S. 177–194). Köln: Deutsche Sporthochschule Köln.
- Linz, J. J. (2009). *Totalitäre und autoritäre Regime*. Potsdam: WeltTrends.
- Mandell, R. D. (1971). *The Nazi Olympics*. New York: MacMillan.
- Marschik, M. (2005). Turnen und Sport im Austrofaschismus (1934-1938). In E. Tálos & W. Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus: Politik, Ökonomie, Kultur; 1933—1938* (S. 372–389). Wien: LIT.
- Marschik, M. (2008). *Sportdiktatur. Bewegungskulturen im nationalsozialistischen Österreich*. Wien: Turia + Kant.
- Marschik, M. (2018). Theodor Schmidt. Ein jüdischer „Apostel der Olympischen Idee“. Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Matscheko, K. (2000). *Sport und Austrofaschismus. Die Entwicklung vom pluralistischen Sportwesen der 1. Republik zur Einheitssportfront im österreichischen Ständestaat 1934- 1938*. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Mommsen, H. (1981). Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaats 1934 bis 1938. In N. Leser (Hrsg.), *Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit* (S. 174–192). Wien: ÖBV.
- Moos, C. (2021). *(K)ein Austrofaschismus? Studien zum Herrschaftssystem 1933-1938*. Wien: LIT.
- Müllner, R. (2011). *Perspektiven der historischen Sport- und Bewegungskulturforschung*. Wien: LIT.
- Müllner, R., & Weiß, O. (2015). Von der Turnlehrerausbildung zur Sportwissenschaft an der Universität Wien. *Spectrum (Sonderheft 30 Jahre ÖSG)*, 26–41.
- Neck, R. (1983). Sozialdemokratie. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik* (Bd. 1, S. 225–248). Wien: Styria.
- Niedermann, E. (1995). *Die olympische Bewegung in Österreich: Von den Anfängen bis 1994*. Wien: ÖOC.
- Niedermann, E. (2001). *Austria. Annual of CESH*, 83–88.
- Otruba, G. (1983). A. Hitler's „Tausend-Mark-Sperre“ und die Folgen für Österreichs Fremdenverkehr (1933—1938). Linz: Trauner.

- Peter, L. (2001). Turnen fürs Vaterland, Sport zum Vergnügen. Vorarlberger Sportgeschichte bis 1935. Bregenz: Vorarlberger Autoren Gesellschaft.
- Petersen, J. (1973). Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936. Tübingen: Niemeyer.
- Praher, A. (2018). SportlerInnen für den Krieg—KriegerInnen für den Sport. In M. Dimitriou, O. Dohle, A. Praher, & W. Pfaller (Hrsg.), Salzburgs Sport in der NS-Zeit: Zwischen Staat und Diktatur. Salzburg: Land Salzburg.
- Praher, A. (2022). Österreichs Skisport im Nationalsozialismus: Anpassung—Verfolgung—Kollaboration. Berlin: De Gruyter.
- Rauscher, W. (2014). Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34. In W. Rauscher (Hrsg.), ADÖ, Bd. 9: Österreich im Banne des Faschismus. 24. Februar 1933 bis 6. August 1934. (S. 27–42). Wien: Österr. Akademie der Wissenschaften.
- Reichhold, L. (1985). Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933—1938. Eine Dokumentation. (2. Aufl.). Wien: ÖBV.
- Schlosser, M. (2012). Das Institut für Turnlehrerausbildung während des Austrofaschismus und das Hochschulinstitut für Leibesübungen während des Nationalsozialismus an der Universität Wien. Eine Analyse des Vorlesungsverzeichnisses, des Personalstandes, einer biographischen Darstellung ausgewählter Lehrer und Lehrerinnen und eine Beschreibung der Hochschullager. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Schmidl, R. (1978). Der Deutsche Turnerbund (1919) und seine politische Relevanz in der ersten Republik. Dissertation: Universität Wien.
- Schober, R. (2021). Der österreichische „Ständestaat“ und die europäischen Mächte. Von der Machtübernahme Hitlers zum Juliabkommen (1933-1936). Wien: Böhlau.
- Schöner, J. (1993). Turnen und Sport als national-politischer Indikator des ständestaatlichen Österreichs. Ein Beitrag zum österreichischen Nationalbewußtsein der ausgehenden Ersten Republik. Dissertation: Universität Wien.
- Schratt, N. (2020). Vergleichende Berichterstattung über die Repräsentation der ÖsterreicherInnen in österreichischen und deutschen Zeitungen während der Olympischen Spiele 1936 in Berlin. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Seipel, I. (1930). Der Kampf um die österreichische Verfassung. Wien: Wilhelm Braumüller.

- Simon, T. (2021a). „Austrofaschismus“ und moderne Faschismusforschung. *Parliaments, Estates and Representation*, 41:2, 161–184.
- Simon, T. (2021b). Der „autoritäre Ständestaat“ in Österreich und die Diktaturen im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. *Parliaments, Estates and Representation*, 41:2, 145–160.
- Slonek, W. (1939). *Führer für die Studenten-Weltspiele 1939*. Wien: Waldheim-Eberle.
- Starhemberg, E. R. (1971). *Memoiren*. Wien: Amalthea.
- Staudinger, A. (1983). Christlichsoziale Partei. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik* (Bd. 1, S. 249–276). Wien: Styria.
- Stecewicz, L. (1996). *Sport und Diktatur. Erinnerungen eines österreichischen Journalisten 1934—1945*. Wien: Turia + Kant.
- Strohmeyer, H. (1998). Sport und Politik: Das Beispiel der Turnbewegungen in Österreich 1918-1938. In H. Strohmeyer & E. Bruckmüller (Hrsg.), *Turnen und Sport in der Geschichte Österreichs* (S. 212–244). Wien: ÖBV.
- Tálos, E. (2013). *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 - 1938*. Wien: LIT.
- Tálos, E., & Manoschek, W. (2005). Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In E. Tálos & W. Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus: Politik—Ökonomie—Kultur 1933-1938* (S. 6–27). Wien: LIT.
- Tálos, E., & Neugebauer, W. (Hrsg.). (2014). *Austrofaschismus: Politik, Ökonomie, Kultur; 1933 - 1938* (7. Aufl.). Wien: LIT.
- Wandruszka, A. (1983). Das „nationale Lager“. In E. Weinzierl & K. Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik* (S. 277–316). Wien: Styria.
- Wenn, S. (1989). A Tale of Two Diplomats: George S. Messersmith and Charles H. Sherrill on Proposed American Participation in the 1936 Olympics. *Journal of Sport History*, 16, 27–43.
- Wenninger, F., & Dreidemy, L. (Hrsg.). (2013). *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*. Wien: Böhlau.
- Wenzel, M. (2013). *Die Olympische Bewegung in Österreich. Ein historischer Beitrag aus sportlicher und struktureller Sicht im Sinne der Olympischen Idee*. Diplomarbeit: Universität Wien.

Westphal, H. (1971). Die Rolle des Sportverkehrs bei der Annexion Österreichs. Theorie und Praxis der Körperkultur, 12, 1035–1042.

Wohnout, H. (1993). Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich. Wien: Böhlau.

Wohnout, H. (2013). Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932-1934. In F. Wenninger & L. Dreidemy (Hrsg.), Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (S. 601–631). Wien: Böhlau.

Wöll, I. (2016). Frisch-Fromm-Fröhlich-Frei. Geschichte(n) der christlichen Turn- und Sportbewegung Österreichs. Band 1: Von den Anfängen bis 1938. Salzburg: Residenz.

Internetquellen

Austria at the 1936 Summer Olympics. (2025). Zugriff am 15.06.2025 unter

<https://www.olympedia.org/countries/AUT/editions/11>

Austria at the 1936 Winter Olympics. (2025). Zugriff am 15.06.2025 unter

<https://www.olympedia.org/countries/AUT/editions/32>

Bauer K. (2014, 20. Mai). Die Todesopfer des Juliputsches. Zugriff am 15.06.2025 unter

http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Buecher/PDF_%20Juliputsch/Todesopfer-des-Juliputsches.pdf

Bauer K. (2021, 9. März) Datenbank. Die Todesopfer des Februaraufstandes 1934. Zugriff am 14.06.2025 unter http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Forschung_Unterseiten/Todesopfer_Februaraufstand_1934_aktual-4.pdf

Bauer K. (2025). Die Opfer des Februar 1934. Zugriff am 20.06.2025 unter

http://www.kurt-bauer-geschichte.at/forschung_februaropfer.htm

Bauer R. & Himpele K. (2019, 24. Mai). Auf dem Weg zurück zur Zwei-Millionen-Stadt – die Entwicklung der Wiener Bevölkerung. Zugriff am 23.04.2025 unter

<https://wien1x1.at/bev-entwicklung-2/>

Domeier, N. (2016, 7. April). Hirschfeld, Magnus. Zugriff am 23.04.2025 unter

<https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/hirschfeld-magnus/>

DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands). (2025a). Franz

Blamoser. Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933 – 1938. Zugriff am 11.06.2025 unter <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1934->

[1938/krachendes-oesterreich/opfer-des-terrors-der-ns-bewegung-in-oesterreich-1933-1938/franz-blamoser](#)

DÖW (2025b). Franz Hickl. Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933 – 1938. Zugriff am 05.06.2025 unter <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1934-1938/krachendes-oesterreich/opfer-des-terrors-der-ns-bewegung-in-oesterreich-1933-1938/franz-hickl>

Deutscher Turnerbund / ONB. (1934). Lest die Bundesturnerzeitung. Zugriff am 29.10.2024 unter <http://data.onb.ac.at/rec/baa15839025>

Irene Harand. (2025, 17. Juni). Zugriff am 20.06.2025 unter https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Irene_Harand

Polizei SV, Wien. (2025). Zugriff am 15.06.2025 unter <https://www.olympedia.org/affiliations/1376>

Statistik Austria (2024, 16. September). Historische Volkszählungen. Zugriff am 23.04.2025 unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/historische-volkszaehlungen>

Teutoburger A. C., Wien. (2025). Zugriff am 15.06.2025 unter <https://www.olympedia.org/affiliations/13055>

Tröller, W. / Bayrische Staatsbibliothek. (1933). Antijüdische Propaganda. Zugriff am 20.05.2025 unter <https://bildarchiv.bsb-muenchen.de/fyIrl/b764c267-a2f5-420c-8e1d-b5dc13d177da>

Wenninger, F. (2024, 11. Februar). Februar 1934: Worum wir streiten. Zugriff am 22.05.2025 unter <https://www.derstandard.at/story/3000000206871/februar-1934-worum-wir-streiten>

ÖBL (Österreichisches Biographisches Lexikon). (2021). Zalman, Moriz. Zugriff am 20.06.2025 unter https://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_Z/Zalman_Moriz_1882_1940.xml

Zelnhefer, S. (2008, 5. September). Der Stürmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit. Zugriff am 16.06.2025 unter [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Der St%C3%BCrmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampf um die Wahrheit](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Der_St%C3%BCrmer_Deutsches_Wochenblatt_zum_Kampf_um_die_Wahrheit)

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Werbung für die Bundesturnzeitung (DTB / ONB, 1934).....	57
Abb. 2: Darstellung des DTB-Abzeichens in den Akten (BKA STTr/215.770-34)	63
Abb. 3: Ausschnitt aus BKA STTr/250.634-34, Blatt 3; Geplantes Trainingslager für die Vorbereitung zu den Olympischen Winterspielen 1936	73
Abb. 4: Die Erklärung der Deutschen IOC-Mitglieder aus der IOC-Sitzung in Athen vom Mai 1934, abgedruckt in Der Morgen (DM, 05.08.1935, S. 5)	96
Abb. 5: von links nach rechts Pötsch, Baillet-Latour, Schmidt (DS, 09.08.1935, S. 5)	99
Abb. 6: Muster eines Ausweises, der für die Ausreise zu den OWS 1936 benötigt wurde (BKA STTr/195.964-35).....	108
Abb. 7: Der von der Arbeiterzeitung kritisierte Trainer mit Theodor Schmidt und Baillet- Latour abgebildet in der Österreichischen Woche (ÖW, 1935, 33, S. 6).....	118
Abb. 8: Stürmer-Kasten und antisemitische Beschilderung in Bayern 1933 (Tröller / Bayrische Staatsbibliothek, 1933).....	120
Abb. 9: Die österreichischen Eisschützen bei der Eröffnungsfeier zeigen den "olympischen Gruß" (WNN, 08.02.1936, S. 8)	130
Abb. 10: Karikatur zur Zensur während der Olympischen Winterspiele in Deutschland (DS, 18.02.1936, S. 2)	135

Abkürzungsverzeichnis

AAU - American Athletics Union

ADÖ - Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich (ADÖ)

ANNO - AustriaN Newspaper Online

ASKÖ - Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich

BKA - Bundeskanzleramt

CDTÖ - Christlich-deutsche Turnerschaft Österreichs

DOA - Deutscher Olympischer Ausschuss

DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands

DRL - Deutscher Reichsbund für Leibesübungen

DTB - Deutscher Turnerbund

FIS - Fédération Internationale de Ski
FIFA - Fédération Internationale de Football Association
GDföS - Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
KSPJ - Körpersport-Jahrbuch 1934
MRP - Ministerratsprotokolle
NOK - Nationales Olympisches Komitee
NSDAP - Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ONB - Österreichische Nationalbibliothek
OeStA – Österreichisches Staatsarchiv
Oe. H. f. K - Österreichischer Hauptverband für Körpersport
OWSC - Österreichischer Wintersportklub
ÖBB - Österreichische Bundesbahnen
ÖBL - Österreichisches Biographisches Lexikon
ÖOC - Österreichisches Olympisches Komitee
ÖSTF - Österreichische Sport- und Turnfront
ÖSV - Österreichischer Skiverband
PSV - Polizeisportvereinigung
STr – Sport- und Turnreferat
VF - Vaterländische Front

Erklärung über die persönliche Urheberschaft

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit *selbstständig verfasst habe* und nur die ausgewiesenen Hilfsmittel verwendet habe. Diese Arbeit wurde weder an einer anderen Stelle eingereicht (z. B. für andere Lehrveranstaltungen) noch von anderen Personen (z. B. Arbeiten von anderen Personen aus dem Internet) vorgelegt.